

AUFTRAG



HEFT 247 / 2002

42. JAHRGANG



- 8. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn
- AMI-Konferenz September 2001 in Erfurt
- Islam – westliche Welt – Christentum

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Krieg und Moral: Ethische Grenzen der Anwendung militärischer Gewalt (*Militärbischof Walter Mixa*) .. 4
- Folgerungen aus dem Völkermord in Ruanda 1994: Deutscher Bundestag im Glashaus – Kein Grund zu moralischer Überheblichkeit (*Klaus Liebetanz*) 9
- Völkermordfrühwarnstation: Eine mögliche neue Aufgabe für den BND (*Klaus Liebetanz*) 11
- Philosophie der Friedenssicherung (*Wolfgang Altendorf*) 13
- UNICEF: Auf Rekrutierung Minderjähriger verzichten (KNA) 13

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Islam und westliche Welt –Teil 2: Religiöse Grundlagen und Rechtssystem (*Dieter Kilian*) ... 14
- Tausend und eine Parole. Warum der Islam den Westen hasst (*Amir Taheri*) 20
- „Islamische Charta“: Bekenntnisse mit Klärungsbedarf (KNA) 22
- Dialog der Religionen: Islamwissenschaftler skeptisch (KNA) 23
- Studie: In Europa bildet sich eine eigene Form des Islams heraus (KNA) 24
- Lahore – Zusammenarbeit von Christen und Muslimen (*bt/DT*) 24
- „Anwaltschaft für den Menschen“ – Zum Gespräch von Kirche und Politik (*Friedrich Merz*) 25
- Jede Form von Antisemitismus bekämpfen (*Klaus Brandt*) 26
- Die katholische Kirche in Rußland (*Paul Roth*) ... 28
- Das Jahr der Bibel 2003 (*bt*) 30
- Ökumenisches Jahr der Bibel 2003 30
- Von Anfang an das Leben wählen statt auswählen 30!
- Geldverdienen, Erfolg und Vergnügen – oder Gottvertrauen (KNA) 32
- Papst: Internet ein neues Forum (*GKP*) 32

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- Zeit des Nationalsozialismus: Zeitzeugen (*Helmut Fettweis*) 33
- Gedenktage April bis Juni 2002 34

DOKUMENTATION:

GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN VOM 20.10 BIS 02.11.2002

- “Das Recht und die Freiheit tapfer verteidigen! Soldatsein – ein Beruf wie jeder andere“
- Einführung in das 8. Seminar (*Paul Schulz*) 35
- Zur Verantwortung des Christen – Freiheit in einer vernetzten Welt (*Gerhard Kruip*) 37
- Bundeswehr in der Reform: Planung – Umsetzung – Perspektiven (*Bernd Heise*) 46
- „Soldat sein heute, ein Beruf wie jeder andere?“ (*Karl-Hein Lather*) 55
- Herausforderungen der Militärseelsorge angesichts der Veränderungen in der Bundeswehr (*Militärbischof Dr. Walter Mixa*) 59
- Podiumsdiskussion: Der Beitrag des Soldaten zum Weltfrieden – „Gerechter Friede“ und Einsatz von Streitkräften zur humanitären Hilfe in Krisenregionen (*Statements der Teilnehmer*) 67

DOKUMENTATION:

GENERALVERSAMMLUNG DES APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (AMI) VOM 15. BIS 21.09.2001 IN ERFURT

- Zusammenfassender Bericht 73
- Programm-Auszug 74
- Position des AMI: „Christliche Soldaten am Beginn des 3. Jahrtausends – Zusammenarbeit zwischen christlichen Kirchen und anderen Religionen in den Streitkräften“ 77
- Wehrethik: Kriterien und angewandte militärische Ethik für Soldaten in Krisensituationen bei Auslandseinsätzen (*Fred van Iersel*) 78
- Humanitäre Intervention (*Alphart von Horn*) 85
- Bericht des AMI-Generalsekretärs (*Jürgen Bringmann*) 95
- Bericht des AMI-Präsidenten (*Ernest König*) 98
- „Ökumenische Zusammenarbeit und Zusammenarbeit zwischen den Religionen in den Streitkräften“ (*Luis Martinez Fernández*) 99
- Gedanken zur Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen in den Streitkräften (*Werner Freistetter*) 104
- Beitrag der GKS zum Thema „Zusammenarbeit in der Ökumene ...“ (*Reinhard Kloß*) 107
- Anmerkungen zu den Konferenzthemen aus evangelischer Sicht (*Peter Klocko*) 108
- Verantwortliche Politik braucht ein moralisches Fundament (*Klaus-Günter Biederbick*) 109

Titelbild: Erfurt, Tagungsort der AMI-Generalversammlung 2001. Blick über den Erfurter Markt auf den Domberg mit dem mittelalterlichen Kirchenensemble Dom (l.) und Severikirche (r.)

AMI steht für Solidarität über Grenzen hinweg (Bernhard Vogel)	110
„Wer ist das, dass er sogar Sünden vergibt?“ (Militärbischof Walter Mixa)	111
AMI-Präsident und -Generalsekretär leiten CICO: Für die Würde des Menschen eintreten (PS/kompass)	112

KIRCHE UNTER SOLDATEN

Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischöfe: Mixa gegen Ausweitung des „Krieges gegen das Böse“ (PS/KNA)	113
Wehrbeauftragtenbericht: Militärseelsorger ver- dienen Anerkennung und Unterstützung (KMBA)	113
Kurzmeldungen aus der Militärseelsorge: Feier des Weltfriedenstages (KMBA/DT)	114

Kolumbien: Kirche verteilt Glaubensbücher an Soldaten und Polizisten (KINOPH)	115
Seminare Dritter Lebensabschnitt	115
Standort Bad Neuenahr-Ahrweiler	116
Standort Freyung	117

PERSONALIA

„Für Christus leisten wir Botschafterdienste“ Alt-Militärbischof Kredel wurde 80 (PS/KMBA)	118
Ein Leben für Kirche und Gesellschaft. 80. Geburts- tag von N.M. Schütz (Helmuth Jermer)	119
Personalia-Kurzmeldungen	120

GEFUNDEN 21, 27, 29

BUCHBESPRECHUNGEN 120/121

editorial

Liebe Lesergemeinde!

Schafft! Die angekündigten Dokumentationen von GKS-Akademie und AMI-Generalversammlung sind fertig gestellt. Ob sie gelungen sind und beide wichtigen Ereignisse im organisierten Laienapostolat der „Kirche unter Soldaten“ so wieder geben, dass auch Nichtteilnehmer sich davon ein zutreffendes Bild machen können, müssen unsere Leser beurteilen. Zusammen mit den anderen Themen, die nicht umgangen werden oder warten können, ist daraus mal wieder ein sehr umfangreiches und (hoffentlich) inhaltsschweres Heft geworden.

Angesichts der Thematik beider Veranstaltungen empfiehlt die Redaktion, den ein oder anderen „Blick über den Zaun“ zu wagen. So fügen sich z.B. die Beiträge aus der AMI-Dokumentation von Iersel „*Kriterien und angewandte militärische Ethik für Soldaten in Krisensituationen bei Auslandseinsätzen*“ (S. 79 ff.) und von Horn „*Humanitäre Intervention*“ (S. 85 ff.) vorzüglich in das Thema der GKS-Akademie ein. Auch die Frage nach der ökumenischen und interreligiösen Zusammenarbeit in den Streitkräften passt in die Beleuchtung des Berufsbildes heutiger christlicher Soldaten. Umgekehrt bereichern die Vorträge der Akademie die bei der Generalversammlung des AMI angestellten Überlegungen.

Schließlich könnte der Vortrag des *Militärbischofs Walter Mixa* im Februar an der Offizierschule des Heeres in Dresden („*Krieg und Moral: Ethische Grenzen der Anwendung militärischer Gewalt*“, s.S. 4 ff.) so auch bei den beiden Veranstaltungen in Fulda und in Erfurt gehalten worden sein.

Ungeachtet der dokumentarischen Schwerpunktbildung dieses Heftes, hat die Redaktion nicht auf Beiträge zum Verhältnis von Islam und westlicher Welt verzichtet. So folgt der 2. Teil von *Dieter Kilian's Gesamtdarstellung des Islams, diesmal zu den „Religiösen Grundlagen und dem Rechtssystem“* (S. 14 ff.). Aufmerksam macht die Redaktion auf den Beitrag „*Tausend und eine Parole. Warum der Islam den Westen hasst*“ von *Amir Taheri* (S. 20 f.), der am 14. Februar 2002 in der F.A.Z. erschienen ist und hier mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der F.A.Z.-Redaktion wiedergegeben wird. Es geht uns bei der Befassung mit dem Islam nicht darum, ob oder dass diese Religion gewalttätig ist. Es geht vielmehr um die Frage, wie der Islam als Religion sein Verhältnis zur Politik, zu Staat und Gesellschaft definiert, denn dieses entscheidet darüber, ob Religion gewalttätig ist. Und zumindest der *Islamismus* als fundamentalistische Erscheinungsform des Islams kennt keine friedliche Koexistenz mit anderen Religionen, weil nach seiner Auffassung nur die Rechtsordnung der Sharia einen gerechten Frieden garantiert. – Auf die oft unreflektierte Behauptung, „Wir – Juden, Christen und Muslime – glauben doch alle an den Einen Gott“, gibt Bischof Walter Mixa in seinen bei der GKS-Akademie sehr engagiert vorgetragenen Thesen die zutreffende Antwort (s.S. 44 ff.).

Wenn dieser AUFTRAG Sie auch erst unmittelbar nach Ostern erreicht, so wünscht Ihnen die Redaktion doch ein gesegnetes Osterfest und eine gnadenreiche Osterzeit

Ihr Paul Schulz

Krieg und Moral: Ethische Grenzen der Anwendung militärischer Gewalt

Truppenbesuch von Militärbischof Mixa an der Offizierschule des Heeres in Dresden

Für eine effiziente Kriegsächtung und eine wirksame Konfliktprävention, sprach sich der katholische Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, Bischof von Eichstätt, bei einem Vortrag vor Offiziersanwärtern und Stammpersonal der Offizierschule des Heeres (OSH) in Dresden, anlässlich eines Truppenbesuches vom 6. bis 7. Februar 2002 aus. In seinem nachstehend dokumentierten Grundsatzvortrag zu Krieg und Moral: „Ethische Grenzen der Anwendung militärischer Gewalt“, warnte er vor einer Rückkehr des Staaten-Krieges. Terrorismus sei zuerst eine Frage angewandter Methoden der Gewaltanwendung und des zuerkannten politisch-rechtlichen Status einer Gruppe. Er müsse vorrangig auf politischem Wege bekämpft werden, in dem man den Dialog mit denen suche, „die die selben Ziele verfolgen, ohne sich terroristischer Methoden zu bedienen“. Statt einer Rückkehr zu einer historisch überholten hegemonialen Dominanz, müsse die Weltgemeinschaft als ganze die Verantwortung für die Sicherung des Friedens wahren.

In diesem Zusammenhang setzte sich Mixa auch mit historischen Konzepten und Strategien angelsächsischer Luftkriegführung auseinander. Auch in ihr sei die militärische Auseinandersetzung zu totalem Krieg entartet. Der unmittelbare Angriff auf Nicht-Kombattanten sei auch nach der Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils nicht zu rechtfertigen. Das gelte auch für die Angriffe auf Dresden 1945. Es stelle sich die Frage, ob auch die im Anti-Terrorkrieg verbündeten Staaten im Hinblick auf die Normen des humanitären Völkerrechts „mit übereinstimmender Rechtsanwendung handelten“. Ein Problem, so der Militärbischof, sehe er darin, dass „westliche Demokratien“, die eigenen Verluste am Menschenleben möglichst gering, die des Gegners jedoch möglichst hoch halten wollten. Immer müsse der Grundsatz gelten, das kein noch so guter Zweck ethisch unerlaubte Mittel heiligen könne.

Brigadegeneral Fritz von Korff, Kommandeur der Offizierschule des Heeres, bestärkte Bischof Mixa in der Forderung nach ethisch verantwortlichen Handeln des einzelnen Soldaten. Ziel des Handelns müsse immer der Frieden sein. Wenn Gewalt unabdingbar nötig sei, dann nur um Frieden zu schaffen. „Leider werden wir heutzutage durch die Asymmetrie der Kriegsführung gezwungen, Entscheidungen zu treffen, wo wir uns fragen: Dürfen wir das? Oder müssen wir das? Wo ist die Grenze?“ Der Gegner dürfe aber bei allen kriegerischen Auseinandersetzungen nie erniedrigt werden, sondern müsse seine Würde behalten, betonte der General.

Im Anschluss an den Vortrag hatten die angehenden Offiziere und ihre Ausbilder Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit dem obersten katholischen Seelsorger der Bundeswehr. Für viele war es mit Sicherheit das erste Mal, einen lebhaften Bischof vor sich zu haben. Ungefähr die Hälfte der jungen Männer stammt aus den neuen Bundesländern, und viele davon sind konfessionslos.

Militärpfarrer Wolfgang Schilk, katholischer Seelsorger an der OSH, weiß um die Chance im Lebenskundlichen Unterricht eine Altersgruppe anzusprechen, die man im zivilen Leben nicht so erreicht. Als durchaus positiv erlebt er eine Armee der Einheit. Große Unterschiede zwischen Ost und West seien bei den jungen Kameraden kaum noch festzustellen, bemerkt der Pfarrer. Berufliche Zielvorstellungen und Hobbys seien ähnlich.

Militärbischof Mixa lud während seines Truppenbesuches alle Interessierten zu einem Pontifikalamt in die Garnisonskirche St. Martin ein. Konzelebrant war u.a. Weihbischof Georg Weinhold aus dem Bistum Dresden-Meißen. Anschließend fand im Casino der Albertstadt-Kaserne ein Empfang statt, an dem auch Regierungspräsident Dr. Henry Hasenpflug teilnahm. Der ökumenische Beirat der katholischen und evangelischen Militärseelsorge in Dresden nutzten auch die Gelegenheit Militärbischof Mixa über seine Arbeit vor Ort zu informieren. Zum Schluss seiner Visite besuchte der Bischof das militärgeschichtliche Museum in Dresden. (PrSt-KMBA)

Der Vortrag im Wortlaut

Die religiöse Botschaft des christlichen Glaubens ist das „Evangelium des Friedens“: Gott hat sich durch seinen Sohn Jesus Christus mit der Welt versöhnt; durch Christus ist der Frieden gestiftet, der den Menschen, Völkern und Gesellschaften das Heil, Gerechtigkeit und Solidarität bringt. Das Reich Gottes, die Herrschaft der Liebe, Gerechtigkeit und Freiheit hat begonnen.

Ein schöner Traum, sagen heute nicht wenige. Andere sprechen von Ideologie, durch die die Herrschenden und Mächtigen nur leichter ihre ungerechten Systeme bemänteln können. Andere weisen schließlich auf Erfahrungen mit einer Wirklichkeit hin, die jeden Tag die Unglaublichkeit einer solchen religiösen Botschaft unter Beweis stelle.

Ja, in der Tat, wenn ich als katholischer Christ und Bischof das Wort Jesu höre, der jene selig preist, „die keine Gewalt anwenden, denn sie werden das Land erben“ (Mt 5,5), dann muss ich mich schon fragen, in welchem „Land“, in welcher Wirklichkeit, ich, ja wir alle leben. Denn der Soldat hat durch Recht und Gesetz den Auftrag, ungerechte Gewalt, wenn es denn anders nicht möglich ist, durch Gewalt abzuwehren. Wir deutschen Bischöfe haben diesen Sachverhalt in unserem Wort „Gerechter Friede“ vom 27. September 2000 so ausgedrückt: „Die geltende Weltordnung, in der wir gemeinsam mit allen Menschen leben, geht nüchtern vom menschlichen Hang zur Gewalt aus. Sie rechnet damit, dass bei einzelnen Menschen wie bei ganzen Völkern wider alle Vernunft Gewalt ausbrechen kann. Daher wurden Mechanismen der Gewaltbändigung und Gewaltvorbeugung entwickelt, um den Frieden zu sichern. Das entspricht der Vernunft und ist sachgemäß“ (GF Nr. 56).

Ich möchte heute der Frage nachgehen, wie diese Realität der Gewaltsamkeit mit jener Hoffnung des von Gott geschenkten Reiches des Friedens zusammenhängen.

1. Krieg und Recht

Zuerst ein Blick in die Geschichte. Mit dem Ende der europäischen Konfessionskriege im 17. Jahrhundert war endgültig die Idee zerbrochen, die Wahrheits- und die Machtfrage ließe sich in einem allgemeinen Rechtssystem vermitteln. Der souveräne Staat war jetzt die höchste und letzte Instanz, in der Recht und Macht zusammenfielen. Auch in tatsächlicher Hinsicht entwickelte sich der moderne Staat durch sein Gewaltmonopol damit zu einem realen Raum des friedlichen Miteinanders. Innerstaatliche Fehden und Kriege hörten auf. Der von dem englischen Staatsphilosophen Thomas Hobbes angenommene Naturzustand der menschlichen Gesellschaft im Krieg aller gegen alle war durch die „staatliche“ Friedensordnung überwunden. Allerdings nur im Rahmen dieses Staates; jenseits seiner Grenzen bestand – so dachte man – der Naturzustand fort. Hat das – so fragte man sich – zwangsläufig im Gefolge, dass zwischen den Staaten ein permanenter Kriegszustand herrscht? Die Antwort suchte man in der erneuerten Vorstellung eines Völkerrechts, dessen Zustandekommen man sich vor allem durch Vertragsabschlüsse zwischen „zivilisierten“ Staaten vorstellte. Dadurch entstand ein internationales Rechtssystem, das quasi zwei „Aggregatzustände“ zwischen den Staaten unterschied: den des Friedens und den des Krieges. Beide waren – jeweils nach ihrer Natur – rechtlich geordnet. Zu Recht hat der große niederländische Völkerrechtsgelahrte Hugo Grotius seinem Hauptwerk den Titel „De iure belli ac pacis“ gegeben. Dahinter verbarg sich letztlich ein juristisches und politisches Programm. In seinem Mittelpunkt stand das freie Kriegsführungsrecht der Staaten. Fragen des Machterhalts, des Machterwerbs und der Machtverteilung unter ihnen konnte und sollte – ohne jede Einengung durch Recht und Moral – durch organisierte Gewaltsamkeit, durch Krieg also, geklärt werden. Das Credo des Politischen war damit die Gewalt.

Viele von Ihnen werden sich in ihrer Ausbildung mit dem Werk des Carl von Clausewitz „Vom Kriege“



Der Kommandeur der Offizierschule des Heeres in Dresden, Brigadegeneral Fritz von Korff, begrüßt den Katholischen Militärbischof Dr. Walter Mixa bei seinem Besuch der OSH am 6. und 7. Februar 2002. Fotos Beyel, KMBA

befassen. Dabei handelt es sich quasi um das „Drehbuch“ des Staatenkrieges, dem – nota bene – ethische Kategorien völlig abgehen. Zur Gewaltfrage etwa meint Clausewitz: „Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen; so gibt jeder dem anderen das Gesetz, es entsteht eine Wechselwirkung, die dem Begriff nach zum Äußersten führen muss“ (S. 194). Die Gewalt selbst wird nicht in Frage gestellt. Sie gehört nach diesem Denken unabänderlich zum Wesen, zum Kern des Politischen. Ich möchte Sie einladen, meine verehrten Zuhörer, über derartige scheinbare Selbstverständlichkeiten nachzudenken – gerade über den Begriff vom Kriege und seine modernen Äquivalente.

Manchmal frage ich mich – bitte erlauben Sie mir diese Zwischenbemerkung – wie man heute noch über die sog. Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts oder den napoleonischen Imperialismus sprechen kann wie über Naturereignisse der Vergangenheit, die christlichen Kreuzzüge des Mittelalters jedoch moralisch streng verurteilt. Damit will ich nicht die Kreuzzüge moralisch rechtfertigen. Ich möchte jedoch auf eine gewisse Blindheit der insofern immer noch unaufgeklärten Geschichtsschreibung des 19. Jh. hinweisen, die nicht nur in unseren Schulbüchern, sondern auch in vielen Köpfen noch herumgeistert. Die autokratischen politischen Systeme des 18. bis 20. Jh. in Europa waren nicht nur im

Hinblick auf die Grundfragen bürgerlicher Freiheit und Partizipation wie sozialer Gerechtigkeit äußerst mangelhaft. Die Institution des Krieges überhaupt und die Art und Weise, wie solche Kriege geführt wurden, verstießen in grundlegender Weise gegen die Würde des Menschen. Dafür gibt es viele Belege. Man sollte sich daran erinnern, wenn man von sog. „großen Persönlichkeiten“ der Geschichte spricht.

An dieser Stelle ist der in der neuzeitlichen Theorie des Politischen zu Unrecht gelegnete innere Zusammenhang vom „ius ad bellum“, dem Recht zum Kriege also, und dem „ius in bello“, den Rechtsnormen, die in der Kampfführung zu beachten sind, anzusprechen.

An zwei historischen Beispielen will ich das Gemeinte erläutern.

– Nachdem die Fürstenstaaten ihren Frieden mit dem Aggressor Napoleon gemacht hatten, erhoben sich Volksbewegungen in Tirol – Andreas Hofer – und in Spanien – die sog. Guerilla – gegen die fremden Besatzer und ihre staatlichen Helfershelfer. Sie beriefen sich dabei auf eigene traditionelle, vorstaatliche Rechte von Freiheit und Selbstbestimmung. Und sie kämpften mit den Waffen, die ihnen zur Verfügung standen, in Formationen und mit einer Taktik, die nicht die der zeitgenössischen Streitkräfte waren. Damit war das entstanden, was man seitdem „Terrorismus“ nennt. Für Kriegstheoretiker wie Clausewitz existierte hingegen nur der Staatenkrieg.

– Der andere Aspekt bezieht sich auf die Rechtsnormen der Kriegführung selbst. Das „ius in bello“ wurde im 19. und 20. Jh. im Sinne eines „humanitären Kriegsvölkerrechts“ weiterentwickelt. Das Haager Recht zur Landkriegführung sowie die Genfer Konventionen von 1949 mit den Zusatzprotokollen von 1977 enthalten zahlreiche Schutznormen für Kom-

baltanten und Nicht-Kombattanten, Kriegsgefangene, Kulturgüter und die natürliche Umwelt. Darin kann man einerseits einen Fortschritt sehen. Es fragt sich jedoch, ob der praktische Wert dieser Regelungen der politischen Theatralik, mit der man ihr Zu-Standekommen feierte, auch nur in etwa entsprach.

Außerdem verdient der Entstehungszusammenhang dieses Rechts Beachtung: die Rote-Kreuz-Bewegung entstammt nicht staatlicher Initiative, sondern liberal-bürgerlichen Kreisen. Bei den Haager Konferenzen handelt es sich um Reaktionen auf die sich verstärkende internationale pazifistische Bewegung. Politisch betrachtet lässt sich sagen, dass die Stärkung humanitärer Gesichtspunkte im Zusammenhang der Kriegführung in stärkstem Kontrast zur durchgängigen Weigerung der Großmächte stand, über allgemeine Abrüstung und eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit zur Einschränkung des „ius ad bellum“ zu verhandeln. So wurde – unter politischen Gesichtspunkten – zu Beginn des 20. Jh. das humanitäre Völkerrecht nicht zuletzt deshalb entwickelt, um sozusagen guten Gewissens weiterhin Kriege führen zu können.

Den Rückblick auf staatsphilosophische und juristische Thematisierungen des Krieges in der Epoche der Staatenkriege habe ich vor allem deshalb unternommen, um ihre praktischen Auswirkungen auf die Realität damaliger Kriege kritisch zu überprüfen. Das Ergebnis ist eher bescheiden, ja negativ. Die organisierte Gewaltsamkeit führte de facto ein Eigenleben, das sich weder politisch noch gesellschaftlich wirklich steuern ließ.

Die Geschichte zeigt uns, dass

1. die institutionell und rechtlich nicht gebändigte politisch organisierte Gewaltsamkeit zunehmend zu Chaos und maßloser Zerstörung führt; Konkretionen dazu folgen noch;
2. die Begrenzung der Gewalt im Rahmen der Kampfführung, so sie gelingt, tatsächlich die Friedensfähigkeit aller beteiligten Parteien fördern kann.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Völkerrechtsordnung im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen ist historisch eine Situation neuer Qualität erreicht. Sie begründet ein unbedingtes Gewaltverbot im zwischenstaatlichen Bereich und beendet damit die Geschichte des freien Kriegführungsrechtes. Zugleich schafft sie die erforderlichen Institutionen. Bevor ich die sich damit verbindenden Chancen und Aufgaben anspreche, wende ich mich erneut der Auffassung und Praxis des Krieges zu, wie sie das vergangene Jahrhundert bestimmt haben.

2. Totaler Krieg

Der Begriff des „Totalen Krieges“ wird gemeinhin verbunden mit der nationalsozialistischen Propagandakampagne, durch die der militärisch schon verlorene Zweite Weltkrieg verlängert und die definitive Niederlage Deutschlands in ungeahnte Dimensionen erweitert wurde. Der Sache nach war „totaler Krieg“ aber gemeinsame Praxis der Hauptgegner beider Weltkriege. Gemeint ist – über den Einsatz von Streitkräften an der Front hinaus – die weit reichende oder sogar rückhaltlose Indienststellung aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen (auch religiösen), technischen und personellen Ressourcen eines Landes in den Dienst der Kriegführung. Damit war zweifellos – in gewisser Hinsicht – die strikte Trennung eines staatlichen Kriegs- von einem zivilen Friedenssektor aufgegeben. Diese Trennung war zwar auch in früherer Zeit nicht absolut; mit der technisch-industriellen Entwicklung, den modernen Produktionsmethoden der Kriegsgüter sowie der Organisierbarkeit großer Menschenmassen ergab sich doch eine neue Qualität.

Diese „innere“ Ausweitung des Krieges hatte nicht zuletzt politisch gravierende Konsequenzen: durch Propaganda und Ideologisierung der Öffentlichkeit – teilweise in Kreuzzugs-Diktion, die zur Legitimation des Krieges erforderlich wurden, wurde die Definition der Kriegsziele beider Seiten immer weitreichender. Es gab kein Halten mehr. Im Ersten Weltkrieg wurde so etwa ein letzter Vermittlungsversuch Papst Benedikt

XV. im Jahre 1917 sogar von der katholischen Zentrumspartei in Deutschland zurückgewiesen. Ein wirklicher „Friedensschluss“ war schon am Ende dieses Krieges nicht mehr möglich. Der Vertrag von Versailles – und die anderen sog. Vorort-Verträge – waren faktisch Diktate, die neue Kriege provozierten. Wirtschaftliche Zusammenbrüche der unterlegenen Staaten, politische Revolutionen, der Beginn eines „Weltbürgerkrieges“ waren die Folgen. Auch im politischen Bereich kam es zu ungeheuren Verschiebungen: Grenzen wurden willkürlich gezogen, das gerade vom amerikanischen Präsidenten Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker im Hinblick auf die unterlegene Seite weithin ignoriert. Im Kontext des Zweiten Weltkrieges wurde dies alles nochmals gesteigert. So machte die Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ Deutschlands und Japans jedweden Kompromissfrieden von vornherein unmöglich. Der Krieg als Mittel der Politik endete im Exzess.

Auch die Kriegführung selbst erfuhr eine ungekannte und kaum noch kontrollierbare Entgrenzung. Die grausame und militärisch letztlich sinnlose Giftgaskriegführung liefert dafür im Ersten Weltkrieg ein signifikantes Beispiel.

Am Beispiel der noch für die Gegenwart höchst bedeutsamen Grundsätze und Methoden der Luftkriegführung lässt sich ein weiterer Widerspruch illustrieren. Einerseits fordern die bereits im Haager Recht formulierten humanitären Prinzipien eine Unterscheidung von Personen, Orten und Objekten, die zulässigerweise direkt bekämpft werden dürfen, von solchen, die als zivile oder private einem weit reichenden Schutz unterliegen sollen. Dem stehen andererseits die sog. „militärischen Notwendigkeiten“ gegenüber, die im konkreten Fall nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit mit humanitären Aspekten abzuwägen sind.

Die Geschichte der Luftkriegführung des zu Ende gegangenen Jahrhunderts liefert ein erschütterndes Beispiel dafür, wie tief das Ethos der Kriegführenden abstürzen kann. Ich will hier nicht vom Verhalten der nationalsozialistischen Führung oder

Truppenbesuche des Katholischen Militärbischofs sind Pastoralbesuche. Gespräche mit den Soldaten – aller Dienstgrade oder Funktionen und unabhängig von Konfessionszugehörigkeiten – spielen dabei eine besondere Rolle.

der der Sowjetunion sprechen, die den humanitären Prinzipien und dem der Würde des Menschen in jeder Situation zustehenden Respekt aus ideologischen Gründen keine Achtung zollen wollten. Auch die westlichen Demokratien verloren jedes Maß.

Das geschah nicht einfach in einem schwer kontrollierbaren Kriegsverlauf in Krisensituationen. Schon 1921 hatte der italienische Luftwaffengeneral Giulio Douhet in seinem Werk „Die Vorherrschaft in der Luft“ die These vertreten: „Der Krieg ist ... eine sehr ernste Angelegenheit und entscheidet über das Schicksal ganzer Völker. Siegen heißt, dem Gegner seinen eigenen Willen aufzwingen. Um das zu können, muss seine materielle und moralische Widerstandskraft restlos gebrochen werden. Und dies ist wiederum nur möglich, wenn dem Gegner mehr Schaden und Verluste zugefügt werden, als er ertragen kann“. In diesem Prinzip wurzelte letztlich das Organisationskonzept der britischen – und dann der amerikanischen – Strategischen Luftflotten des Zweiten Weltkrieges und des von ihnen durchgeführten Flächenbombardements gegnerischer Städte und ihrer Zivilbevölkerung, auch wenn die politischen Führer dieser Länder dies zur Täuschung der Weltmeinung wiederholt in Abrede stellten. Auch das war „totaler Krieg“. Nach amtlichen Angaben des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 1962 kamen allein in Deutschland dadurch 636.000 Menschen um's Leben, darunter 56.000 Kinder unter 14 Jahren; ca. 350.000 Wohngebäude wurden zerstört oder beschädigt. Die Fachleute sind sich heute einig, dass das eigentliche Ziel dieser Kriegsführung – die Zerstörung der Kriegsmoral der deutschen Bevölkerung – nicht erreicht wurde, eher das Gegenteil wurde bewirkt. Der klassische Staatenkrieg hatte sich endgültig als Niedergang der Kulturentwicklung entlarvt.



Die Öffentlichkeit in den angelsächsischen Ländern blieb zum Problem der Flächenbombardements weithin stumm. Wer die moralische Problematik unterschiedsloser Angriffe ansprach, setzte sich sofort dem Verdacht der Sympathie mit dem Feinde aus, gegen den ja gerade ein „Kreuzzug“ (cruzade) geführt wurde. Ich möchte heute eines mutigen amerikanischen Jesuiten-Theologen gedenken, der im Sommer und Herbst 1944 in den USA seine Stimme gegen diesen vernichtenden Bombenkrieg (*obliteration bombing*) erhoben hat. Unter Bezug auf mehrere öffentliche Kundgaben Papst Pius XII. erinnerte Pater John C. Ford SJ an ein in der katholischen Moraltradition unbestrittenes Axiom: „Unschuldiges Leben darf niemals direkt (d.h. unmittelbar und willentlich) getötet werden“ – aus welchen Gründen und Motiven, zu welchen Zwecken auch immer. In einer Jahrhunderte alten Lehre der Kriegsethik wuchs daraus die Unterscheidung in am Kampf Beteiligten und Unbeteiligte, (Kombattanten und Nicht-Kombattanten bzw. „Zivilisten“). Unter Berücksichtigung der modernen Gegebenheiten der Kriegsführung kam Ford zu dem Schluss, dass jedes Bombardement, das sich unmittelbar und ausschließlich auf Nicht-Kombattanten und Zivilisten richtet, moralisch nicht gerechtfertigt werden kann und darum weder befohlen noch durchgeführt werden darf.

Das Zweite Vatikanische Konzil (1961-1965) fordert darum alle Ver-

antwortlichen auf, die „bleibende Geltung des natürlichen Völkerrechts und seiner allgemeinen Prinzipien“ zu beachten: „Handlungen, die in bewusstem Widerspruch zu ihnen stehen, sind Verbrechen, ebenso Befehle, die solche Handlungen anordnen; auch die Berufung auf blinden Gehorsam kann den nicht entschuldigen, der sie ausführt.“ Die für den Kriegsfall bestehenden internationalen Konventionen müssen respektiert werden (vgl. GS, Nr. 79).

3. Ethik – Recht – Gewalt

Was bedeutet das alles nun für das Ethos des Soldaten? Für die Kampfführung existieren klare Grundsätze – für die Bundeswehr in der ZDv 15/1 „Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten“ niedergelegt. Diesem Recht zu folgen ist zugleich – wie wir eben hörten – hohe ethische Verpflichtung. Doch wer stellt für den handelnden Soldaten Rahmenbedingungen sicher, die auch Verbotsirrtümer ausschließen wie etwa im Falle unterschiedsloser Angriffe nach Art. 51 Abs. 4 Zusatzprotokoll I? Können wir wirklich gewiss sein, dass alle in einem operativen Verband eingesetzten Streitkräfte mit übereinstimmender Rechtsanwendung handeln? Hinsichtlich der Luftkriegsoperationen der US-Streitkräfte in Afghanistan etwa fällt auf, dass die m.W. einzige bisher vorliegende Studie zu zivilen Opfern des Luftbombardements (Aerial Bombing) von Marc W. Herold vom Dezember

2001 kaum auf amtliche Quellen zurückgreifen konnte.

Und schließlich: Wie wirkt sich im tatsächlichen Ergebnis einer Kriegsführung (das kaum Chancen hat, öffentlich bekannt zu werden) aus, dass westliche Demokratien die eigenen Verluste an Menschenleben möglichst gering, die des Gegners jedoch möglichst hoch halten wollen? Und letztendlich: Wie verhalten sich verbündete Streitkräfte heute zu Operationsplanungen und -einsätzen in ihrer eigenen Vergangenheit?

In der kommenden Woche jährt sich zum 57. Mal die Zerstörung dieser Stadt Dresden durch britische und amerikanische Bomberverbände. Nach allen Umständen, auch den ausdrücklichen Zielsetzungen dieses militärischen Angriffs kann ich nur meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, dass diese militärischen Operationen nach den allen wohlmeinenden Menschen zugänglichen Prinzipien des Naturrechts und nach der Lehre meiner Kirche sittlich nicht gerechtfertigt werden können. Wenn ich das feststelle, geschieht das nicht, um die Schuld oder Verantwortung anderer relativieren zu wollen. Es geschieht zuerst um der Wahrheit und um der Opfer willen. Dazu gehören in gewisser Weise auch die Flugzeugbesatzungen, die damals Befehle ausführen mussten, deren Unrechtsgehalt sie nicht erkannten.

Viele unter uns werden sich die Frage stellen, ob bzw. was wir aus diesem tragischen Ereignis lernen können. Darauf sind in den vergangenen Jahrzehnten in dieser Stadt – in der Zeit der Teilung und nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes – wohl manche Antworten gegeben worden.

Die Mahnung „Nie wieder Krieg!“ kann uns, kann Ihnen, meine Damen und Herren Soldaten, nicht mehr genügen. Wie überhaupt nach meiner Auffassung die traditionellen Grundforderungen des Pazifismus – wie die Geschichte des Krieges in den letzten 100 Jahren zeigt – so ernst sie gemeint sind und menschlichen Respekt verdienen, die politischen und militärischen Realitäten eher missverstanden haben. Darum bin ich persönlich kein Pazifist und könnte es angesichts der politischen Realitäten der Gewalt, ihrer Abwehr und deren notwendiger Begrenzung nicht sein.

Die Grundvoraussetzungen ethisch verantwortlichen Umganges mit militärischer Gewalt müssen durch politische Vorentscheidungen gewährleistet werden. Ich nenne einige mir wichtig erscheinende:

1. Notwendig ist die konsequente Förderung einer effizienten Kriegsächtung und einer wirksamen Konfliktprävention. Unter diesem Gesichtspunkt verweise ich nochmals auf unser schon zitiertes Bischofswort „Gerechter Friede“. Die großen Chancen, die uns das Völkerrecht mit dem System der Vereinten Nationen dazu anbietet, müssen wir als Geschenk einer überaus leidvollen Geschichte dankbar annehmen und weiterentwickeln. Alles, was die Rückkehr zu einer historisch überholten hegemonialen Dominanz fördert, ist ein Rückschritt.

2. Das System unserer gegenwärtigen Völkerrechtsordnung kennt kein *ius ad bellum* mehr. Um des Weltfriedens willen, den nur alle Staaten und Nationen gemeinsam erlangen und erhalten können, muss die Weltgemeinschaft als Ganze wirksam die Verantwortung für die Sicherung des Friedens wahrnehmen können. Dabei muss der Einsatz militärischer Mittel als *ultima ratio proportional* nicht nur zu humanitären Erfordernissen, sondern auch zu den angestrebten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen sein, die zur Wiedergewinnung des Friedens erreicht werden sollen.

„Wahrheitsfragen“ in den Grunddimensionen von Gerechtigkeit und Gleichheit müssen in diesem Zusammenhang praktisch beantwortet werden. Ich bin froh, dass unser Bundeskanzler den Gerechtigkeitsaspekt im Kontext der Globalisierung in diesen Tagen nachdrücklich thematisiert hat.

3. Militärische Einsätze selbst müssen – sofern sie unverzichtbar sind – präzise auf unterschiedliche Zielsetzungen ausgerichtet werden. Müssen gewaltsame Mittel verwandt werden, sind sie auf das absolut Notwendige zu begrenzen. Der praktische Respekt vor den Grundsätzen und Regeln des humanitären Völkerrechts ist gegenüber dem Gegner auch ein Zeichen

dafür, dass er als „*iustus hostis*“ (Carl Schmitt) angesehen wird. Auch das ist Voraussetzung für einen Friedensschluss, der am Schluss aller militärischen Operationen stehen muss. Darüber hinaus gilt immer der Grundsatz, dass kein noch so guter Zweck ethisch unerlaubte Mittel heiligen kann.

4. Im Zeitalter terroristischer Bedrohung kommt noch ein weiteres Erfordernis dazu. Wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, ist „Terrorismus“ zuerst eine Frage angewandter Methoden der Gewaltanwendung, der Organisationsform und des zuerkannten politisch-rechtlichen Status einer Gruppe. Immer aber richtet sich der terroristisch Agierende auf bestimmte politische Ziele aus. Sind diese „real“, muss die Lösung hier bestehender Probleme zuerst und vorrangig auf politischem Wege gesucht werden – und im Dialog mit denen, die dieselben Ziele verfolgen, ohne sich terroristischer Methoden zu bedienen.

Damit wende ich mich wieder dem Gewaltproblem zu, das Ausgangspunkt meiner Ausführungen war. Physische und psychische Gewalt verletzen immer das Leben – von Opfern, aber auch der Täter. Die wirkliche Überwindung von Gewalt kann nur gelingen, wenn letztlich in der Liebe Wege zur Versöhnung eröffnet werden. Das ist schon im persönlichen Leben mehr, als man erwarten darf. In Situationen des Krieges, selbst wenn schließlich „Frieden“ herrscht, mag mancher vollends die Hoffnung auf Versöhnung verlieren. Wer unter diesem Aspekt die Krisengebiete betrachtet, in denen Soldaten unserer Bundeswehr einen brüchigen Frieden sichern sollen, wird sich neue Fragen stellen. Die Antwort können Resignation, Rückzug oder das Fortschreiten in einer Spirale der Gewalt sein. Möglich ist aber auch das persönliche, individuelle, und das kollektive Sich-Ausstrecken nach jenem Land, das unser Gott jenen verheißt, die die Anwendung von Gewalt hinter sich lassen. Die Hoffnung jedoch, dieses Land betreten zu dürfen – wenigstens an einem Ort, zu einer Zeit – wird unsere Welt verändern. Dessen bin ich gewiss. □

FOLGERUNGEN AUS DEM VÖLKERMORD IN RUANDA 1994:

Deutscher Bundestag im Glashaus – Kein Grund zu moralischer Überheblichkeit

KLAUS LIEBETANZ

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse beklagte sich am „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ am 28. Januar 2002 zu Recht über das Schweigen und das damals mangelnde Mitgefühl vieler Deutscher angesichts des unsäglichen Leidens von Millionen geschundener Menschen. Anlässlich des Jahrestages des Beginns des Völkermordes in Ruanda 1994 am 6. April soll in diesem Beitrag anhand von Aussagen des Deutschen Bundestages untersucht werden, welches Interesse an Aufklärung, welches Mitgefühl und welchen Grad an Hilfsbereitschaft Bundestagsabgeordnete und höhere Beamte der Bundesregierung heute den Opfern des laufenden Völkermordes in Ruanda entgegengebracht haben. Und weil die Deutsche Bischofskonferenz über keine funktionsfähige „Humanitäre Meldestelle“ verfügt, konnte auch sie den zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages keine beweiskräftigen Zeugenaussagen für den Völkermord in Ruanda vorlegen.

Thierse Vorwurf an die Kriegsgeneration

In seiner bemerkenswerten Rede am 28. Januar 2002 im Deutschen Bundestag äußerte sich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse u.a. wie folgt: „Die bittere Erkenntnis, wozu Menschen fähig sind, muss uns bis heute irritieren und beunruhigen. Wie konnte es geschehen, dass jeder Maßstab für Recht und Unrecht verloren ging und die Fundamente eines zivilisierten Kulturstaates untergraben wurden? Warum haben so viele dazu geschwiegen, warum haben nur so wenige gewagt, die Würde des Nächsten und sein Recht auf Leben zu verteidigen? Wie war es möglich, dass die Fähigkeit, mitzufühlen und mitzuleiden verloren ging und damit auch jeder Sinn für Würde und Selbstachtung? Und vor allem: Wie können wir, die Nachfolgenden, verhindern, dass so etwas noch einmal geschieht?“

Angesichts dieser berechtigten Fragen soll nun im Folgenden geprüft werden, wie sich der Bundestag und seine Organe im laufenden Völkermord in Ruanda 1994 verhalten haben. Dazu zunächst einige Fakten zum Völkermord in Ruanda.

Fakten zum Völkermord in Ruanda

Am 6. April 1994 wurde gegen 20.30 Uhr in Kigali die offizielle

Präsidentenmaschine kurz vor der Landung abgeschossen. Der amtierende Präsident von Ruanda, Habyarimana, war an Bord. Kein Insasse hat überlebt. Habyarimana gehört dem Mehrheitsvolk der Hutu an. Er kam gerade aus Dar-es-Salaam, wo er erfolgreiche Friedensverhandlungen mit den Tutsi-Rebellen abgeschlossen hatte. Noch in der gleichen Nacht wurden gemäßigte Hutu-Minister nach schon vorbereiteten Listen von der Präsidentengarde festgenommen und anschließend umgebracht.

Mordorgie der Miliz in Kigali

Parallel zur Auslöschung der Opposition begann die Miliz der Jugendorganisation der MRND „Interahamwe“ mit ihrem mörderischen Treiben gegen die Tutsi-Bevölkerung in Kigali. Sie verfügte nur über wenige Handfeuerwaffen und Handgranaten. Sie besaß jedoch eine große Anzahl von Macheten, Speere und Holzknüppel mit Nägeln. Die Jugendmilitzionäre zogen plündernd und mordend von Haus zu Haus, um Tutsi, die „Küchenschaben“ wie Ungeziefer zu vernichten.

Ausbreitung des systematischen Mordens in der Provinz

Bereits nach wenigen Tagen weitete sich die systematische Ausrottung der Tutsi in den zehn Provinzen



(Präfekturen) von Ruanda aus. Fast überall verlief das Abschachten der Tutsi nach folgendem Schema: Hutu-Aktivisten und die Miliz „Interahamwe“ machten Jagd auf Tutsi. Zunächst wurden ihre Häuser geplündert und anschließend in Brand gesetzt. Teilweise wurde die Miliz von anderen Orten auf Lastwagen herbeigefahren. Die überlebenden Angehörigen des Tutsivolkes flüchteten in die Kirchenzentren der nächsten größeren Orte. Sie hofften, wenigstens in den Kirchen sicher zu sein. Oft waren es mehrere Tausend verängstigter Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Tutsi-Männer versuchten mit Steinen, die angreifenden Milizen abzuwehren. Polizisten, die zunächst auf der Seite der Verfolgten standen, wurden von offizieller Seite zurückgezogen, um dann tatenlos zu verharren. Wenn der Tutsi-Widerstand zu groß war, forderte die Miliz Regierungssoldaten an, die dann den Widerstand zusammenschoss. Sobald der Widerstand nach teilweise tagelangen Kämpfen erlahmte, wurde Tränengas in die Öffnungen der Kirche geworfen. Dann stürmten die Todesschwadronen der Hutu-Miliz in die Kirche und begann mit dem Abschachten der Tutsi. In den Kirchen wurde nicht geschossen, um Munition zu sparen. Außerhalb der Kirchen standen mit Handfeuerwaffen ausgerüstete Militzionäre oder Regierungssoldaten, die auf solche Tutsi schossen, welche dem Gemetzel zu entfliehen suchten. Das Abschachten der Menschen mit Macheten, Speeren und Keulen dauerte tagelang an, da die Mörder ermüdeten und Pausen einlegen mussten. Ortsansässige Hutus beteiligten

sich am Abschlichten ihrer ehemaligen Mitbewohner oder wurden dazu von den Milizen gezwungen, um sich als „wahre“ Hutus zu erweisen. Nach dem die Milizen ihren „Auftrag“ erledigt hatten, wurde die Kirchen angezündet. Dieser Vorgang wiederholte sich in vielen Kirchenzentren aller Provinzen. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 850.000 Tutsi innerhalb von drei Monaten umgebracht wurden.

Ruanda ein befreundetes und bekanntes Land

Der Völkermord fand in einem Land statt, zu dem die Bundesrepublik Deutschland freundschaftliche Beziehungen unterhielt, dem jährlich 20 bis 30 Mio DM Entwicklungshilfe gezahlt wurde, das Bundestagsabgeordnete regelmäßig besuchten, in dem zahlreiche deutsche private und staatliche Organisationen arbeiteten und in dem eine Beratergruppe der Bundeswehr für die Ausbildung der Armee im Straßenbau stationiert war. Des Weiteren hatte das Bundesland Rheinland-Pfalz eine langjährige intensive Partnerschaft mit Ruanda.

Der Auswärtige Ausschuss ignoriert den Völkermord in Ruanda

Sieben Wochen nach dem Beginn des Mordens in Ruanda und auf dem Höhepunkt des Völkermordes an den Tutsi fand die 95. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 18. Mai 1994 im Deutschen Bundestag statt. Es wird mit keinem einzigen Wort auf den seinerzeit akuten und laufenden Völkermord eingegangen, obwohl bereits bei der 33. Sitzung des Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses für „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ vom 28. April 1994 auf den Beginn der grauenvollen Massaker hingewiesen wurde. Dagegen wird in Tagesordnungspunkt (TOP) 6 ein Antrag beraten, wie man die menschenrechtliche Aufgabe Deutschlands in der Welt stärken kann. In TOP 7: „Tag der Menschenrechte“ am 10. Dezember 1993 wird der Erfolg der Menschenrechtskonferenz herausgestellt. Selten war der Deutsche Bundestag so weit von der Realität entfernt wie bei dieser Sitzung.

Nichts feststellen, um nicht handeln zu müssen

Bei der 34. Sitzung des Unterausschusses „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ vom 25. Mai 1994 berichtete ein prominenter Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Bundesminister von der Sonder-sitzung der VN-Menschenrechtskommission über die Ereignisse in Ruanda im Deutschen Bundestag. Er erklärte, dass es hinter den Kulissen der Konferenz noch lange und wichtige Diskussionen darüber gegeben hätte, ob für die Ereignisse in Ruanda der Begriff „Völkermord“ angebracht sei. Dies zu bejahen, hätte Konsequenzen aufgrund der bestehenden Konventionen.

Ein höherer Beamter des Auswärtigen Amtes erläuterte bei dieser Sitzung ergänzend, dass bei einigen afrikanischen Staaten selbst angesichts der überaus vorsichtigen Formulierung in dem Resolutionstext zur Frage des möglicherweise in Ruanda stattfindenden Völkermordes immer noch Bedenken bestünden. Diese Bedenken hingen damit zusammen, dass aufgrund der Konvention gegen Völkermord bei Feststellung eines diesem Tatbestand entsprechenden Sachverhalts eine Verpflichtung der Staaten zum Eingreifen entstehe. Zum anderen sei dies natürlich auch eine politische Frage, da man in die Verlegenheit kommen könnte, potentielle Gesprächspartner völkerrechtlich verfolgen zu müssen.

Der o.a. prominente Bundestagsabgeordnete gab abschließend zu bedenken, dass man sich, wenn man den Tatbestand erkenne und nicht entsprechend handle, den Vorwurf zuziehen werde, den Verpflichtungen der Konvention nicht nachzukommen.

Die Reaktion des Bundeskanzlers

Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl war sehr ungehalten über den Umstand, dass die Bundeswehr nicht rechtzeitig in der Lage war, im April 94 elf Mitarbeiter der Deutsche Welle aus der Nähe von Kigali zu evakuieren. Diese Aufgabe musste von belgischen Fallschirmjägern übernommen werden. Dies war der Anlass für die Neuaufstellung des „Kommandos Spezialkräfte“

(KSK). Für die Bundesregierung stand ausschließlich die Rettung von Angehörigen des deutschen Volkes im Mittelpunkt der Überlegungen. Offensichtlich kam niemand auf den Gedanken, dass es sich bei den abgeschlachteten Frauen, Kindern und älteren Menschen auch um menschliche Wesen handelte.

Ignatz Bubis' Urteil über die politische Klasse in Deutschland

Ignatz Bubis, der ehemalige und unvergessene Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, wurde 1998 – kurz vor seinem Tod – anlässlich eines Vortrags in Verden an der Aller gefragt, ob er es für sinnvoll hielt, wenn in der neuen „Berliner Republik“ ein „Humanitäres Lagezentrum“ bei der Bundesregierung errichtet würde, damit Politiker nicht mehr sagen können, wir haben nichts davon gewusst.

Ignatz Bubis brachte in einer sehr emotionalen Antwort seine Enttäuschung über die vielen Völkermorde nach 1945 zum Ausdruck. Er und seine Leidensgenossen hätten nicht geglaubt, dass sich so etwas wiederholen würde. Er schloss seine Antwort mit den Worten: „Glauben Sie ja nicht, dass Sie mit einem 'Humanitären Lagezentrum' auch nur bei einem Politiker, der an den Schalthebeln der Macht sitzt, irgendetwas verändern werden.“

Die hellsichtige Stimme von Yehuda Baur

Am 27. Januar 1998 hat der Wissenschaftliche Direktor des Holocaust-Museum Yad Vashem, Yehuda Baur, die Festrede im deutschen Bundestag anlässlich des Gedenktages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gehalten. Sein Vortrag ließ sich im Wesentlichen in drei Punkten zusammenfassen:

1. Es ist notwendig, sich an Auschwitz zu erinnern.
2. Die Ursachen von Auschwitz müssen analysiert und daraus entsprechende Schlüsse gezogen werden.
3. Wir dürfen nie wieder passiv zuschauen, wenn irgendwo in der Welt Massenmord, Völkermord oder ein Holocaust geschieht.

Zu der o.a. Auffassung von Ignatz Bubis schrieb Yehuda Bauer in einem Brief an den Artikelschreiber:

„Herr Bubis hat wohl Recht; aber eben deshalb sollte man alles tun um die Lage zu ändern.“

Schlussfolgerung für den Deutschen Bundestag

1. Der Deutsche Bundestag sollte sein eigenes Verhalten während der Völkermorde in jüngster Zeit selbstkritisch hinterfragen und alles vermeiden, was den Anschein einer moralischer Überlegenheit gegenüber den früheren Generationen erwecken könnte.
2. Der Deutsche Bundestag sollte parteiübergreifend die entscheidende Frage ernsthaft prüfen, wie Völkermord heute, wo auch immer

in der Welt, rechtzeitig erkannt und verhindert werden kann. Dazu gehört u.a. der Vorschlag von Staatsminister a.D. Michael Naumann zur Errichtung einer Völkermordfrühwarnstation. Diese gut durchdachte Idee ist im Deutschen Bundestag niemals ernsthaft diskutiert worden.

3. Die deutsche Bischofskonferenz sollte ihrerseits ernsthaft prüfen, welche Konsequenzen sie aus ihrem Verhalten beim Völkermord in Ruanda ziehen müsste. Schließlich hatte die deutsche Katholische Kirche ein enges partnerschaftliches Verhältnis zu Ruanda, dass mit 60% Katholiken und 15% Pro-

testanten das missionierteste Land Afrikas ist. Es kann nicht hingegenommen werden, dass Priester und Ordensleute im Zeitalter der Kommunikation keine technische Möglichkeiten besitzen, um Massaker zu melden, damit wenigstens andere Gemeinden gewarnt werden und die Weltgemeinschaft über einen Völkermord rechtzeitig informiert wird.

Eine jederzeit ansprechbare (rund um die Uhr), kompetente „Humanitäre Meldestelle“ bei der deutschen Bischofskonferenz oder bei „Justia et Pax“ wäre das mindeste, was man erwarten könnte. □

Eine mögliche neue Aufgabe für den Bundesnachrichtendienst

Mitarbeit bei der Errichtung einer Völkermordfrühwarnstation beim Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes

KLAUS LIEBETANZ

Nach 50 Jahren Reden über den Holocaust ist die Zeit reif für die Errichtung einer „Völkermordfrühwarnstation“. Die jährlichen Holocaust-Gedächtnisfeiern jeweils am 27. Januar (Tag der Befreiung von Auschwitz) im Deutschen Bundestag dürfen nicht ausschließlich innenpolitisch instrumentalisiert werden. Der Deutsche Bundestag muss sich selbstkritisch auch der Frage stellen: Wie kann Völkermord heute rechtzeitig erkannt und verhindert werden? Neben dem Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden sollte konsequenterweise eine funktionierende „Völkermordfrühwarnstation“ eingerichtet werden. Diese könnte später in ein System von Frühwarnstationen der Vereinten Nationen übernommen werden. Das würde auf die breite Zustimmung der deutschen Bevölkerung stoßen, wie die Reaktionen auf die Rede des ehemaligen Staatsministers Michael Naumann am 27. Januar 2000 bei der Internationalen Konferenz über den Holocaust in Stockholm gezeigt haben. Das neu errichtete Krisenreaktionszentrum im Auswärtigen Amt wäre dazu aus vielfachen Gründen geeignet. Dem BND könnte dabei eine besondere Schlüsselrolle zufallen, indem er einem von den deutschen Botschaften gemeldeten Anfangsverdacht nachginge und beweiskräftig aufklärte.

Lagefeststellung

Auch nach dem Holocaust hat es nachweisbar seit 1945 mindestens einhundert Völkermorde gegeben. Um nur einige Opfer zu nennen: die die Kambodschaner unter Pol Pot, die Tutsis, die Bosniaken, die Kurden, die Naturvölker des Sudans und zahlreiche kleinere Naturvölker in Amazonien. Dies geschah, obwohl sich die Vereinten Nationen schon 1948 in der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ feierlich verpflichtet hatten, gegen jede Art von Völker-

mord einzuschreiten. Häufig wurde der Völkermord zu spät erkannt und/oder eigene Interessen standen einem raschen Handeln entgegen. Die Bundesrepublik ist der Völkermordskonvention 1955 beigetreten. Völkermord beinhaltet Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören (vgl. VN-Völkermordkonv., Art. 2). Da Völkermorde nicht aus dem Stand geschehen und einer propagandistischen Vorbereitung bedürfen, gibt es klare

Indikatoren und eine gewisse Vorwarnzeit für die internationale Gemeinschaft. „Und dennoch gibt es bis heute nicht eine einzige internationale Frühwarnstation, die genozidale Alarmzeichen sammelt und öffentlich verbreitet“ (Naumann).

Indikatoren für einen Völkermord

Bezüglich der Früherkennung eines Völkermordes hat der ehemalige Staatsminister Naumann in seiner o.a. Rede am 27.01.2000 in Stockholm folgende Anzeichen für einen beginnenden Völkermord genannt:

- die adressenmäßige Erfassung und die Kennzeichnung von Opfergruppen
- eine Propaganda, in der die vorgesehenen Opfer als tödliche Gefahr für die Täter hingestellt werden
- die Auswechslung von hohen Offizieren der Tätergruppe, die beim Töten nicht mitmachen wollen
- das Auftauchen von Tarnbegriffen (Euphemismen) für geplante Tötungen wie etwa „ethnographische Sanierung“, „ethnische Säuberung“ oder „Bürgerkrieg“
- die Aufstellung und Ausbildung von speziellen Mordeinheiten, meist Paramilitärs oder Jugendverbände wie in Ruanda

- das Auftauchen von Flüchtlingen ohne typische Fluchtanlässe wie Hungersnöte und/oder Naturkatastrophen

Beim Erkennen dieser Anzeichen von Völkermord sollte die Völkergemeinschaft wachsam sein und mit entsprechenden zivilen und/oder militärischen Mitteln rechtzeitig handeln. Es war ein Skandal, dass 1994 in Ruanda über einen Zeitraum von drei Monaten ca. 850.000 Frauen, Kinder und ältere Menschen fast ausschließlich in Kirchen regelrecht abgeschlachtet wurden, ohne dass die zivilisierte Welt angemessen reagierte. Im Auswärtigen Amt gab es seinerzeit kein Krisenreaktionszentrum, das u.a. einen solchen Wachdienst hätte übernehmen können.

Menschenrechtsorganisationen

Bislang gibt es weltweit keine einzige Institution die konsequent, systematisch und kompetent die Indikatoren eines beginnenden Völkermords beobachtet. Dagegen existieren zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NRO's), die sich u.a. diesem Thema widmen. Dazu gehören u.a. Amnesty International, Human Rights Watch, die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ in Göttingen und viele weitere Menschenrechtsorganisationen. Diese haben eines gemeinsam: Sie verfügen nicht über genügend qualifiziertes Personal und eine geeignete moderne technische Ausrüstung. Das Wesentliche jedoch ist, dass sie nur jeweils eine Stimme unter vielen sind und nicht über genügend Autorität und Einfluss verfügen. Teilweise sind sie sogar Konkurrenten auf dem „Markt der Barmherzigkeit“. Diese Organisationen und die Kirchen könnten aber auf jeden Fall einen wichtigen Beitrag zur Früherkennung eines Völkermordes leisten.

Weltweite Verbindungen des Auswärtigen Amtes

Das Auswärtige Amt unterhält einzigartige weltweite Verbindungen, die kein anderes Bundesministerium keine andere Institution in Deutschland besitzt. Das Krisenreaktionszentrum im AA verfügt mittels des Telekommunikationszentrums über ein weltweites Netz gesicherter Ver-

bindungen zu 217 Vertretungen im Ausland. Ferner betreibt das AA zwölf Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen, wie z.B. beim Sicherheitsrat in New York und bei der UN-Menschenrechtskommission in Genf. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, wenn in den gefährdeten Ländern jeweils ein Botschaftsangehöriger damit beauftragt würde, die Indikatoren für einen möglichen Völkermord zu beobachten und an das Krisenreaktionszentrum weiterzumelden. Diese Aufgabe könnte z.B. der Kulturreferent oder der Rechts- und Konsularreferent übernehmen. Die Informationen der Nichtregierungsorganisationen und der Kirchen sollten mit einbezogen werden.

Eine neue Aufgabe für den BND

Seit dem Ende der Ost-West-Konfrontationen hat der Bundesnachrichtendienst eine Reihe von Aufgaben verloren. Neue Aufgaben wie die Beobachtung des internationalen Terrorismus und des weltweiten Drogenhandels sind dazugekommen.

Auf Grund seiner verdeckten Arbeitsweise wäre der BND besonders geeignet, mit Oppositionsgruppen unterhalb der offiziellen Ebene zusammenzuarbeiten und sensible Indikatoren für einen geplanten Völkermord zu erkennen. Der Auswertung von Medien, besonders von bestimmten Rundfunksendungen, käme bei der Völkermordfrüherkennung eine besondere Rolle zu (vgl. die Hetzsendungen der Radiostation „Milles collines“, die den Genozid in Ruanda vorbereiteten).

Der Resignation entgegenzutreten

Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und engagierte Politiker beklagen immer wieder resignierend, dass es bei schweren Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord nicht an der Früherkennung, sondern am politischen Willen der verantwortlichen Regierungen gefehlt hat, rechtzeitig einzugreifen und dem verbrecherischen Treiben ein Ende zu setzen. Diese Klagen sind nur zum Teil berechtigt. Sorgfältige Recherchen zeigen nämlich, dass es zu den fraglichen Zeitpunkten in der Regel eindeutige und nachprüfbar-

Beweise von Völkermord und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen gefehlt haben. Auf dem Höhepunkt des Genozids konnte zum Beispiel der amerikanische Botschafter in Ruanda unwidersprochen erklären: „Alle Welt spricht von Völkermord, aber wo sind die Beweise?“ (vgl. NOTFALLVORSORGE 3/1997 Wie können wir in Zukunft einen Völkermord verhindern? – Gedanken zum Genozid 1994 in Ruanda). Mit der Völkermordkonvention von 1948, welche auch die Bundesrepublik Deutschland 1955 unterzeichnet hat, haben sich alle Unterzeichnerstaaten verpflichtet, einen Völkermord, wo auch immer er geschieht, zu verhindern und/oder im Anfangsstadium einzugreifen.

Schlussbemerkungen

In seinem Vorwort zum fünften Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen bezeichnet Bundesaußenminister Joschka Fischer die Menschenrechtspolitik als eine Priorität der rot-grünen Bundesregierung. Er zitiert die UNO-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson mit den Worten: „Menschenrechtsverletzungen von heute sind die Kriege von morgen“.

Die Einrichtung einer „Völkermordfrühwarnstation“ durch die Bundesregierung hätte auch langfristig einen erheblichen Spareffekt, weil beginnende Völkermorde frühzeitig erkannt und rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen eingeleitet werden könnten. So könnten Hunderte von Millionen DM gespart werden, die als Folgekosten für Flüchtlinge und den lokalen Wiederaufbau durch die Bundesregierung gezahlt würden. Hätte die Weltgemeinschaft beim Völkermord in Ruanda im Jahr 1994 rechtzeitig eingegriffen, wären über eine Milliarde DM europäischer Nothilfe für die Flüchtlingslager von Goma gespart worden. Außerdem hätte der nachfolgende unselige Bürgerkrieg im Kongo nicht stattgefunden. Der Früherkennung von möglichen Völkermorden kommt deshalb auch aus diesen Gründen eine hohe Bedeutung zu. Der BND könnte dabei eine wichtige neue Aufgabe übernehmen. □

Philosophie der Friedenssicherung

WOLFGANG ALTENDORF

Die hohe ethische Einstufung des Begriffs „Friede“, wäre eine akzeptable Basis für das Zusammenleben unterschiedlicher humanitärer Kulturen. In der Tat besitzt dieser Begriff bei allen Menschen dieser Erde einen hohen Stellenwert, der jedoch eigentümlich leicht – sei es aus ideologischen oder rein materiellen Gründen – diesen Wert verlieren kann.

Infolgedessen befindet sich jede Gesellschaft, wie etwa die europäische, hier vor allem auch die deutsche, die Frieden nicht nur in der Theorie, auch in der Praxis als eines der höchsten Güter deklariert, in einer ständigen Gefahr.

Es ist die Gefahr des Missverständnisses. Führende Gruppierungen in sonst friedlich gestimmter Gesellschaft, die Zugriff haben auf ein (heute zumeist in seiner Effektivität überschätztes) Waffenarsenal, könnten durchaus diese „Philosophie des Friedens“ als lockende Schwäche einschätzen. Aus dieser Überlegung heraus, die durchaus realistisch ist, unterhalten in ihrer Philosophie dem Frieden verpflichtete Staaten Armeen, die generell über keinerlei „Feindbild“ verfügen, es sei denn aus gegebenen Anlässen. Dennoch werden die eine Bedrohung darstellenden Gruppierungen nicht mit dem historisch verstaubt erscheinenden Begriff „Feind“ identifiziert, als vielmehr mit dem moderneren, nämlich „Aggressor“.

Während der Begriff „Feind“ nur selten einer logischen Differenzierung bedarf, im Ernstfall klar in Erscheinung tritt, dazu in der Regel bestimmte Verhaltensweise zeigt, die berechenbar sind, präsentiert sich der Aggressor in der Regel anonym, aus „dem Untergrund“ heraus, und ist nur in wenigen Fällen beweisbar zu identifizieren. Zumeist wird der Aggressor von Interessenten, oft in führenden Stellungen, in von der Bevölkerung her friedlich einzuschätzenden Staaten unterstützt. Ohne diese Unterstützung wären sie kaum negativ-wirkungsvoll in der Lage Aggressionen durchzuführen.

Dieser historisch gesehen neue

Form der Friedensgefährdung, kann nur mit dem Mittel des „positiven Respekts“ begegnet werden, das heißt der Demonstration von Möglichkeiten auf Aggression wirksam zu antworten. Es gilt nicht in erster Linie elementaren Angriffen – von welcher Seite auch immer – mit Gegenschlägen militärischer Art zu reagieren, vielmehr solche Versuche präventiv zu verhindern, nach dem Motto für Aggressoren: Es ist nun doch zu riskant.

Dabei sollte nicht „Material gegen Material“ gesetzt und aufgerechnet werden, vielmehr mit Hilfe der Wissenschaft neue Verteidigungsmöglichkeiten geschaffen, die der längst in der Entwicklung veralteten, von daher „konservativen“ Armierung mit moderner Intelligenz überlegen sind. Auf einen vereinfachten Nenner gebracht – nicht das Stahlwerk, vielmehr das wissenschaftliche Institut gilt es mit jenen Mitteln auszustatten, die Überlegenheit mit neuen Ideen und daraus entstehenden respektablen Verteidigungsmöglich-

keiten, merkbar für alle, speziell für die, die es angeht, demonstrieren.

Daraus folgt allerdings, dass die fachliche Perfektion höher eingestuft wird, was berufliche Qualifikation mit der Dauer ihrer Anwendung verknüpft, die Verbindung zur neuen Technologie „zum Beruf“ macht. Überlegenheit durch Intelligenz ist die Voraussetzung humanitärer Verbindlichkeiten. Neben der beeindruckenden Wirkung bis zur Abschreckung, gilt es darüber hinaus und vor allem jene zu schützen, die unsere Sicherheit dann zu ihrem Beruf gemacht haben. Jeder Einzelne ist Teil dieses Schutzes; ohne ihn bleibt er lückenhaft. Das bedeutet: Dass seine Individualität, sein Leben, in der realen Philosophie der Friedenssicherung unentbehrlich, ja Voraussetzung ist. Ihm gebührt von der Gesellschaft, die ihm ihren Schutz anvertraute, die höchste eigne Sicherheit durch Überlegenheit im Einsatz, wobei der stetige „Fluss“ zu beachten ist. – In der Entwicklung ist die „Waffe von gestern“ technologisch keine mehr. □

UNICEF: Auf Rekrutierung Minderjähriger verzichten

Den grundsätzlichen Verzicht auf die Rekrutierung von Minderjährigen hat das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF gefordert. Kalaschnikows und Maschinenpistolen gehörten nicht in die Hände von Minderjährigen, sagte UNICEF-Geschäftsführer Dietrich Garlichs am 11. Februar 2002 in Köln. Er appellierte an die Bundesregierung, durch die rasche Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention „ein Signal an Kriegsherren und Konfliktparteien in aller Welt zu senden“. Dazu gehöre auch, dass es keine Minderjährigen mehr in den Reihen der Bundeswehr geben dürfe.

Die vorbehaltlose Ratifizierung des Zusatzprotokolls durch die Bundesregierung scheitert nach Angaben von UNICEF bislang vor allem an dem Beharren des

Verteidigungsministeriums, auch weiterhin jährlich zwischen 200 und 300 unter 18-jährige Freiwillige aufzunehmen. Nach Einschätzung des Kinderhilfswerks zeigen die Anstrengungen, Kinder vor dem Missbrauch als Soldaten zu schützen, erste Erfolge. 93 Regierungen hätten das Zusatzprotokoll, das am Dienstag in Kraft tritt, bereits unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehörten unter anderen von jahrelangem Krieg geprägte Staaten wie die Demokratische Republik Kongo und Sri Lanka. In Ländern wie Sierra Leone oder dem Sudan kehrten mit UNICEF-Unterstützung immer mehr ehemalige Kindersoldaten in ihre Dörfer zurück. Nach wie vor würden jedoch weltweit rund 300.000 Kinder unter 18 Jahren zum Kriegseinsatz gezwungen, kritisierte UNICEF. (KNA)

Islam und westliche Welt

Im letzten AUFTRAG begann ein vierteiliger Beitrag von Oberst a.D. Dieter Kilian, Militärattaché-Verwendungen in islamischen Staaten, zum Thema „Islam und westliche Welt“ (Teil 1: „Annäherung und Konfrontation – die muslimische Welt im 21. Jh.“; s. AUFTRAG Nr. 246/Februar 2002, S. 25 ff.). In diesem Heft befasst sich der Autor mit den religiösen Grundlage und dem Rechtssystem des Islams. Die Serie wird im AUFTRAG 248 fortgesetzt mit dem Verhältnis „Islam und Christentum“ und einem vierten Teil „Sicherheitspolitische Aspekte und Ausblick“ im Heft 249.

Teil 2: Religiöse Grundlagen und Rechtssystem

DIETER KILIAN

Die Pflichten

Die Glaubensgrundsätze des Islam werden oft in der plakativen Form der sogenannten „5 Säulen des Islam“⁽¹⁾ (s. Abb. 1) dargestellt, die für alle Muslime gelten. Diese sind jedoch als solche im Koran nicht festgelegt, sondern haben sich aus der Praxis entwickelt.

Das muslimische Glaubensbekenntnis, die Schahada „Es gibt keinen Gott außer Gott und Mohammed ist sein Prophet“, vor einem muslimischen Rechtsgelehrten ausgesprochen, genügt, um formal Muslim zu werden. Wichtig ist, dass Mohammed als der letztgesandte Prophet⁽²⁾, als „Siegel der Propheten“ aner-

kannt wird.

Ursprünglich wird nur dreimal am Tage gebetet und zwar in Richtung Jerusalem⁽³⁾. Erst später wird die Anzahl des täglichen Gebetes auf fünf erhöht, und die Richtung wechselt nach Mekka⁽⁴⁾. Die Gebete sind nur freitags in der Gemeinschaft der Gläubigen⁽⁵⁾ zu verrichten; sie unterliegen zwar einem groben Ablauf (s. Abb. 2), sind aber nicht an die Moschee als Gebetsraum gebunden.

Im islamischen Jahr, das sich nach dem Mondkalender richtet, haben zwei Monate eine besondere religiöse Bedeutung: der neunte und der zwölfte Monat, Ramadan und Hadsch. Der Überlieferung nach empfängt der Prophet im Ramadan, dem

Fastenmonat⁽⁶⁾, die erste Offenbarung⁽⁷⁾.

Der Monat Hadsch ist der Zeitraum der „Großen Pilgerfahrt“ nach Mekka⁽⁸⁾. Früher ist sie lang und beschwerlich und damit nur Privileg weniger. Doch auch heute kann sie nur von einer Minderheit durchgeführt werden, denn die Zahl der Pilger jedes Landes ist durch das saudische „Ministry of Pilgrimage“ kontingentiert und liegt zz. pro Jahr bei etwa 2,5 Millionen. Dieser Pilgerstrom konzentriert sich auf das Stadtgebiet von Mekka⁽⁹⁾ und muss innerhalb von etwa zwei Wochen in jeder Hinsicht versorgt werden, allein aus logistischer Sicht ein gewaltiges Vorhaben und im übrigen für die Pilger und das Gastland sehr kostspielig. Daher kann nur ein kleiner Teil der mehr als eine Milliarde Muslime diese Pflicht erfüllen, die zwar einen unverändert hohen Stellenwert im Rahmen der individuellen Umsetzung des Glaubens besitzt, jedoch nicht als bindende Verpflichtung. Allerdings kann jeder Muslim während der übrigen elf Monate die heiligen Stätten so oft wie möglich besuchen (sog. „Kleine Pilgerfahrt“ – Umra). Die Rolle der Armensteuer (Zakat)⁽¹⁰⁾ als Glaubensgrundsatz hat in vielen Ländern durch die öffentliche Besteuerung an Bedeutung verloren.

Das Buch

Als Mohammed im Jahre 611 n. Chr. die erste Offenbarung erhält – er lebt zu dieser Zeit in Mekka, ist etwa 40 Jahre alt und seit 16 Jahren verheiratet – vermag er diese nicht einzuordnen.

Er glaubt, er sei verwirrt und harrt mit seinem Schicksal. Kein Wunder, ausgerechnet er, des Lesens und Schreibens unkundig, soll der Aufforderung des Erzengels Gabriel „Lies! Im Namen deines Herrn, der erschuf!“⁽¹¹⁾ folgen. Die Offenbarungen beginnen, als Mohammed in Mekka lebt und setzen sich später ab 622⁽¹²⁾ auch in Medina, insgesamt über einen Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren, bis fast zu seinem Lebensende, fort. Die Texte werden

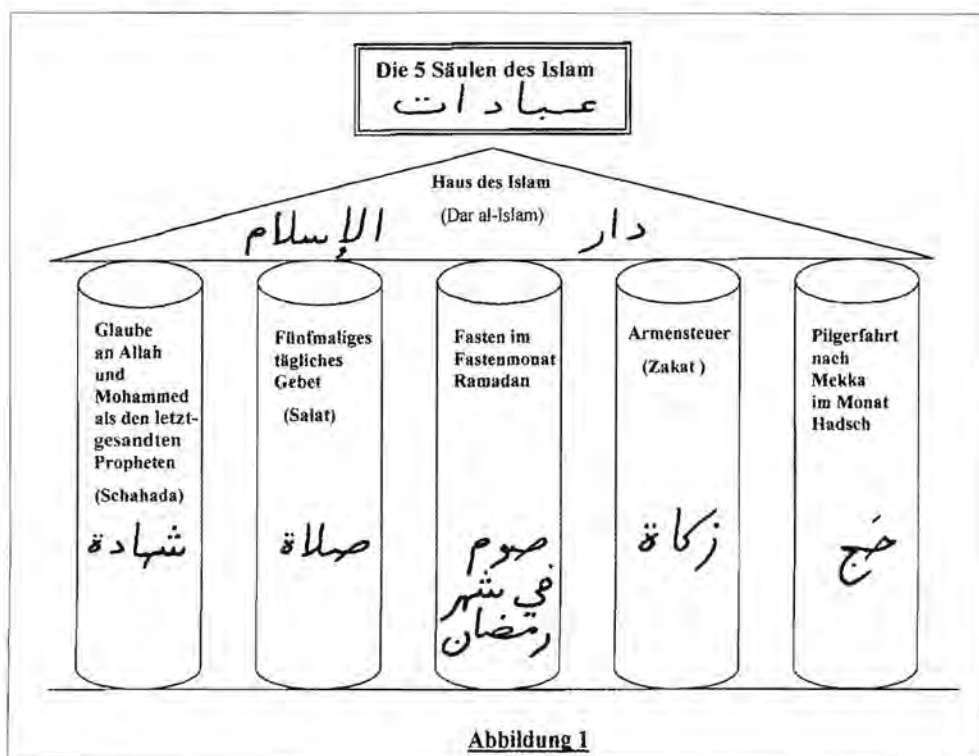


Abbildung 1

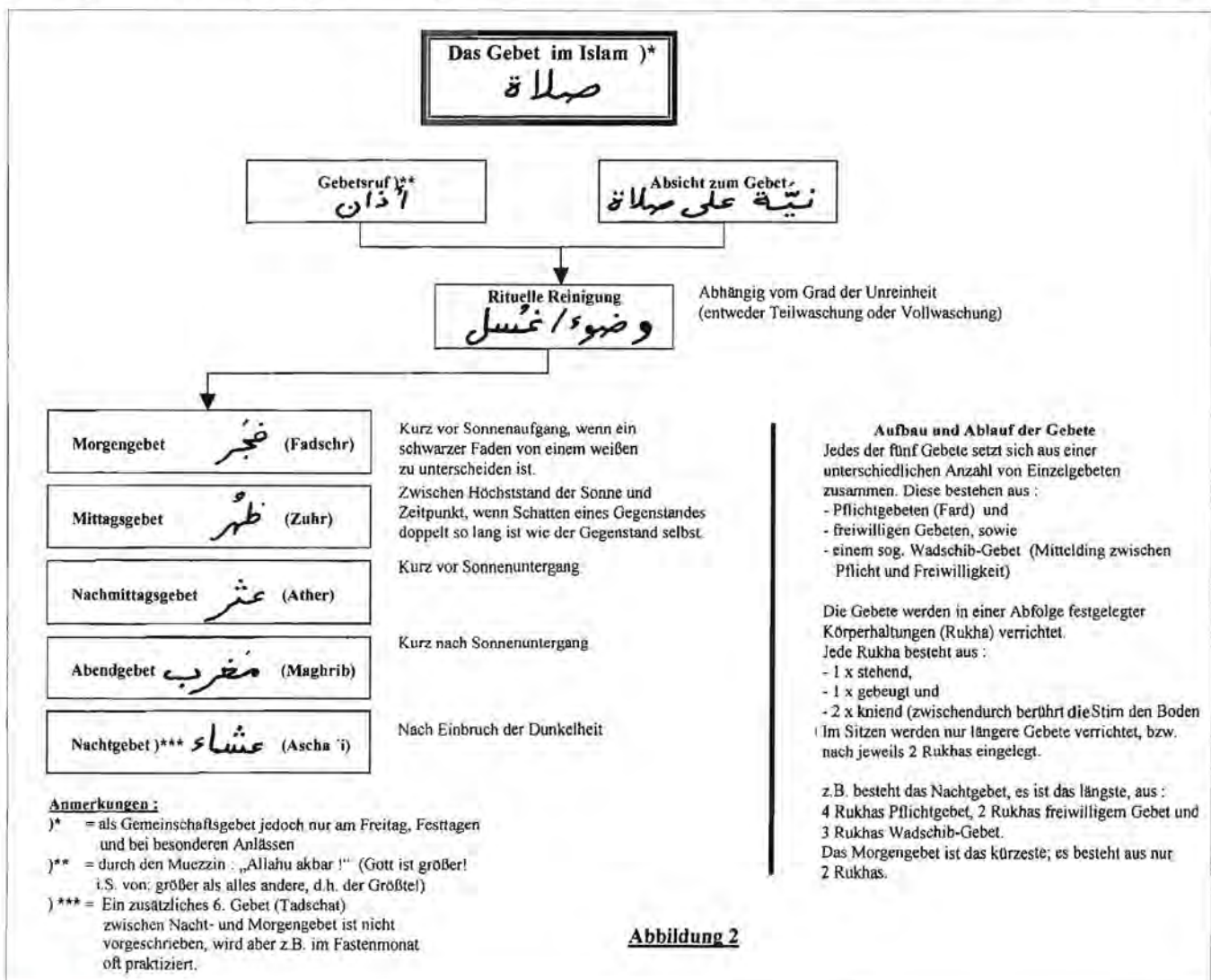
von ihm selbst nicht schriftlich festgehalten, jedoch schreibt sie einer seiner Vertrauten¹³⁾ nieder. Offenbar will Mohammed die Offenbarungen in einem Buch zusammenzufassen, aber es bleibt unklar, weshalb er dies nicht tut. Viele Verse werden, wie noch heute im Orient üblich, auswendig gelernt und manche von schreibkundigen Verwandten und Freunden aufgeschrieben. Als Mohammed, der sich in einer Linie mit Propheten wie Moses, David und Jesus sieht, die Offenbarungen in Form von Reden und Predigten an die Öffentlichkeit trägt, wird er von den Mekkanern verhöhnt¹⁴⁾ und angegriffen. Als die Spannungen eskalieren, verlässt er seine Geburtsstadt und zieht¹⁵⁾ in die etwa 300 km nördlich davon liegende Stadt Medina¹⁶⁾. Dort ist er auch begraben. Erst der dritte Kalif, Othman, lässt die zahlreichen Fragmente sammeln¹⁷⁾ und so entsteht erst 20 Jahre nach dem Tode des Propheten die endgültige Fas-

sung des Koran¹⁸⁾, die heute noch existiert¹⁹⁾. Er ist die entscheidende Grundlage des Islam²⁰⁾. Das Werk ist in 114 Kapitel (Suren) gegliedert, die in absteigender Länge geordnet sind²¹⁾. Jede Sure ist in eine unterschiedliche Anzahl von Versen („Ayat“) gegliedert²²⁾, die Titel der Suren werden später hinzugefügt. Jede Sure beginnt mit der Formel „Im Namen Gottes!“ (Bismillah). Vor dem Textanfang von 29 Suren stehen – entweder allein oder Kombinationen – insgesamt 14 Buchstaben des arabischen Alphabets, deren Bedeutung unbekannt ist²³⁾.

Das Beispiel

Parallel zum Koran bildet die Sunna²⁴⁾, das Beispiel und Verhalten des Propheten die zweite Grundlage des Glaubens. Sie ist als Rechtsgrundlage dem Koran zwar gleichgestellt, aber nicht ebenbürtig (s. Abb. 3). Was muss man sich darunter vor-

stellen? Da der Koran die Gläubigen oft auf das Beispiel des Propheten verweist²⁵⁾, dieses aber nur rudimentär bekannt und erfasst ist, beginnt die junge Muslim-Gemeinde, eine Fülle von Verhaltensmustern zu sammeln, wie Mohammed gelebt und sich zu den verschiedensten Fragen des Lebens geäußert hat. Im Laufe der Zeit wächst die Zahl der Überlieferungen jedoch an, und es mischen sich immer mehr fragwürdige Erzählungen darunter. Daher beginnt im 9. Jahrhundert, d.h. etwa 200 Jahre nach dem Tode des Propheten, eine Kritik der Überlieferung unter den Rechtsgelehrten. Sie unterziehen die Ahadithe²⁶⁾ einer strengen Prüfung²⁷⁾ hinsichtlich ihrer Echtheit. Hieraus entwickelt sich die Wissenschaft der Prophetenüberlieferung. Es entstehen umfangreiche Sammlungen²⁸⁾, in denen Tausende von Beispielen zusammengetragen werden, wie der Prophet sich in bestimmten Situationen z.B. verhalten und geäußert, wie



er gelebt, sich gekleidet und gegessen hat. Diese begründen als ergänzender Maßstab zum Koran das Handeln des einzelnen Muslims. Man kann es mit einem Rechtssystem vergleichen, das sich auf Präzedenzfälle abstützt.

Die Rechtsgelehrten

In den Fällen, in denen es keine Regelung gibt oder geben kann (z.B. Fernsehen) bilden die Rechtsgelehrten, die Ulema, durch den sog. Analogieschluss²⁹⁾ und der Konsensentscheidung³⁰⁾ eine verbindliche Auffassung mit Anspruch auf Unfehlbarkeit, obwohl dieser Begriff nicht benutzt wird. In Wirklichkeit jedoch ist es stets nur eine Entscheidung der Mehrheit, da durch das islamische Schisma, die Teilung in Sunniten, Schiiten und Charidschiten, zu keinem Zeitpunkt völlige Übereinstimmung aller Rechtsgelehrten herbeigeführt werden kann.

Hinzukommt die unterschiedliche Struktur. Im sunnitischen Islam gibt es keine Priesterschaft, doch bilden hier die Rechtsgelehrten das religiöse Establishment. Bei den Zwölfer-Schiiten hingegen bildet sich eine Art Klerus (Ayatollahs)³¹⁾, wenngleich nicht im christlichen Sinne. Durch die starke mystische Ausprägung werden ihnen z.T. auch Elemente der Unfehlbarkeit zugesprochen. Auch bei anderen schiitischen Gruppierungen genießen die religiösen Führer eine Sonderstellung³²⁾. Hieraus wird deutlich, dass es zu bestimmten Fragen keine allgemein verbindlichen Aussagen der muslimischen Gemeinschaft geben kann. Dies bedeutet auch, dass Männer wie Saddam Hussein, Bin Laden oder Mullah Omar keinerlei religiöse Kompetenz haben, um z.B. zum Heiligen Krieg aufzurufen oder im Namen der muslimischen Welt zu sprechen.

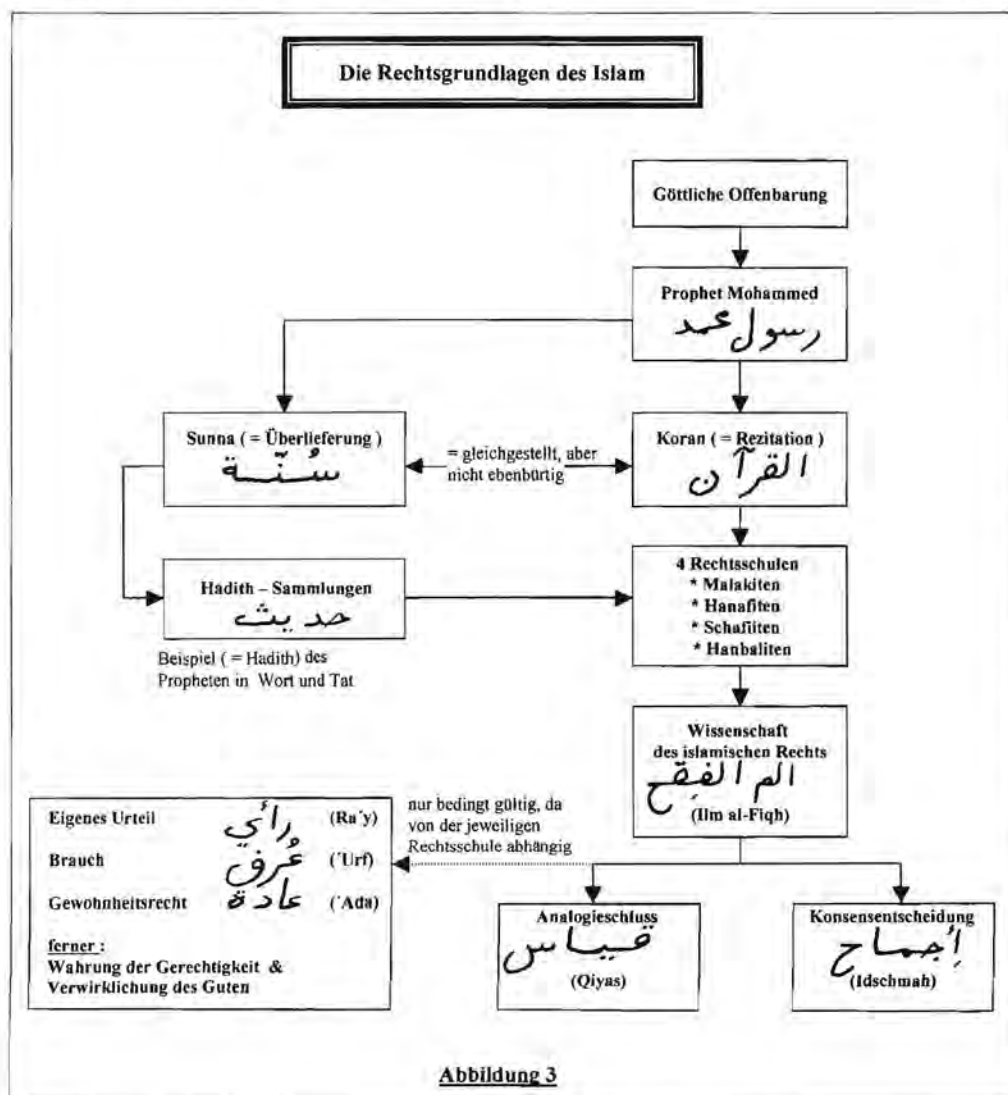
Das Rechtssystem

Das islamische Recht, Schari'a³³⁾ genannt, gründet sich in erster Linie auf den Koran. Da dieser – in arabischer Sprache³⁴⁾ verkündet – für den gläubigen Muslim „Originalton Gottes“ ist, bedeutet jede Änderung des Inhaltes (z.B. in bezug auf eine darin festgelegte Art der Strafe) einen direkten Verstoß gegen Gottes Wort. Übersetzungen werden somit als Grundlage für eine Auslegung des Glaubens abgelehnt, da dies zu Verfälschung³⁵⁾ führt.

Die Überlieferung, die Sunna, bildet das zweite Standbein, auf dem Rechtsgelehrte vom 7. bis zum 10. Jahrhundert die muslimische Rechtswissenschaft entwickeln, die noch heute gültig ist. Sie wird allerdings von den einzelnen Glaubensrichtungen und den vier gleichberechtigten Rechtsschulen³⁶⁾ unterschiedlich ausgelegt. Das islamische Recht unterteilt jedes menschliche Verhalten in fünf Kategorien: Pflicht, empfohlen, erlaubt, bzw. gleichgültig, unerwünscht und verboten³⁷⁾.

In die Kategorie Pflicht fällt z.B. die Befolgung der „Fünf Säulen des Islam“, empfohlen sind die Regeln des zwischenmenschlichen Verhaltens, unter die Rubrik „erlaubt“ fällt z.B. die Heirat einer Christin oder Jüdin, und unerwünscht sind lange Trauerzeiten. Zu den Verboten zählt u.a. der Verzehr von Schweinefleisch³⁸⁾ und Alkohol³⁹⁾. Als Besonderheit gilt, dass verbotenes Verhalten sündig und kriminell zugleich, d.h. religiöser und strafrechtlicher Tatbestand ist.

Mord, Totschlag und Körperverletzung werden nach dem Prinzip der Vergeltung geahndet: wer einen anderen tötet, wird selbst getötet⁴⁰⁾, es sei denn, die Familie des Getöteten akzeptiert das sog. Sühne- oder Blutgeld, das übrigens in muslimischen Ländern Teil der Kfz-Haftpflicht ist. Tötet ein Muslim allerdings einen Nicht-Muslim, so gehen alle Rechtsschulen außer den Hanafiten



davon aus, dass nur Blutgeld verlangt werden darf. Der Koran nennt nur sieben Straftatbestände mit Strafmaß und zum Teil mit Vollzugsart⁴¹⁾; damit sind diese von Gott festgesetzt und stehen für den Strenggläubigen nicht zur Disposition.

Hierzu zählen:

- Alkoholenuss (Strafe im Koran nicht festgelegt⁴²⁾),
- Diebstahl (Strafe: Amputation der Hand⁴³⁾),
- Bewaffneter Raub (Strafe im Koran nicht festgelegt⁴⁴⁾),
- Ehebruch einer verheirateten Frau (Strafe: lebenslange Einkerkierung im Haus⁴⁵⁾),
- Unzucht unverheirateter Männer und Frauen (Strafe: Auspeitschung mit 100 Hieben⁴⁶⁾),
- Bezeichnung des Ehebruchs wider eine unbescholtene Frau (Strafe: Auspeitschung mit 80 Hieben⁴⁷⁾), und
- Abfall vom Glauben (Strafe im Koran nicht festgelegt⁴⁸⁾).

Alle anderen Tatbestände und Vollstreckungsarten sind nur aus der Überlieferung, der Sunna, abgeleitet, so auch Enthauptung und Steinigung. Die Haltung der vier Rechtsschulen zum Strafkatalog ist oft strittig. Nach unserem heutigen Maßstab ist der Strafkodex der Schari'a streng und grausam. Er basiert auf dem alttestamentarischen Prinzip der Vergeltung „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ und betont das Recht des Opfers vor dem des Täters. Durch dieses System wurde der Kreislauf individueller Gewalt in Form der weitverbreiteten Blutrache unterbrochen. Trotz der Forderung von Islamisten, die Schari'a in muslimischen Staaten zum integralen Bestandteil des Strafrechts zu machen, darf jedoch nicht übersehen werden, dass zum einen die Aburteilung von Straftätern nahezu ausnahmslos⁴⁹⁾ einem mehrstufigen Rechtssystem unterliegt, und dass zum anderen Vollzugsarten, die aus unserer Sicht als besonders grausam gelten, relativ selten und nur in wenigen Ländern tatsächlich auf diese Weise vollstreckt werden. Generell kann man sagen, dass Koran, Sunna und die Schari'a alle Lebensbereiche eines Muslims erfassen: strafrechtliche, zivilrechtliche und erb-

rechtliche Aspekte fallen ebenso darunter wie Sexualverhalten, Beerdigungsriten, Kleidung und Tischsitten.

Menschenrechte und Staatstheorie

Die westliche Menschenrechtsdiskussion hat in muslimischen Ländern keine geistesgeschichtliche Tradition. Die Rechte, die der Mensch besitzt, sind ihm von Gott gegeben, und damit ist er als Individuum dem Willen Gottes untergeordnet: Islam bedeutet „Ergebenheit in Gott“. Von daher haben westliche Vorstellungen wie Entfaltung der Persönlichkeit, oder Selbstverwirklichung keinen Raum im muslimischen Denken⁵⁰⁾. Nicht der Mensch ist Mittelpunkt der Welt, sondern Gott.

Auch der christliche Denkansatz einer Trennung zwischen Staat und Religion⁵¹⁾ ist im Islam nicht vorhanden: „Islam din wa daulat“⁵²⁾, Islam ist Religion und Staat zugleich! Die islamische Staatstheorie kennt weder den Begriff des „citoyen“, des Bürgers, der dem Staat gleichberechtigt gegenübersteht, noch den der Nation. Das heißt in der Theorie, dass die strikte Befolgung des Koran durch den Staat – weil auf Gottes Weisung beruhend – zu einer Kongruenz zwischen staatlicher Machtausübung und Menschenrechten führt. Dieser Ansatz muss als utopisch angesehen werden. Gerade Regime wie das der Taliban, die Religion kompromisslos durchsetzen wollen, verstoßen am eklatantesten dagegen. Hier klappt eine große Lücke zwischen westlichen und muslimischen Vorstellungen.

Fragt man allerdings, wie ein idealer islamischer Staat aussehen sollte, erhält man keine klare Antwort. Weder der Blick in die Geschichte, noch die heutige Struktur islamischer Staaten sind hilfreich, denn die Bandbreite jener 56 Staaten der „Organisation Islamischer Konferenz“ (OIC) reicht von theokratischen Ansätzen, über absolute Monarchien, Präsidialrepubliken, Republiken, Volksrepubliken, Militärdiktaturen bis zu Parteistaaten. In 12 Staaten, d.h. einem Viertel, sind Parteien völlig verboten. Nationalismus ist in der muslimischen Welt weit verbreitet, und nationale Aspekte

haben die gleiche Bedeutung wie in westlichen Staaten, obwohl der Koran den Begriff Nation nicht kennt, sondern nur die Umma, die Gemeinschaft aller Gläubigen. In nur wenigen muslimischen Ländern gibt es Demokratieansätze westlicher Prägung. Hierzu zählt die Türkei, doch gerade sie wird vom Westen oft an den politischen Pranger gestellt. Die Übertragung unserer Normen auf andere Kulturkreise wirkt oft heuchlerisch, denn sie werden häufig nur eingeklagt, wenn dies ohne Gefährdung eigener Interessen möglich ist.

Toleranz

Wie steht der Islam zu Toleranz und Friedfertigkeit? Der Verfasser hat alle Formen erlebt: großzügige und herzliche, z.B. in Pakistan und einigen Golfstaaten, aber auch eine unversöhnliche und feindliche Haltung, vor allem in Saudi Arabien. Leider gibt es heute keinen muslimischen Staat, der jene Toleranz praktiziert, die der Koran fordert: „Lakum dinakum wa lia dini“⁵³⁾ (Ihr habt Euren Glauben, ich habe meinen Glauben!), sowie „La ikrahu fi dini!“⁵⁴⁾ (Es sei kein Zwang im Glauben!) Auch in gemäßigten muslimischen Ländern hat die Toleranz in den letzten Jahrzehnten abgenommen. In Pakistan erschießt sich der katholische Bischof von Faisalabad⁵⁵⁾ am 6. Mai 1998 aus Protest, dass einer seiner Gläubigen wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden ist, im Gerichtsgebäude – ein bisher einmaliges Zeichen eines hohen christlichen Würdenträgers. Das Symbol des Christentums, das Kreuz, wird in vielen muslimischen Ländern nicht geduldet. Kirchen und kirchliche Strukturen gibt es nur in wenigen muslimischen Ländern. Hier besteht ein beträchtliches Defizit, denn in vielen westlichen Ländern hat die staatliche Toleranz gegenüber Muslimen zugenommen⁵⁶⁾. Die Hoffnung, dass hiervon eine Signalwirkung auch für die Christen in muslimischen Ländern ausgehen wird, ist jedoch eher verhalten.

Nach den schrecklichen Anschlägen in den USA ist die Furcht vor dem Islam sprunghaft angestiegen, und er wird zunehmend mit dem Adjektiv „militant“ verknüpft. Dabei

ist er seinem Ursprung nach genauso viel und so wenig militant wie das Christentum, auch christliche Missionierung war nicht gewaltfrei. Doch Koran und Sunna haben einen janusköpfigen Charakter, denn aus ihnen lässt sich – je nach Interpretation – sowohl das Konzept des friedlichen Miteinanders, als auch der Kampf der militanten Extremisten ableiten und belegen. Gerade sie rufen häufig medienwirksam zum Dschihad⁵⁷, dem Heiligen Krieg, gegen den Westen auf und schüren damit latente Ängste, ist der Begriff doch gut geeignet, um Unruhe zu verbreiten. Aber es muss daran erinnert werden, dass er auch von den Christen benutzt⁵⁸ und häufig auch innerhalb der muslimischen Welt gegeneinander zum Heiligen Krieg aufgerufen wurde.

Wir müssen akzeptieren, dass es auch auf muslimischer Seite Ängste gibt. Zum einen erzeugt die intensive, zum Teil abrupte Begegnung mit westlichen Lebensformen seit Jahrzehnten ein Gefühl der Überfremdung und die Suggestivkraft dieser Ideen – konträr zu islamischen Traditionen – schafft Abhängigkeit und Identitätsverlust. Viele tiefgläubige

und keineswegs radikale Muslime betrachten westliches Gedankengut als große Gefahr. Sie sehen ihren Glauben in einer immer säkularer werdenden Welt bedroht und möchten ihn schützen. Hier gibt es sogar eine Interessensidentität der Religionen. In den Flüchtlingslagern in Palästina und den Slums der Großstädte vieler muslimischer Länder herrscht Hoffnungslosigkeit⁵⁹. Hier ist es leicht, Anhänger zu finden, die bereit sind, selbst ihr Leben einzusetzen. Nicht nur aus religiöser Überzeugung und Hass, sondern auch, um der Perspektivlosigkeit zu entfliehen.

Die radikalen Islamisten haben nach dem Wegfall des Kommunismus ihr Feindbild nur noch auf den Westen und Israel konzentriert. Sie glauben, dass die USA ihre Rolle als Schutzmacht für die Palästinenser und Israel zugleich, wegen der engen Bindung zu Israel niemals unparteiisch ausüben kann, und werfen dem Westen vor, gegenüber Israel andere, sprich nachsichtigere Maßstäbe anzulegen, z.B. bei der Durchsetzung von UN-Resolutionen. Dennoch: Anti-Amerikanismus und Anti-Zionismus sind nur der kleinste gemeinsame Nenner und für eine dauerhafte

Allianz nicht tragfähig. Und so ist sowohl unsere Furcht, als auch die Vorstellung muslimischer Extremisten, es könne zu einer politischen Einigung der muslimischen Staaten kommen, die gegen den Westen gerichtet und ihn bedrohen könne, selbst langfristig unbegründet.

Fazit

1. Auch aus der Religion lässt sich keine Homogenität des Islams ableiten.
2. Der Islam ist in viele Gruppen und Sekten zersplittert, die sich z.T. feindlich gesinnt sind. Dies steht einer Einigung entgegen.
3. Im Islam finden wir Toleranz und Güte ebenso wie Hass und Krieg.
4. Insgesamt ist es aber auch aus religiöser Perspektive unwahrscheinlich, dass es zu einem monolithischen Block kommen könnte, der gegen die nicht-muslimische Welt gerichtet ist.
Der Islam steht dem Westen nicht als ein zielgerichtet handelnder Block gegenüber.
5. Kein Konflikt zwischen muslimischer und westlicher Welt hat religiöse Ursachen, aber sie können als Konfliktverstärker wirken.

Anmerkungen

- 1) Der Begriff wird auch von Muslimen gebraucht; gleichwohl lautet die korrekte Bezeichnung „ibada“ (arabisch für Verehrung, religiöse Pflicht)
- 2) Sure 6/53; 20/14; 33/38; dies ist von Bedeutung bei der Abgrenzung von Gruppierungen, die sich zwar als Muslime bezeichnen, aber leugnen, dass Mohammed der letztesandte der Propheten ist, z.B. den Ahmediyas (anderer Name: Qadianis).
- 3) Sure 2/104; 17/80; 22/78; 23/2; 24/55 und 57; 50/38 f.; 52/48 f.
- 4) Auch die Moscheen werden nach Mekka ausgerichtet, und auch im Grab wird das Gesicht des Toten nach Mekka gewendet.
- 5) Jedoch nach Geschlechtern räumlich getrennt
- 6) Sure 2/179 und 181. Das Fasten beginnt im Morgengrauen und dauert bis zum Sonnenuntergang. Während dieser Zeit sind Essen, Trinken, aber auch Rauchen und Geschlechtsverkehr untersagt. Ramadan hat eine prägende Kraft für die Gesamtheit der Muslime und bestimmt weitgehend das gesamte öffentliche Leben in muslimischen Ländern.
- 7) In der „Nacht der Macht“ (Lailat al-

Qadr), vom 27. auf den 28. Ramadan: Die erste Offenbarung ist die 96. Sure.

- 8) Sure 2/192 und 22/28). Der Ablauf der Pilgerfahrt, einschließlich des Ablaufs des Opferfestes (Eid al-Adha) am Ende, ist genau vorgeschrieben.
- 9) Ein Großteil der Pilger nutzt die Pilgerreise auch zu einem Besuch von Medina, obwohl es nicht vorgeschrieben ist.
- 10) Sure 2/104; 22/78; 23/4; 24/55
- 11) Sure 96
- 12) Von den insgesamt 114 Suren sind drei Viertel, d.h. 86 mekkanischen und ein Viertel, d.h. 26 medinischen Ursprungs
- 13) Zaid Ibn Thabit; oft als „Sekretär“ des Propheten bezeichnet
- 14) Die Einwohner Mekkas verehrten eine Vielzahl von Göttern und Göttinnen. Ihnen zu Ehren hatten sie einen würfelförmigen Bau, die Ka'aba, als Wallfahrtszentrum errichtet. An der südlichen Ecke ist ein schwarzer Stein eingelassen, der noch heute, in Silber eingefasst, von den Pilgern in segenspendender Absicht berührt wird.
- 15) Fälschlicherweise oft als Flucht bezeichnet; arabisch: Hidschra (Ausreise, Emigration). Der 1. Tag des Mondjahres 622 n. Chr., der 16. Juli, wird zum Jahre Null

des Islam, d.h. zum Beginn der islamischen Zeitrechnung.

- 16) Der frühere Name ist Yathrib. Die dortige Grabesmoschee des Propheten ist das zweithöchste Heiligtum des Islam.
- 17) Eine kritische Auseinandersetzung, ob und inwieweit hierbei Interpretationsfehler aufgetreten sind, kann hier nicht geführt werden. Eine Problematik liegt u.a. in der Schrift des Ur-Korans, die nur das Konsonantengerüst ohne die Vokalisierungsschritte wiedergibt. Auch die Frage, ob die zusammengetragenen Fragmente vollständig waren, kann nicht beantwortet werden.
- 18) Das Wort „Al-Qur'an“ bezeichnet im Arabischen sowohl die Tätigkeit des Rezipienten als auch den Buchtext.
- 19) Die Regierung des Osmanischen Reiches machte diese Originalfassung Kaiser Wilhelm II. zum Geschenk; dieser musste sie jedoch nach Artikel 246 des Vertrages von Versailles an den damaligen König des Hedschas in Mekka zurückgeben.
- 20) Papst Johannes Paul II. bezeichnete am 12.02.1982 in Kaduna/Nigeria als erster Papst den Koran als „Heiliges Buch.“
- 21) Mit Ausnahme der 1. Sure, Al-Fatiha, der Beginnenden/Öffnenden

- ²²⁾ arabisch für Wunderzeichen
- ²³⁾ Es sind folgende Buchstabengruppen und Einzelbuchstaben: ALM: 6x; HM: 6x; ALR: 5x; TM: 2x sowie ALMZ, ALMR, KHLAZ, TH, TS, JS, Z, HMASQ, Q, und N jeweils 1x.
- ²⁴⁾ arabisch für Überlieferung, Brauchtum, Tradition
- ²⁵⁾ Dies wird durch mehrere Verse im Koran begründet, vgl. u.a. Sure 4/64 und 81, 8/1 und 46, sowie 72/24.
- ²⁶⁾ Singular: Hadith, arabisch für Bericht, Nachricht
- ²⁷⁾ Zunächst wurden eindeutig falsche Überlieferungen bestimmt, und danach die als echt anerkannten Beispiele in drei Kategorien unterteilt: authentisch (arabisch: sahih), schöne, aber nicht eindeutig zuverlässige (arabisch: hasan) und schwache (arabisch: da'if). Die Überlieferungskette der Beispiele musste lückenlos belegbar sein.
- ²⁸⁾ Die vier bedeutendsten Sammlungen sind: Bukhari (810-870); Muslim (817-888); Abu Dawud (817-888), Tirmidhi (815-29). Als einfaches Beispiel sei das Verbot des Weintrinkens aufgeführt, das im Koran mehrfach erwähnt ist. Moderne Getränke sind natürlich nicht genannt. Für diese greift dann der Analogieschluss.
- ³⁰⁾ Sie ergibt sich aus dem Koran, u.a. aus Sure 4/115.
- ³¹⁾ Da die letzten Imame der 12er-, 7er- und 5er-Schia „entrückt“ wurden, werden sie nach schiitischer Lehre bis zu ihrem Wiedererscheinen am Jüngsten Tag durch die Ayatollahs vertreten. Der Name „Zeichen Gottes“ weist auf diese Sonderstellung unter den Gläubigen hin.
- ³²⁾ So z.B. der Aga Khan als Oberhaupt der 7er-Schia.
- ³³⁾ arabisch für Weg, das Vorgeschriebene
- ³⁴⁾ Die erste Übersetzung in eine andere Sprache erfolgte 1616 ins Deutsche. 1734 übersetzte George Sale den Koran ins Englische.
- ³⁵⁾ 1. Malakiten: gegründet von Malik Ibn Anas; arabische Herkunft, um 750; älteste Rechtsschule; konservativ; eigenes Urteil ist nur erlaubt, wenn Tradition und Spruch der Rechtsgelehrten keine Lösung bringen; heute vor allem in Nordafrika und Schwarzafrika verbreitet.
2. Hanafiten: gegründet von Abu Hanifa, persischer Abstammung um 767; neben dem Glauben und der Tradition billigt Hanifa dem eigenen Urteil eine größere Bedeutung zu als die anderen Rechtsschulen. Sie ist im Abbasidenreich und im Osmanischen Reich die führende Rechtsschule und zählt zur modernsten aus unserer Sicht; heute u.a. in der Türkei, Syrien, Afghanistan, Pakistan, China und Zentralasien.
3. Schafaiten: gegründet von Ibn Idris Al-Shafi'i aus dem Stamme des Propheten (Quraish) um 820; etwa Mittelweg zwischen Malakiten und Hanafiten; heute u.a. in Ägypten, Jemen, Indien, Zentralasien.
4. Hanbaliten: gegründet von Ibn Hanbal, arabischer Abstammung; um 850; sie lehnt jede exegetische Eingriffe

in den Koran strikt ab; das eigene Urteil als Grundlage wird verworfen; strengste Richtung; heute vor allem in Saudi Arabien.

- ³⁷⁾ Die arabischen Bezeichnungen:
1. wadschib/ fard, 2. juhabbis, 3. mubah, 4. ghaflah, 5. haram
- ³⁸⁾ Sure 2/168; 6/146; 16/116
- ³⁹⁾ Hinsichtlich des Weinverbotes vgl.: Sure 16/3; 4/46; 2/216 und 5/92.
- ⁴⁰⁾ Sure 4/94 f. Vorsätzliche Tötung eines Gläubigen wird darüber hinaus mit ewiger Verdammnis in der Hölle bestraft.
- ⁴¹⁾ Diese Straftaten werden „Hadd“ (Plural: Hudud; arabisch auch für Göttliche Verordnung) genannt.
- ⁴²⁾ Sure 2/216; 4/46; 5/92 f.; 6/69; drei Rechtsschulen schreiben Auspeitschung mit 80 Hieben vor; die schafaitische Schule schreibt nur 40 Hiebe vor und beruft sich auf einen Hadith, wonach Abu Bakr, der 1. Kalif, bei Trunkenheit dieses Strafmaß angewandt haben soll.
- ⁴³⁾ Sure 5/42
- ⁴⁵⁾ Sure 4/19
- ⁴⁶⁾ Sure 24/2
- ⁴⁷⁾ 24/4; die Nennung dieses Straftatbestandes muss im Zusammenhang mit einer Affäre um Mohammed's junge Frau Aischa gesehen werden: Sie bleibt bei einer Rast während eines Feldzugs gegen den Stamm Mostalik zurück und wird erst am nächsten Tag von dem jungen Safwan Ibn Al-Moattal zurückgebracht. Aischa gibt an, den Aufbruch verschlafen zu haben und wird daraufhin von einigen der ehelichen Untreue bezichtigt. Der Prophet weist dies jedoch zurück, da das Vergehen nicht durch vier unabhängige Zeugen bewiesen werden kann. Sure 24, Vers 23 drückt sich im Vergleich zu Vers 4 nur allgemein aus und spricht nur von „gewaltigen Strafen im Jenseits“.
- ⁴⁸⁾ Abfall vom Glauben (Apostasie) wird im Koran dreizehmal als besonders verwerflich bezeichnet (u.a. Sure 2/214),

aber mit dem Hinweis, die Bestrafung erfolge erst im Jenseits. Alle vier Rechtsschulen hingegen fordern die Todesstrafe, und in einigen muslimischen Ländern wird sie, wenngleich selten, bis in die jüngste Zeit vollstreckt.

- ⁴⁹⁾ Sieht man von einem rechtsfreien Staatsgebilde wie dem des vormaligen Taliban-Regimes ab.
- ⁵⁰⁾ Aus dieser Sicht muss auch die Zurückhaltung vieler islamischer Staaten gesehen werden, einem UN-Menschenrechts-Katalog zuzustimmen, weil diese das Pendant, einen Pflichten-Katalog des Menschen vermissen.
- ⁵¹⁾ Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist! (NT: Mt 22/15- 22; Mk 12/15-17; Lk 20/20-26)
- ⁵²⁾ Diese Formel findet sich jedoch nicht im Koran.
- ⁵³⁾ Sure 109/ 6
- ⁵⁴⁾ Sure 2/257
- ⁵⁵⁾ John Joseph (* 15.11.1932 in Khushpur/Pakistan); seit 1984 Bischof von Faisalabad (Erzbistum Karatschi)
- ⁵⁶⁾ Hierzu gehört u.a. auch die Entscheidung des BVerfG vom 15. Januar 2002 in Bezug auf das Schächten.
- ⁵⁷⁾ Dschihad. Im Kern bedeutet dies nicht Krieg gegen andere, sondern Anstrengung gegen sich selbst, in Form des Kampfes gegen den „inneren Schweinehund“.
- ⁵⁸⁾ Vgl.: Papst Urban II. am 27.11.1095 in Clermont: (Auszug) „... Denen, die im heiligen Streit fallen werden, verheißen wir den Lohn des ewigen Lebens.“ Aufruf der „Bewaffneten Islamischen Gruppen“ (GIA) vom 07.10.1995 (Auszug): „Mit Stolz ... verfolgen wir den heutigen Dschihad ..., denn es geschieht zum Lobe Gottes!“
- ⁵⁹⁾ Die Brisanz wird auch durch die Altersstruktur verstärkt: über 60 % der Bevölkerung in den meisten muslimischen Ländern sind unter 20 Jahre; bei uns sind es nur etwa 30 %.

Literatur :

- Abu Ameenah Bilal Philips, The Fundamentals of Tawheed (Islamic Monotheism), Tawheed Publications Riyadh, 1990.
- Annuario Pontificio, Libreria Editrice Vaticana, 1990.
- Fischer Weltalmanach 2002, Fischer Taschenbuchverlag Frankfurt am Main, 2001.
- Horie, Chippindale, Die muslimische Welt, Knauer Verlag München, 1992.
- Khoury, Hagemann, Heine – Islam-Lexikon, 3 Bd., Verlag Herder Freiburg, 1991.
- Lerch, Wolfgang Günter, Halbmond, Kreuz und Judenstern, Eichborn Verlag Frankfurt/M., 1992.

- Lexikon für Theologie und Kirche.
- Mohamed S. Al-Awa, Punishment in Islamic Law: A Comparative Study, American Trust Publications Indianapolis, 1982.
- Schimmel, Annemarie, Der Koran, dt. Ausgabe Philip Reclam jun., Stuttgart, 1970.
- The Holy Qur-an, Arabic Edition & English Translation and Commentary, King Fahd Holy Qur-an Printing Complex, revised & edited by the Presidency of Islamic Researches IFTA Call and Guidance, o. J.
- Wehr, Hans, Arabisches Wörterbuch für die Schriftsprache der Gegenwart, Librairie du Liban Beirut, 1977.

Tausend und eine Parole

Warum der Islam den Westen hasst

ARMIR TAHERI

Es gibt ein Unternehmen, das Zehntausende Menschen in Dutzenden Ländern beschäftigt und dessen Produkt Millionen Abnehmer auf der ganzen Welt findet. Die Rede ist von jener Multi-millionen-Dollar-Industrie, die ein einziges Produkt herstellt: Hass. Dieser Hass wird unter den verschiedensten Markenzeichen vertrieben und richtet sich gegen den Westen im Allgemeinen und gegen die Vereinigten Staaten im Besonderen.

Ihren Stammsitz hat die Hass-industrie in den vielen islamischen Staaten. Sie unterhält jedoch Zweigstellen auch in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten.

Man kann die Hasspredigten in einer Moschee im Herzen Kuweits hören, eines Landes, das 1991 von den Vereinigten Staaten und Truppen anderer westlicher Staaten befreit wurde. Die gleichen Predigten ertönen aber auch in den Moscheen von Hamburg, Paris und London.

Der Hass findet auf den Videos Gestalt, die in den „islamischen“ Geschäften Roms oder Brüssels über den Ladentisch gehen. Bis zum 11. September 2001 wurden solche Videos noch in New York und vielen anderen westlichen Städten verkauft. Auch die „Tod für Amerika“-Slogans, die unzählige Mauern in Dutzenden muslimischen Städten bedecken, schreien diesen Hass heraus.

In Hunderten Büchern und Pamphleten ist der Hass fixiert, die von staatseigenen Verlagen in zwei Dutzend muslimischen Ländern ausgestoßen werden. Auf der jährlichen Buchmesse in Doha der Hauptstadt von Qatar, zählte ich vor Jahresfrist nicht weniger als 80 solcher Titel. Die meisten stammten aus Syrien und dem Irak; viele kamen aber auch aus Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Jemen.

Der Samen dieses Hasses wird in mehr als 40.000 Koranschulen gesät, die sich von Indonesien über Pakistan und Iran, bis nach Mauretanien ausgebreitet haben. Nach Schätzungen werden hier zwölf Millionen jun-

ge Männer zu geistlichen Führern der verschiedenen radikalen Ausprägungen des Islam, herangezogen – einer Religion, die angeblich keinen Kleirus kennt.

Nicht jeder aus dieser riesigen Armee zukünftiger Mullahs endet als militanter Kämpfer im weltweiten heiligen Krieg. Aber sehr viele widmen sich der Verbreitung verbaler und physischer Gewalt, profilieren sich als ständige Zuchtmeister: zunächst gegenüber der eigenen muslimischen Umgebung, die als „abtrünnig“ und „verworfen“ betrachtet wird, dann gegenüber den westlichen Demokratien.

Der Hass, der sich gegen den Westen richtet, ist nicht an irgendwelche politischen Fragen geknüpft, nicht an den arabisch-israelischen Konflikt oder an die Sanktionen gegen den Irak, obwohl beide Themen zuweilen genutzt werden, um nicht zu Rechtfertigendes zu rechtfertigen.

Selbst wenn Israel von der Landkarte getilgt wäre, was sich die Betreiber der Hassindustrie insgeheim wünschen, aber selten offen fordern, würden sie sich nicht zufrieden geben.

Denn sie glauben, dass es ihre Aufgabe ist, die ganze Welt für ihre Ausprägung des Islam zu erobern. Den Westen, die Vereinigten Staaten vorneweg, brandmarken sie als die „Ungläubigen“, „den großen Satan“, als das Haupthindernis auf ihrem Weg zum totalen Sieg.

Ali Chamenei, der „Oberste Führer“ der regierenden Mullahs in Teheran, gibt folgende Erklärung: „Wir führen Krieg gegen Amerika, so wie unser Prophet gegen die morschen Reiche seiner Zeit zu Felde zog. Da wir davon überzeugt sind, dass der Islam der eine und wahre Glaube ist, haben wir die Pflicht, solange zu kämpfen, bis die gesamte Menschheit entweder übertritt oder sich der islamischen Herrschaft beugt. Diesem natürlichen Lauf der Menschheitsgeschichte steht Amerika entgegen, das die Menschen zu Verderbtheit und Liederlichkeit ver-

lockt und einen Feldzug gegen die islamischen Werte in der Welt führt.“

Selbst der gemäßigte britische Muslimführer Dr. Zaki Badawi träumt von dem Tag, an dem die ganze Welt muslimisch wird. „Der Islam ist ein missionierender Glaube“, sagt er. „Als solcher muss er entweder ständig neues Territorium gewinnen oder verfallen und untergehen.“ – Der Westen muss also untergehen, damit der Islam triumphieren kann.

Chamenei will dieses Ziel erreichen, indem er amerikanische Geiseln nimmt, zu Demonstrationen und zum Verbrennen der amerikanischen Flagge aufruft und militante anti-westliche Gruppen in der gesamten islamischen Welt finanziert.

Badawi verfolgt sein Ziel durch friedliche Propaganda – ganz im Gegensatz zu Usama Bin Ladin und seiner Al Qaida, die den Triumph des Islam mit Gewalt erzwingen wollten, indem sie die Anschläge vom 11. September auf das World Trade Center und das Pentagon organisierten.

Gegenwärtig sind islamistische Gruppen in 22 bewaffnete Konflikte in Asien und Afrika verwickelt. Ihrer Gewalt fallen in den meisten Fällen gewöhnliche Muslime zum Opfer, die einfach in Frieden leben wollen und keinen besonderen Groll gegen irgend jemanden hegen.

In der einen oder anderen Form wird der Hass auch an den ganz normalen Schulen gelehrt. In Iran haben die Mullahs die dem Lernen des Korans zugeordnete Stundenzahl reduziert, um die Zeit für hasserfüllte Indoktrination zu nutzen. Nun müssen iranische Kinder von den „Gedanken des Imams“, das heißt des Revolutionsführers Ajatollah Chomeini, lernen: „Wenn man es zulässt, dass die Ungläubigen damit fortfahren, ihre verderbliche Rolle auf Erden zu spielen, so wird ihre Strafe um so schlimmer sein. Wenn wir also die Ungläubigen töten, um ihrem (verwerflichen) Handeln ein Ende zu bereiten, dann haben wir ihnen im Grunde einen Gefallen getan. Denn ihre Strafe wird dereinst geringer

sein. Den Ungläubigen das Leben zu lassen bedeutet Nachsicht gegenüber ihrem verderblichen Tun. Sie zu töten ist wie das Hinausschneiden eines Geschwürs „wie es Allah der Allmächtige befiehlt. Jene, die dem Koran folgen, wissen, dass wir die Quissas (Strafgesetze) anwenden und töten müssen. Krieg ist ein Segen für die Welt und jede Nation. Es ist Allah selbst, der den Menschen befiehlt, Krieg zu führen und zu töten. Die Kriege, die unser Prophet, Friede seiner Seele, gegen die Ungläubigen führte, waren ein Geschenk Gottes an die Menschheit. Wir müssen (auf der ganzen Welt) Krieg führen, bis alle Verderbnis, aller Ungehorsam gegenüber dem islamischen Gesetz aufhören. Eine Religion ohne Krieg ist eine verkrüppelte Religion. Es ist der Krieg, der die Erde läutert.“

Lesebücher in unzähligen Schulen von Malaysia bis Nigeria lehren muslimische Kinder, dass die Welt in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende feindliche Lager aufgeteilt ist: das Dar al-Imam (das Haus des Glaubens, also die islamischen Nationen) und das Dar al-Harb (das Haus des Krieges, also alle Länder, die nicht von den Muslimen regiert werden). Den Kindern wird beigebracht, dass es keinen Frieden zwischen beiden geben kann, ehe der Islam triumphiert. Das äußerste Zugeständnis ist ein Waffenstillstand, der alle zehn Jahre erneuert werden muss. Aber selbst eine Waffenruhe zwischen den beiden Häusern entbindet die einzelnen Muslime nicht von ihren besonderen Pflichten

Der verstorbene Gelehrte Fadhlallah Mahalati drückte es so aus „Ein Gläubiger der zusieht, wie der Islam mit Füßen getreten wird und nichts dagegen unternimmt, wird in der untersten Schicht der Hölle landen neben den Juden. Aber jener, der ein Gewehr in die Hand nimmt, einen Dolch, ein Küchenmesser oder auch nur einen Kieselstein, um damit den Feinden des Glaubens zu schaden und sie zu töten, kann sich seines Platzes im Himmel gewiss sein. Ein islamischer Staat ist die Gesamtsumme von solchen Gläubigen. Ein islamischer Staat ist solange ein kriegesischer Staat, bis die ganze Welt das Licht des einzigen wahren Glaubens erkennt und annimmt.“

Bis zum Zerfall der Sowjetunion

richtete sich ein Teil des Hasses gegen den Kommunismus. Viele Muslime sind fest davon überzeugt, dass die Sowjetunion am heiligen Krieg in Afghanistan zugrunde ging und dass derselbe „Triumph“ über den von den Vereinigten Staaten angeführten Westen errungen werden könne.

Mansur al-Haque, ein Führer der Vereinigten Mudschahedin-Bewegung, schreibt: „Über viele Dekaden versuchte der heidnische Westen den heidnischen Osten zu zerstören und scheiterte. Dann schritt der heilige Krieger ein, um das größte je da gewesene gottlose Reich zu erniedrigen und schließlich zu zerstören. So erfüllte sich ein Teil von Allahs Verheißung gegenüber den Gläubigen. Zu erfüllen bleibt noch die Zerstörung des heidnischen, von den verweichlichten und feigen Amerikanern angeführten Westens. Dies dürfte eine leichtere Aufgabe sein, da die Amerikaner sich nie trauen werden, auf dem Schlachtfeld einem Krieger Allahs ins Gesicht zu sehen.“

Antiamerikanismus beschränkt sich nicht auf die verschiedenen radikalen islamischen Gruppen, die oft untereinander verfeindet sind. Anscheinend bildet sich etwas heraus, das man als „extremistisches Zentrum“ bezeichnen könnte, welches sich genötigt sieht, gegen Amerika loszuschlagen, um sich selbst zu schützen.

Nur eine Woche vor dem 11. September schrieb Khaled Al-Maenna, ein gemäßigter saudiarabischer Journalist: „Lange habe ich geglaubt,

die Araber würden übertreiben, wenn sie behaupten, Amerika und Israel seien bloß die beiden Seiten derselben Münze. Man mag mir meine Naivität vorwerfen, denn (inzwischen) bin ich davon überzeugt, dass es das Hauptziel der amerikanischen Politik ist, Tel Aviv zufrieden stellen. Es ist wirklich eine Schande, aber in Amerika haben mehr Menschen gegen den Walfang und das Töten von Meeresschildkröten protestiert als gegen das Töten von Palästinensern. Für diese Leute zählt kein Blut, das nicht ihr eigenes ist.“

Die Anschläge auf die Symbole westlicher Zivilisation und Macht haben wenig dazu beigetragen, die Gefühle der Muslime gegenüber den Vereinigten Staaten zu verändern. Hier, die Worte eines anderen gemäßigten saudiarabischen Schriftstellers, Muhammad Al-Amoudi:

„Der Angriff auf Amerika war wie der Schlag gegen einen starken und mächtigen Riesen; zur Überraschung und Verwunderung der ganzen Welt zeigte sich der Riese schwer verwundet und zutiefst erniedrigt. Die Terrorakte wurde überaus kunstvoll und geschickt ausgeführt. Gleich wer hinter ihnen steht, sie sind der Ausdruck einer massiven Opposition gegen die Vereinigten Staaten und zeigen, dass man auf alles Amerikanische, das man für ungerecht hält, mit Terror reagieren wird.“

Eine Tageszeitung der Vereinigten Arabischen Emirate, „Al Ittihad“, äußerte in einem Leitartikel die Mei-

GEFUNDEN

Ratzinger hält Islam-Kritik am Westen für teilweise berechtigt

Der Präfekt der Römischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, hält die Kritik aus der islamischen Welt an einer angeblichen moralischen Dekadenz im westlichen Kulturkreis für teilweise berechtigt. In einem am Wochenende veröffentlichten Interview mit der italienischen katholischen Tageszeitung „Avvenire“ sagte Ratzinger, die islamische Welt habe „nicht ganz Unrecht, wenn sie dem Westen christlicher Tradition eine moralische Dekadenz und die Manipulation des Lebens vorwirft“. Die islamische Welt werde „durch unsere Schwäche und unseren Skeptizismus stark“, so der Kardinal weiter. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer ernsthaften Gewissenserforschung.

In dem Interview ging Ratzinger auch auf die Folgen der Terroranschläge vom 11. September ein. Diese Ereignisse hätten nichts wirklich Neues gezeigt; der Mensch sehe allerdings jetzt deutlicher den Abgrund, vor dem er stehe. Zur islamischen Kultur bemerkte Ratzinger, ebenso wie das Christentum habe der Islam in seiner Geschichte glanzvolle Momente, aber auch Augenblicke der Dekadenz gehabt. (KNA)

nung, der amerikanische „Krieg gegen den Terrorismus“ sei nur glaubwürdig, wenn Washington anordne, „Israel mit einem Bombenteppich zu überziehen“. Das Äußerste an Mitgefühl was den Vereinigten Staaten nach dem 11. September, von der Mehrheit der islamischen Medien zuteil wurde, war eine „Ja-aber“-Reaktion: Ja, ihr habt gelitten, aber es ist alles eure eigene Schuld.

Amerika zieht, den Hass des Islams auf sich, weil es als eines der erfolgreichsten Beispiele westlicher Demokratien angesehen wird. Demokratie, die auf von Menschen gemachten Gesetzen beruht, empfinden die Islamisten als die beständigste und gefährlichste Bedrohung des Islam.

Der pakistanische Gelehrte Abu-Ala Maududi sah die westliche Demokratie als „Satanswerk“. „Was tat Satans?“ fragte Maududi. „Satan flüsterte dem ersten Menschen ein, er könne die Gesetze Allahs missachten und seine eigenen Pläne verfolgen. Und genau dies tut der Westen im Namen der Demokratie. Er sagt den Menschen: Es ist nicht nötig, dass ihr dem göttlichen Gesetz gehorcht, ihr könnt eure eigenen Menschengesetze machen, indem ihr abzählt, wie viele mit euren Plänen einverstanden sind. Dies ist eine tödliche Gefahr, die der Islam bekämpfen muss, nicht nur auf seinem eigenen Gebiet, sondern auf der ganzen Welt.“

Für Sayyed Qutb, einen der Begründer des radikalen Islamismus in Ägypten, ist die Demokratie nichts weiter als „eine Form von Prostitution“. Dieser Ausspruch wurde später in Iran von Chomeini und seiner Sekte zum Bestandteil offizieller Propaganda gemacht.

Der iranische Präsident Muhammad Chatami drückt die gleichen Vorstellungen auf eine etwas gebildete Art aus. Auf einer Rede in Florenz im März 1999 teilte er die Menschheit in zwei Lager, in den vom Islam geprägten Osten und den von der Moderne geprägten Westen. Er sagte: „Die Menschheit scheidet sich in Ost und West: Der Osten bedeutet den Fluss der Seele, während im Abendland die Vernunft herrscht. Die Vernunft führte zur Renaissance. Sie leitete die Moderne ein, die ihrerseits in der Form von Kolonialismus

und Imperialismus Unterdrückung, Herrschaft und Unterwerfung in die Welt brachte.“

Er fuhr fort: „Das Abendland ist zuallererst das Opfer von Rationalität, während der Orient gleichbedeutend mit Richtungsweisen ist und Anleitung geben. Aus diesem Grund muss der Islam Europa und Amerika auf den rechten Pfad führen. Das neue Jahrhundert wird ein Jahrhundert der Spiritualität werden, in dem der orientalische Mensch seine Jahrhunderte spiritueller Erfahrung zur Entfaltung bringt.“

Die Hassindustrie zeichnet immer wieder neu ein Bild vom Westen, worin er als geistig-geistliches Ödland erscheint. Die Menschen hät-

ten keinen festen Glauben, nur Meinungen, die sie aus einer Laune heraus jeden Moment ändern könnten. Der westliche Mensch wird als, ein Wesen porträtiert, das materiellen Besitztümern nachjagt, Homosexualität, unerlaubten Sex und verbrecherischen Lasten frönt und sich Rauschgift und Alkohol hingibt.

„Amerika ist der große Satan“, verkündete Chomeini im Jahr 1979. „Schlage den großen Satan, und die kleinen werden weichen.“

aus: F.A.Z. Nr. 38/14. Februar 2002, Seite 8.

Der Verfasser ist Redakteur der Zeitschrift „Politique Internationale“ (Paris)

„Islamische Charta“: Bekenntnisse mit Klärungsbedarf

Starke Beachtung – mittlerweile auch kritisches Nachfragen – hat der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) mit seiner Ende Februar vorgestellten „Islamischen Charta“ ausgelöst. Von einigen mit der Materie befassten Politikern wird zwar festgestellt, dass das Papier ein in dieser Deutlichkeit bislang nicht vernommenes muslimisches Bekenntnis zum deutschen Staat ist, allerdings werden auch Unzulänglichkeiten benannt. Die Kirchen halten ebenfalls Präzisierungen für erforderlich. Teilweise scharfe Kritik kommt aus der hier lebenden heterogenen islamischen Gemeinschaft selbst.

Als eine „klare Position“ versteht der ZMD selbst seine in der Vertreterversammlung am 3. Februar „einstimmig“ verabschiedete und am 20. Februar in Berlin vorgestellte Grundsatzerklärung über die Beziehung der Muslime zum politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik. So eindeutig indes ist das Papier weder bei der Politik noch bei den Kirchen angekommen. Bei näherem Hinsehen erweise es sich als zu allgemein und oft formelhaft, heißt es. Deshalb richtet sich an den ZMD die Frage, ob es sich bei der Charta lediglich um eine muslimische Diaspora-Erklärung handle oder ob der Text einer eigenen, tieferen Überzeugung entspringen sei.

Im Vorwort zu den 21 Charta-Punkten betont der ZMD-Vorsitzende Nadeem Elyas, dass sich die mehr

als 3,2 Millionen in Deutschland lebenden Muslime nicht als „Gäste“, sondern als Bürger fühlten. „Als große Minderheit in diesem Land“, führt Elyas weiter aus, „haben die Muslime die Pflicht, sich in diese Gesellschaft zu integrieren, sich zu öffnen und über ihre Glaubensbekenntnisse und -praxis mit der Gesellschaft in Dialog zu treten.“ Die Mehrheitsgesellschaft habe ein Anrecht darauf zu erfahren, wie die Muslime zu den Fundamenten dieses Rechtsstaates, zu seinem Grundgesetz, zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten stünden.

Augenfällig scharf fiel eine innerislamische Kritik aus: Safer Cinar, stellvertretender Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, die mehr als 200 Mitgliedsverbände hat, verwarf in der Berliner „taz“ (26.2.) die ZMD-Erklärung als

„Muster ohne Wert“. Darin würden Fragen beantwortet, die in dieser Form niemand an die Muslime richtete. Auf die eigentlichen Kontroversen, so Cinar, „wird entweder gar nicht eingegangen, oder sie werden nebulös beantwortet“.

Von einem „erfreulichen Durchbruch“ für den Dialog sprach Jürgen Schmude, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), in der Tageszeitung „Die Welt“ (28.2.). Er meldete aber zugleich Klärungsbedarf an. So ist für Schmude mit dem Dokument keineswegs erkennbar, ob an der Einführung eines islamischen Staates festgehalten wird. Die Absage an einen „klerikalen Gottesstaat“ sei nicht eindeutig genug. Ähnlich sieht es die katholische Kirche. Punkt 12 der Charta lautet: „Wir zielen nicht auf die Herstellung eines klerikalen ‘Gottesstaats’ ab. Vielmehr begrüßen wir das System der Bundesrepublik Deutschland, in dem Staat und Religion harmonisch aufeinanderbezogen sind.“ Schmude wie auch andere stellen die Frage, ob Muslime eventuelle Chancen zur Einführung eines islamischen Staates nicht doch nutzen würden. Als Augenwischerei verwirft Cinar die Absage an einen „klerikalen Gottesstaat“. Im Islam gebe es keinen Klerus und somit auch kein derartiges System. Vielmehr müsse es darum gehen, sich weltweit vom Konzept des Gottesstaates zu distanzieren und die zivile Rechtsordnung zu verteidigen, so Cinar aus türkisch-laizistischer Perspektive.

Schmude und andere Kirchenleute warnen die muslimische Seite zudem davor, in Verfolgung ihrer Anliegen den Konsens zu gefährden, auf dem die im Grundgesetz verankerten Betätigungsrechte für die Religionsgemeinschaften beruhen. Wer hier Voraussetzungen für „Ärger“ schaffe, könne leicht erleben, mahnt der Präses der EKD-Synode, dass eine neue Grundsatzdiskussion in Gang komme, die es dann nicht mehr beim bisherigen Verhältnis von Staat und Kirche belasse. Er erinnert daran, dass derartige Tendenzen bisher nicht so sehr von Kirchengegnern, sondern mehr von der Rechtsprechung gefördert worden seien. Mit Blick in die Zukunft fürchtet er im ärgsten Fall die Aufhebung des Sta-

tus der Körperschaft des öffentlichen Rechts für die Kirchen wie die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen.

Bei allem Bekenntnis zum säkular-pluralistischen deutschen System hebt der ZMD die Spannung zum Idealbild der islamischen Lebensweise und des islamischen Staates nicht auf. Die Unterschiede zur „westlichen“ Welt werden oft indirekt, bisweilen aber auch wortwörtlich benannt. So wird etwa im Punkt 3 der Charta im Gegensatz zum christlich-abendländischem Bibel-Verständnis hervorgehoben, der auf den Propheten Muhammad zurückgehende Koran sei die letzte „verbal“ und „unverfälschte“ Offenbarung Gottes. Erkennbar und doppelt wird in Punkt 13 zwischen den „im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechten“ auf der einen und dem „Kernbestand der westlichen Menschenrechtserklärung“ auf der anderen Seite unterschieden.

Eine klare Absage an die islamische Rechtsordnung Scharia vermisst Christa Nickels, kirchenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von „Bündnis 90/Die Grünen“, in der ZMD-Charta. Zudem weist sie auf alltägliche Konflikte zwischen islamischen Vorstellungen und hiesigem Verständnis von Men-

schenwürde (Kopftuchstreit, Zwangsheirat unter Moslems) hin. In Punkt 16 wird der Blick der Charta auf Deutschland begrenzt. Die Verbindungen mit der islamischen Welt sollen laut Papier indes nicht vernachlässigt werden. Kritik an Menschenrechtsverstößen oder Repressalien gegen Christen in islamischen Staaten werden nicht thematisiert. In Punkt 18 heißt es vorsichtig, der ZMD „fühlt“ sich der gesamten Gesellschaft verpflichtet und sei „bemüht“ zur Zusammenarbeit mit allen anderen gesellschaftlichen Gruppen – „unter Bewahrung ihrer islamischen Identität“, wie dann in Punkt 19 hervorgehoben wird. Politisch-gesellschaftlich keineswegs unproblematische Forderungen der Muslime – etwa nach einem eigenen deutschsprachigen Religionsunterricht, zum Bau von Moscheen, nach Beteiligung an den Aufsichtsgremien der Medien – beinhaltet Punkt 20.

Ein bleibendes Kernproblem: Der „parteipolitisch neutrale“ ZMD mit seinen 19 Mitgliedervereinigungen ist zwar einer der führenden, aber eben nur einer der islamischen Dachverbände. An der Frage, wer repräsentativ und verbindlich für die Muslime sprechen könne, scheiterten bisher Lösungen für viele der in der Charta genannten Anliegen.

(aus: KNA-Info-Dst 10/2002)

DIALOG DER RELIGIONEN:

Islamwissenschaftler skeptisch

Die Erfolgchancen eines Dialogs der Religionen hat der Heidelberger Islamwissenschaftler Raoul Motika skeptisch beurteilt. Christen und Muslime sollten gemeinsam politische und wirtschaftliche Frage zu lösen versuchen, sagte Motika Anfang Februar bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Baden zum Thema „Kommt der Kampf der Kulturen? Zur Rolle der Religionen im Dialog der Völker“ in Bad Herrenalb. Bei Themen wie der wachsenden sozialen Ungleichheit oder Umweltproblemen könne es schon eine gemeinsame Basis geben. Ein allgemeiner Dialog der Religionen führe vermutlich nicht sehr weit, so der Wissenschaftler. Es gebe hier auch immer die Gefahr, dass die eigene religiöse Identität aufgegeben werden könnte oder religiöse Überzeugungen vermischt würden. Wichtig sei die Zusammenarbeit zur Lösung konkreter Fragen wie zum Beispiel das Problem der Armut. Das jüngste Friedentreffen von Religionsführern in Assisi sei zwar eine begrüßenswerte Initiative gewesen, doch verbleibe dies alles auf einer eher unverbindlichen Ebene, sagte Motika. (KNA)

Studie: In Europa bildet sich eine eigene Form des Islams heraus

In Europa bildet sich nach einer Erhebung des Zentrums für Türkeistudien (ZFT) eine eigene Form des Islams heraus. Im Leben der 13 Millionen europäischen Muslime spiele die Religion weiterhin eine wichtige Rolle, zugleich richte sich die Mehrheit von ihnen aber an den „Normen der Industriegesellschaft“ aus, erklärte ZFT-Direktor Faruk Sen am 8. Februar vor Journalisten in Berlin. Kennzeichnend für diese Form des Islams seien außerdem die Treue zur Verfassung der Aufnahmeländer, die Ablehnung der Scharia, das Prinzip des laizistischen Staates und die Zustimmung zu Demokratie und Pluralismus. Ein „Euro-Islam“ sei zwar ein „viel versprechendes Programm, aber noch nicht Realität“ betonte Sen. Er berief sich bei seinen Aussagen unter anderem auf eine Erhebung unter 2.000 türkischstämmigen Migranten in Deutschland vom Oktober 2000, deren Auswertung jetzt vorgestellt wurde.

Die islamischen Bevölkerungsgruppen in den wichtigsten europäischen Aufnahmestaaten seien weiter-

hin sehr unterschiedlich geprägt, so der ZFT-Leiter. Von den 3,2 Millionen Muslimen in Deutschland kämen 75 Prozent aus der Türkei, während die rund 5 Millionen französischen Muslime maghrebinisch und die 2 Millionen britischen Muslime pakistanisch geprägt seien. Laut Studie versteht sich die Mehrheit der türkischstämmigen Migranten in Deutschland, von denen 93 Prozent Muslime sind, als religiös. Bei der Befragung sahen sich rund 65 Prozent als „eher religiös“ an, rund 25 Prozent „eher nicht religiös“ und 3,3 Prozent gar nicht religiös. Nachdem die Rückkehrabsichten seit Anfang der 90er Jahre stark zurückgegangen seien, verlangten die in Deutschland lebenden Muslime auch stärker nach einer religiös-kulturellen Infrastruktur, so Sen. „Der Moscheeverein reicht dann nicht mehr, die Gläubigen wollen auch eine Moschee mit Minarett.“

Keine Loslösung von der Religion

Je länger die Befragten in Deutschland lebten, umso eher bezeichneten sie sich als religiös, so Sen. Ein langer

Aufenthalt in nichtmuslimischer Umgebung führe nicht zur Loslösung von der ursprünglichen Religion, allerdings auch nicht zu einer „Fundamentalisierung“. Religiöse Handlungen würden aber auch von der Mehrzahl jüngerer Muslime praktiziert. Sen wörtlich: „Die Jugendlichen gehen abends in die Disko, fasten aber am nächsten Tag.“ Die Studie prognostiziert: Auch wenn die junge Generation sich nicht mehr ausgesprochen religiös verstehe und sich in Deutschland wohl fühle, werde sie aus kultargesellschaftlichen Gründen an bestimmten Riten und Handlungen festhalten.

Zwei Drittel der Befragten verlangten den Angaben zufolge auch einen Religionsunterricht in türkischer Sprache unter eigener Bestimmung der Lehrinhalte. Bei Kopftuchzwang und Geschlechtertrennung im Unterricht zeigte die Mehrheit eine liberale Haltung. Mit der Heirat eines nichtmuslimischen Ehepartners hätten die meisten hingegen Schwierigkeiten. Auch wenn die zweite Generation der Migranten hier ein „aufgeklärteres“ Verständnis zeige, bleibe für sie die „türkisch-islamische Kultur ein zentraler Bezugsrahmen“, so die Studie. (KNA)

Lahore – Zusammenarbeit von Christen und Muslimen

Caritas fördert Dialog der Religionen in Pakistan

Die Caritas in Pakistan fördert und unterstützt durch unterschiedliche Initiativen das seit Jahrhunderten friedliche Zusammenleben von Christen und Muslimen in verschiedenen Teilen des Landes. Gerade nach den Ereignissen vom 11. September 2001 kommt diesem Handeln eine besondere Bedeutung zu. Es entspricht voll den Forderungen von Papst Johannes Paul II. nach einem friedvollen Nebeneinander unterschiedlicher Religionen im Umgang miteinander.

Im Herzen der Altstadt von Lahore trifft sich allwöchentlich ein Friedenskomitee aus rund zwei Dutzend christlichen und muslimischen Männern unter einem Maulbeerbaum. „Christen und Muslime wohnen hier seit 350 Jahren einträchtig und friedlich Seite an Seite. Es gibt keinen Unterschied zwischen uns, wir sind alle Brüder“, sagt das muslimische Vorstandsmitglied des Komitees, Raga Fazal Elahi Butl, dem die anderen Komiteemitglieder spontan beipflichten. Allerdings wird auch in

Lahore das Zusammenleben der Gläubigen beider Religionen durch die Ereignisse in den USA und Afghanistan beeinflusst.

Damit es nach dem 11. September erst gar nicht zu Hass- und Gewaltausbrüchen komme, wollten die Mitarbeiter von Caritas in der pakistanischen Stadt etwas unternehmen. Deswegen haben die Komiteemitglieder zuerst die Einwohner in dem Stadtteil Shadbagh zu Hause besucht. Sie sprachen mit den Menschen über ihre Probleme, Sorgen und Ängste und schlichteten Streitigkeiten. „Gerade wenn alte Freundschaften zerbrechen, kann Gewalt entstehen und dies gilt es zu verhindern“, begründet der Caritas-Sprecher und Projektverantwortliche für die Gemeinde, Salee Raza, das Vorgehen.

Fazal erklärt, seit dem Massaker in einer Kirche von Bahawalpur am 28. Oktober 2001 tage das Friedenskomitee wöchentlich, um keine Rachegefühle aufkommen zu lassen. Im Zusammenhang mit anti-westli-

chen Ausschreitungen in Pakistan wegen der Bombardierung Afghanistans hatten islamische Extremisten sechzehn betende Christen in dieser Kirche erschossen. Damit Christen und Muslime ohne Angst beten können sorgt das Friedenskomitee dafür, dass die Muslime in der Moschee draußen von christlichen Gemeindegliedern und die Gottesdienstbesucher in ihrer Kirche außen von Muslimen aus der Gemeinde geschützt werden.

Auch auf der anderen Seite der Stadt, in der Gemeinde Anarkali, arbeitet auf dieser Basis ein weiteres von der Caritas gegründetes Friedenskomitee erfolgreich. „In dieser Gegend sind Muslime und Christen es seit Generationen gewohnt, miteinander Freud und Leid zu teilen. Das ist die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit in den Komitees“, unterstreicht der Caritas-Sprecher von Anarkali, Bobby Bhatti.

Inzwischen sind weitere dreißig Friedenskomitees in und außerhalb Lahores entstanden und tätig.

(bt nach DT vom 08.01.2002)

„Anwaltschaft für den Menschen“

Zum Gespräch von Kirche und Politik

FRIEDRICH MERZ

Machen wir uns nichts vor: Der Einfluss der Kirchen in unserer Gesellschaft wird geringer. Jedes Jahr treten rund 100.000 Menschen aus der Kirche aus – das ist immerhin eine Großstadt –, die Gotteshäuser werden leerer, Menschen fühlen sich christlichen Wertorientierungen nicht mehr so stark verpflichtet, traditionell katholisch geprägte „Milieus“ lösen sich auf, der Affekt gegen Großinstitutionen trifft die Kirchen mit ziemlicher Wucht. Kirchen stehen mitten in der Zeitenwende – sind sie die Verlierer? Werden sie in Deutschland bald „Minderheitenkirchen“ sein, wie Kardinal Ratzinger vermutet?

Zu der institutionellen Krise kommt die theologische Krise hinzu angesichts der schlimmen Erfahrungen im 20. Jahrhundert. Sie werfen das alte Problem der Theodizee wieder neu auf. Viele Menschen fragen sich ja: Wo war Gott in Auschwitz, wo auf den mörderischen Schlachtfeldern der Weltkriege, wo auf den „killing fields“ in Kambodscha oder angesichts der Massenmorde in Ruanda? Wo war er am 11. September, als von Terroristen gesteuerte Flugzeuge das World Trade Center in Schutt und Asche legten und Tausende dabei umkamen? Können die Antworten der Kirchen noch überzeugen? Aber gerade der „11. September“ zeigt, wie sehr angesichts grundsätzlicher, ja existenzieller Betroffenheit und in orientierungsloser Lage die Antworten der Kirche gesucht werden. Trost, Zuspruch, Halt und Ermutigung kamen vor allem aus dem Glauben. Mir kommt das Wort von Victor Hugo in den Sinn: „Zu glauben ist schwer – nichts zu glauben unmöglich“. Politik kann Macht einsetzen, aber nicht die Sinnfrage lösen. So kann auch das grundsätzliche Problem des Leidens in der Welt nur aus dem Glauben heraus gelöst werden, nicht durch den Versuch wie auch immer gearteter politischer Sinnstiftung. Zugleich liegt hier eine gemeinsame

Aufgabe von Kirchen und Politik: Beide müssen sie mit dafür sorgen, dass Menschenwürde und Menschenrechte Geltung behalten und dass der Rechtsstaat Bürger schützt.

Aber darüber hinaus hält der „11. September“ eine weitere, wichtige Lehre bereit. Wir wissen heute um die Motive der Attentäter, sie handelten aus einem fundamentalistisch verstandenen muslimischen Glauben heraus. Da gab es keine Trennung von Politik und Glauben. Die Konsequenzen waren mörderisch. Die europäische Erfahrung aus den eigenen politischen Glaubenskriegen war und ist bis heute eine andere: Gerade um einen solchen Fundamentalismus und blutige Auseinandersetzung um die richtige „Wahrheit“ zu vermeiden, wurden Staat und Kirche, politische Meinung und Glaube, getrennt. Angesichts der Globalisierung, die nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch kulturelle und religiöse Nähe herstellt, sollte diese europäische Lernerfahrung weltweit gelten. Wer dauerhaftes friedliches Zusammenleben und freie Entfaltung der Bürger will, auch religiöse Entfaltung, wird stärker als bisher die unterschiedlichen Sphären von Politik und Religion zu beachten haben.

Das gilt übrigens auch für politische Entscheidungen im Bereich der Bioethik. Die Erwartung, dass die Politik Positionen der Kirchen im Verhältnis eins zu eins übernimmt, wäre nicht ganz realistisch. Und trotzdem: Unsere Demokratie wäre schlecht beraten, wenn sie nun Kirchen in den „privaten Winkel“ verbannen würde. Auch wenn immer weniger Menschen glauben, ist doch zugleich gewiss: Eine aufgeklärte, permanent selbstreflexive Gesellschaft braucht die Perspektive des „Christenmenschen“. Kirchen vermitteln Werte, gestalten die Verständigungsprozesse unserer Gesellschaft mit, bringen in Diakonie und Caritas ihre Sozialkompetenz ein, schaffen über Gemeinden Gemeinschaft und Bindungsfähigkeit. In die-

ser Weise sind die Kirchen unverzichtbare Einrichtungen der Zivilgesellschaft geworden, ohne darin aufzugehen. Immer wieder bringen sie die Perspektiven christlicher Verantwortung in die politischen Auseinandersetzungen mit ein. Für unser politisches Handeln sind sie oft unbequem. Sie erinnern uns daran, dass die Politik nicht nur zivilisierter Umgang mit Macht ist, sondern auch eine inhaltliche, elementare Gestaltungsaufgabe besitzt, die auf Mehrheit setzt, sich aber nicht in einer Politik für die Mehrheit erschöpfen kann. Christliche Sozialethik bleibt Provokation. So mahnen uns die Kirchen:

- Globalisierung soll nicht nur den Wohlstand der reichen Industriestaaten, sondern auch den der Entwicklungsländer steigern. Globalisierung ohne weltweite Gerechtigkeit wird auf Dauer scheitern.
- Es darf nicht nur um egoistische wirtschaftliche Nutzenkalküle gehen, sondern auch um den „sozialen Wohlstand“, nicht zuletzt durch die Förderung des ehrenamtlichen Engagements – Nächstenliebe „um des anderen Menschen willen“.
- Angesichts vielfältiger Ausgrenzung, vor allem auch durch Arbeitslosigkeit, bedarf es eines verstärkten Einsatzes für mehr Beteiligungsgerechtigkeit. Die christlich inspirierte „vorrangige Option für die Armen“ heißt, das Recht aller Menschen an Wissen, Wohlstand und Entwicklungschancen ernst zu nehmen.
- Es gilt, nicht nur auf die Zahlen der Zuwanderung zu sehen, sondern die menschlichen Schicksale dahinter wahrzunehmen. Das um sich greifende Leben in der Illegalität ist nicht nur eine pastorale, sondern ebenso eine humanitäre Herausforderung freiheitlicher Demokratien.
- Wirtschaftliches Wachstum reicht nicht aus. Christliche Schöpfungsverantwortung führt zur Nachhaltigkeit als ethischer Leitmaxime für eine ökonomisch und ökolo-

gisch tragfähige Zukunftsgestaltung.

- So notwendig der auch militärische Gewalteinsatz gegen die terroristische Bedrohung ist, so wenig dürfen Gefühle von Rache und Vergeltung das politische Handeln bestimmen. Es geht nicht um den „gerechten Krieg“, sondern um den dauerhaften „gerechten Frieden“.

Die Politik kann nicht in allem den Kirchen folgen. Sie muss unterschiedliche Sichtweisen einer pluralistischen Gesellschaft aufnehmen und verarbeiten. Aber zugleich zeigt sich: Es ist diese aus dem Glauben resultierende Anwaltschaft für den Menschen, die die Kirchen so wichtig für unsere zivilgesellschaftliche

Demokratie macht. Denn in dieser Anwaltschaft stimmen Religion und Politik überein. Es gibt kaum eine Schrift, in der dieser dem Menschen zugewandte Ansatz des christlichen Glaubens so deutlich wird wie in derjenigen zu „bildenden Kraft des Religionsunterrichts gegenüber einem neutralen LER-Unterricht. „Du bist in deiner Freiheit gewollt und darfst liebend von ihr Gebrauch machen“, heißt es dort. Das führt zur Anerkennung des anderen aus der eigenen Mitte, der eigenen Konfession heraus“, und dazu, grundsätzlich „vertrauen zu können, weil der Mensch von Gott bejaht, geliebt und getragen ist“.

Eine moderne Gesellschaft kann keine ausschließlich christliche mehr sein. In ihr müssen viele Le-

bens- und Glaubensvorstellungen Platz haben. Toleranz auf der Basis von Menschenrechten wird oberstes Gebot. Aber ebenso gewiss ist: Eine Gesellschaft ohne das Engagement der Kirchen und des „christlichen citoyen“ wäre um vieles ärmer. Deshalb ist die Politik gut beraten, das „Wort aus dem Glauben heraus“ zu bedenken, den sozialetischen Dialog immer wieder aufzunehmen und Kirchen als wichtige „intermediäre Institutionen“ unserer Zivilgesellschaft zu unterstützen. Unsere freiheitliche Demokratie gewinnt dadurch entscheidend an Zukunftsfähigkeit.

(KNA - 1 / 16. Februar 2002)

Hinweis: Der Autor ist Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag.

Jede Form von Antisemitismus bekämpfen

Juden und Katholiken – Beziehungen neuen Schwung geben

KLAUS BRANDT

Die katholische Kirche und das europäische Judentum wollen gemeinsam gegen jegliche Form von Antisemitismus vorgehen. Dies bekräftigten Vertreter beider Religionen aus Europa zum Abschluss einer jüdisch-katholischen Veranstaltung am 28. und 29. Januar in Paris. In der gemeinsamen Erklärung wird von den Juden und Katholiken auf die Bedeutung des weiteren Nachdenkens über die Schoah hingewiesen. Das Wissen um die Vorgänge im vergangenen Jahrhundert müsse an die junge Generation weitergegeben und religiöser wie weltlicher Antisemitismus bekämpft werden.

Zu Beginn des Treffens hatte der Präsident des Jüdischen Europäischen Kongresses (JEK), Henri Hajdenberg, vor etwa neunhundert Gästen im Pariser Rathaus Johannes Paul II. als „Papst der Versöhnung“ gewürdigt. Er habe den Beziehungen zwischen Juden und Katholiken eine neue Tiefe und Tonalität gegeben. Die Angehörigen beider Religionen könnten inzwischen gelassen über ihre Unterschiede sprechen, ohne dass es zu gegenseitigen Verurteilun-

gen oder dem Risiko eines Bruchs komme, sagte Hajdenberg. Allerdings bestünden nach wie vor Konflikte und Irritationen zwischen beiden Seiten. Die katholischen Vertreter hoben ihre brüderliche Verbundenheit mit den jüdischen Gemeinden hervor. Sie sei nicht nur politischer Art sondern auch „zutiefst spirituell“ verwurzelt. Das jüdische und das christliche Gedächtnis seien „konstitutive Bestandteile des europäischen Gedächtnisses“. Die Lehren des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) über das Verhältnis von Juden und Katholiken müssten „in den Herzen, im Bewusstsein und durch Taten“ lebendig gehalten werden, heißt es in der Erklärung weiter.

Zu der Konferenz hatte der Jüdische Europäische Kongress eingeladen, bei der es vor allem um aktuelle Entwicklungen seit dem II. Vatikanischen Konzil sowie während des Pontifikats von Johannes Paul II. ging. Hochrangige Teilnehmer waren unter anderem der Vatikan-Verantwortliche für die Beziehungen zum Judentum, Kardinal Walter Kasper sowie die Kardinäle von Paris und Wien,

Jean-Marie Lustiger und Christoph Schönborn. Auf jüdischer Seite waren zum Beispiel der frühere Oberrabbiner Rene Samuel Sirat und der Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt, vertreten.

Kardinal Lustiger forderte dazu auf, nicht nur Streitfragen zwischen beiden Religionen auf zu greifen, sondern auch theologische Fragen – wie zum Beispiel Sünde, das Leiden oder das Böse – gemeinsam zu diskutieren. Der Vizepräsident des JEK, Michel Friedmann, warnte vor Antisemitismus in Europa und appellierte an Juden und Katholiken, gemeinsam dagegen vorzugehen. Oberrabbiner Sirat rief die jüdische Gemeinschaft auf, die „historische Chance“ eines solchen Dialogs nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Die Zeit des „intellektuellen und spirituellen Gettos, in das uns einige einschließen wollen“, sei vorbei, sagte Sirat.

Vor der Begegnung hatte sich Papst Johannes Paul II. in einem Brief an Kardinal Kasper über die Versöhnung sowie den aktuellen Stand der Beziehungen von Juden und Christen geäußert. Im Zusammenhang mit dem Gebetstag der Religionen für den Frieden in der Welt am 24. Januar in Assisi sah er die Begegnung in Paris als Weiter-

führung des Friedensgedankens (s.a. AUFTRAG 246/2002 S. 4 f.). Die Botschaft vom Gott des Alten Bundes, die uns durch Moses, die Patriarchen und die Propheten erreiche, gehöre zu unserem gemeinsamen Erbe und fordere Juden und Christen auf, in tätigen Miteinander für das Leben der Welt zu wirken. Denn der Allhöchste rufe uns zugleich auf, heilig zu sein wie er und unseren Nächsten zu lieben wie uns selbst, so der Papst. Seit der vom II. Vatikanum verabschiedeten Erklärung „Nostra aetate“ seien erhebliche Fortschritte für ein besseres gegenseitiges Verständnis sowie für eine Versöhnung zwischen unseren beiden Gemeinschaften erzielt worden. Dieses Konzilsdokument stelle einen Ausgangspunkt, eine Grundlage und einen Kompass für die künftigen Beziehungen dar. Nach den leidvollen Geschehnissen der Geschichte in Europa sei es angebracht, unseren Beziehungen einen neuen Schwung zu geben. Die religiöse Überlieferung, von der die Kultur und das Leben dieses Kontinents geistig beeinflusst wurden, müsse sich weiterhin in den Dienst der Entfaltung des ganzen Menschen und jedes Menschen stellen. Juden und Christen, seien von ihrer beiderseitigen Identität aus, miteinander verbunden und müssten die Kultur des Dialogs so weiter führen, wie sie der Philosoph Martin Buber ins Auge fassen konnte. Diese Reichtümer und Werte gelte es der jungen Generation zu vermitteln, damit nie wieder der Mensch seinen Mitmenschen verachte und nie wieder Kriege oder Konflikte wegen einer Ideologie gegen eine Kultur oder Religion ausgetragen würden. Die Jugend brauche unser gemeinsames Zeugnis und Engagement, um zu glauben, um den Namen Gottes durch das ganze Leben zu heiligen und um auf eine verheißungsvolle Zukunft der Welt zu hoffen, schrieb Johannes Paul II.

Konflikte zwischen Juden und Katholiken gab es in den vergangenen Jahren beispielsweise wegen der Seligsprechung von Papst Pius IX. und der geplanten Seligsprechung von Papst Pius XII. Letzterem wird vorgeworfen, zum Holocaust an den Juden geschwiegen zu haben. Streit gab es in jüngster Zeit auch um eine

jüdisch-katholische Historiker-Kommission die sich im vergangenen Sommer wegen interner Auseinandersetzungen aufgelöst hatte, und die Veröffentlichung von Vatikan-Akten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. In diesem Zusammenhang erfüllten sich leider nicht die Spekulationen, dass am Rande der Pariser Begegnung Juden und Katholiken sich über die Experten für eine neue Kommission einigen könnten. Sie sollten die Aufgaben des aufgelösten Historikergremiums fortführen.

Inzwischen hat der Vatikan auf Drängen von Papst Johannes Paul II. vorzeitig ab 2003 seine Archive aus der Zeit 1922 bis 1939 für Forschungszwecke teilweise geöffnet. Dieser Zeitraum betrifft das Pontifikat von Pius XI. In seine Amtszeit fielen das Ausdehnen des Nationalsozialismus, die Machtergreifung Hitlers und die politische Entwicklung bis kurz vor Beginn des II. Weltkriegs. Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung wurden jetzt 640 Mappen der Nuntiaturen in München und Berlin sowie aus dem Archiv des Staatssekretariats freigegeben.

Für die spätere Öffnung der vatikanischen Archive über das Pontifikat von Papst Pius XII. (1939-1958) hat Johannes Paul II. vorgeschlagen, ebenfalls vorzeitig die Deutschland-Akten der Wissenschaft zugänglich zu machen.

Der Schweizer Judaist und Historiker Ernst Ludwig Ehrlich hat die teilweise Öffnung des Archivmaterials bemängelt. Gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur sagte er, es sei zwar ein „Schritt in die richtige Richtung“, der aber nicht viel Neues bringen werde. „Wirklich interes-

sant“ seien die Akten aus den Kriegsjahren 1939-1945. Ehrlich ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Gesprächspartner im christlich-jüdischen Dialog.

Der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Giovanni Lajolo, regte bei der fünfzigsten „Woche der Brüderlichkeit“ in Berlin am dritten März eine jüdisch-christliche Übersetzung der Psalmen an. Gleichzeitig empfahl er, dass Juden und Christen öfter gemeinsam die Psalmen beten sollten. Der Nuntius mahnte, die Vergangenheit nicht zu vergessen ohne dass sie zur Last werde, „die uns lähmt und hindert, Neuland zu betreten, neue Horizonte zu suchen, eine andere Geschichte zu schreiben.“ Zwischen Juden und Katholiken bestehe „ein einmaliges Verhältnis“, weil das Geheimnis der katholischen Kirche nach ihrem Selbstverständnis nur aus ihrer unlösbaren Verbindung mit dem auserwählten Volk heraus zu verstehen sei, hob Lajolo hervor.

Zu „jüdisch-christlicher Brüderlichkeit“ hat der deutsche Kurienkardinal Walter Kasper in Wiesbaden bei einer Feier zur „Woche der Brüderlichkeit“ aufgerufen. Er betonte, gegen den Nationalsozialismus hätten Christen nicht den Widerstand aufgebracht, den man von ihnen hätte erwarten können. Dies sei mehr als das Versagen Einzelner gewesen. Nach den bitteren Lehren der Vergangenheit könnten jedoch Juden und Christen bezeugen, dass Versöhnung möglich sei. Weiter sagte der Kardinal, er hoffe, dass sich die „Woche der Brüderlichkeit“ zu einem „Jahrhundert der Brüderlichkeit“ entwickeln möge. □

GEFUNDEN: In Belgien künftig weniger Militärseelsorger

Die Zahl der Militärseelsorger in Belgien soll reduziert werden. Bis 20015 soll es nur noch 24 "seelsorgerische Berater" geben, weniger als derzeit, berichten belgische Zeitungen. Das Verteidigungsministerium plane, aus Altersgründen ausscheidende Seelsorger nicht zu ersetzen. Unter den 64 Militärseelsorgern in Belgien sind 34 katholische Geistliche, die übrigen gehören anderen Konfessionen an oder sind geistliche Berater ohne bestimmte Konfessionszugehörigkeit. Die Zahl der katholischen Militärpfarrer solle bis 2015 auf zehn reduziert werden. (DT 19.03.2002)

Die katholische Kirche in Rußland

PAUL ROTH

Vorbemerkung: Es geht in diesem Text nur um die Katholiken in Rußland, also nicht auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion. Rußlands Bevölkerung beträgt zur Zeit 145 Millionen Menschen aus mehr als 100 Völkern – darunter Millionen Muslime. Alle Zahlenangaben aus Rußland sind ungenau, beruhen auf Schätzungen oder wissenschaftlich kaum brauchbaren Umfrageergebnissen. Wahrscheinlich bekennt sich heute die knappe Hälfte der Bevölkerung zu einer Religionsgemeinschaft, allerdings kennt ein Großteil davon weder das Glaubensbekenntnis, noch besucht er einen Gottesdienst. Die größte Glaubensgemeinschaft ist die Russisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchates. Das Patriarchat wird von der russischen Regierung bevorzugt, so als handele es sich um die „russische Religion“. Katholiken hat es im Zarenreich seit dem 18. Jh. gegeben – teils sind sie durch die Expansion des Zarenreiches, teils als Kolonisten Bürger des Zarenreiches geworden. Die katholische Kirche galt als Religionsgemeinschaft von Polen, Deutschen, Litauern. Zur Zarenzeit war die Russisch-Orthodoxe Kirche die Staatskirche, die Vorrang vor allen anderen Konfessionen hatte. Am Vorabend der bolschewistischen Revolution (1917) gab es in Rußland 1,6 Millionen Katholiken des lateinischen Ritus in fünf Diözesen. Nicht eingerechnet sind hierbei die Katholiken in jenen Gebieten, die nach der Revolution zu Polen kamen, in den baltischen Republiken, die unierte Katholiken in der Ukraine und die armenischen Katholiken. Vor der Revolution gab es alleine in St. Petersburg 13 katholische Kirchen. Die kommunistische Religionsverfolgung löschte praktisch bis zum Ende der dreißiger Jahre die kirchliche Struktur aus, liquidierte den Klerus, zerstörte die Kirchen. Verschleppungsaktionen während der Kollektivierung, während des Krieges (Verbanung aller Deutschstämmigen nach Asien), nach dem Krieg (Verschleppung aus dem annektierten Baltikum)

zerstreuten die Katholiken vor allem in asiatischen Gebieten. Die Kriegssituation hatte zwar die blutige Religionsverfolgung eingedämmt, die Annexion der baltischen Staaten drangsalierte jedoch die dortigen Gläubigen. In der Ukraine wurde die unierte Kirche ausgelöscht. Aus politischen Gründen wurden in Litauen und Lettland zwei katholische Priesterseminare unter staatlicher Aufsicht geduldet. Chruschtschows Verfolgung der Religionsgemeinschaften (ab 1958) traf natürlich auch die katholische Kirche in Litauen. Seit Mitte der siebziger Jahre entspannte sich die Lage etwas, in Sowjetasien konnten mehrere katholische Gemeinden geschaffen werden. Aus Litauen kamen mutige Protestschreiben gegen die staatlichen Maßnahmen nach Moskau.

Nach Angaben, die offensichtlich vom KGB kamen, soll es 1986 1.099 katholische Institutionen in der Sowjetunion gegeben haben. Ob es sich dabei um registrierte oder um nicht-registrierte Gemeinden (also „illegale“) handelte, ist nicht ersichtlich. Erst die Religionsgesetze des Jahres 1990 ermöglichten auch der katholischen Kirche eine freie Betätigung. Ende 1991 zerfiel die Sowjetunion, die Katholiken in den baltischen Staaten, die wieder zugelassene unierte Kirche in der Ukraine fallen seither aus den Zahlenangaben heraus. Nach offiziellen Angaben über die registrierten Religionsgemeinschaften (01.01.1993) gab es zu diesem Zeitpunkt in Rußland 73 katholische Institutionen, davon 65 Gemeinden, zwei Klöster, eine geistliche Lehranstalt.

Angaben über Millionen Katholiken im europäischen Rußland und Hunderttausenden im asiatischen Teil Rußlands sind Zahlen, die aus der Zusammenzählung der einstigen katholischen Minderheiten zustandekommen und mit der wirklichen Zahl der Gläubigen nicht übereinstimmen können.

P. F. Euvé SJ, der mehrere Jahre in Moskau tätig war, machte 1995 folgende Angaben: Insgesamt 170 re-

gistrierte Gemeinden mit 77 Priestern vor Ort, dazu eine Reihe von Ordenspriestern; 80 Gemeinden im europäischen Teil, 90 im asiatischen Teil Rußlands. Für diese Gemeinden stehen etwa 20 Kirchengebäude zur Verfügung. Das staatliche Amt für Religionsfragen gibt für 1996 183 Gemeinden an. Im Frühjahr 1999 waren in Rußland 190 katholische Geistliche tätig, von ihnen stammen 170 aus dem Ausland.

In Moskau hat der Apostolische Nuntius, Erzbischof John Bukosky, seinen Sitz, ferner der Apostolische Administrator für das Europäische Rußland, Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz. Im Februar 1999 wurde in St. Petersburg eine katholische Bischofskonferenz gegründet. Erzbischof Kondrusiewicz ist ihr Vorsitzender. Sein Stellvertreter ist der deutschstämmige Bischof Joseph Werth, der Apostolische Administrator für Sibirien und Fernost mit Sitz in Nowosibirsk. Im Mai 1999 hat der Papst dieses flächenmäßig größte Bistum der Welt geteilt und eine Apostolische Administration Ost-Sibirien mit Sitz in Irkutsk errichtet und dieses Gebiet von der Administration Sibirien abgetrennt. Zu dessen Leiter ernannte er Bischof Jerzy Mazur, bis dahin Weihbischof unter Bischof Werth.

Der aus Sachsen stammende Pfarrer Clemens Pickel wurde 1998 zum Bischof geweiht und als Weihbischof der Apostolischen Administration für die Katholiken des lateinischen Ritus im europäischen Teil Rußlands zugeteilt. Seit Juni 1999 hat er seinen Sitz in Saratow.

Inzwischen sind in Sibirien auch unierte – einst aus der Ukraine verschleppte – Gläubige aufgetaucht. Drei Priester, die dem Bischof Werth unterstehen, betreuen sie. In der unierten Kirche der Ukraine wird erwogen, für sie in Sibirien ein Exarchat zu errichten.

In Moskau und in St. Petersburg gibt es ferner Collegs des Hl. Thomas von Aquin. Wir würden sie eher Akademien nennen, zu deren Veranstaltungen Interessierte eingeladen wer-

den. Die Jesuiten haben in Moskau eine Niederlassung, ebenso die Assumptionisten, die Salesianer in Gatschina bei St. Petersburg, die Dominikaner haben in Moskau und St. Petersburg je ein Kloster (männlich und weiblich), die Franziskaner in Moskau. Die Caritas und die Schwestern von Mutter Theresa sind ständig um eine Ausbreitung ihrer Stationen in Rußland bemüht. In Moskau erscheint die Monatsschrift „Wahrheit

und Leben“, in Sibirien die „Sibirische katholische Zeitung“.

Die Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche sind angespannt. Vor Ort gibt es häufig gute Beziehungen zur niedrigen Geistlichkeit. Der höhere Klerus und ein Großteil im Moskauer Patriarchat sieht jedoch in der katholischen Kirche ein fremdes Element, das unerwünschte Konkurrenz macht. Teilweise bezeichnet man sie als „häretisch“. Nachdem

1997 das Religionsgesetz geändert worden ist, machen vielfach örtliche Behörden bei der gesetzlich angeordneten Neuregistrierung erhebliche Schwierigkeiten. Ein Hauptproblem ist natürlich der Priestermangel, der – auf Grund der Sprachschwierigkeiten – nur teilweise behoben werden kann. Schließlich und nicht zuletzt sind alle Gemeinden arm oder bitterarm, angewiesen auf die Hilfe der Glaubensbrüder im Ausland. □



GEFUNDEN: Russischer Tschetschenien-Soldat vom Volk zum Heiligen ausgerufen

Die Gläubigen der Himmelfahrtskirche von Sankt Petersburg haben dem Heiligen Synod der Russisch-Orthodoxen Kirche vorgegriffen und auf dem Altar eine Ikone des jungen Soldaten Evgenij Rodionow niedergelegt, der in Tschetschenien von Rebellen ermordet worden ist.

Diese am 23. Februar 2002 aus Anlass des Tages der russischen Streitkräfte vollzogene Geste wurde vom Volk selbst als eine Art Ausrufung zum Heiligen verstanden.

In der orthodoxen Kirche ist der Weg zur Ehre der Altäre wesentlich einfacher als in der katholischen Kirche. Oftmals findet eine Heiligsprechung einfach durch die Ausrufung des Volkes statt, und so sind sehr viele russische Heilige in der Vergangenheit zur Ehre der Altäre gelangt. Eine Art Heiligsprechungsprozess, wie man ihn bei uns kennt, hat sich erst relativ spät entwickelt.

Der Prozess für den jungen Soldaten wurde bereits von der Patriarchatskommission für Heiligsprechungen eingeleitet. Auch wurden schon Gelder gesammelt für die Erbauung einer Kirche in Khankala in der Nähe von Grosny, die Rodionow gewidmet sein soll. Dort befindet sich das Hauptquartier der russischen Streitkräfte in Tschetschenien.

Rodionow fand im Alter von 19 Jahren den Märtyrertod während des ersten Tschetschenienkrieges von 1994-96. Er wurde in der Nähe von Galaschki von einer Gruppe Rebellen unter dem Kommando von Ruslan Khajkorojew gefangen genommen.

Weil er eine Halskette mit einem Kreuz trug, wurde er verspottet und bedroht. Als die Rebellen bemerkten, dass es ihm mit dem Christentum ernst war, versuchten sie, ihn zum Islam zu bekehren. Drei Monate lang wurde er im Gefängnis gefesselt gehalten und gequält, bis er schließlich enthauptet wurde.

Erzpriester Alexej Zotow, Mitglied der Synodalabteilung für die Beziehungen zu den Streitkräften, sagte, es bestünden weitere analoge Zeugenaussagen über das Martyrium. „Der Krieg in Tschetschenien hat die Ehre und Reinheit des russischen Soldaten zu Tage gebracht, und seine Heldenhaftigkeit darf nicht in Vergessenheit geraten.“ (ZENIT 02022505)

SIBIRIEN:

Bischof fürchtet um Sicherheit für Kirchgänger

Nach einer Demonstration von rund 150 orthodoxen Aktivisten vor der katholischen Kirche von Nowosibirsk hat der katholische Bischof in Westsibirien, Josef Werth, die Behörden aufgefordert, die Sicherheit seiner Gläubigen zu garantieren. Werth berichtete am Montag im deutschsprachigen Programm von Radio Vatikan, durch die Demonstration während des Sonntagsgottesdienstes sei es zu einer gefährlichen Situation gekommen. Zwischen den rund 150 Demonstranten und den mehreren hundert Besuchern der katholischen Messe hätte nach Meinung des Bischofs "ein Funke genügt", um Handgreiflichkeiten auszulösen.

Die Demonstranten trugen laut Werth Spruchbänder mit sich, auf denen unter anderem zu lesen war: „Wo der Vatikan ist, ist Blut“ und „Okkupation Russlands durch den Vatikan“. Der Zugang zur Kirche sei für die katholischen Gemeindemitglieder erschwert gewesen. Werth hat unterdessen den zuständigen Provinzgouverneur und andere staatliche Vertreter um ein Gespräch gebeten, um Schutzmaßnahmen für die katholischen Gläubigen erörtern zu können.

Katholische Hochburg in West-Sibirien

Das katholische Bistum mit Sitz in Nowosibirsk ist mit rund einer Million Gläubigen eine "Hochburg" der römisch-katholischen Kirche in der Russischen Föderation. Die zumeist von verschleppten Polen, Deutschen und Ukrainern abstammenden Katholiken stellen dort vier Prozent der Bevölkerung. Die Spannungen zwischen Russisch-Orthodoxen und Katholiken haben sich verschärft, nachdem Papst Johannes Paul II. vor einem Monat die vier bisherigen Apostolischen Administraturen in Russland und Sibirien zu regulären Bistümern aufgewertet hatte. Das Moskauer Patriarchat sieht dies als Verletzung der von ihm beanspruchten kirchenrechtlichen Oberhoheit über das gesamte russische Territorium. (KNA-13.03.2002)

Ökumenisches Jahr der Bibel 2003

Mitmachen lohnt sich! Informieren Sie sich unter www.2003dasjahrderbibel.de

Suchen. Und Finden.
2003. Das Jahr der Bibel.

Unter dem Leitgedanken „SUCHEN. UND FINDEN. 2003. DAS JAHR DER BIBEL“ startet in einigen Monaten eine bundesweite ökumenische Aktion, welche die Bibel erneut ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit bringen will. Getragen wird die Aktion von der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland. Mit der Durchführung wurden evangelischerseits die Deutsche Bibelgesellschaft, auf katholischer Seite das Katholische Bibelwerk beauftragt.

Die Initiative will das Bewusstsein für die Bibel als Grundlage des Glaubens, der Kultur und der Gesellschaft in Deutschland schärfen. Die Initiatoren hoffen zudem auf eine breite Aufnahme des Bibeljahres in den Kirchengemeinden. Darüber hinaus will das Jahr der Bibel als gemeinsame Aktion der katholischen und evangelischen Kirche die Ökumene in unserem Land stärken und zu einem größeren Verstehen untereinander führen.

Die Katholische Militärseelsorge wird das Jahr der Bibel mittragen. Dazu sind die Militäregeistlichen aufgefordert, im Seelsorgebezirk am besten zusammen mit den Seelsorgebezirksräten, Mitarbeiterkreisen und GKS-Kreisen diese biblische Kampagne aufzugreifen und zur Beschäf-

tigung mit der Heiligen Schrift einzuladen. Dies könne bei Familienwochenenden, Exerzitien, Einkehrtagen und Werkwochen umgesetzt werden.

Insbesondere folgende Ziele sollen mit dem Jahr der Bibel erreicht werden:

1. Die Bibel öffentlich ins Gespräch bringen
Die Aktion wird viele Medien (Radio, Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften, Internet u.a.) nutzen, um die Bibel öffentlich ins Gespräch zu bringen.
2. Die Bibel in unserer Kultur erleben
Es soll bewusst mit kulturellen Einrichtungen zusammen gearbeitet werden: die Bibel und Bildung, Kunst, Musik, Theater, Ausstellungen, Museen, Literatur.
3. Die Bibel motiviert Gruppen und Gemeinden
Die Gruppen und Gemeinden sollen angeregt werden, die Bibel als Lebensbuch (wieder) zu entdecken.
4. Die Bibel macht Mut zum Leben
Die Botschaft der Bibel soll alle Menschen erreichen und einladen, sich auf die herausfordernde und lebensverändernde Botschaft dieses Buches einzulassen.

Erste Informationen und Anregungen für die Praxis bietet dazu das

Ideen- und Materialheft. Es gliedert sich in sechs Teile:

Der erste gibt einen Überblick über das Gesamtprojekt.

Der zweite beschäftigt sich mit überregionalen Projekten. Dabei werden Projekte der „Aktion 2003. Das Jahr der Bibel.“ (z.B. Entdecker-Tour) und Projekte in Zusammenarbeit mit anderen Trägern (z.B. Bibel-Parcours, Allianzgebetswoche, Weltgebetstag der Frauen, Ökumenischer Kirchentag) angesprochen.

Der dritte befasst sich mit lokalen und regionalen Modellen. Dazu gibt es Organisationstipps und Hinweise auf Aktionen (z.B. regionale Angebotsliste, Bibellese Tag und Nacht, Sabbat-Woche), Ausstellungen (z.B. Kunstaussstellungen), Kinder, Jugend, Schule, Kultur (z.B. Kirchenfenster, bildende Kunst), Materialien für Gemeinden und Gruppen (z.B. zehn Bibeltext-Plakate, katechetische Blätter, Kurse und Informationsmaterial), Seminare für Mitwirkende (z.B. Theatergottesdienst, Bibeltage, Bibelschule) und Inspirationen.

Der vierte greift die Medien auf. Hier wird darauf eingegangen wie mit Hilfe von Bibelausgaben, Bibelmagazinen, Zeitungen, Werkbüchern, Fernsehen und Film sowie mit dem Internet die Zielsetzung des Jahrs der Bibel erreicht werden kann.

Der fünfte, Reisen zur Bibel, gibt Tipps zu Bibelzentren und –museen und für Reisen an Stätten der Bibel, aber auch für Wanderungen mit Rucksack und Bibel in der heimischen Natur.

Der sechste Teil beinhaltet Adressen und Hinweise.

Das Ideen- und Materialheft kann von der

Geschäftsstelle –
2003. Das Jahr der Bibel,
Balingen Straße 31,
70567 Stuttgart,
Tel.: 0711/782848-0,
Fax: 0711/782848-20,

bezogen werden. Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.2003dasjahrderbibel.de

(bt)

Von Anfang an das Leben wählen statt auswählen

Woche für das Leben vom 13. bis 20. April 2002 stellt PID und Stammzellenforschung auf den Prüfstand

Kirchen wenden sich gegen Selektion von Embryonen

Die beiden großen Kirchen in Deutschland starten eine neue Initiative gegen die Selektion von Embryonen. Unter dem Motto „**UM GOTTES WILLEN FÜR DEN MENSCHEN! VON ANFANG AN DAS LEBEN WÄHLEN STATT AUSWÄHLEN**“ steht die bundesweite „Woche für das Leben“.

Der Kardinal und der EKD-Ratsvorsitzende bekräftigten am 15. März in Frankfurt die ablehnende Haltung der beiden großen Kirchen sowohl gegenüber der PID als auch gegenüber einer so genannten verbrauchenden Embryonenforschung. Sie sprachen sich ausdrücklich gegen eine Zulassung der bislang in Deutschland verbotenen PID aus, bei der im Reagenzglas erzeugte Embryonen vor der Einpflanzung in den Mutterleib auf Erbschäden getestet und möglicherweise vernichtet werden.

Lehmann warnte, noch mehr als dies schon jetzt bei der Pränatalen Diagnostik (FIND) erkennbar sei, würde es bei der PID zu einer Auswahl und Selektion von Embryonen kommen. Hinter der Forderung nach einer Anwendung der PID werde ein Menschenbild erkennbar, dass keinen Platz mehr lasse für Menschen, die von der Norm abwichen. Eine humane Gesellschaft aber müsse sich daran messen lassen, ob und wie weit sie solidaris

risch sei mit ihren kranken, behinderten und sterbenden Mitmenschen.

„Uneingeschränkter Lebensschutz“

Zur Forschung an embryonalen Stammzellen, von der sich die Wissenschaft Fortschritte bei der Bekämpfung von Krankheiten wie etwa Parkinson oder Diabetes erhofft, sagte Lehmann, das Ziel, schwerste Krankheiten zu heilen, sei aus christlicher Sicht nicht nur wünschenswert, sondern sittlich geboten. Aber die Me-

thoden, mit denen man dieses Ziel erreichen wolle, müssten in Einklang stehen mit der unveräußerlichen Würde und dem Anspruch auf Leben und körperliche Unversehrtheit eines jeden Menschen. Solch uneingeschränkter Lebensschutz komme auch dem künstlich gezeugten Embryo zu. Niemand habe das Recht, dessen Leben zu schädigen oder gar zu vernichten. Ende Januar hatte der Bundestag sich mehrheitlich für einen Import embryonaler Stammzellen unter strengen Auflagen zu Forschungszwecken ausgesprochen. An einer gesetzlichen Regelung zur Umsetzung dieser Entscheidung wird gearbeitet.

Die parlamentarischen Beratungen dazu würden von den Kirchen aufmerksam verfolgt, betonte der EKD-Ratsvorsitzende Kock in Frankfurt. Der Beschluss des Bundestags zum Stammzell-Import, den die Kirchen bedauerten, müsse so umgesetzt werden, dass das grundsätzliche Nein zu einem Import und die Koppelung einer ausnahmsweisen Zulassung an enge Voraussetzungen auch deutlich würden, forderte der Präses.

12. Woche für das Leben

Die diesjährige „Woche für das Leben“ ist die bislang zwölfte. Mit ihr wird nach Darstellung der beiden großen Kirchen erstmals in der Geschichte dieser Initiative ein Dreijahres-Zyklus eröffnet. Dessen Leitwort „**UM GOTTES WILLEN FÜR DEN MENSCHEN**“ werde im nächsten Jahr ergänzt um den Untertitel „**CHANCEN UND GRENZEN DES MEDIZINISCHEN FORTSCHRITTS**“, im Jahre 2004 um die Formulierung „**DIE WÜRDE DES MENSCHEN AM ENDE SEINES LEBENS**“. Die „Woche für das Leben“ war 1991 von der DBK und vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) begründet worden. Die EKD beteiligt sich seit 1994 an der Initiative. In Frankfurt hob Kock hervor, die „Woche für das Leben“ sei eine der erfolgreichsten gemeinsamen Initiativen von EKD und DBK. (KNA)

Präimplantationsdiagnostik

Die Präimplantationsdiagnostik (PID) ist eine Sonderform des wachsenden Angebots an vorgeburtlichen Untersuchungsmethoden. Dabei werden im Rahmen der Reagenzglas-Befruchtung (in-vitro-Fertilisation) befruchtete Eizellen noch außerhalb des Mutterleibes auf genetische Fehler untersucht und geschädigte Embryonen vernichtet.

Das erste In-vitro gezeugte Kind, das einer solchen Diagnose unterzogen wurde, kam 1990 in den Vereinigten Staaten zur Welt. Außer in den USA und Australien wird das Verfahren in zehn Ländern der Europäischen Union, darunter in Großbritannien, Frankreich sowie in den Niederlanden und Belgien angewandt.

In Deutschland ist PID heftig umstritten: In den zurückliegenden Monaten haben sich Politiker aus allen Parteien dafür eingesetzt, PID zumindest bei solchen Paaren anzuwenden, bei denen ein hohes Risiko für eine schwere genetische Krankheit besteht. Kritiker befürchten, dass PID zu einer neuen Form der Eugenik und zu einer sinkenden Bereitschaft der Gesellschaft führen wird, behinderte Kinder zu akzeptieren. Sie erwarten zudem, dass in Zukunft nicht nur Krankheiten erkannt, sondern Embryonen mit Hilfe der neuen Technik auch gezielt manipuliert werden können. So wurde Ärzten in Großbritannien vor wenigen Wochen erstmals erlaubt, mit Hilfe der Methode einen Blutoder Gewebespende für ein bereits geborenes, krankes Kind zu erzeugen.

Befürworter der Diagnostik halten PID für weit schonender als eine spätere Abtreibung und kritisieren das deutsche Recht, das Abtreibungen bei Behinderung eines Kindes weithin erlaube, die im weit früheren Stadium durchgeführte PID aber verbiete. (KNA)

In ihr sollen vor allem die Präimplantationsdiagnostik (PID) und die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen auf den Prüfstand gestellt werden. Zentral eröffnet wird die „Woche für das Leben“ vom Vorsitzenden der katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Kardinal Karl Lehmann, und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Manfred Kock, mit einem ökumenischen Gottesdienst in Erfurt.

Geldverdienen, Erfolg und Vergnügen – oder Gottvertrauen

Studie: Werte der Deutschen driften weiter auseinander

Die Werte der Deutschen driften laut einer Studie weiter auseinander. Während einerseits Werte wie Hedonismus (Auffassung, dass Spass und Genuss der Sinn des Lebens sind) an Bedeutung gewinnen, vertrauten gleichzeitig auch immer mehr Menschen auf Gott, heißt es in dem am 4. März 2002 in Nürnberg veröffentlichten „Socio-Waves Report 2002“ der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

Im Vergleich zu 1999 berufen sich die Deutschen demnach zunehmend auf hedonistische Werte, setzen sich zum Ziel, ihre eigenen Ideale zu verwirklichen, und legen größeren Wert auf materiellen Besitz. Während in den Jahren 1998 und 1999 die Genussorientierung gegenüber 1995 abgenommen hatte, stieg dieser Wert von 1999 bis Ende 2001 wieder um 16 Indexpunkte an. Der neuesten Befragung zufolge geben mehr Menschen als 1999 dem Vergnügen Vorrang vor den Pflichten. Ein wachsender Teil der Bevölkerung möchte viel Geld verdienen und seinen Erfolg auch nach außen zeigen.

Andererseits gibt es laut Studie auch immer mehr Deutsche, die eher Gott als der Menschheit vertrauen.

Ihr Anteil ist zwischen 1999 und Ende 2001 um mehr als zehn Prozent angewachsen. Auch das Verlangen nach einem stützenden sozialen Netzwerk ist gegenüber 1999 um zwölf Indexpunkte gestiegen. Das deutet nach Meinung der Lebensstilforscher darauf hin, dass Menschen heute mehr Sicherheit und Geborgenheit wünschen als früher. Die Untersuchung „Socio-Waves Report 2002“ beruht auf einer repräsentativen Umfrage im Oktober 2001.

Zulehner: neuer Trend zum Glauben in Großstädten

Einen neuen Trend zum Glauben in europäischen Großstädten sieht der Wiener Pastoraltheologe Paul Michael Zulehner. Der von den Kirchen befürchtete Untergang der Religion im Zuge der Säkularisierung sei nicht eingetroffen, sagte Zulehner am 4. März in Wien vor dem Pastoralrat der Erzdiözese. Ganz im Gegenteil lasse sich ein „Megatrend zur Respiritualisierung“ feststellen. In Städten wie Brüssel und Wien biete die Religion den Menschen eine Zuflucht „gegen die wachsende Unerträglichkeit des banalen Alltagslebens“.

Trotz des religiösen Aufwärtstrends sei der Anteil der bewussten Christen in der Gruppe der 20- bis

29-Jährigen besonders niedrig. Dieser Bevölkerungsteil werde von der Kirche so gut wie gar nicht mehr erreicht. Der Generalsekretär des Pastoralamtes der Erzdiözese, Franz Ferstl, betonte, dass man sich in Zukunft verstärkt dem Thema Jugend widmen werde. Besonders Kommunikationsmöglichkeiten wie das Internet müsse man mehr nützen, um mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kontakt zu treten. (KNA)

Forscher: Rosenkranz hilft Herz und Lunge

Das Beten des Rosenkranzes oder das ständige Aufsagen meditativer Mantras scheint gut für Herz und Lunge zu sein. Zu diesem Ergebnis kommen laut der in Weinheim erscheinenden Zeitschrift „Psychologie Heute“ (April-Ausgabe) Wissenschaftler der Universität im italienischen Padua. Bei den Versuchspersonen habe das Aufsagen von Gebetsformeln die Atemfrequenz von rund 18 auf 6 Atemzüge in der Minute verringert. Die Forscher vermuten, dass das Rosenkranzgebet auch deshalb beliebt sei, weil es den natürlichen Herzrhythmen entspreche. Das Rezitieren beruhige die Atmung und verbessere die Konzentration. (KNA)

Papst Johannes Paul II.: „Internet- ein neues Forum“

Die Kirche nähere sich dem neuen Medium Internet „mit Realismus und Zuversicht“, sagt Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum diesjährigen Tag der sozialen Kommunikationsmittel“. Der sog. Mediensonntag wird in Deutschland in diesem Jahr zum 36. Mal begangen, und zwar am 8. September. Er steht unter dem Thema „Internet – ein neues Forum zur Verkündigung des Evangeliums“.

Das knapp dreiseitige Schreiben des Papstes lotet das „Wechselspiel zwischen Gefahren und vielversprechenden Aussichten“ aus. In der „Übermittlung einer nahezu grenzenlosen Flut von Informationen in kürzester Zeit“ sieht der Papst durchaus einen Fortschritt, der auch der Kirche zugute komme: „Unzählige Informati-

ons-, Dokumentations- und Bildungsquellen im Hinblick auf die Kirche, ihre Geschichte und Tradition, ihre Lehre und ihren Einsatz auf zahlreichen Gebieten in allen Teilen der Welt sind im Internet bereits verfügbar.“

Aus der Art, wie das Internet funktioniert, werden jedoch auch seine Schwächen abgeleitet: das Kurzlebige, Schnelle und Missbräuchliche. „Trotz seines enormen positiven Potenzials“, merkt der Papst hierzu an, „sind wir uns alle jener entwürdigenden und schädlichen Nutzungsmöglichkeiten des Internet durchaus bewusst, und zweifellos liegt es im Verantwortungsbereich des Staates sicherzustellen, dass dieses hervorragende Kommunikationsmittel dem Gemeinwohl dient und nicht zur Gefahrenquelle wird.“

„Gerade wenn es um das Eigentliche“ geht (Verkündigung und Glaube, Vermittlung von Werten und Erkenntnissen), sieht der Papst das Internet schnell an seine Grenzen stoßen. „Die Aufmerksamkeit richtet sich auf das Greifbare, das Nützliche, das unmittelbar Verfügbare“, aber wenn der Mensch „allmählich zu einer reifen Beherrschung seiner selbst und seiner Umgebung fähig“ werden soll, dann brauche er „unbedingt Zeit und innere Ruhe zum Nachdenken und Erkunden des Lebens“. Der Papst erhofft sich von den modernen Kommunikationsmitteln auch, dass sie „einen vielversprechenden Durchbruch in den Entwicklungsländern“ bringen und dass sie nicht ihre Kluft zu den Wirtschaftsländern weiter vertiefen.

(GKP-Info III/202)

ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS

Zeitzeugen

HELMUT FETTWEIS

Die Zahl derer, die das „Dritte Reich“, das Naziregime selbst mit Verstand erlebt haben, nimmt naturgemäß ab. Um so mehr wächst die Zahl derer, die aus „zweiter Hand“ berichten und sich noch als Zeitzeugen ausgeben. Wissenschaftlich ist die Geschichte Deutschlands in der Zeit von '33 bis '45 in vieler Hinsicht erforscht. Dennoch geben Historiker, die sich ja auf Fakten stützen müssen, auch ein unvollständiges Bild. Für unsere junge Generation aber ist es wichtig, erkennen zu können, wohin politische Entscheidungen führen können. Sie können das Wohl der Menschheit, ihre Fortentwicklung fördern, aber auch Weichen zu Katastrophen stellen.

In den 20er Jahren hat von den damals politisch Handelnden niemand daran gedacht, dass eine schwache und teilweise zerstrittene Demokratie die Sehnsucht nach einem „starken Mann“ auslösen würde. Man kannte zwar die Art wie Monarchien ihre Herrschaft ausüben, war aber weit entfernt davon, sich das Leben unter einer Diktatur vorstellen zu können.

Der Begriff Diktatur war allenfalls aus den Geschichtsbüchern über das alte Griechenland oder über Zeiten im alten Rom bekannt. Wie sich eine solche Herrschaft auf den einzelnen Bürger auswirken würde, war zunächst unvorstellbar. Die Diktatur des Proletariats, wie sie unter Lenin in Russland eingeführt und unter Stalin „vervollkommnet“ wurde, blieb wegen der strengen Abschließung weithin unbekannt bzw. wurde als unmenschlich abgetan.

Dass Mussolini in Italien 1922 den Faschismus auch als Diktatur einführte, wurde wenig ernst genommen. Man hielt ihn für eine stabilisierende Ordnung in einem instabilen Land. Die Positiv-Berichte: Hebung des Lebensstandards, Urbarmachen von Sümpfen, Verbesserungen in der Landwirtschaft und, so berichtete mir um 1930 ein viel gereister Onkel, „die Züge führen nunmehr endlich – fast so pünktlich wie in

Deutschland.“

Von der Diktatur in Spanien erfuhr man nur Positives. Die Verfolgung der Kirche, die destabilen Verhältnisse hörten auf und ein kulturell bedeutendes Land in Europa würde nun friedlich mit allen Völkern zusammenarbeiten. Hier allerdings waren die Informationen bereits durch den Deutschen Rundfunk unter Goebbels „aufbereitet“. Dass es im Ausland auch kritische Stimmen gab, erfuhren die Deutschen höchstens durch Verwandte im Ausland oder durch einige wenige, die in die Welt hinaus fahren konnten.

Es fällt immer schwer, der Jugend von heute klar zu machen, dass es ab Mitte 1933 nur noch eine Informationsquelle gab: Goebbels in Schrift, Bild und Ton.

Aber auch die Zeit war anders. Vor 1933 konnte sich ein Normalbürger kaum eine Auslandsreise leisten. Wenn überhaupt, dann fuhr man in die nähere Umgebung. Die Fahrt in den Schwarzwald war ein Ereignis, Fahrten nach Zoppot oder Danzig waren fast unbezahlbar und Betuchte fuhren höchstens an die Nord- oder Ostsee. Selbst die Alpen waren nur für Leute, die sich Ski-Laufen leisten konnten, erschwinglich. Von Fahrten der Jugendbünde wird einmal abgesehen, es war eine kleine Minderheit.

Die große Mobilität setzte erst nach 1933 ein. Zugleich aber auch verbunden mit einer zunächst kaum spürbaren Gängelei. Die alte „Wandervogelsehnsucht“ wurde überdeckt von „Partei-Reisen“ aller Art. Gau-, Reichsparteitage und KdF (*Kraft durch Freude*) waren Anreize, um einer gewissen Fernsehnsucht entgegen zu kommen. Viele Teilnehmer von damals bemerkten erst viel später (meist zu spät!), dass sie „geleitet“ ja quasi ferngesteuert wurden.

Die wirtschaftliche Situation Ende der 20er Jahre war verheerend. Damals hatte Deutschland mehr Arbeitslose als heute bei erheblich weniger Beschäftigten und fast gleicher Bevölkerungszahl. Viele machten dafür den Friedensvertrag von

Versailles und das Verhalten der Siegermächten 1918 verantwortlich. Kein Wunder also, dass die Menschen buchstäblich nach Brot schrien. An den Klosterpforten standen die Leute Schlange, um einen Laib Brot oder einen Topf Suppe zu erhalten. Es gab Menschen, die wirklich hungerten. So war also der Boden gedüngt für eine Weltauffassung, die das Glück auf Erden versprach. Gegen diesen Trend stemmten sich:

Kommunisten, weil sie glaubten, den eigenen, einzigen Weg zum Glück gepachtet zu haben und die die negativen Berichte aus der Sowjetunion als Anfangsschwierigkeiten bzw. böswillige Unterstellungen bezeichneten;

Sozialdemokraten, weil sie hinter der sozialen Fassade der Nazis eine menschenfeindliche Diktatur „vermuteten“;

Christen, vorwiegend Katholiken, weil sie aus der Geschichte der NSDAP misstrauisch waren und den Worten Hitlers in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 und den darin gegebenen Garantien an die Kirchen nicht glaubten - glauben konnten - glauben wollten.

Leider hatten nur zu wenige Hitlers schwülstiges Buch „Mein Kampf“ gelesen, um zu erkennen, dass Hitler zuerst die Juden und dann die Christen unterdrücken würde. Vielfach war man - wie ich aus Gesprächen meines Vaters mit Freunden aufgeschnappt hatte - der Meinung, der Parteiführer würde sich unter dem Druck der Fakten und der Obhut des Reichspräsidenten von Hindenburg, zum verantwortlichen Staatslenker mausern oder bald verschwinden.

Die rasante Entwicklung, Wirtschaftsaufschwung, Halbierung der Arbeitslosenzahlen und Beseitigung der Diskriminierungen von Versailles (Rheinlandbesetzung), Verträge mit dem Vatikan, Flottenabkommen mit England, Olympiade 1936 usw. schienen solchen Gedanken Berechtigung zu geben.

Die wenigsten erkannten, dass der wirtschaftliche „Fortschritt“ auf Pump, d.h. ohne gedeckte Finanzierung, geschaffen wurde.

Nur einige Beispiele:

- Der Arbeitsdienst wurde bis 1938 auf ca. 250.000 Mann aufgebaut.
- Die heimliche Aufrüstung der Wehrmacht erforderte ca. 200.000 Mann.
- Parteidienststellen mit ihren Untergliederungen brachten etwa für 100.000 Arbeit und Brot.
- Eine Vielzahl von Arbeitslosen wurde in SA und Hilfspolizei beschäftigt.

Außer durch den Arbeitsdienst wurden aber keine volkswirtschaftlichen Werte geschaffen (und das nur relativ, wenn man bedenkt, was an Verwaltung und Investition für den Lageraufbau und -unterhalt abging). Das Programm Autobahn eine Planung aus der Demokratie - teilweise bewusst ohne Einsatz von wirtschaftlicheren Maschinen - brachte viele Menschen in regelmäßige Arbeit und Brot. Ein Programm der zinslosen Kredite für Verschönerung und Verbesserung der Häuser in den Städten brachte für das Handwerk Aufträge, Arbeit und neue Stellen.

Da das Informationssystem zentral gesteuert war, gab es keine kritischen Fragen, sondern nur die „Tatsache“ „Nachbar Fritz hat auch wieder Arbeit“. (Danke dem Führer).

Es ist bei Diskussionen mit noch lebenden Zeitzeugen interessant, dass oftmals bei wenigen Jahren Altersunterschied völlig andere Grundhaltungen deutlich werden.

Ein damals junger Mensch, z.B. Jahrgang 1915-23, der Pfadfinder, christliche Jugendbewegungen, Sportvereine erlebt hatte, war auch in seiner späteren Einstellung zum NS-System anders bestimmt, als jener, der mit 10 Jahren ins Jungvolk und dann in die Hitlerjugend hineingewachsen war. Die Saat der Erziehung

durch die Ideologen breitete sich sehr unterschiedlich und teilweise auch gegen die Arbeit von Eltern und Lehrern aus.

Ergänzt man die Diskussion in der heutigen Zeit z.B. um Lebensbeschreibungen von Gegnern des Regimes, erkennt man, wie vielfältig Widerstand sein kann. Ein Beispiel ist das nachfolgend besprochene Buch.

Carl Klinkhammer, Ruhrkaplan, Sanitätssoldat und Bunker-pastor, 1903-1997.

von Bruno Kamman; Düsseldorf: Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; Bd. 55, Klartext Verlag, Essen.

Pfarrer Klinkhammer – mir noch aus meiner Düsseldorfer Zeit persönlich bekannt – war eine sehr eigenwillige Persönlichkeit. Das vorliegende Buch wird diesem Charakterbild gerecht.

1903 in Aachen geboren, als zweiter Sohn des Konrektors F. Klinkhammer und seiner Frau, fühlte er sich nach Studien in Innsbruck und Bonn, Promotion 1926, Dr. phil., 1927 zum Priester berufen. Er wollte den Menschen Gottes Wort nahe bringen und zugleich den Menschen helfen, das eigene Schicksal mit Gottvertrauen aktiv zu gestalten.

Er glaubte zu erkennen, dass die Not der Zeit grundsätzlich in der Abkehr von Gott zu suchen sei. So tat er alles, um im Kirchenraum, aber auch darüber hinaus, Gottes Gesetz zu predigen. Es war kein Wunder, dass er sich mit allen, die gegen Gott waren, anlegte. Das waren einmal die Nazis mit ihrer Mystifizierung des Glaubens an das Blut und die Rasse und die Kommunisten mit der Parole

„Religion ist Opium für das Volk“. Da er aber, besonders im Ruhrgebiet, die Not hautnah erlebte war er unablässig sozial tätig und wurde daher vielfach als verkappter Kommunist verunglimpft. In Wahrheit ging es ihm aber immer nur um das Heil – aber auch um das Wohl – der Menschen.

Er machte es auch seinen Bischöfen nicht leicht. Dabei haben sie oft die schützende Hand über ihn gehalten und durch gezielte Versetzungen den aufrechten Prediger vor dem KZ bewahrt. 1941 bekam er seinen Einberufungsbefehl als Sanitätssoldat zur Wehrmacht. Erstaunlich ist, dass er in dieser Zeit vor den Verfolgungen der Nazis relativ unbehelligt blieb. Obwohl das relativ unter den Bedingungen der Härte des Krieges zu sehen ist. (Kleiner Fehler der Autoren es gab keinen Chorgruppenpfarrer sondern nur einen Korpspfarrer). Der Versetzung zur Strafkompanie 999 entgeht er durch seine Meldung für die Stelle eines Militärpfarrers bei der 24. Inf. Division, deren Pfarrer erkrankt war. Sein tapferes Verhalten wurde mehrfach ausgezeichnet.

Nach dem Krieg wurde er bekannt durch seinen Kampf um die „Bunkerkirche“ in Düsseldorf-Heerdt und durch seinen Einsatz gegen den Film „Sünderin“. Dabei ging es leider vielfach verloren, dass es nicht um die „nackte Kneif“ ging, sondern um die moralisch verwerfliche Tat des Mordes aus Mitleid und des Selbstmordes.

Durch sein Engagement für die Verteidigung der Grundwerte einer Gesellschaft wurde er ein echter Widerstandskämpfer gegen die Nazis und ein engagierter Seelsorger für christliche und menschliche Werte.

Gedenktage April bis Juni 2002

Datum	vor ... Jahren	Ereignis			
10.04.1972	30	Konvention gg. bakteriolog. Kampfstoffe von 43 Staaten, unter ihnen die Bundesrepublik, in Moskau unterzeichnet.	17.05.1972	30	Ostverträge vom Deutschen Bundestag verabschiedet.
15.04.1452	550	Leonardo da Vinci (1452-1519), ital. Maler, Bildhauer, Architekt u. Naturforscher, geboren.	20.05.1927	75	Der US-Amerikaner Charles Lindbergh startet zum ersten Alleinflug über den Atlantischen Ozean. Nach über 33 Std Nonstop-Flug erreicht er am 21.05. Paris.
20.04.1972	30	Die Apollo-16-Astronauten Young, Mattingly u. Duke landen auf dem Mond	26.05.1952	50	Unterzeichnung des Deutschland-Vertrags in Bonn: Die BRD erhält die Rechte eines souveränen Staats und wird in das westl. Bündnis integriert.
25.04.1952	50	Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg.	27.05.1977	25	Der Bundestag beschließt, die Gewissenprüfung für Kriegsdienstverweigerer abzuschaffen.
02.05.1952	50	Das „Lied der Deutschen“ wird als Nationalhymne der BRD anerkannt, gesungen werden darf nur die 3. Strophe.	11.06.1992	10	Österreich u. Italien beenden offiziell den Streit um Südtirol.
06.05.1527	475	Sacco di Roma: Truppen Kaiser Karls V. fallen in Rom ein, plündern die Stadt u. nehmen Papst Clemens VII. gefangen. Gilt als Gründungstag der päpstl. Schweizer Garde.	18.06.1452	550	Mit der Bulle Dum diversa erlaubt Papst Nikolaus V. den Portugiesen, auf Entdeckungsfahrten Sklaven zu nehmen u. sie zu verkaufen. Einzige Bestätigung des Sklavenhandels von Seiten der Päpste.
			21.06.1002	1000	Leo IX. (1002-1054), Heiliger, Reformpapst u. einziger Schwabe auf dem Stuhl Petri, geboren.

GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN VOM 20. OKTOBER BIS 2. NOVEMBER 2001

Das Recht und die Freiheit tapfer verteidigen! Soldatsein – ein Beruf wie jeder andere

Einführung in die Dokumentation des 8. Seminars der GKS-Akademie

PAUL SCHULZ

Fragen, die sich aus der Reform und den erweiterten Aufgaben der Bundeswehr für den Beruf, das Bild und das Selbstverständnis des heutigen deutschen Soldaten, aber auch für die Militärseelsorge als „Kirche unter Soldaten“ ergeben, standen im Mittelpunkt der GKS-Akademie vom 29. Oktober bis 2. November 2001. Es war bereits das achte Seminar dieser seit 1987 alle zwei Jahre im Bonifatiushaus in Fulda stattfindenden Bildungsveranstaltung. Zu ihr werden Offiziere und Unteroffiziere unabhängig von ihrer konfessionellen Zugehörigkeit oder kirchlichen Bindung eingeladen. 63 Teilnehmer aller Altersstufen (Jg. 1982 bis 1946) und Dienstgrade (OGefr UA bis GenMaj), darunter leider nur eine Soldatin, waren der Einladung gefolgt.

Das Ziel dieser Akademie ist es, Soldaten vor allem in Führungsverantwortung – in einer ungezwungenen und von den täglichen Dienstpflichten unbelasteten Atmosphäre – Raum und Zeit für eine an christlich-abendländischen Werten orientierte Selbstreflexion zu geben. Angestrebt wird, dass jeweils Wissenschaftler, Politiker, Militärs und Geistliche Wege durch die Spannungsfelder Beruf und Politik – Religion und Ethik – Führungsverantwortung und Individualisierung aufzeigen. Es war das erste Seminar nach dem Wechsel im Amt des Katholischen Militärbischofs im Jahr 2000. Militärbischof Dr. Walter Mixa hielt am Dienstag beim Akademieabend mit geladenen Gästen, unter ihnen der neue Bischof von Fulda Heinz-Josef Algermissen, einen engagierten, von den Ereignissen des 11. Septembers und von persönlicher Überzeugungskraft gepräg-

ten Vortrag (s.S. 55), dem ein Empfang folgte. Darüber hinaus stellte sich der Bischof am folgenden Vormittag bei einer Podiumsdiskussion den Fragen der Seminarteilnehmer. In diesem Jahr hat Generalmajor Karl-Heinz Lather, Kommandierender General des II. GE/US Korps in Ulm, nach General Dieter Clauß (1987–1991) und Generalleutnant Edgar Trost (1993–1999) die Schirmherrschaft über die Akademie übernommen. Geleitet wird die Akademie seit ihrer Gründung vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz.

Das Bonifatiushaus, eine Bildungsstätte des Bistums Fulda, ist ein zentral und verkehrsgünstig gelegener Ort der Begegnung. Es bietet durch seinen Direktor Dr. Antonius Gescher eine bewährte wissenschaftliche Begleitung sowie eine angenehme und großzügige Atmosphäre. Die Geschichte der Barock-Stadt Fulda und ihre vom hl. Bonifatius (672–754), dem Wegbereiter des Christentums und „Apostel der Deutschen“, begründete christliche Tradition sowie die mit dieser verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit be-

günstigen zudem, den immer wieder neu gestellten Fragen des Menschen nachzugehen, „woher komme ich, wo stehe ich, wohin gehe ich?“.

Die Beantwortung dieser Grundfragen auf der Basis christlicher Werthaltung und humanistischer Bildung war auch das Anliegen von Oberst Dr. Helmut Korn (1923–1983), nach dem die GKS-Akademie benannt ist. Helmut Korn, Mitbegründer und geistiger Vater der GKS, war von 1962 bis 1970 Sprecher des Königsteiner Offizierkreises, aus dem 1970 die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hervorging und deren Bundesvorsitzender er bis 1977 war.

Neben der bereits oben genannten Selbstreflexion auf den Soldatenberuf und seine ethischen Grundlagen ging es in dem Seminar auch um die Zusammenarbeit in einer vernetzten Welt sowohl mit anderen Streitkräften als auch mit zivilen Hilfsorganisationen, was in den Einzelthemen und Referenten deutlich wurde:

- „Zur Verantwortung des Christen – Freiheit in einer vernetzten Welt“, Prof. Dr. Gerhard Kruip, Sozialethiker und leitender Direktor des ka-

Traditionell beginnt die Akademie mit einem Empfang durch den Oberbürgermeister im Stadtschloss von Fulda; im Bild OB Dr. Alois Riehl im Gespräch mit aufmerksamen Seminarteilnehmern.



- tholischen Forschungsinstituts für Philosophie in Hannover (s.S. 37)
- „Bundeswehr in der Reform: Planung – Umsetzung – Perspektiven“, Vizeadmiral Bernd Heise, Inspekteur Streitkräftebasis, Bonn (s.S. 46)
 - „Soldatsein heute, ein Beruf wie jeder andere?“, Generalmajor Karl-Heinz Lather, Kommandierender General des II. GE/US Korps, Ulm, Schirmherr der Akademie (s.S. 55)
 - „Herausforderungen der Militärseelsorge angesichts der Veränderungen in der Bundeswehr“, Katholischer Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, Bischof der Diözese Eichstätt (s.S. 59)
 - „Der Beitrag des Soldaten zum Weltfrieden – ‘gerechter Friede’ und Einsatz von Streitkräften zur humanitären Hilfe in Krisenregionen“, Podiumsdiskussion mit Militärbischof Dr. Walter Mixa, Generalmajor Karl-Heinz Lather, dem Bundesvorsitzenden der GKS Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein und Militärdekan Johann Simon, Militärpfarrer an der Sanitätsakademie München, Moderation Oberstleutnant Helmut Jermer, Streitkräfteamt, Bonn (s.S. 67)

Zu jeder dieser Seminareinheiten gehörte ausreichend Zeit, um den Referenten Fragen zum Verständnis oder zur Vertiefung der Informationen zu stellen oder über die vorgetragenen Thesen zu diskutieren. Allerdings werden diese Aussprachen in der Dokumentation aus Platzgründen nicht wiedergegeben. Die Redaktion weist jedoch darauf hin, dass die Seminar-

Bischöfliches Gespräch beim Empfang des Katholischen Militärbischofs; Bischof Dr. Walter Mixa stimmte mit dem Bischof von Fulda Heinz-Josef Algermissen überein, dass die Akademie im zentral und verkehrsgünstig gelegenen Fulda verbleiben soll.

thematik durch die Beiträge in diesem AUFTRAG zu den Rubriken SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK (s.S. 4–13) sowie die Dokumentation der AMI-GENERALVERSAMMLUNG (s.S. 73–111) ergänzt und vertieft wird.

Verbindung zu Fulda und ihre Bonifatius-Tradition wurde hergestellt bei einem Empfang des Oberbürgermeisters, Dr. Alois Riehl, im Stadtschloss mit Besichtigung dieses ehemaligen Sitzes der Fuldaer Fürst-äbte und durch ein Referat des Leiters des städtischen Kulturstamtes, Dr. Werner Kirchhoff, zur Person des Hl. Bonifatius und seinen Bezug zur damaligen Welt. Dem Vortrag schloss sich eine Führung zum Bonifatiusgrab im Fuldaer Dom und zur Ottonischen Michaelskappelle an.

Wie bei den Seminaren der Vorjahre war ein Exkursionstag „Blick über den Zaun“ eingeplant. Er führte zum Volkswagenwerk in Baunatal und anschließend ins Kolpingzentrum nach Kassel. Nach der Besichtigung des VW-Werkes standen Vertreter der Werksleitung und des Betriebsrates für ein ausführliches Gespräch zum Thema „Wirtschafts- und Unternehmensethik: Entfaltung des Menschen unter modernen Arbeitsbedingungen“ zur Verfügung. Den Abschluss des Exkursionstages bildete der Besuch beim katholi-



schen Regionaldekan Hessen Nord, dem ehemaligen Militärdekan Reinhold Kircher. Dekan Kircher stellte unterstützt durch engagierte Laien die schwierige kirchliche Situation in der nördlichen Diaspora des Bistums Fulda und in der Großstadtregion Kassel dar, was zu einer angeregten Diskussion über die allgemeine kirchliche und religiöse Lage in Deutschland führte.

Selbstverständlich gehörte ein täglicher Gottesdienst zum Angebot des Seminars und obwohl die Teilnahme freiwillig war, wurde davon reger Gebrauch gemacht.

Eine abschließende mündliche Seminauswertung mit den Teilnehmern ergab eine grundsätzliche und übereinstimmende Zustimmung zu Zielsetzung, Inhalt und Durchführung des Seminars. Einzelne Anregungen zu Ausschreibung, Bekanntmachung und Teilnehmerkreis sowie einer Diskussion der gehörten Referate in Kleingruppen sollen bei der Planung des nächsten Seminars berücksichtigt werden. Die 9. Akademie findet – wegen Verlegung der jährlichen Woche der Begegnung von Ende April/Anfang Mai ab dem Jahr 2002 auf den September eines Jahres – nun vom 28. April bis 2. Mai 2003 wiederum im Bonifatiushaus in Fulda statt. Es wird sich mit „Soldat, Partnerschaft und Familie“ (vorl. Arbeitsthema) befassen. □

Blick in das Plenum der Akademie während des Vortrags von Vizeadmiral Bernd Heise am 20. Oktober.

Alle Fotos in dieser AKK-Dokumentation Friedrich Brockmeier



Zur Verantwortung des Christen – Freiheit in einer vernetzten Welt

GERHARD KRUUP

Im folgenden dreiteiligen Vortrag geht es erstens um die Frage, welche Lehren aus den Ereignissen vom 11. Septembers zu ziehen sind. Diese Ereignisse haben sehr viel mit der Verantwortung von Christen und natürlich auch dem Thema „Freiheit in einer vernetzten Welt“ zu tun.

Im zweiten Teil soll von den aktuellen Debatten um das Thema „Globalisierung“ ausgegangen werden. Der Horizont einer globalisierten Welt impliziert die These, dass Recht und Freiheit des deutschen Volkes nur verteidigt werden können, wenn zugleich Recht und Freiheit eines jeden Volkes auf dieser Welt Fortschritte machen.

Einen ähnlichen Gedanken finden Sie auch im Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom September des letzten Jahres, das ich Ihnen als Lektüre sehr empfehle. Dort heißt es: „Die Welt ist auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt.“ Sie kennen die These von der strukturellen Gewalt von Johann Galtung, die hier wahrscheinlich im Hintergrund steht. Eine zukunftsfähige Sicherheitspolitik muss weit mehr umfassen, als Sicherheitspolitik in einem engen Sinn.

Im dritten Teil zum Thema Verantwortung von Christen möchte ich deutlich machen, worin diese Verantwortung besteht und welche Schwierigkeiten sie heute zu bewältigen hat.

I. Lehren aus den Ereignissen des 11. Septembers

In den letzten Wochen ist über diese furchtbaren Terrorakte viel geschrieben worden. Es lässt sich allerdings nicht alles einfangen, was man in den Feuilletons verschiedenster Zeitungen und auch in den politischen Kommentarspalten dazu lesen konnte. Es ist aber sicherlich deutlich, das wir nach dem 11. Sep-

tember über das Thema „Freiheit in einer vernetzten Welt“ anders sprechen müssen. Sie haben die Bilder dieser Ereignisse noch vor Augen: Die beiden Flugzeuge, die in die Türme des World Trade Centers hineinrasen, die in sich zusammenstürzenden Türme, das brennende Pentagon. Und sie erinnern sich wahrscheinlich auch an das Gefühl, welches Sie hatten, als Sie diese Bilder sahen, dass es sich hier nämlich um ein Ereignis handelt, das vielleicht eine Epochenwende anzeigt. Das Ereignis hat tatsächlich historische Qualität und wird uns noch lange beschäftigen. Auch wenn wir mittlerweile dadurch abgestumpft sind, dass dieses Thema in den Medien sehr breit behandelt worden ist, sollten wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Meines Erachtens sind mindestens drei Einsichten zu benennen, die uns dieses Ereignis lehrt.

a) Es ist deutlich geworden, wie verletzlich unsere modernen Gesellschaften sind. Das hat uns aus alltäglichen Selbstverständlichkeiten aufgeschreckt. Der Schrecken hat aber vielleicht aber eine positive Seite. Es besteht nämlich die Chance zu erkennen, dass uns die Lebensmöglichkeiten in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft nicht in den Schoß fallen, sondern immer wieder neu gesichert, errungen und notfalls eben auch verteidigt werden müssen. Für die heute lebenden Generationen jüngeren und mittleren Alters, die den Zweiten Weltkrieg und vielleicht sogar auch die Zeit des Kalten Krieges nicht mehr so deutlich erinnern, ist das ein wichtiges Signal. Die Errungenschaften moderner Gesellschaften, die wir ja alle sehr gerne in Anspruch nehmen, sind nicht für alle Zeiten gesichert. Es muss an diesem Fortschritt durchaus immer weiter gearbeitet werden. Die Geschichte ist eben nicht, wie dies kurz nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus von Francis Fukuyama

behauptet wurde, zu ihrem Ende gelangt. Sie geht weiter. Aber wenn wir für diese Zukunft unserer Gesellschaften Orientierung suchen wollen, dann geht dies natürlich nicht mehr vor dem Hintergrund der Folie des alten Ost-West-Gegensatzes oder solcher ideologischer Frontstellungen wie „Freizeit oder Sozialismus“, die schon antiquiert waren, als sie noch zu Wahlkampfzwecken eingesetzt wurden. Wir brauchen heute einen anderen Orientierungsrahmen, um die Weltsituation zu verstehen.

b) Die Gefahren für die Freiheit lauern nämlich an anderer Stelle. Bedroht ist sie heute durch Terroristen und religiöse Fundamentalisten. Es gibt keine Freiheit ohne ein Mindestmaß an Sicherheit. Deswegen müssen wir auch versuchen, ein sinnvolles Maß an Sicherheit gegen terroristische Übergriffe zu gewährleisten. Es kann aber sein, dass diese Freiheit, die wir schützen, nicht nur von den Terroristen bedroht ist, sondern auch durch uns selbst. Nämlich dann, wenn diese Terroristen uns in ein Sicherheitsdenken hineintreiben, durch das wir selbst die Freiheit zu sehr einschränken, weil wir meinen, uns aus Sicherheitsgründen einmauern zu müssen.

Ich will damit nicht sagen – und das betone ich ausdrücklich – dass es nicht sinnvoll wäre, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, nach Terroristen zu fahnden und sie zu bestrafen, vielleicht sogar unter bestimmten Voraussetzungen gegen Staaten in den Krieg zu ziehen, die nachweislich Terroristen unterstützen. Aber ich denke, moderne Gesellschaften können nicht in Form von Sicherheitsstaaten überleben. Sie brauchen – um der Dynamik ihrer Entwicklung willen – Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Bewegungsfreiheit, wissenschaftliche und unternehmerische Freiheit, den Schutz der Privatsphäre und eine Reihe weiterer Grundrechte. Deswegen müssen wir uns wehren gegen mögliche regressi-

ve Tendenzen, gegen den Hang zu kleinräumigen, übersichtlichen, kulturell homogenen Gesellschaften mit hoher Sozialkontrolle, also in Richtung einer Abkehr von der offenen Gesellschaft. Solche Tendenzen scheinen nicht ausgeschlossen. Es wäre ein mögliches Szenario, dass wir uns in gewisser Weise zurückentwickeln zu einer Welt, die viel weniger vernetzt, viel weniger globalisiert ist, als unsere heutige Welt.

Es gibt Sozialwissenschaftler, die bereits von der Gefahr einer „Medievisierung“ unserer modernen Gesellschaften sprechen, also einer regressiven Rückentwicklung in Richtung von Zuständen wie sie im Mittelalter herrschten. Das hätte unglaublich hohe politische, ökonomische und kulturelle Kosten. Unsere Gesellschaften würden durch eine solche Regression in einer Weise verarmen, die wir alle nicht wollen können. Wir würden in letzter Konsequenz zerstören, was wir zu schützen versuchten.

Moderne Gesellschaften brauchen die von mir genannten Freiheiten. Sie können letztlich nicht nachhaltig nach dem Grundsatz funktionieren: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. In Gesellschaften, in denen das gegenseitige Vertrauen der Menschen zerstört ist, wachsen die Kosten der Kontrolle ins Unermessliche. Die modernen Gesellschaften brauchen ein minimales Maß an gegenseitigem Vertrauen, sonst gibt es kein erfolgreiches wirtschaftliches Handeln, keinen wissenschaftlichen Fortschritt, keine Demokratie. Der Grundsatz muss also lauten: Kontrolle ist gut, aber wenn wir einander vertrauen können, ist das viel besser. Kant hat in seiner Friedensschrift gesagt, dass man im Krieg sogar in gewisser Weise Vertrauen in den Feind haben müsse. Wo Vertrauen fehlt, klafft zwischen den Menschen ein Abgrund, der noch tiefer trennt als der Krieg.

c) Die wichtigste vertrauensbildende Maßnahme, die wir für unsere modernen Gesellschaften brauchen, ist eine minimale, von allen Mitgliedern dieser Gesellschaft geteilte Moral und ein auf dieser Moral aufbauendes Recht. Das heißt aber zugleich, die Freiheit kann nicht allein gesichert werden, sondern immer nur zu-

sammen mit Regeln, die natürlich auch einen Verzicht auf Freiheit bedeuten. Wenn wir nämlich den Naturzustand verlassen, in dem – wie Hobbes annahm – der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, weil es keine Regeln gibt, findet die Freiheit dort ihre Grenze, wo die Freiheit des anderen beginnt. Frieden kann es nur dort geben, wo die Freiheit solche Grenzen findet und wo das Recht diese Grenzen in gerechter Weise definiert. Diese die Freiheit einengenden Grenzen dürfen nicht zu eng gezogen werden, sonst führt das z.B. zur Unterdrückung von individuellen und notwendiger Weise verschiedenen Projekten „eigenen Lebens“; auch zur Unterdrückung von Verschiedenheiten, von Minderheiten, von Kulturen. Diese Grenzen dürfen aber natürlich auch nicht zu weit gesteckt werden, weil sonst die notwendige Sicherheit und gesellschaftliche Integration nicht gewährleistet werden können.

Daraus folgt aber auch der Grundsatz: Recht und Freiheit zu verteidigen, bedeutet immer, Recht und Freiheit *aller* Menschen zu verteidigen. Das lässt sich nicht von einander trennen. Deshalb könnte das Thema des Vortrags eigentlich auch lauten: **Freiheit und Gerechtigkeit für alle in einer vernetzten Welt.** Und Gerechtigkeit bedeutet mindestens: Niemanden ausschließen, niemanden zum Opfer zu machen, niemanden an den Rand zu drängen, niemanden das Lebensnotwendige zum Überleben zu nehmen.

Aber was passiert weltweit? Welche extremen Ungleichheiten gibt es weltweit! 20 Prozent der Menschheit verfügen über 80 Prozent der Ressourcen. Man könnte eine ganze Serie solcher Statistiken über himmelstreichende Ungleichheiten herunterbeten. Damit sind wir aber wieder beim 11. September. Dies bedeutet keinesfalls eine Legitimation dieser terroristischen Akte. Ich möchte auch nicht behaupten, dass sie Konsequenz von Ungerechtigkeit und Armut sind. Denn die Terroristen, die sie verübt haben, auch nicht Osama bin Laden, sind natürlich in keinsten Weise Arme oder Ausgebeutete. Ich vermute aber, dass ihr Hass und der Nährboden, auf dem dieser Terrorismus wächst, nur erklärbar sind, wenn man annimmt, dass diese Terroristen

sich offenbar die Kränkung zu Eigen machen, die viele gläubige Menschen empfinden, wenn sie sich von der dominanten westlich-säkularisierten Welt überrannt fühlen.

Auch wir im Westen haben oft das Gefühl, dem Globalisierungsprozess ohnmächtig gegenüber zu stehen und Tendenzen ausgeliefert zu sein, die wir nicht beeinflussen können. Wie mag es dann erst solchen Menschen gehen, die im Globalisierungsprozess eine fremde und ökonomisch und militärisch weit mächtigere, über ihre Interessen hinweggehende Macht am Werk sehen? Menschen die weniger gebildet sind, weniger Kommunikationsmöglichkeiten haben, große ökonomische Probleme haben und die in Staaten leben, die ihnen nicht einmal die wichtigsten Grundrechte garantieren. Ich denke es ist verständlich, dass manche Menschen gegenüber diesem Prozess der Globalisierung nicht nur skeptisch sondern ablehnend und vielleicht sogar mit Hass reagieren.

Man muss auch zugeben – und selbst in den USA gibt es solche Stimmen, die das namhaft machen – dass die USA leider selbst immer wieder zu dieser Vorstellung beigetragen hat, dass es im Globalisierungsprozess sowieso nur um die Interessen der Reichen und der Mächtigen geht. Denken wir nur an die Ablehnung des Kyoto-Protokolls oder die Weigerung der USA, der Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs zuzustimmen. Nicht umsonst ist nicht nur das Pentagon als Symbol militärischer Macht angegriffen worden, sondern auch das World Trade Center als Symbol eines vor allem von ökonomischen Prozessen vorangetriebenen Globalisierungsprozesses. Der religiöse Fundamentalismus auch in den islamischen Ländern ist eben doch zu einem gewissen Grad eine Gegenreaktion gegen einen vom Westen, vor allem von den USA dominierten, globalen Modernisierungsprozess, und zwar gegenüber einem Modernisierungsprozess, der höchst unsensibel ist gegenüber anderen Kulturen und anderen Religionen. D.h. wir müssen uns klarmachen, Gerechtigkeit ist nicht nur ein Problem der Verteilung materieller Güter, sondern es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Kulturen,

Interview des Hessischen Rundfunks nach dem Vortrag mit Prof. Dr. Gerhard Krup (v.l.) und den Seminarteilnehmern HptFw Thomas Brandt, Veitshöchheim, und StFw Hans Joachim Oster, Bad Neuenahr-Ahrweiler



der wechselseitigen Anerkennung der existenziellen Überzeugungen der anderen.

Wenn wir ernst nehmen, dass die Welt zu einer „vernetzten Welt“ geworden ist – was ja auch bedeutet, dass wir uns nicht ausklinken können – dass wir massiv von den anderen und von Entwicklungen in anderen Ländern abhängig sind, dann gibt es eigentlich in dieser Situation nur die Chance, den Globalisierungsprozess aktiv und nach Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu gestalten. Wir können die Probleme nicht mehr durch Rückzug auf eine nationalstaatliche Ebene lösen, sondern nur noch in weltweiter globaler Kooperation. Das gilt sicherlich auch für die Sicherheitspolitik, die in enger Verzahnung mit einer solchen gerechteren Gestaltung von Globalisierung betrieben werden muss.

Im Wort der deutschen katholischen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom September letzten Jahres heißt es: „Es wäre fatal, wenn die Länder des Nordens ihre vordringliche Aufgabe darin sähen, sich vor den Armen zu schützen, anstatt ihnen beizustehen.“ Und so kommen wir noch einmal auf den Grundgedanken zurück, den schon Papst Paul VI. geäußert hat: Entwicklung – und zwar globale Entwicklung für alle Menschen in gerechter Weise – Entwicklung ist „der neue Name für Frieden“. (Populorum Progressio)

Nach diesen einleitenden Bemerkungen, in denen ich versucht habe, die mir wesentlich erscheinenden Konsequenzen aus den Ereignissen des 11. Septembers zu ziehen, möchte ich nun etwas detaillierter auf das Stichwort Globalisierung eingehen, denn das scheint mir für unser Selbstverständnis als Christen in dieser vernetzten Welt zentral zu sein.

II. Globalisierung

a) Ökonomische und soziale Auswirkungen

Der Begriff Globalisierung meint zunächst nur, dass Menschen und Organisationen über die bisherigen Grenzen ihrer Handlungsräume hinaus in Kontakt zueinander treten, miteinander kommunizieren, Handel treiben, Kooperationen eingehen, politische Beziehungen knüpfen – und dass in einer Weise tun, dass praktisch die gesamte Welt mehr oder weniger in dieses Netzwerk einbezogen ist. Der Prozess einer Verdichtung eines solchen Netzwerkes ist in der Weltgeschichte eigentlich nichts Neues. Genauso wenig ist aber neu, dass es sich dabei meistens um Prozesse handelt, die mit den bisherigen neutralen und relativ unschuldigen Begriffen doch nicht richtig beschrieben sind. Denn an ihnen sind sehr ungleiche Partner beteiligt, die mit sehr ungleichen Ausgangspositionen in den Prozess eingestiegen sind oder auch in ihn hineingezwungen wurden und deshalb auch sehr ungleich von ihm profitieren. Es werden eben auch Kulturen zerstört, in ihrer weiteren eigenständigen Entfaltung abgebrochen. Es werden lokale Ökonomien zerschlagen, die Menschen in Abhängigkeit gebracht, ihre Arbeitskraft ausgebeutet und das nicht nur zu Gunsten ausländischer Konzerne, sondern auch der vor Ort ansässig gewordenen Eliten.

Die entscheidenden Triebkräfte

des Globalisierungsprozesses sind neben den wirtschaftlichen Interessen: Dramatisch gesunkene Informations- und Transportkosten, sowie ein politisch gewollter Abbau von Handels- und Kapitalverkehrsschranken. Deshalb spielen räumliche Distanzen eine immer geringere Rolle. Weil immer weniger Zeit zum Überbrücken räumlicher Distanzen benötigt wird, kommt es zu einer bislang kaum vorstellbaren Beschleunigung von Entwicklungen. Ein hoher Anteil dieser Austauschbeziehungen spielt sich innerhalb weltweit operierender Unternehmen ab. Wissensströme, Technikentwicklungen, Produktionsverfahren und Managementstrategien werden weltweit optimal komponiert und integriert. Viele Güter, die wir tagtäglich kaufen, gibt es deshalb nur noch „made in the world“. Produkte, Produktionsstandorte, Dienstleistungen, Kapitalanlagen und Arbeitskräfteangebote aus allen Teilen der Welt treten miteinander in direkte Konkurrenz. Und es ist klar, diese Konkurrenz löst Ängste aus, sowohl bei Produzenten in Ländern der so genannten Dritten Welt, die nicht wissen, ob sie mit finanzstarken multinationalen Unternehmen werden konkurrieren können, wie aber auch bei uns, vor allem bei weniger qualifizierten Arbeitnehmern, denn deren Arbeitsplätze sind durch die Globalisierung bedroht.

Globalisierung bedeutet also für einige eine erwünschte, für viele aber auch eine erzwungene und insgesamt eine bislang kaum regulierte wechselseitige Konfrontation mit den

möglicherweise besseren Produkten, geringeren Lohnkosten, niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards, höheren Zinsen und Renditen der jeweils anderen. Das erzeugt einen Anpassungsdruck, der noch verschärft wird durch die große Unübersichtlichkeit insbesondere bei den Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten und die wachsende Unsicherheit darüber, welche möglicherweise nur kleinen Fehler große wirtschaftliche Schäden hervorrufen können. Sie erinnern sich sicherlich an die vielen Finanzkrisen, die um die Welt wandern, die Asienkrise, die Russlandkrise, die Mexikokrise im Moment die Argentinienkrise usw.

Wenn Geldsummen unübersehbaren Ausmaßes zwischen den Finanzplätzen in spekulativer Absicht – längst abgekoppelt von den Güterströmen – hin- und hergeschoben werden, schaukeln sich falsche Wirtschaftspolitiken und irrationale Ängste in einer Weise hoch, dass man im Blick auf das Verhalten der Akteure vieles nur noch mit Begriffen wie Herdentrieb und Panikreaktion erklären kann. Dadurch werden Krisen ausgelöst, die einzelne Länder in ihrer ökonomischen Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen können und Millionen von Menschen in Armut stürzen. Natürlich sind die betroffenen Länder häufig auch mit beteiligt. Auch interne Faktoren spielen eine Rolle. Dazu gehören etwa mangelnde Bankenaufsicht, fehlende Rechtssicherheit, Korruption, lang verschleppte Entscheidungen in der Politik. Auch hängt es stark von Faktoren wie dem allgemeinen Bildungsstand, dem Grad der Einkommensungleichheit und der politischen Stabilität ab, wie schnell ein Land eine solche Krise bewältigt. Aber es gibt auch das Phänomen der Ansteckung: Wenn Nachbarländer oder Länder mit einer ähnlichen ökonomischen Struktur in die Krise geraten, reißen sie andere Länder mit, die dafür im Grunde gar nichts können.

Natürlich muss man dieses Bild von Globalisierung auch nuancieren. Die globalen Finanzmärkte haben nicht alle Länder erfasst, überhaupt hat die Globalisierung nicht alle Länder in gleicher Weise erfasst, denn die meisten Transaktionen spielen sich unter den reichen Ländern und zwischen diesen und den Schwellen-

ländern ab. Man kann beobachten, dass diejenigen Länder, die in den Globalisierungsprozess kaum einbezogen sind – wie vor allen Dingen Schwarzafrika südlich der Sahara, das nur wenige Direktinvestitionen erhält – relativ am schlechtesten geht. Am untersten Ende der Einkommenspyramide befinden sich diejenigen Länder – und zu denen gehört auch Afghanistan – die gar nicht den Anschluss an die Globalisierung finden, sondern weitgehend ausgeschlossen bleiben. Dabei spielen wiederum interne Faktoren eine große Rolle, jedoch auch die belastende Geschichte eines Kolonialismus, der die Strukturen in diesen Ländern häufig sehr massiv geprägt hat. Wir dürfen uns aber bei der Analyse der Globalisierung nicht nur auf die ökonomischen Phänomene beschränken, erst recht nicht alleine auf die internationalen Finanzmärkte, obwohl hier viele Ursachen liegen. Es gilt, weitere Aspekte einzubeziehen:

b) Auswirkungen auf die Nationalstaaten

Globalisierung verändert auch die Rolle und die Bedeutung des Nationalstaates. Das ist wiederum für die Frage der militärischen Sicherheit von größerer Bedeutung. Nach innen wird die Funktion des Nationalstaates, nämlich die Funktion des Interessenausgleichs zwischen antagonistischen Gruppen und die Schaffung des „sozialen Friedens“ durch Minderung seiner ökonomischen Ressourcen und seines politischen Handlungsspielraums, stark eingeschränkt. Der Staat wird auf die Rolle eines körperchaftlichen Arrangeurs der Unterordnung aller Interessen unter die Konkurrenzbedingungen des Weltmarktes reduziert. Die Umsetzung der Ergebnisse von demokratischen Willensbildungsprozessen der Bürgerinnen und Bürger wird auf nationaler Ebene immer schwieriger, während auf der globalen Ebene für die notwendige Gestaltung des Prozesses kaum adäquate Institutionen vorhanden sind. Das globale Wirtschaftsgeschehen wird bestimmt von multinationalen Akteuren, die große Chancen haben, sich dem Zugriff nationaler Instanzen zu entziehen. Und ihr Erfolg kommt

nicht mehr selbstverständlich den Herkunftsländern zu gute: Unter dem internationalen Konkurrenzdruck und bei ständig wachsender Produktivität sind es gerade die erfolgreichen Unternehmen, die Arbeitsplätze in den Herkunftsländern abbauen, um ihre Konkurrenzfähigkeit durch Internationalisierung der Produktion zu steigern.

Auch für die Dritte Welt Länder gilt offenbar, dass der Staat im Verhältnis zu früheren Zeiten immer ohnmächtiger wird, was dann auch die Ohnmachts- und Minderwertigkeitsgefühle der dort lebenden Menschen zusätzlich verstärkt. Zusätzlich genährt werden diese Ohnmachts- und Minderwertigkeitsgefühle dann auch noch durch die Eliten in diesen Ländern, die nämlich, um sich selber von Schuld rein zu waschen, immer auf den Weltmarkt, den IWF, die Weltbank und die Multis zeigen, um Fehlentwicklung in ihrem eigenen Land zu erklären. Aber auch bei uns gerät durch den Globalisierungsprozess der Nationalstaat als gesellschaftsgestaltender Akteur in eine Krise und mit dem Nationalstaat der Wohlfahrtsstaat, der ja historisch an die Entstehung des Nationalstaates gebunden war. Der demokratische Nationalstaat wird auch bei uns machtloser gegenüber ökonomischen Entscheidungen und Entwicklungen, die die Bedingungen seines Handelns aber weit stärker bestimmen als früher.

Das zeigt sich z.B. auch in der Rolle von Nationalstaaten bei internationalen Verhandlungen. Nach außen treten die Staaten gegeneinander als Standortwettbewerber um Investitionen in Konkurrenz, was offenbar mehr und mehr notwendige einvernehmliche Regelungen erschwert. Unter dem Druck der Sicherung der eigenen Position verlieren die einzelnen Staaten mehr und mehr aus dem Blick, dass auch die internationale Konkurrenzsituation zu gestalten ist und dazu die einzelnen Staaten weltgemeinwohlorientiert zusammenwirken müssten. In diesem Spiel ist jeder Staat Partei: niemand kann eine neutrale Position einnehmen, auch nicht die immer von den Interessen der mächtigeren Staaten zunehmend stark beeinflussten internationalen Institutionen. Die USA haben das im Falle der Ablehnung des Kyoto-Pro-

tokolls unmittelbar nach dem Amtsantritt von George W. Bush ein-drucksvoll vorgeführt.

Trotzdem wird mangels anderer Institutionen der Nationalstaat auf mittlere Sicht der wichtigste Akteur auf dem internationalen politischen Parkett bleiben, zudem der einzige, der über ein Minimum an demokratischer Legitimation verfügt und an den Gerechtigkeitsforderungen in erster Linie adressiert werden können.

Die veränderte Rolle des Nationalstaates hat natürlich auch Auswirkungen auf militärische Sicherheitskonzepte. Wir werden in Zukunft gezwungen sein, militärische Institutionen und Organisationen nicht nur an die Nationalstaaten, sondern auch an übernationale Institutionen anzubinden.

c) Konsequenzen für die Kultur

Nicht nur für den Bereich der Ökonomie und der Politik, auch für den Bereich der Kultur hat die Globalisierung Konsequenzen. Vielfach wird behauptet, sie führe unaufhaltsam zu einer standardisierten, vor allem von den USA geprägten Welteinheitskultur. Das Schlagwort von der McDonaldisierung macht die Runde. Menschen fühlen sich deshalb auch in ihrer kulturellen Identität bedroht und lassen sich, wie wir erleben mussten, zu gewaltsamen Aktionen gegen die Symbole einer solchen kulturellen Hegemonie hinreißen.

Doch auch hier ist ein differenzierteres Bild notwendig. Die tatsächlich vorhandenen Ängste müssen auch ernst genommen werden. Ich vermute aber, dass die kulturelle Entwicklung nicht ganz so einseitig verlaufen wird. Die weltweite Verbreitung von Waren und die globalen Kommunikationsmöglichkeiten bringen natürlich die verschiedenen Kulturen in einen immer engeren Kontakt zueinander. Und auch hier gilt: Die Durchsetzungschancen unterschiedlicher kultureller Elemente sind unterschiedlich. Natürlich ist es auch so, dass das Zusammentreffen unterschiedlicher Kulturen allein schon wegen der Verschiedenheit dieser Kulturen Menschen verunsichert und irritiert. Trotzdem muss es nicht unbedingt so sein, dass eine

Welteinheitskultur alle anderen Kulturen verdrängt, dass es nur so etwas gibt, wie eine kulturelle Invasion durch den Westen. Denn es kommt darauf an, wie diese Kultur von den Menschen angeeignet wird, wie sie diese in ihr eigenes Selbstverständnis integrieren bzw. durch welche Formen von Abgrenzung und Markierung von Differenzen sie ihre eigene Identität sogar im Kontakt zu anderen Kulturen profilieren können. Ob das gelingt, hängt dann davon ab, über welche Ressourcen sozialer, ökonomischer und intellektueller Art diese Menschen verfügen. Hier könnten wir sicherlich einiges tun, indem wir interkulturelle Kompetenz in anderen Ländern unterstützen und fördern.

Allerdings gibt es auch hier negative Entwicklungen. Unter Anderem führt der „brain drain“, also die Abwanderung vor allem gut ausgebildeter junger Menschen in die Zentren der Ersten Welt, in ihren Herkunftsländern zu einer intellektuellen und sozialen Verarmung. Trotzdem könnte man, wenn man Globalisierungsprozesse entsprechend steuern und gestalten würde, die Hoffnung haben, dass diese Aneignungs- und Widerstandspotenziale der Kulturen viel stärker sind, als man das auf den ersten Blick vermuten könnte, weil Kulturen eben in der Regel immer wieder kommunikativ reproduziert werden, anders als das substantialistische Vorstellungen kultureller Identität nahe legen. Deshalb ruft die Globalisierung immer auch eine neue Entdeckung und Betonung des Eigenen, des Lokalen hervor, weshalb Ulrich Beck zu Recht das Kunstwort „Glokalisierung“ geprägt hat. Medien wie Fernsehen und Video, vor allem aber das Internet, können und werden sehr wohl auch zur Stabilisierung partikularer Kulturen genutzt, weil sie z.B. Migrantengruppen sehr viel leichter als früher den Kontakt untereinander und mit ihrer Heimat erleichtern. Das Internet ist ein ideales Medium für die Vernetzung räumlich disziplinierter Minderheitensklaven auf der ganzen Welt.

Selbstverständlich wird es kulturelle Elemente geben, die weltweit verstanden, vermarktet und konsumiert werden. Aber vermutlich wird dieser Prozess nicht den Gesamt-bereich von Kultur erfassen und darf

nicht überbewertet werden. Er führt sicher dazu, dass wir kulturell mehrsprachig werden und werden müssen. Aber ist das negativ zu bewerten? Jedenfalls dürften weder die These einer umfassenden „McDonaldisierung“, auf die sich Globalisierungsgegner berufen, noch die Huntington'sche These vom „Clash of Civilizations“, also vom Zusammenstoß der Kulturen, zutreffen, auch wenn einige Terroristen einen solchen Zusammenstoß oder Kampf der Kulturen gerne heraufbeschwören möchten und vielleicht manche Mitglieder westlicher Gesellschaften in der Gefahr stehen, sich auf eine solche Zuspitzung einzulassen.

d) Was ist zu tun, wie kann dieser Globalisierungsprozess gestaltet werden?

Würde jede Nation nur ihren kurzfristigen Eigeninteressen folgen, hätte dies dramatische Auswirkungen auf diesen Planeten. Die heute schon extremen Unterschiede zwischen Arm und Reich würden weiter wachsen. Die ökologische Stabilität der Erde würde gefährdet. Angesichts dieser Gefahren müssen die Grenzen des globalen Wettbewerbs deutlich gemacht werden. Reine Standortpolitik ohne internationale Abstimmung schadet letztlich allen. Und dasselbe gilt für eine allein auf nationale Sicherheit bezogene Sicherheitspolitik. Im Grunde bedarf es erstmals der fairen Aushandlung eines Weltgesellschaftsvertrages. In der dazu notwendigen „Weltinnenpolitik“ spielt zurzeit der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus eine wichtige Rolle. Vielleicht liegt darin auch eine Chance. Denn dieser Kampf kann nur gelingen, wenn die Anti-Terror-Koalition möglichst breit ist, was zu verstärkter internationaler Kooperation zwingt. Er wird aber auch nur dann zum Erfolg führen, wenn er über den militärischen Bereich hinausgeht und ergänzt wird durch Maßnahmen der Armutsbekämpfung, einer nachhaltigen Entwicklung für alle, einer Stärkung interkultureller Kommunikation möglichst überall und letztlich auch durch globale Ordnungspolitik. Letztere erscheint mir besonders wichtig, deswegen möchte ich darauf noch kurz eingehen.

Weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene kann man davon ausgehen, dass sich Märkte spontan von selbst die Rahmenbedingungen schaffen, die sie brauchen, um ihre Funktion der Koordination der Wirtschaftssubjekte tatsächlich effektiv zu erfüllen. Wir erleben heute, dass sich mit den vielen weltweiten Wirtschaftskrisen ähnliche Schwierigkeiten wiederholen, vor die sich bereits die jungen Industrienationen des 19. Jahrhunderts mit ihrem Laissez-faire Liberalismus und der daraus resultierenden „Sozialen Frage“ gestellt sahen. Insbesondere am Beispiel der „Transformationsländer“ des ehemaligen Ostblocks zeigt sich deutlich, dass ohne Institutionen, die vor allem die Rechte wirtschaftlich Schwächerer schützen, „mafiose“ Wirtschaftsstrukturen entstehen, die man nicht mit Marktwirtschaften verwechseln darf.

Auf nationaler Ebene wird „Ordnungspolitik“ und zumindest minimaler sozialer Ausgleich inzwischen fast überall als notwendig erkannt. Aber auch hinsichtlich des Weltmarktes, der ähnlich durch eine Rahmenordnung ergänzt werden muss, gibt es in dieser Beziehung deutliche Lernprozesse. So hat die Weltbank schon in ihrem Weltentwicklungsbericht 1997 den Staat rehabilitiert und seine Funktion für die Herstellung öffentlicher Güter deutlich gemacht, dagegen liberale Vorstellungen eines „Minimalstaates“ zurückgewiesen. Sie besteht darauf, dass der Markt alleine ohne einen starken und effektiven Staat, ohne „Good Governance“, die Probleme nicht lösen wird. Auch auf internationaler Ebene ist eine gemeinsame Rahmenordnung im Sinne einer „Global Governance“ notwendig. Der Trend zu solchen Erkenntnissen wurde durch die Asienkrise und die sich daran anschließenden Wirtschaftskrisen in verschiedenen anderen Ländern weiter unterstützt.

Dass es eine globale Ordnungspolitik braucht, wird heute also von vielen im Prinzip akzeptiert. Umstritten bleiben natürlich – auch wissenschaftlich, nicht nur politisch – die konkreten Maßnahmen, die als notwendig erachtet werden. Um sie wird vor dem Hintergrund auch heterogener Interessen hart gekämpft. Dabei

sind viele Sachverhalte nicht so, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Über Handelsregeln abgesicherte hohe soziale Standards in den Entwicklungsländern beispielsweise, würden weniger den dort lebenden Armen, als den reichen Arbeitnehmern in den Industrieländern nützen, denn sie hätten massive protektionistische Wirkungen. Und selbst so etwas wie ein Verbot von Kinderarbeit könnte als isolierte Maßnahme problematisch sein, denn es würde diese Kinder entweder in Armut oder in wahrscheinlich dann illegale Arbeitsverhältnisse treiben, vielleicht sogar in die Kinderprostitution.

Deshalb muss jeder einzelne Problembereich genauer analysiert werden. Insgesamt – so kann man vielleicht sagen – geht es um einen wirklich gleichgewichtigen Abbau von Zollschränken, der auch die Waren der Entwicklungsländer einschließen muss, die Entwicklungsländer zu uns exportieren wollen. Es geht um die Absicherung von Direktinvestitionen, um den Schutz geistigen Eigentums, um sinnvolle Kapitalverkehrskontrollen. Es geht um eine Eindämmung panikartiger Reaktionen an den Börsen und es geht auch um eine wirkungsvolle und sinnvolle Steuerung von Migrationsströmen. Es geht um Minimalnormen hinsichtlich der notwendigen staatlichen Bankenaufsicht, der Freiheit der Gewerkschaften, des Arbeitsschutzes und des Umweltschutzes. Es geht um den Aufbau von nationalen Systemen sozialer Sicherheit auch in den Dritte-Welt-Ländern. Im Zuge der Globalisierung werden nicht nur Bürgerinnen und Bürger bei uns, sondern verstärkt auch Staaten der so genannten Dritten Welt weltwirtschaftlichen Risiken ausgesetzt, die diese Staaten durch entsprechende Maßnahmen auffangen können müssen. Ganze Regionen, Staaten und Volkswirtschaften gehen mit der Globalisierung Risiken ein, gegen die sich versichern müssen. Vielleicht wird eines Tages so etwas existieren, wie eine Sozialversicherung auf Weltebene.

e) Weltstaat oder „Global Governance“?

Doch selbst wenn klar wäre, welche Maßnahmen zur Regulierung des

Globalisierungsprozesses im Einzelnen notwendig und sinnvoll wären, bleibt offen, wer diese Maßnahmen ergreifen könnte. Brauchen wir dazu einen Weltstaat? Wo ist das Volk, das diesen Weltstaat bilden könnte und die Macht, die ihn kontrollieren würde? In welchem Verhältnis stünden dieser Weltstaat und die Nationalstaaten zueinander? Würde die Weltdemokratie nach dem Prinzip der UNO, also ein Land – eine Stimme, funktionieren, oder nach dem Prinzip der nationalen Demokratien: ein Mensch – eine Stimme. Bei letzterem Modell würde die Industrienationen weltweit nicht sehr viel zu sagen haben.

Auf mittlere Sicht ist der Wunsch nach einem wie auch immer ausgestalteten Weltstaat sicher eine Illusion. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob er die beste Lösung wäre. Deshalb muss man an den vorhandenen globalen Koordinationsinstanzen ansetzen und nach Kooperationen auf mittlerer Ebene suchen. Dies geschieht ja teilweise auch schon, denken sie nur an die vielen Welt-Konferenzen, UN-Konferenzen, an Aktivitäten des Weltsicherheitsrates, der Weltbank, des internationalen Währungsfonds usw. Die ständige Weiterentwicklung des Regelwerks dieser Institutionen wird heute zunehmend unter dem Begriff der „Global Governance“ verhandelt.

Durch die Arbeiten der noch auf eine Initiative von Willy Brandt zurückgehenden „Commission on Global Governance“ wird die Notwendigkeit weltweiter Koordination im Sinne globaler Regierungsfunktionen, die nicht unbedingt von einem Welteinheitsstaat erbracht werden müssen, eingebracht. „Global Governance“, am besten mit „Weltordnungspolitik“ übersetzt, bedeutet das Interagieren von Staaten-, Wirtschafts- und Zivilgesellschaft auf globaler Ebene mit dem Ziel, konsensfähige Lösungen für Weltprobleme zu finden.

Heute nach den Ereignissen vom 11. September erscheint „Global Governance“ umso dringlicher. Bei dieser „Erdpolitik“ ist jedoch darauf zu achten, dass der Ausbau internationaler Institutionen mit der Fortentwicklung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten und der Bildung einer internationalen zivil-

gesellschaftlichen Weltöffentlichkeit einhergeht, damit sich diese neue Ebene politischer Macht nicht jeder Kontrolle entzieht.

Bei den meisten Menschen fehlt es jedoch heute noch an dem notwendigen Bewusstsein einer Verantwortung in der Mitgestaltung dieser globalen Verhältnisse. Bleibt die „Weltbürgerschaft“ unerreichbar, weil die Einzelnen in der vorhandenen Globalität das „Allgemeine“ nur als ein aufgesetztes, niemals als eine von ihnen mitgeschaffene, mitbestimmte und durch konkrete Lebenserfahrungen geformte Welt wahrnehmen können? Tatsächlich beruht „Globalisierung“ bis heute zunächst auf einer Systemintegration, nicht auf einer Integration durch Kommunikation zwischen Menschen. Weltweit treten Menschen miteinander in Kontakt, weil sie Waren, Dienstleistungen, Devisen tauschen, nicht indem sie sich über ihre gemeinsamen Ziele, die Abstimmung ihrer Interessen aufeinander oder die reziproke Anerkennung von Differenzen miteinander verständigen. Mit anderen Worten, wenn wir Global-Governance wollen, müssen wir eine globale Gesellschaft als Basis dafür erst schaffen. Der Weltgesellschaft mangelt es an Gesellschaftlichkeit.

Weltgesellschaft würde, wie bereits angedeutet, einen zumindest impliziten Gesellschaftsvertrag voraussetzen. Auch auf Weltebene muss nämlich Konkurrenz durch Kooperation in Bezug auf die Gestaltung des Rahmens der Konkurrenz hin erweitert werden. Eine nicht nur auf Marktmechanismen, sondern auf Kommunikation beruhende Globalisierung ist natürlich nur über ein System eines weltweiten Föderalismus erreichbar. Dieser würde auf Beziehungen zwischen den Staaten und regierungsamtlichen Organisationen beruhen, der durch eine Vereinigung und Vernetzung der Weltbürger selbst ergänzt werden müsste. Das würde bedeuten, lokale und regionale Einheiten in ihrer Vielfalt zu erhalten oder sogar zu stärken. Die nationalstaatlichen Grenzen wären zu relativieren, ohne sie jedoch zu beseitigen. Diese Relativierung würde erst allmählich die weltweite Ungleichheit ausgleichen lassen. Koordinierende Dauerinstanzen wären



Erstmals nahmen zwei Offiziere des österreichischen Bundesheeres an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Korn teil: Major Andreas Eberle (l.) und Vizeleutnant Alexander Leitner (r.), hier beim Empfang im Stadtschloss mit OB Dr. Alois Riehl. Die beiden Offiziere sind Mitglieder des Arbeitskreises Katholischer Soldaten (AKS), der Schwester-Laienorganisation in der Militärseelsorge des Nachbarlandes.

zwischenstaatlich zu etablieren. Und die Nichtregierungsorganisationen sollten gestärkt werden, ohne sie in ihrer eigenständigen, auf freiwillige Hilfe angewiesenen Verfassung prinzipiell zu ändern.

Sie merken, welch ein utopisches Potential in solchen Äußerungen noch steckt, wie weit weg wir eigentlich davon sind, solche Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Es gibt ein paar wenige Beispiele, wo solche Nicht-Regierungs-Organisationen bereits Sinnvolles leisten, ich nenne nur die Kampagne „Erlassjahr 2000“, an denen die Kirchen ja sehr stark beteiligt waren. Diese Initiative hat in den Jahren 1999 und 2000 erheblich dazu beigetragen, dass es gewisse Fortschritte in Richtung eines Schuldenerlasses für die ärmsten Länder gegeben hat.

Es kann sein, dass letzten Endes die größte Hoffnung auf Veränderungen nicht im ethischen Diskurs liegt, sondern dass wir letzten Endes nur auf das wohlverstandene Eigeninteresse aller Menschen setzen können, weil es eben auch im Interesse der Reichen und Mächtigen liegt, dass es nicht zu wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, sozialen Katastrophen, weiterem Terrorismus und dramatisch fortschreitender Umweltzerstörung kommt.

III. Verantwortung des Christen

1997 ist ein gemeinsames Wort der Kirchen in Deutschland zu Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland erschienen. In diesem „Sozialwort“ ging es vorrangig um die Situation in Deutschland, aber es gab auch einige sehr interessante Passagen zum Thema der Globalisierung. Einer der wichtigsten Sätze des Sozialwortes lautet (Nr. 88): „Globalisierung ereignet sich nicht wie eine Naturgewalt, sie verlangt nach politischer Gestaltung.“ In dem bemerkenswerten Versuch, einen „Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ zu formulieren, wird in diesem Sozialwort für die nationale Ebene anstelle einer „Marktwirtschaft pur“ eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ gefordert, die sowohl der sozialen Gerechtigkeit, wie im Blick auf die Umwelt der Forderung der Nachhaltigkeit entsprechen muss. Dieser Gedanke einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ wird dann auch auf die weltweiten Zusammenhänge übertragen. Im Kapitel zur internationalen Verantwortung werden die Prinzipien einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auf die Weltwirtschaft angewendet. Es geht darum,

„die internationale Entwicklung unter den Primat der Politik zu bringen und einen Ordnungsrahmen mit wirksamen Sanktionen und Instrumenten zu schaffen.“ (Nr. 241)

Dieses Sozialwort verlangt von Deutschland als einem besonders ökonomisch und auch politisch wichtigen Land, globale Verantwortung mitzutragen. Dies bedeute, so heißt es im Sozialwort, und das ist eine sehr starke Forderung: dass „alle nationalen Entscheidungen auch aus der Sicht dieser einen Welt zu treffen sind.“ In einer anderen Passage wird interessanter Weise auch von der Identität der Bundesrepublik Deutschland her argumentiert: „Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer sozial- und umweltpolitischen Erfahrungen, ihrer im Grundgesetz verankerten politischen Überzeugungen und der eingegangenen europäischen Bindungen in besonderer Weise verpflichtet, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um diesen Grundsätzen auch international zum Durchbruch zu verhelfen.“ (Nr. 165)

Damit ist anhand dieses Textes exemplarisch klar gestellt, dass – jedenfalls so wie die christlichen Kirchen in Deutschland es verstehen – jeder Christ Weltverantwortung zu übernehmen hat. Dies wird nicht mehr so wie früher nur aus der Gegenüberstellung von Kirche und Welt formuliert, sondern stellt heute auch unter der Rücksicht einer globaler gewordenen Welt eine komplexere und eine sehr viel umfassende Aufgabe dar. Weltverantwortung kann heute nur heißen: Verantwortung für die Welt als Ganzes, für den Globalisierungsprozess.

Es ist ja eigentlich schon lange keine Frage mehr, dass die Hoffnung auf ein jenseitiges Leben uns Christen nicht davon ablenkt, schon heute Verantwortung in dieser Welt zu übernehmen. Das hat damit zu tun, dass die Hoffnung auf einen menschenfreundlichen Gott, wie wir sie verkünden und leben wollen, sich nicht anders bezeugen lässt, als durch eine Praxis, die dieses Zeugnis auch verkörpert, als durch eine Praxis, die selbst eine Praxis der Menschenfreundlichkeit, der Nächstenliebe, der Anerkennung der Freiheit des Anderen, der Gerechtigkeit ist.

Christlicher Glaube ist nicht in erster Linie ein Für-Wahr-Halten bestimmter Sätze, sondern ist ein Handeln und ein Zeugnis für den menschenfreundlichen Gott im Handeln. Das betrifft die Praxis aller Christen und alle Praxis von Christen, in der Familie, in der Freizeit, im Beruf und im politischen Handeln. Keineswegs kann die Verantwortung von Christen einfach durch die Verantwortung von Amtsträgern in den christlichen Kirchen wahrgenommen werden.

Auch die Amtskirche hat natürlich das Evangelium zu verkörpern, aber z.B. gerade im politischen Bereich gibt es durchaus Differenzen zwischen dem politischen Engagement einzelner Christen, christlicher Vereine und Gruppen und der Amtskirche. Auch für den Bereich gesellschaftlicher Verantwortung gilt: Die Amtskirche ist nichts ohne das Engagement des Volkes Gottes, d.h. der Laien (der Begriff Laie kommt ja vom Griechischen *laos* = Volk).

Damit diese Praxis nicht blind ist, bedarf sie der Rückbindung an eigene religiöse Überzeugungen, an die eigene religiöse Tradition und eine Verstärkung durch diese. Sonst würden wir uns durch solch eine Praxis in eine Anonymität begeben und als Christen nicht mehr erkennbar sein.

Wenn wir diese Rückbindung vollziehen, können wir in unserer eigenen Tradition besonders wertvolle Ressourcen entdecken, die uns in dieser Praxis von Menschenfreundlichkeit, Gerechtigkeit und Liebe unterstützen. So können wir z.B. hinsichtlich des Globalisierungsprozesses in unserer eigenen Tradition diesen ausgesprochen wertvollen Gedanken der Gottebenbildlichkeit aller Menschen entdecken. Alle Menschen sind eben Geschöpfe und Kinder Gottes. Darin sind sie alle gleich. Und diese Gleichheit aller Menschen als Kinder Gottes ist letztlich sehr viel wichtiger als alle Unterschiede zwischen ihnen, Unterschiede der Bildung, der ökonomischen Ausstattung, der Rasse, der Religion, der Kultur. Deshalb müssen wir als Christen von einer Menschheitsfamilie sprechen. Wir müssen uns klar sein, dass wir auf dieser Erde alle Menschen zur einer großen Familie, in theologischer Sprache, zur

Familie der Kinder Gottes gehören.

Das Christentum war selbst dieser Tradition und diesen Grundgedanken nicht immer treu. Aber wenn es ihnen treu war, dann gab es große Fortschritte der Menschlichkeit, z.B. in der Anerkennung der Rechte der Indios in Amerika oder in der Abschaffung der Sklaverei. Wenn wir an den Ursprung des Christentum zurückgehen, in die ersten Jahrhunderte einer christlichen Kirche, die in einer heidnischen Umwelt im römischen Reich gelebt hat, dann können wir auch im Evangelium selbst Elemente entdecken, die Verständigung gesucht haben mit den unterschiedlichen Kulturen, die es im römischen Reich gegeben hat, mit den unterschiedlichen Philosophien, die es gegeben hat. Denken sie nur an Texte von Kirchenvätern aus der Zeit der ersten Jahrhunderte. Hier zeigt sich eine sehr große Offenheit, des frühen Christentums, für alle Kulturen eine sehr hohe Dialogbereitschaft und „Puralitätskompetenz“.

Aber wie können wir solche Ressourcen heute in eine Welt hinein übersetzen, die diese christliche Tradition kaum mehr kennt, wo auch immer weniger Menschen sich zu ihr bekennen? Natürlich wird in einer solchen Situation der Pluralität unserer eigener Glaube für den anderen hinsichtlich moralischer Fragen kein schlagendes Argument sein. Wir können auch nicht abwarten, bis wir den anderen von unserer eigenen religiösen Position überzeugt haben, um dann mit ihm einen Konsens in Bezug auf die Gestaltung von Gesellschaft zu finden. Solche Versuche einer Missionierung wären sogar kontraproduktiv. Was wir leisten müssen ist, den existierenden Pluralismus anzuerkennen und trotzdem Wege der Verständigung zu suchen. Es muss uns gelingen, mit Blick auf Angehörige anderer Religionen und mit Blick auf Menschen, die nicht religiös sind, trotzdem an gemeinsamen moralischen Überzeugungen zu arbeiten, um zu versuchen, sie mit allgemein menschlicher Vernunft zu begründen. Und zwar so, dass sie trotzdem noch kompatibel bleiben, einerseits zu unseren eigenen religiösen Überzeugungen und andererseits zu den religiösen Überzeugungen der anderen.

Von großem Wert sind die Kommunikationsmöglichkeiten, die sich bei Empfängen bieten und oft unkomplizierte Problemlösungen ermöglichen.

Im Gespräch v.l.: OB Dr. Alois Riehl, Militärbischof Dr. Walter Mixa, GKS-Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein, Schirmherr der Akademie Generalmajor Karl-Heinz Lather und der Bischof von Fulda Heinz Josef Algermissen



Dabei ist es durchaus legitim, wenn wir unsere eigenen religiösen Überzeugungen in das Gespräch einbringen und auf die der anderen hören, solange sie nur die unterschiedlichen Geltungsansprüche von Moral und Religion unterscheiden. Der wichtigste Unterschied besteht darin, dass wir uns in Fragen einer grundlegenden gemeinsamen Moral tatsächlich verständigen und einigen müssen, während wir in Fragen unseres religiösen Selbstverständnisses anerkennen können, dass andere ein anderes Selbstverständnis haben. Mit dieser Spannung und mit dieser Polarität müssen wir umgehen lernen und manchmal wird es in diesem Prozess auch nötig sein, die eigenen religiösen Überzeugungen kritisieren zu lassen und weiter zu entwickeln.

Mit diesem Prozess ist natürlich eine Zumutung verbunden, eine Zumutung gegenüber allen Menschen, die ein religiöses Bekenntnis haben. Es wird allen Religionen durch den Globalisierungsprozess ein Reflexionsschub zugemutet. Als Angehörige einer Kultur, die in diesem Prozess der Modernisierung sehr weit vorangeschritten sind, bringen wir vielleicht gewisse Vorteile mit, um diesen Reflexionsschub zu bewältigen. Deshalb denke ich, ist es Aufgabe von Christen, auch andere Religionen bei der Bewältigung dieses Reflexionsschubes zu unterstützen.

Das geht natürlich nur, wenn wir ein hohe Sensibilität ausbilden für andere Religionen, für die Probleme, die andere Religionen mit dem Globalisierungsprozess haben, und wenn wir bereit sind zu einem interreligiösen Dialog, der auch unsere Position letzten Endes zur Diskussion stellt.

Darüber hinaus müssten wir versuchen, unsere eigene Tradition auch in die Semantik unserer spätmodernen Gesellschaft hinein zu übersetzen, also so etwas wie Inkulturationsversuche zu unternehmen. Wenn uns das gelingt, dann könnte auch für unsere Zeitgenossen verständlich werden, welche großartigen Potenziale in religiösen Traditionen stecken und was verloren geht, wenn diese religiöse Sprache und religiösen Begriffe nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn uns diese Inkulturation gelänge, wäre sie auch eine exemplarische Leistung, die den bedrängten nicht-christlichen Religionen in nicht westlichen Ländern eine Hilfe in ihrer eigenen Identitätsentwicklung im Kontext moderner Gesellschaft sein könnte.

Jürgen Habermas hat anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels gerade in dieser Hinsicht einige sehr interessante Äußerungen getan. Habermas sagt von sich, er sei religiös unmoralisch und könne nicht glauben, was die religiöse Sprache sagt. Aber interessanterweise möchte er an dem festhalten, was mit ihr gemeint ist: „Dass der Gott, der die Liebe ist, in Adam und Eva freie Wesen schafft, die ihm gleichen, muss man nicht glauben, um zu verstehen, was mit Ebenbildlichkeit gemeint ist. Diese Geschöpflichkeit des Ebenbildes drückt eine Intuition aus, die auch dem religiös Unmusikalischen,

zu denen ich mich rechne, etwas sagen kann.“

Jürgen Habermas rechnet also damit, dass es in den religiösen Traditionen bestimmte Potenziale gibt, die sich nicht einfach in eine säkulare philosophische Sprache transformieren lassen, ohne dass etwas dabei verloren geht. Wenn es gelingt, eine solche Grundhaltung auch unter den Menschen herbeizuführen, die religiös unmusikalisch sind, dann glaube ich, fühlen sich auch nicht-christliche Religionen, die sich derzeit sehr stark in der Defensive befinden, nicht mehr so stark bedrängt und lassen sich vielleicht auf einen intensiveren Dialog mit unserer modernen Gesellschaft ein.

Wenn es gelänge, innerhalb unserer säkularisierten Moderne, auf solche Weise zumindest die Sensibilität für die Humanitätspotenziale zu schärfen, die die Religionen mit sich führen, wäre auch ein interreligiöser Dialog möglich, der sich nicht in einer Nische dieser säkularisierten Moderne zu verstecken bräuchte, sondern einen Beitrag leistete zur Beantwortung der Frage, wie wir alle heute als Menschen leben wollen. Die dadurch erzielte Anerkennung auch nicht-christlicher Religionen wäre mehr, als nur ein erwünschter Nebeneffekt, sondern ein Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt.

(leicht überarbeitete Tonbandniederschrift des mündlichen Vortrags)



Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist eines der wesentlichen Reformvorhaben der Bundesregierung. Staatliche Sicherheitsvorsorge wird am Anfang des 21. Jh. insbesondere von internationalen Entwicklungen, zivilisatorischen Trends und technologischen Tendenzen sowie von den daraus für Deutschland entstehenden grundlegenden Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfeldes bestimmt. Der die militärischen Planungen maßgeblich beeinflussende Faktor ist nicht länger eine konkrete, existenzgefährdende Bedrohung, sondern sind diffuse Risiken, wie uns nicht zuletzt leider auch die schrecklichen Terroranschläge in den USA deutlich vor Augen geführt haben. Sie erfordern grundsätzliche und dauerhafte Fähigkeiten von Streitkräften.

Der verfassungsgemäße Auftrag der Bundeswehr, die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Deutschlands und die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik prägen das künftige Fähigkeitsprofil der Streitkräfte in einem deutlich erweiterten Einsatzspektrum. Die aufgaben- und fähigkeitsorientierte Neuausrichtung der Bundeswehr folgt dem Wandel hin zu Streitkräften im Einsatz. Der multinationale und streitkräftegemeinsame Systemverbund ist hierzu zu stärken. Entscheidende Rahmenbedingungen wie Integration im Bündnis und in der EU sowie die Mitwirkung in anderen Organisationen, über Kompatibilität (Vereinbarkeit) hinausreichende In-

Bundeswehr in der Reform

Planung – Umsetzung – Perspektiven

BERND HEISE*)

1. Ausgangslage: Reform der Bundeswehr von Grund auf

teroperabilität (Zusammenwirkung), technologische Entwicklungen, finanzplanerische Perspektiven und rüstungswirtschaftliche Aspekte sind zu beachten.

Mit der Entwicklung der Bw von einer Präsenz- zur Einsatzarmee geht natürlich auch eine Erweiterung des Rollenverständnisses des Soldaten einher. Sahen wir uns in der Landesverteidigung eher in der Rolle des Trägers von Abschreckung, forderten uns die bisherigen Kriseneinsätze, auch die auf dem Balkan, eher als Diplomat, Beschützer und Helfer im Wiederaufbau. Denn diese Einsätze blieben ja (glücklicherweise) am unteren Ende der Eskalationsskala. Seit dem 11. September ist uns klar geworden, dass der Soldat als Kämpfer gefordert sein kann. Darauf müssen wir uns einstellen und ausbilden.

1.1 Auftrag der Bundeswehr

Der Auftrag der Bundeswehr leitet sich aus dem Grundgesetz und der Funktion der Streitkräfte als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ab. Er berücksichtigt das facettenreiche, neuzeitliche Sicherheitsverständnis und beschreibt die dabei möglichen anteiligen militärischen Aufgaben:

Die Bundeswehr

- schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr,
- verteidigt Deutschland und seine Verbündeten,
- trägt zur Sicherung von Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum bei,
- unterstützt das friedliche Zusammenwirken der Staaten und die internationale Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

Gliederung

- 1. Ausgangslage**
Die Reform der Bundeswehr von Grund auf
- 2. Organisation und Strukturen**
Die Streitkräftebasis – zentraler Servicebereich für die Streitkräfte
- 3. Personal in der Reform**
Personelle Aspekte der Streitkräftebasis
- 4. Zusammenfassung**
Besonderheiten und Zukunftschancen der Streitkräftebasis

- hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen.

Die Bundeswehr muss also in der Lage sein, die staatliche Integrität Deutschlands zu wahren und seine Staatsbürger zu schützen sowie Aufgaben im internationalen Rahmen gemeinsam mit Verbündeten und Partnern zur Verhütung von Konflikten und Bewältigung von Krisen wahrzunehmen. Das schließt die militärische Verteidigung der Interessen der Bundesrepublik und ihrer Bündnispartner ein.

1.2 Rahmenbedingungen und Verpflichtungen (Abb. 1)

Deutschland, das wirtschaftlich stärkste und bevölkerungsreichste Land der EU, befindet sich in einer **geostrategischen Schlüssellage**. Die Einheit Deutschlands, die Erweiterung der NATO und die Entwicklung der EU haben unser Land stärker in die Mitte des euro-atlantischen Raumes gerückt.

Landesverteidigung ist Bündnisverteidigung und erfordert Fähigkeiten, die auch der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung die-

*) Von der Redaktion bearbeitete inhaltliche, nicht wörtliche und stellenweise gekürzte Wiedergabe des Vortrags von Vizeadmiral Heise. Abbildungen alle SKB. Fotos F. Brockmeier

nen. Die anhaltende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel stellt wie auch der internationale Terrorismus ein Risiko dar, das eine auch militärische Vorsorge erfordert. Die Sicherung des Friedens ist oberstes Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik: Sicherheit in und für Europa ist unteilbar und verlangt eine umfassende, multinationale Vorsorge.

Deutschland leistet als Mitglied der VN, der OSZE sowie insbesondere der NATO und der EU einen Beitrag für diese Sicherheitsvorsorge auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit. Das schließt die Verpflichtung ein, sich an gemeinsamen Maßnahmen der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu beteiligen.

Auf dem NATO-Gipfel 1999 in Washington haben sich alle Bündnisstaaten verpflichtet, ihre Fähigkeiten in definierten Schlüsselbereichen zu verbessern. Ein Großteil der Defizite in den fünf DCI-Handlungsfeldern (Verlegefähigkeit und Mobilität, Durchhaltefähigkeit und Logistik, Einsatzwirksamkeit, Überlebensfähigkeit sowie Führung) ist bereits zuvor im Rahmen des NATO-Streitkräfte-Planungsprozesses identifiziert worden.

Mit den ausgewählten Schwerpunkten **strategischer Transport, strategische Aufklärung und Führungsfähigkeit** wird aus deutscher Sicht ein besonderer Beitrag zur Stärkung nationaler Fähigkeiten und des europäischen Pfeilers in der NATO geleistet.

Das ebenfalls 1999 vom Europäischen Rat beschlossene **European Headline Goal (EHG)** gibt Ziele für den Aufbau eines Streitkräfte-Dispositivs vor, das der EU ab 2003 im Bedarfsfall für die Erfüllung von Krisenmanagement-Aufgaben zur Verfügung gestellt werden kann. Die europäischen Einsatzkräfte erfordern die Bereitstellung von Streitkräften in einem Umfang von bis zu 60.000 Soldaten. Deutschland leistet

Rahmenbedingungen und Verpflichtungen

➤ Änderung der geostrategischen Lage Deutschlands

➤ Wandel der Risiken

➤ Internationale Verpflichtungen

u.a. NATO: Defense Capability Initiative (DCI) 1999

EU : European Headline Goal (EHG) 1999

UN : Stand-by Arrangements

Abb. 1

hierzu einen seinem politischen Gewicht entsprechenden Beitrag, der ungefähr zwanzig Prozent der benötigten Kräfte und Mittel umfasst und sich – je nach Lage – aus allen militärischen Organisationsbereichen zusammensetzen wird.

Im Rahmen von **Stand-by-Arrangements** unterstützt Deutschland ferner mit vorhandenen Kräften und Mitteln im Bedarfsfall die Vereinten Nationen.

Die eingegangenen Verpflichtungen wurden hinsichtlich Operationsgröße, erforderlicher Verfügbarkeit und eventueller Gleichzeitigkeit von Einsätzen deutscher Streitkräfte präzisiert: Die Bundeswehr muss in der Lage sein, eine große Operation mit bis zu 50.000 Soldaten aller militärischen Organisationsbereiche über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr oder zwei mittlere Operationen mit jeweils bis zu 10.000 Soldaten sowie parallel dazu mehrere kleinere Operationen (z.B. Evakuierungen) durchzuführen.

Die Herausforderung ist also groß

und lautet im Ergebnis: Gewährleistung des erweiterten Fähigkeitsprofils mit eingeschränkt verfügbaren Kräften und Mitteln.

1.3 Personallumfänge

Nach der Entscheidung der Bundesregierung wird der Umfang der Streitkräfte verringert. Wir brauchen gleichwohl Einsatzkräfte in der Stärke von ca. 150.000 Soldaten. Gemeinsam mit etwa 110.400 in der **militärischen Grundorganisation (MGO)** ergibt

sich daraus eine Gesamtstärke an präsenten Kräften von ca. 260.400 Soldaten.

Dazu kommen etwa 22.000 Soldaten, die sich in einer zivilberuflichen Qualifizierung befinden, z.B. länger dienende Offiziere an den Universitäten der Bw oder Soldaten in der Berufsförderung, die für einen nahtlosen Übergang in das zivile Berufsleben vorbereitet werden. Des weiteren sind ca. 2.600 Stellen für Wehrübende vorgesehen. Sie dienen der Aus- und Weiterbildung der Reservisten. Der Gesamtumfang wird also 285.000 Soldaten betragen. Er setzt sich zusammen aus ca. 202.400 Zeit- und Berufssoldaten sowie 80.000 Wehrdienstleistenden (Personalmodell 2000 – PSM 2000).

Damit verringert sich der Umfang der Streitkräfte in den nächsten sechs Jahren von heute 338.000 um 53.000 Soldaten. Da der Umfang an Berufs- und Zeitsoldaten nahezu unverändert bleibt, erfolgt die Reduzierung ausschließlich durch Verringerung des Umfangs an Grundwehrdienstleistenden.

Dies ist die besondere Herausforderung an die Nachwuchsgewinnung in der Zukunft. Etwa die Hälfte der Längerdienster gewinnen die Streitkräfte bekanntlich aus ihren Wehrpflichtigen. Bei sinkendem Wehrpflichtigen-Umfang muss dieses Rekrutierungspotenzial künftig durch attraktive Angebote kompensiert werden. Hinzu kommt, dass der Umfang an freiwillig Wehrdienstleistenden (FWDL) von heute 22.200 auf künftig 27.000

Anteile der Organisationsbereiche ohne Wehrübungsumfang

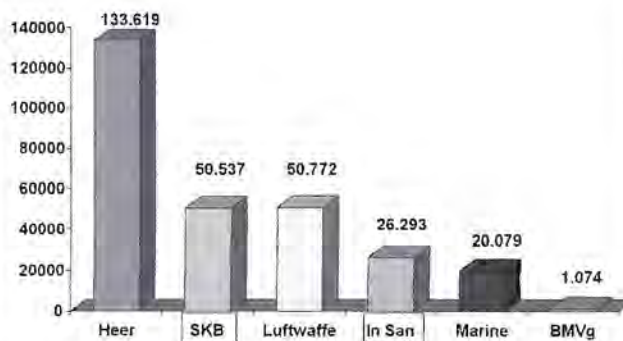


Abb. 2

(PSM 2000) erhöht werden soll. Auch für diesen Personenkreis, der für Auslandseinsätze zur Verfügung steht, sind deshalb attraktive Anreize zu schaffen.

Der Gesamtumfang von 285.000 Soldaten wurde auf die militärischen Organisationsbereiche (ohne Wehrübungsumfang) aufgeteilt. Allein das Zahlenwerk gibt einen ersten Hinweis auf die Bedeutung der beiden neuen zentralen Organisationsbereiche Streitkräftebasis und Sanitätsdienst in der Bundeswehr (Abb 2).

2. Organisation und Strukturen:

Die Streitkräftebasis – zentraler Servicebereich für die Streitkräfte

Die Idee Streitkräftebasis (Abb. 3):

- Wie aufgezeigt ist ein erweitertes Aufgabenspektrum abzudecken und – gemessen an DCI und EHG – sind Fähigkeitslücken hauptsächlich bei strategischer Aufklärung sowie Mobilität, Führungsfähigkeit und Durchhaltefähigkeit zu schließen.
- Die Bundeswehr hat zu wenig Einsatzkräfte und ist mit den Balkan-Einsätzen an der Grenze, es mangelt auch an Qualität.
- Der Betrieb der Streitkräfte ist zu teuer, auch weil die Teilstreitkräfte die gleichen Aufgaben für Leistung und Betrieb redundant ausbilden.
- Mit dem verstetigten Plafond von 23,62 Mrd. EUR (46,2 Mrd. DM) steht zu wenig Geld für die erforderlichen Investitionen zur Verfügung.
- Wenn investiert werden soll, muss gespart werden! In diesem Zusammenhang ist die Leitlinie des Bundesministers, „Wirtschaftlichkeit und Effizienz sind in der Bw konsequent zu verbessern.“, zu sehen.

Ein Ansatz dazu ist die Zentralisierung und Rationalisierung und deswegen der konzeptionelle Neuanfang. Die Aufstellung der Streitkräftebasis und des Zentralen Sanitätsdienstes sind notwendige Bausteine für die Streitkräftereform. Mit diesem Neuanfang wird die Zahl der Einsatzkräfte von 60.000 auf 150.000 Soldaten nahezu verdreifacht!



Abb. 3

militärischen Planstellen beinhaltet 26.000 Soldaten als Einsatzkräfte, 24.500 Soldaten in der MGO sowie rund 20.000 zivile Dienstposten. Dieser Umfang ist knapp bemessen. In Teilbereichen geht dies zu Lasten der Durchhaltefähigkeit der Einsatzkräfte der SKB. Im Übrigen wird darauf gesetzt, dass wesentliche Teilaufgaben (z.B. im Bereich der ortsfesten Logistik und Führungsunterstützung) zivilen

Dienstleistern übertragen werden, wenn die zur Zeit durchgeführten Pilotprojekte umsetzbar sind.

2.1 Aufgabenbereiche der Streitkräftebasis (SKB)

Der Auftrag der SKB ist die umfassende Unterstützung der Bw im Inland sowie aller Einsätze außerhalb unseres Landes. Die ihr zugeordneten zahlreichen und komplexen Aufgaben sind im linken Teil der *Abbildung 4* dargestellt. Im Folgenden wird näher eingegangen auf:

- Führung/Führungsunterstützung,
- Nationale Territoriale Aufgaben,
- Logistik.

Rechts in *Abbildung 4* sind zum großen Teil die Aufgabengebiete aufgeführt, die dem alten Bereich Zentral Militärische Dienststellen der Bundeswehr zugeordnet waren und die jetzt Teil der Streitkräftebasis sind. Der SKB-Umfang von 50.500

2.2 Grundgliederung der SKB

Die für die Aufgabenerfüllung der SKB erarbeitete Grundgliederung folgt dem Zweisäulenaufbau der Teilstreitkräfte (TSK) mit dem Streitkräfteunterstützungskommando (SKUKdo) als dem Führungskommando der SKB (FüKdoSKB), dem die Wehrbereichskommandos (WBK), das Logistikzentrum der Bundeswehr (LogZBw), das Logistikkamt der Bw (LogABw), das Kommando Strategische Aufklärung (KdoStratAufkl) und das Zentrum für Operative Information (ZOpInfo) unterstellt sind.

Das Streitkräfteamt (SKA) mit dem ihm unterstellten Bereichen erfüllt vor allem Aufgaben

- in der Ausbildung und Erziehung, z.B. Führungsakademie der Bw, Innere Führung;
- in Wissenschaft und Forschung, z.B. Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Sozialwissenschaftliches Institut (SOWI);
- in militärischen Vertretungen, z.B. Militärattachés, Deutsche Anteil in NATO-Kdo-Behörden;
- sowie für militärische Fachauf-

Aufgabenbereiche der Streitkräftebasis

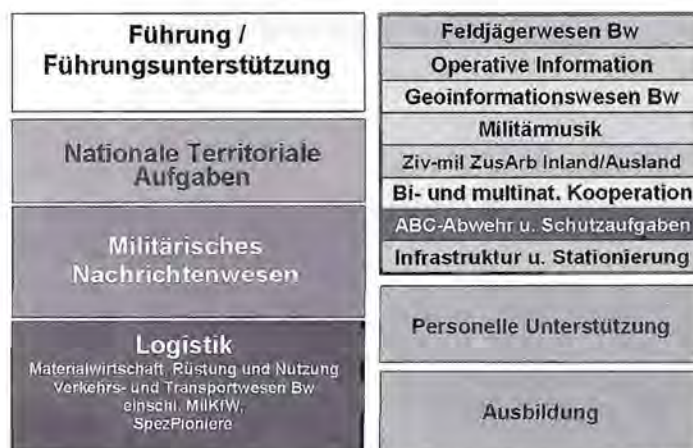


Abb. 4

gaben, z.B. Infrastruktur für die Streitkräfte.

Das Einsatzführungs-kommando der Bundeswehr (EinsFüKdo) untersteht dem Inspekteur der SKB truppendienstlich, für den Einsatz jedoch unmittelbar dem Bundesminister der Verteidigung als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt (Abb. 5). Die übrigen Dienststellen sind dem Inspekteur der SKB wegen ihrer besonderen Bedeutung direkt unterstellt.

2.3 Das Einsatzführungs-kommando der Bw (EinsFüKdoBw)

Das EinsFüKdoBw (Abb. 6) wird in Potsdam seit dem 1. Juli 2001 aufgestellt. Es hatte in der Stellenbesetzung absolute Priorität, da es bereits zum 1. Oktober über einen hohen Anteil des erforderlichen Personals für eine notwendige Ausbildung im IV. Quartal verfügen musste. Durch eine sorgfältige Abstimmung der TSK-Anteile wird dem „truly joint“ Erfordernis Rechnung getragen.

Das EinsFüKdoBw ist in der Friedensgliederung analog den NATO-Standards für höhere Kommandobehörden auf der Ebene der operativen Führung in die Abteilungen J 1 bis J 9 sowie J Med gegliedert. Eine weitere Besonderheit ist die unmittelbar dem Chef des Stabes unterstellte Gruppe Spezialoperationen (SpezOps). Zum 01.01.2002 wird das EinsFüKdoBw die Führung der nationalen Anteile in allen laufenden Einsätzen (zz. KFOR/SFOR/TF FOX/Georgien) übernehmen. Die volle Einsatzbereitschaft soll Mitte 2002 erreicht werden. Das operationelle Hauptquartier (OHQ) für von der EU geführte Operationen soll etwa 2004/5 einsatzbereit sein.

Das EinsFüKdoBw wird auch alle nationalen joint-Übungen

Grundgliederung Streitkräftebasis

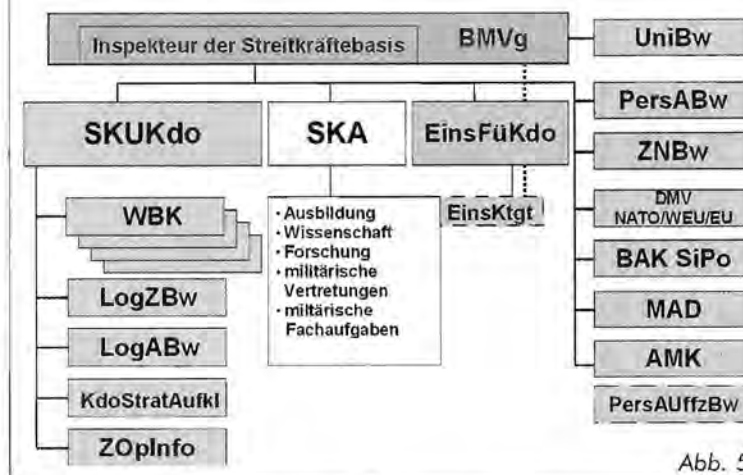


Abb. 5

sowie die nationalen Anteile in den großen NATO-Übungen führen. Den FÜKdo's der TSK verbleiben Übungen der JSRC-Ebene (Joint-Sub-Regional-Command). Sie sind ansonsten „Force-provider“ im Auftrag ihrer Inspektoren. Letzteres gilt auch für das SKUKdo mit den Einsatzkräften der SKB.

Das EinsFüKdoBw ist für den Einsatz unmittelbar dem Bundesminister als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt (IBuK) über die Streitkräfte (SK) im Frieden (F) unterstellt, der abschließende Entscheidungen trifft. Der Generalinspekteur ist dem IBuK für die Planung und Führung von Einsätzen verantwortlich. Er bedient sich dazu des Einsatzrates (neu) und des KSEA Bw (Koordinierungsstab für Einsatzaufgaben der Bw, wie bisher), in dem alle, einschl. der zivilen Abteilungen des BMVg vertreten sind (Abb. 7). Die Koordination der Einsatzaufgaben erfolgt durch die Stabsabteilung FüS V, der auch den KSEA leitet. Alle Weisungen und Befehle laufen somit über FüS V (FüZBw

multinationales (MN)-Kommando (z.B. OPCON) in jedem Fall durch den EinsKtgt-Führer weiter truppendienstlich zu führen.

2.4 Aufgaben Führungsunterstützung (Abb 8)

Die SKB übernimmt und betreibt:

- das stationäre Fernmeldesystem im Inland zur Unterstützung des Friedensdienstbetriebes und zur Unterstützung von Einsätzen;
- den gesamten Weitverkehr für Einsätze (im Wesentlichen Satelliten-Kommunikation – SATCOM);
- die Verbindungen vom EinsFüKdoBw zum EinsKtgtFü, z.B. der Lw-Kräfte;
- im Einsatzgebiet die nationale Anbindung aller deutschen Einsatzkräfte – sowohl der im multinationalen Rahmen eingesetzten operativen Kräfte der TSK als auch der Unterstützungskräfte (UstgKräfte) (z.B. Logistik-Regiment – LogRgt – der SKB als logistische Basis – LogBasis – Einsatzgebiet).

Die SKB muss dazu ihre Truppen heeresähnlich organisieren. Die FüUstg wird sich zukünftig wie folgt aufbauen:

- Für den Betrieb des stationären Fm-Systems in Deutschland mit zunächst vier regionalen Netzführungszentren mit insgesamt 36 Fm-Sektoren.

Einsatzführungskommando der Bundeswehr

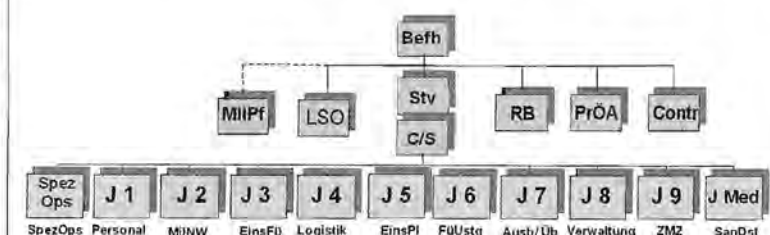


Abb. 6

- Ein mögliches Rationalisierungspotenzial ergibt sich in Abhängigkeit von Pilotprojekten.
- Die Einsatzkräfte werden mit den Kräften für das stationäre Fm-System in insgesamt zwei FüUstgRgt zusammengefasst.
- Für die Weitverkehrsbindung der EinsKräfte stehen sechs FmBtl sowie ein weiteres FmBtl zur FüUstg von HQ der NATO zur Verfügung.
- In der Übergangsstruktur verfügt das FüUstgRgt 38 darüber hinaus noch über das FmBtl Autofü Lw (stationär).

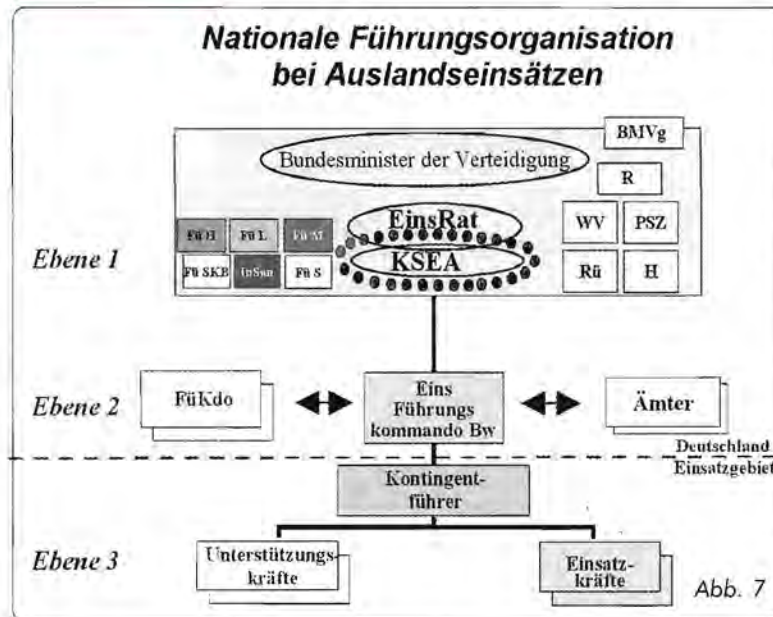
2.5 Strategische Aufklärung

Zu den Defizitbereichen der BW gehört neben einer TSK-übergreifenden Führungsfähigkeit und der strategischen Mobilität auch die strategische Aufklärung. Den notwendigen Fähigkeitszuwachs für die SK in diesem Aufgabenfeld erreichen wir durch:

- Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel der Fm- und elektronischen Aufklärung sowie des bodengebundenen elektronischen Kampfes im KdoStratAufkl,
- Aufbau der satellitengestützten Aufklärungskomponente (SAR Lupe), ihre parlamentarische Beratung soll noch 2001 erfolgen.

Damit erreichen wir den Abbau von Schnittstellen und die Nutzung von Synergieeffekten sich ergänzender Aufklärungsmittel.

Das KdoStratAufkl wird zu Beginn 2002 in Rheinbach aufgestellt. Ihm werden drei Fm-Bereiche mit stationären und mobilen Kräften sowie das Zentrum satellitengestützter Aufklärung unterstehen.



2.6 Aufgaben Logistik

Der dritte wesentliche Aufgabenbereich der SKB ist die Logistik mit ihren zwei Hauptaufgaben:

- Führen der LogBasis Inland durch die SKB, d.h. Verfügbarmachen von zivilen und militärischen Kapazitäten;
- Betreiben der LogBasisEinsGebiet mit LogKräften der SKB zur Unterstützung der organischen LogKräfte der TSK in ihren jeweiligen Einsatzräumen.

Daraus folgt, dass die LogUstg nicht mehr durch die drei LogSysteme der TSK sondern nur in einem LogSysBw, d.h. einem systemischen Verbund von Basis- und EinsLog, möglich ist. Im Mittelpunkt dieses

LogSysBw steht etwas ganz Neues: das LogZBw, das in Wilhelmshaven aufgestellt werden wird und – wie das LogABw – unmittelbar dem SKU-Kdo unterstellt ist. Mit der Aufstellung eines Vorläufers des LogZBw wurde am 01.10.2001 mit einer streitkräftegemeinsamen Vorbereitungsgruppe begonnen. Das LogZBw wird das Herz der Log sein. Hier erfolgt die zentrale Disposition aller logistischen Leistungen für Einsätze und für den Ausbildungs- sowie Friedensdienstbetrieb.

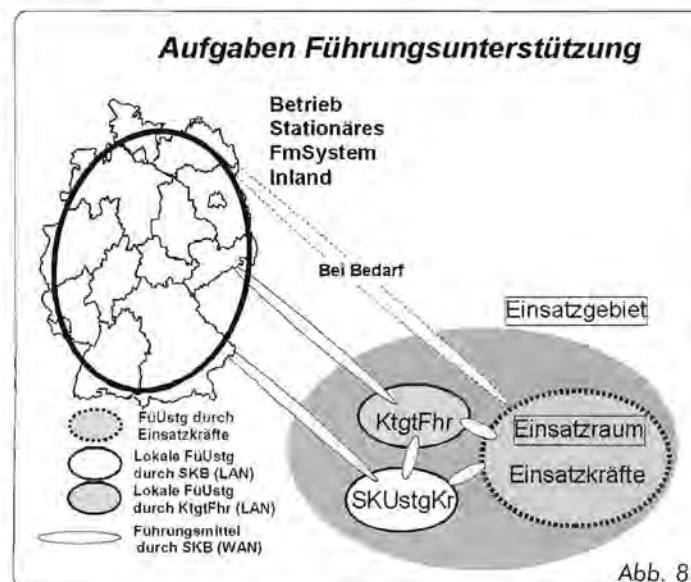
Es bearbeitet die Anforderungen aller Truppenteile und Dienststellen der Bw unabhängig davon, ob diese Leistung durch militärische Kräfte und Mittel oder durch die Nutzung ziviler Ressourcen erfüllt wird. D.h. die anforderungsberechtigten Einheiten der Lw richten zukünftig ihre Bedarfsanforderung an das LogZBw. Hierzu plant, steuert und kontrolliert es durchgängig die Lieferketten aller Versorgungsgüter von der Beschaffung bis zum Verbrauch. Kosten-, Budget- und Qualitätskontrolle sichern die wirtschaftliche Leistungserbringung.

Die erforderliche Transparenz wird durch moderne Informationstechnik (SAP R3) in Verbindung mit dem Leistungs- und Kostencontrolling sichergestellt. In der Phase des Übergangs werden bei zentralem Management in Wilhelmshaven die bisherigen Materialkontrollzentren der TSK die Materialdisposition auf der Basis der bisherigen Verfahren gewährleisten.

2.7 Logistiktruppen der SKB

Folgende Kräfte, zusammengefasst in den Wehrbereichskommandos I und IV, werden von der SKB für die vorgenannten logistischen Aufgaben bereitgestellt:

- jeweils zwei LogRgt und ortsfeste logistische Einrichtungen (durch die beiden



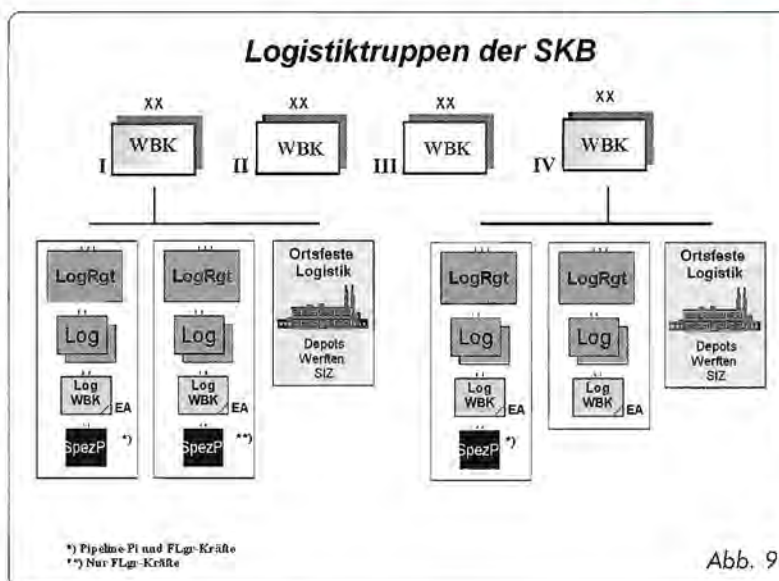
WBK unmittelbar geführt)

- jedes LogRgt wird über zwei LogBtl-EinsKräfte sowie ein LogBtlWBK verfügen (dieses hat auch einen Ausbildungsauftrag für die Allgemeine Grundausbildung und die Dienstposten-Ausbildung im Frieden)
- zusätzlich gibt es in drei LogRgtSKB jeweils ein Spezial Pionierbataillon (SpezPiBtl) mit je vier Feldlagerbetriebskompanien (FlgrBetrKp), zwei dieser SpezPiBtl verfügen außerdem noch über Pipeline-Pioniere
- für die Übergangsstruktur werden die LogBrigaden 2 und 4 des Heeres sowie drei LwVersRgt übernommen (Abb. 9)

2.8 Kooperation mit der Wirtschaft

Ein wesentlicher Aspekt der Neuordnung ist, dass die Bundeswehr und die Wirtschaft eine strategische Partnerschaft eingegangen sind. Sie beruht formal auf dem Rahmenvertrag zur Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr und verfolgt das Ziel gegenseitigen Nutzens. Die Bw soll von den Unterstützungsaufgaben entlastet werden, die nicht zu den Kernaufgaben gehören.

Unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit sind dabei möglich. Sie reichen von gewerblich militärischen Kooperationsmodellen bis hin zur vollständigen Vergabe an zivile Leistungserbringer. Umfang und Intensität der Zusammenarbeit hängen dabei von der Zuordnung der Leistung zu militärischen Kernfähigkeiten, der Wirtschaftlichkeit, der Verfügbarkeit, der Zuverlässigkeit und dem möglichen Gefährdungs-



potenzial, also der Einsatzart, ab.

Mit Weisung vom 8. Mai 2001 hat Bundesminister Scharping entschieden, dass der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b.) zunächst die Bereiche Flottenmanagement, Bekleidung, Informationstechnologie (IT) und Liegenschaften als Geschäftsfelder zugewiesen werden. Die g.e.b.b. ist auf diesen Gebieten auf enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationsbereichen angewiesen.

Die laufenden Pilotprojekte der OrgBereiche sowie im Verantwortungsbereich des IT-Direktors werden in die Konzepte und Planungen zur Erschließung dieser Geschäftsfelder integriert. Weitere Geschäfts-

felder bedürfen der Genehmigung des Ministers.

Unabhängig davon untersucht die g.e.b.b. mit Unterstützung der Firma Roland Berger weitere Servicefunktionen in der Bw, um weitere Geschäftsfelder zu identifizieren.

2.9 Territoriale Kommando-behörden (Abb. 10)

Das vierte große Aufgabenfeld der SKB sind die nationalen ter-

ritorialen Aufgaben (NTA). Die Struktur sieht nun vor:

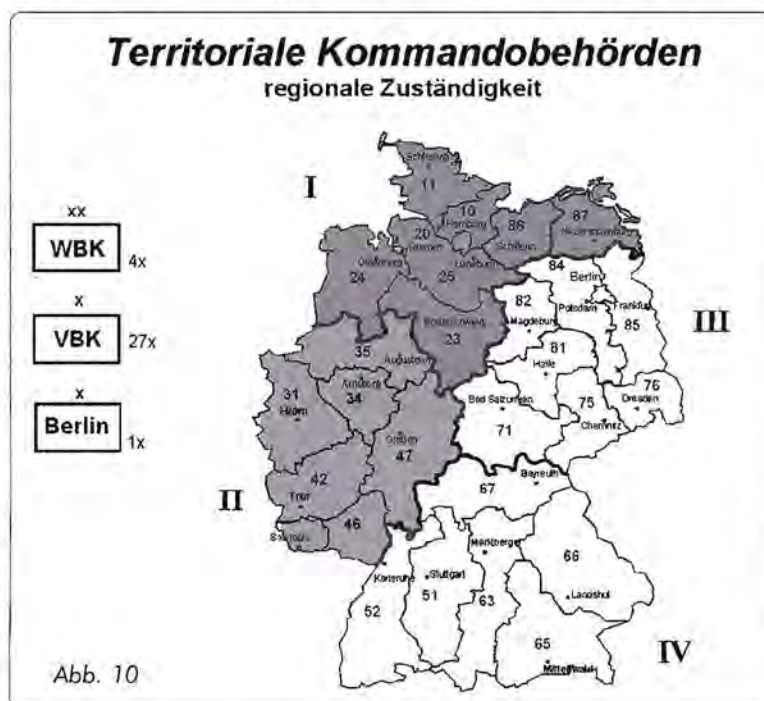
- vier Wehrbereichskommandos (WBK) (statt bisher 7)
- die Zahl der Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) zur Vertretung der Bw in der Fläche bleibt unverändert bei 27 sowie dem Standortkommando (StOKdo) Berlin.

Die NTA haben sich bedeutend geändert, wir gehen nicht mehr vom Bundesgebiet als Kampfzone aus, vielmehr werden wir mehr als bisher Unterstützungsgebiet und Drehscheibe für Abstützung oder Transit von multinationalen Krisenreaktionskräften sein. Dies bekommt wegen der eventuellen Bekämpfung von terroristischen Kräften in Drittländern möglicherweise einen ganz aktuellen Bezug. Wir werden die neuen NTA in einem konzeptionellen Grundsatzpapier abbilden.

2.10 Realisierung der SKB

Einige Meilensteine der Realisierung, die insbesondere auch schon in diesem Jahr gesetzt wurden:

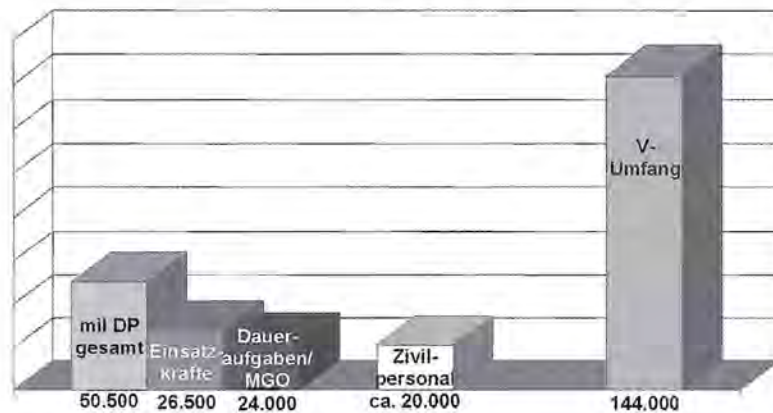
- Das EinsFüKdoBw wurde zum 01.07.01 in Dienst gestellt.



- Das SKUKdo ist seit April 2001 in der Aufstellung begriffen (Aufwuchs auf der Zeitachse 830 Dienstposten).
- Am 01.10.01 erfolgte die Unterstellung der WBK I IV unter das SKUKdo und die Übernahme der NTA vom Heer in die SKB (Befehlshaber SKUKdo als nationaler territorialer Befehlshaber).
- Das SKA erfährt bis 2005 eine ständige Anpassung an neue Aufgaben.
- Die Umgliederung LogABw soll von Oktober 2001 bis September 2002 erfolgen; die Vorbereitungen zum Aufbau des LogZBw haben zum 01.10.01 begonnen. Absicht ist es dann, in einer halbjährlichen Überlappungsphase ab dem 01.07.02 schrittweise die Dispositionsverantwortung in der Logistik von den TSK zu übernehmen.
- Der Aufbau des KdoStratAufkl wird ab 01.01.02 beginnen.
- Die Aufstellung des ZOpInfo soll Ende 2002/Anfang 2003 erfolgen. Bedeutsam ist, dass die SKB mit ihren Kräften unmittelbare Einsatzunterstützung leistet, die sehr schnell wirksam wird. Bereits seit dem 01.10.01 sind Kräfte der SKB im Einsatz (SFOR und KFOR):
- Die Operative Information (OpInfo)-Kräfte sowohl bei SFOR als auch bei KFOR

Abb. 11

Personalumfang SKB F und V



- Die SATCOM-Kräfte und Hochfrequenz (HF)-Weitverkehrskräfte
 - Die Kräfte in den CIMIC Kp SFOR und KFOR
 - Die Feldjäger
- Die elektronischen Aufklärungskräfte (ELOKA) des Heeres werden zum 01.07.02 die Unterstellung wechseln und führen ihre Einsatzaufträge ab dann als Teil der SKB weiter durch.
- Die Umgliederung der LogEins-Kräfte wird so abgeschlossen werden, dass die SKB ab dem 01.04.04 die LogBasen EinsGebiet einschließlich entsprechend notwendiger FlgrBetr-Komponenten sowohl für SFOR als auch KFOR stellen wird.

Das Ziel ist, die Einheiten (Ausnahme Stabs- und Verorgungs Kp) grundsätzlich „TSK-rein“ zu halten. Das sieht auf den ersten Blick unproblematisch aus, ist es aber nicht, wenn man die einzelnen Laufbahngruppen nach dem derzeitigen Stand des PSM 2000 im Einzelnen betrachtet. So stellt das Heer überproportional viele Mannschaften, die Marine überproportional viele Offiziere und die Luftwaffe überproportional viele Unteroffiziere. Das macht Probleme. Wir wollen natürlich keine Einheiten, in denen die „Häuptlinge“ von der Marine kommen und die „Indianer“ alles Heeressoldaten sind. Unser Ansatz ist deshalb, z.B. den überproportionalen Anteil an Lw-Feldwebeln in Bereichen auszuplanen, die in Bezug auf die gerade angesprochene Problematik weniger kritisch sind.

3. Personal in der Reform

Personelle Aspekte der Streitkräftebasis

3.1 Personalumfang SKB (Abb. 11)

Der zukünftige Gesamtumfang der Streitkräfte von 285.000 Soldaten gemäß PSM 2000 wurde bereits unter Abschnitt 1.3 vorgestellt.

Ohne ca. 1.200 Wehrübungsplätze, die der SKB zugebilligt werden, verbleiben also 50.500 ausplanbare militärische Dienstposten (DP) für die SKB. Dieser OrgBereich ist damit schon von der Größenordnung her ein bedeutendes Element in der neuen Streitkräftestruktur. Auf der Grundlage des zugewiesenen Umfangs von 50.000 DP für die SKB wurde das Personal wie aus der Grafik ersichtlich ausgeplant. Der Personalanteil in den Einsatzkräften (EK) mit rund 26.500 Soldaten überwiegt

gegenüber dem Personal der MGO, d.h. dem Personal in Einrichtungen mit Daueraufgaben im Frieden.

Zum Gesamtpersonalumfang der SKB sollen nachzeitigem Planungsstand und unseren Vorstellungen noch ca. 20.000 zivile DP kommen. Noch nicht konkret ausgeplant haben wir den V-Umfang. Wir gehen von etwa 144.000 Soldaten aus. Die dazu erforderlichen konzeptionellen Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Das militärische Personal in der SKB setzt sich zusammen aus:

- 35.505 Soldaten des Heeres (entspr. 70% des SKB-Umfangs)
- 11.441 Soldaten der Luftwaffe (entspr. 22,5% des SKB-Umfangs)
- 3.797 Soldaten der Marine (entspr. 7,5% des SKB-Umfangs)

3.2 Grundsätze der Personalführung

Die SKB ist keine eigene TSK und sieht daher keine eigene Personalführung in den zentralen personalbearbeitenden Stellen (ZPST) vor. Nach unseren Vorstellungen erfolgt die Personalführung für die Soldaten der SKB grundsätzlich nach den derzeit gültigen Verfahren (gem. ZDv 14/4):

- Mannschaften (Kurzdienster) von Heer und Lw werden auf Btl/Rgt-Ebene geführt, die Planstellenbewirtschaftung erfolgt auf WBK-Ebene
- längerdienende Mannschaften, Unteroffiziere, Offiziere und Sol-

daten der Marine bei den ZPST

Für die Soldaten bestimmter Verwendungsbereiche (z.B. FJg, OpInfo, FmElo) die ausschließlich in der SKB vertreten sind, muss eine zentrale Personalführung nach dem Muster GeoInfo-Dienst oder MAD angestrebt werden; diese kann bestehenden Abteilungen der ZPST angegliedert werden. Zur besseren Planbarkeit (Ausbildung, Nachbesetzung) für die ZPST der TSK ist mittelfristig eine TSK-Kodierung aller DP in den Org-Grundlagen (STAN) vorgesehen, Übergangslösung: zunächst in den OSP.

3.3 Fürsorge und Betreuung (Abb. 12)

Soldaten und ihre Familien unterliegen besonderen Belastungen, einmal natürlich auf Grund der unausweichlichen Personalmaßnahmen, insbesondere aber bei Auslandseinsätzen. Die Betreuung der Soldaten und ihrer Familienangehörigen hilft diese Belastungen auszugleichen. Der § 10 des Soldatengesetzes beinhaltet die Fürsorgepflicht des Vorgesetzten, der § 31 SG regelt die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Die Betreuung der Soldaten erfolgt in der dienstfreien Zeit und in Zeiten dienstlicher Bereitschaft mit Hilfe von:

- Betreuungseinrichtungen
- Betreuungspersonal
- Betreuungsmittel und
- Betreuungsmaßnahmen

Familienbetreuung ist daher nur ein Teil der Betreuung, wenn auch ein sehr wichtiger. (Abb. 13)

Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft und Motivation unserer Soldaten im Einsatz eine professionelle und kompetente Betreuung der Familie erforderlich ist. Die zukünftige Familienbetreuungsorganisation ist daher personell und

Abb. 12

Fürsorge und Betreuung



materiell so auszustatten, dass eine angemessene und umfassende Betreuung durch hauptamtliches Personal geleistet werden kann. FüS 1 3 als federführendes Referat hat hierzu konzeptionelle Vorstellungen entwickelt, deren Umsetzung bedarf allerdings noch der Ministerentscheidung. Dazu soll die zukünftige Familienbetreuungsorganisation (FBO) im Wesentlichen bestehen aus:

- einem Leitfamilienbetreuungs-zentrum (Leit FBZ) beim EinsFüKdoBw,
- 31 Familienbetreuungs-zentren (FBZ), die den vier WBK und 27 VBK truppendienstlich unterstellt sind (die drei FBZ der Marine werden in den Typkommandos – Flottillen – ausgebracht) und
- weiteren Familienbetreuungsstellen (FBSt), die durch die in den Einsatz entsendenden Trup-penteile eingerichtet und mit

Konzeption Familienbetreuungsorganisation

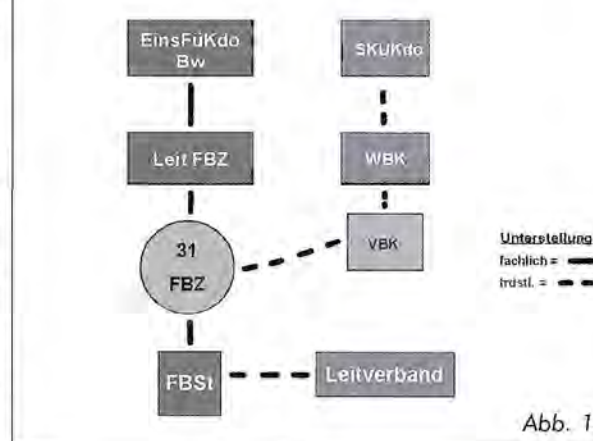


Abb. 13

nebenamtlichem Personal betrieben werden.

Neben der Betreuung von Familienangehörigen der Soldaten in Auslandseinsätzen können künftig durch stärkere Einbindung des zivilen Personals aus dem Sozialbereich die Soldaten und ihre Familien bei allen anderen Fragen im sozialen Bereich (versorgungsrechtliche Angelegenheiten, Umzug, Integration am neuen Standort, Kindererziehung, Suchtprävention usw.)

durch die Familienbetreuungsorganisation wirksam unterstützt werden.

3.4 Militärseelsorge (Abb. 14)

Eine besondere Form der Fürsorge ist die Militärseelsorge.

Durch die Umstrukturierung der Streitkräfte hatte sich auch die Militärseelsorge den neuen Rahmenbedingungen und Erfordernissen anzupassen. Im Unterschied zu allen anderen Organisationsbereichen der Bundeswehr unterliegt die institutionalisierte Militärseelsorge nicht der alleinigen staatlichen Disposition. Die staatskirchenrechtlichen Regelungen und vertraglichen Bindungen zwischen Staat und Kirchen, die den Organisationsbereich Militärseelsorge charakterisieren, sind daher zu beachten.

Die bisherige dreigliedrige

Organisationsstruktur der Militärseelsorge soll erhalten bleiben:

- als **Bundesoberbehörden** das Evangelische Kirchenamt (EKA) und das Katholische Militärbischofsamt (KMBA),
- auf **Mittelebene** die dienstaufsichtsführenden Dekane und
- auf **Ortsebene** die Standortpfarrer bzw. die Militärgeistlichen bei besonderen Einrichtungen der Bundeswehr (z.B. UniBw)

Die Ebene der Bundesoberbehörden soll bestehen

bleiben; die Struktur der Ortsebene kann in Abhängigkeit von der bevorstehenden Truppendislozierung erst zu einem späteren Zeitpunkt gestaltet werden

(voraussichtl. keine Reduzierung bei der Anzahl der Militärpfarrern aufgrund der zusätzlichen Belastungen durch Teilnahme an Auslandseinsätzen).

Durch die militärische Neuausrichtung, insbes. die Reduzierung von sieben auf vier Wehrbereiche, besteht jedoch Handlungsbedarf hinsichtlich einer Anpassung der Mittelebene.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es in der Militärseelsorge zunächst für eine Übergangszeit bis zum Jahr 2004 ausschließlich An-

derungen auf der Mittelebene geben wird, denn bis zu diesem Zeitpunkt können auf katholischer Seite die

strukturell notwendigen Anpassungen auf Ortsebene vorgenommen werden und auf evangelischer Seite wird dann die Nachfolgeregelung für die Ende 2003 auslaufende Rahmenvereinbarung vorliegen.

Die Zahl der Militärseelsorger wird sich somit nicht oder nur unwesentlich ändern. Dies entspricht den gemeinsamen Vorstellungen der beiden Zweige der Militärseelsorge sowie der Leitung des BMVg und der militärischen Führung.

(s.a. Beitrag „Neue Dienststellenbezeichnung ...“ S. XY)

Disposition der dienstaufsichtsführenden Geistlichen



Abb. 14

4. Zusammenfassung

Besonderheiten und Zukunftschancen der Streitkräftebasis

Die SKB ist bewusst keine TSK, sondern ein streitkräftegemeinsam zu besetzender Bereich. Sie ist aus sich heraus nicht regenerationsfähig. Die Fluktuation der Längerdienster zwischen Heer, Luftwaffe, Marine und SKB ist in den meisten Aufgabenbereichen (Ausnahmen: FJg, Oplnfo) deshalb die Regel. Sie verfügt deshalb auch über keine eigene Uniform. Die Identität muss aus der Leistung wachsen – aus dem Selbstverständnis, zentraler Unterstützungsbereich der Streitkräfte zu sein, ohne den sowohl im Friedensdienstbetrieb als auch bei Einsätzen „nichts läuft“. Konsequenterweise gibt es keine eigene Personalführung und keine lehrgangsgebundene allg. mil. Führer Ausbildung.

Nur durch die Zusammenführung von Unterstützungsaufgaben wird es möglich, bei sinkendem Gesamtumfang der Bw, die Einsatzkräfte auf 150 000 Soldaten zu verdreifachen, um zukunftsorientiert unsere Aufgaben erfüllen zu können.

Die Streitkräftebasis ist zuständig und verantwortlich für effiziente Dienstleistung und kompetente Unterstützung der Streitkräfte. Das heißt in unserem Selbstverständnis:

- Wir gewährleisten wesentliche Verbindungen zwischen Bw, ausländischen SK, Politik und Gesellschaft.
- Wir liefern Qualität und steigern Wirtschaftlichkeit.
- Wir handeln zukunftsorientiert und setzen auf vertrauensvolle Kommunikation, eindeutige Verantwortlichkeiten und Stärkung der Eigenverantwortung.
- Wir sehen den streitkräftegemeinsamen Einsatz von motiviertem Personal aus allen Bereichen der Bw als Garanten für die Auftragserfüllung der SKB.

Attraktivität und Chancengerechtigkeit zu den anderen MilOrg-Bereichen werden die Personalsituation der SKB maßgeblich mitbestimmen. Denn nicht nur für die TSK, sondern auch für die eigenen Soldaten sollte der künftige Lautspruch lauten:

„SKB steht für Streitkräftebasis aber auch für Service und Kompetenz in der Bundeswehr!“ □



Der Vortrag des Inspektors SKB zur Reform der Bundeswehr traf auf großes Interesse der Seminarteilnehmer und führte in der Aussprache und auch noch in der Pause zu regen Nachfragen und Anmerkungen wie hier vom Bundesvorsitzenden der GKS Oberst Klein (i.) und dem Leiter der Akademie Paul Schulz

„Soldat sein heute, ein Beruf wie jeder andere?“



KARL-HEINZ LATHER

Der Bitte, die Schirmherrschaft über die Akademie Oberst Korn zu übernehmen und heute über das Thema „Soldat sein heute, ein Beruf wie jeder andere?“ zu sprechen, bin ich gerne nachgekommen, weil ich dabei Position beziehen und Ihnen etwas über meine persönlichen Beobachtungen sowie über allgemein registrierbare Trends mitteilen kann. Mehr noch aber hoffe ich, mit Ihnen im Anschluss an diesen Vortrag eine intensive Diskussion über das Thema führen zu können. Ihre Meinungen und Anmerkungen sind mir wichtig.

In der Bundeswehr verfügen wir nicht über ein geschlossenes Bild des Soldaten. Nun haben sich während unserer mehr als 45-jährigen Geschichte, jeweils zu ihrer Zeit, Generalinspektoren, Inspektoren der Teilstreitkräfte, aktive und pensionierte Soldaten oder auch Wissenschaftler immer wieder einmal zur Thematik geäußert. Auch die beiden Militärbischöfe bzw. Militärgeneraldokane und Militärgeneralvikare haben verschiedentlich Ratschläge gegeben. Dabei sind nach meiner Beobachtung allerdings wesentlich mehr Hinweise zum Bild des Offiziers, zur Ethik dieses Berufes gegeben worden als zum Bild des Unteroffiziers oder des Soldaten allgemein. Ein ste-

reotypes Bild des Bundeswehrsoldaten existiert nicht. Andere Armeen, z.B. die amerikanische, typisieren eher *den* Soldaten, erreichen dies aber möglicherweise nur dadurch, dass dort eine geringere Integration in das Gemeinwesen erfolgt. Die Innere Führung der Bundeswehr aber verlangt geradezu den Staatsbürger in Uniform, also die Integration in die Gesellschaft. Es ist deshalb auch richtig, unseren Beruf differenziert und ganz bewusst nicht uniform zu betrachten. Uniformität lädt doch nur zu gerne dazu ein, Menschen, mitunter ganze Berufsgruppen in eine bestimmte Ecke zu stellen. Uniformität gilt darüber hinaus in unserer pluralistisch ausgelegten Gesellschaft eher als ein negativ besetzter Begriff. Und, Uniformität wird dem einzelnen Soldaten in Uniform in seiner individuellen Persönlichkeit objektiv auch nicht gerecht.

In zwei Bänden hat sich der Deutsche Bundeswehrverband unter dem Titel „Soldat – Ein Berufsbild im Wandel“ 1989 mit dem Bild des Unteroffiziers und 1993 mit dem des Offiziers intensiv und breit gefächert auseinander gesetzt. Beide Bände sind gute Nachschlagewerke für den, der einen umfassenden Einstieg in die Materie versuchen möchte. Beide Bände sind sicher in Ihren Truppenbüchereien oder beim Bundeswehrverband unmittelbar verfügbar.

1989 und 1993, die beiden Jahreszahlen weisen deutlich auf eine Kernproblematik hin. Der erste Band ist kurz vor, der andere 3 - 4 Jahre nach der Wiedervereinigung geschrieben worden. Der Band über die Unteroffiziere kann daher nur wenige Anmerkungen über den Unteroffizier der ehemaligen NVA machen, während Band 2 einige Kapitel enthält, die sich mit den Offizieren der früheren DDR-Armee und der Armeen anderer Warschauer Pakt - Staaten befassen. Würden die Bände heute neu aufgelegt, wäre gewiss auch das Thema Soldat im Einsatz oder Bundeswehr auf dem Balkan in

breiter Form zu finden. Und dann drängt sich ganz aktuell sofort die Frage auf: „Wird der 11. September 2001 unser Berufsbild verändern und, falls ja, wie?“

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, dass wir von Zeit zu Zeit mit Einschnitten in unser Berufsverständnis konfrontiert werden, die ihre Ursachen in der zeitgeschichtlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung haben. Wir leben in der Gesellschaft, wir wollen in ihr integriert sein, und wir sind es; ganz in dem Sinne, wie es die ZDv 10/1 in ihren „Leitsätzen für die Praxis der Inneren Führung“ formuliert. Dabei richtet sie sich mit ihren allgemeinen Forderungen bewusst an alle Soldaten und formuliert zugleich spezielle Forderungen an das Führungsverhalten der Vorgesetzten. Die 12 Leitsätze der Vorschrift sind Ergebnis und Ausweis unserer Überzeugung, dass wir auf dem Boden von Recht und Gesetz, gebunden durch Eid oder Feierliches Gelöbnis die Grundwerte unserer Verfassung in der militärischen Auftragserfüllung mit konkretem Leben erfüllen sollen. Sie sind zugleich allgemeiner Maßstab und Richtschnur unseres dienstlichen Handelns. Und ich meine, sie haben und werden immer auch unser persönliches Handeln beeinflussen oder gar mitbestimmen. Der wechselseitige Satz von der lebenskonformen Amtsführung und der amtskonformen Lebensführung besitzt also unverändert seine Bedeutung. Er spielt zum Beispiel in Disziplinarverfahren immer eine Rolle, wenn ein Soldat in Uniform oder als solcher erkennbar in der Öffentlichkeit seine Dienstpflicht verletzt. Ebenso können neben den konkreten dienstlichen Leistungen Familie und privates Engagement bei der Beurteilung von Soldaten durchaus ein relevanter Teilaspekt sein. Nehmen Sie z.B. die recht häufige ehrenamtliche Tätigkeit von Soldaten, die auch auf diese Weise die ihr zukommende Würdigung erfahren kann. Unser Integrationsauftrag

ist die entsprechende Bezugsgröße.

Wenn ich von Einschnitten spreche, was meine ich? In der Aufstellungsphase der Bundeswehr waren das Bild, die Vorstellung vom Soldatenberuf noch sehr durch Erinnerungen an den Wehrmachtsoldaten geprägt. Viele, die den Aufbau unserer jungen Bundeswehr aktiv gestalteten, waren durch die Wehrmacht des Dritten Reiches in Frieden und Krieg, mancher gar noch durch die Reichswehr der Weimarer Demokratie geprägt. Sie gaben ganz selbstverständlich ihre Prägung an die Soldaten der jungen Bundeswehr weiter und beeinflussten damit natürlich auch das Berufsbild. Das gilt für die Ausbildung und die Organisation. Aber auch die Väter der Inneren Führung wurden durch die „alte“ Armee geprägt, und aus dieser Erfahrung heraus schlugen sie diese andere Form der Begründung soldatischen Tuns und Selbstverständnisses vor. Wir lebten in der Zeit des Kalten Krieges, hatten vorgeblich kein Feindbild, wussten aber sehr genau, welche Kräfte hinter dem Eisernen Vorhang unseren Frieden, unsere Freiheit bedrohten, wo sie standen. Für die Kameraden der ehemaligen NVA, waren wir im Westen der Klassenfeind, den es zu hassen galt. Beide waren wir aber auch sehr früh Soldaten in ihrem jeweiligen Bündnis. Verteidigung war schon damals nicht bloß nationale Aufgabe, sondern wurde bündnisgemeinsam und damit multinational wahrgenommen. Es ist schon ein Unterschied, ob man in einer Koalitions- oder in einer Bündnisarmee Dienst tut oder nationale Alleingänge unternimmt. Das Bündnis entfaltet die stärkere Bindewirkung. Eine Koalition ist oft eine Notgemeinschaft oder entsteht ad hoc, hat also mehr den Charakter einer Projektorganisation, ist sehr zielorientiert, wobei ihre Einzelelemente in hohem Maße national bleiben. Bündnisse dagegen leben aus der zunehmenden Aufgabe nationaler Positionen und aus der Abgabe von Souveränität an eine gemeinsame, supranationale Führung. Wir kennen das sehr genau aus unserer Integration in der NATO, und erleben es jeden Tag in der praktischen Arbeit auf dem

Balkan. Bundeswehrsoldaten sind also grundsätzlich vor allem auch Bündnissoldaten. Am deutlichsten wird das in der NATO, im AWACS-Flugzeug, in der Deutsch-französischen Brigade, im Multinationalen Korps Nordost oder in der STANAVFORLANT, um nur einige Beispiele zu nennen. Und was wir in der NATO erfahren haben, wird zunehmend Realität in der Europäischen Union werden, so z.B. im II.(GE/US)Korps, dem neben seinem klassischen Auftrag in der Landes- und Bündnisverteidigung oder als Träger der deutsch-amerikanischen Heereszusammenarbeit die neue Aufgabe eines Force Headquarters im Rahmen von Petersberg-Aufgaben der EU übertragen wurde.

Ein wichtiges Kennzeichen des modernen Soldaten ist also offenbar seine Fähigkeit, sich auf Multinationalität einzulassen. Tagtäglich erleben wir das im Einsatz auf dem Balkan unter NATO-Führung oder in Georgien in einer VN-geführten Operation. Im Einsatz sterben wir auch, wie kürzlich der Oberstabsarzt beim Hubschrauberabschuss an der Grenze zu Abchasien. Im Einsatz werden wir verletzt oder verwundet, wie unsere Minenopfer in Bosnien und im Kosovo oder der Hauptfeldwibel als Bordmechaniker einer Transall beim Anflug auf Sarajevo oder der KSK-Soldat bei der Festnahme eines Kriegsverbrechers zeigen. Damit unterscheiden wir uns seit gut 10 Jahren in keiner Weise mehr von unseren alliierten Kameraden aus den USA, Frankreich oder Großbritannien. Wir haben den gleichen Auftrag, besitzen die gleiche Bereitschaft zum Einsatz, tragen miteinander das gleiche Risiko. Politisch gesprochen ist das praktizierte uneingeschränkte Solidarität. Allerdings haben wir dies bislang vor allem in Peace Support Operationen erlebt.

Eine andere Qualität wird ein Kampfeinsatz bedeuten, der in der Folge des 11. September 2001 auf uns zukommen könnte. Wenn wir also von Soldat sein heute sprechen, dann wird uns klar, dass es das Phänomen des Einsatzes ist, dass den vermutlich größten Einschnitt in unserem tradierten Berufsbild bedeu-

tet. Das ist die neue Dimension, die nach und nach alle Fasern unserer Bundeswehr erfassen wird, teilweise bereits verändert hat. Der Zweck der gegenwärtigen Reform der Streitkräfte ist deshalb vor allem auch, sie durchhaltetfähiger und einsatzeffektiver zu gestalten, als sie es in der Vergangenheit waren.

Meine lieben Kameraden, wir müssen uns mit dieser Komponente unseres Berufes, vor allem mit diesem Aspekt befassen. Natürlich sind Dinge wie geregeltes Einkommen, soziale Sicherheit, gesicherte Altersversorgung, hervorragende, zivil verwendbare Berufsausbildung, ordentliche Karrierechancen usw. wichtig für die Berufszufriedenheit, für unsere Familien und Angehörigen. Aber das gilt so oder so ähnlich doch für jeden anderen Beruf in gleicher Weise. Wir dagegen müssen darauf eingestellt sein, das zu tun, was ich oben mit den wenigen, konkreten Beispielen ausgeführt habe. Das ist es, was uns vom Lehrer, vom Bäcker, vom Professor, vom Polizisten unterscheidet. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Wir sind deshalb nicht die besseren oder schlechteren Menschen, aber wir haben diese besondere Pflicht, im Zweifel unsere Gesundheit, ja unser Leben persönlich für andere einzusetzen. Für den Vorgesetzten kommt hinzu, dass er diesen Einsatz seinen Untergebenen befehlen muss, und er muss einen solchen Befehl unter Umständen mit Gewalt durchsetzen. Und beide, Vorgesetzter und Untergebener wenden Waffengewalt an, wirken damit sehr unmittelbar auf ihre Umwelt im jeweiligen Einsatzgebiet ein.

Die grundlegende Heeresdienstvorschrift, die HDv 100/100 beschreibt in ihrem Kapitel III. die Anforderungen an den militärischen Führer. Sie setzt auf die Persönlichkeit und das persönliche Beispiel. Sie verlangt Bereitschaft zu Verantwortung und Initiative. Widerstandsfähigkeit, durchaus physisch und psychisch gemeint, sowie Beweglichkeit im Denken und Handeln werden erwartet. Kritikfähigkeit zur rechten Zeit, am rechten Ort, gepaart mit Zivilcourage, die nicht den eigenen Vorteil sucht, verlangen eine dis-

ziplinierte Haltung und selbstbewusstes, nicht überhebliches Auftreten. Dass Führer entscheidungsfreudig sein sollen, ist ebenso wichtig wie Einfühlungsvermögen und Kompromissfähigkeit, wobei die beiden letzteren Eigenschaften vor allem im internationalen und multinationalen Umfeld von großer Bedeutung sind. Letztlich muss sich der militärische Führer um eine klare Sprache bemühen. Mit ihr setzt er seinen Willen durch. Sprache ist dabei nicht länger nur unsere Muttersprache. Englisch ist die operational language multinationaler Bündnisoperationen, sie ist Arbeitssprache im dienstlichen Alltag und Befehls- und Verhandlungssprache. Wir müssen sie beherrschen lernen. Dass Soldaten offen sein müssen für technische Innovationen, ist eine Binsenwahrheit, gehen wir doch oft mit High Tech um, trotz des Alters so manches unserer Fahrzeuge.

Ich habe diese Eigenschaften benannt, nicht weil sie vom Heer für dessen Führer exklusiv so kodifiziert wären, sondern weil sie vom modernen, einsatzorientierten Soldaten gefordert werden müssen und unabhängig vom Dienstgrad nicht nur für Vorgesetzte gelten. Gerade beim Einsatz auf dem Balkan wird deutlich, wie oft der einzelne Soldat in ungeklärter, kritischer Lage situationsbedingt selbst entscheiden muss. Er handelt dann, so erwarten wir es von ihm, im Sinne des Ganzen, des übergeordneten Auftrages, aber vor allem selbstverantwortlich. Dabei werden ihm, besonders natürlich den Führern aller Ebenen die genannten Fähigkeiten sehr helfen. In unserer vorbereitenden Ausbildung an den Standorten und auf den Truppenübungsplätzen spielt das praktische Handlungstraining nicht zuletzt deshalb eine wichtige Rolle. Das Beherrschen der jeweiligen Taschenkarte ROE in ihrer praktischen Anwendung ist von hoher Bedeutung.

Sie mögen mir vorhalten, der Mann redet nur vom Einsatz und sogar von der Gefahr eines Kriegeinsatzes. Richtig, denn das ist die reale Höchstforderung, die unser Land derzeit an uns Soldaten stellt. Damit müssen wir uns auseinander



Was früher die Wandtafel war, ist heute das flexible Flipchart, vielseitig und ohne technischen Aufwand zu nutzen, wie hier vom Schirmherrn der Akademie, Generalmajor Karl-Heinz Lather, zur Vorstellung eines Selbstverpflichtungskatalogs katholischer Soldaten.

setzen. Das müssen wir mit unseren Kameraden und mit unseren Lieben, unseren Frauen, den Partnerinnen, den Freunden daheim besprechen. Sonst werden wir in der konkreten Situation Schwierigkeiten haben zu bestehen.

Es ist ein ganz natürlicher Reflex, dass wir uns eine derartige Situation nicht ständig herbeiwünschen. Bewährung im Tagesdienst und auf Lehrgängen, in der Katastrophenhilfe, bei CIMIC, bei Waldbrand und Hochwasser sind genauso wichtig; sie sind auch schöner. Aber einstellen müssen wir Soldaten uns auf das vorher Gesagte, denn es ist grenzwertiger und existentiell. Es ist das Andere, das Besondere unseres Berufes im Vergleich zu anderen Berufen.

Hier könnte ich nun mit vielen Beispielen anreichern und tiefer verdeutlichen, was ich ausgeführt habe. Lassen Sie uns das vielleicht in der folgenden Aussprache tun.

Meine Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden!

Wir sind hier in einem kirchlichen, einem katholischen Hause. Ich will deshalb nicht versäumen, auch ein wenig auf die ethische Dimension

unseres Berufes einzugehen. Die GKS hat sich in den langen Jahren ihres Bestehens immer intensiv mit diesem Thema befasst. Sie hat damit in die allgemeine Diskussion eingegriffen, sie oft richtungsweisend beeinflusst. Ähnliches ist auf evangelischer Seite geschehen. Ich empfehle ausdrücklich die

Lektüre des Buches „de officio“ aus dem Jahre 1985 und seiner Neuauflage aus dem Jahre 2000. Für den Offizier sollten beide Bände genau so eine Pflichtlektüre sein wie die TF oder der Clausewitz. Allen anderen rate ich zur Beschäftigung damit, weil nahezu alle Bereiche unseres Soldatenberufes ausgewogen und mit großem Tiefgang beleuchtet werden. Sie erhalten allerdings keine Rezepte oder Checklisten, wohl aber eine Fülle von Hinweisen zur Selbstpositionierung als Soldat in dieser Zeit.

Das Beste, was ich auf katholischer Seite zu dieser Thematik kenne, stammt vom Apostolat Militaire International. Es ist ein junges und sehr aktuelles Papier. Während seiner Generalversammlung im November 2000 in Rom hat AMI eine, wie ich meine, ganz wichtige Erklärung verfasst: „Der katholische Soldat am Beginn des 3. Jahrtausends – Selbstverständnis, Selbstdarstellung und Akzeptanz“. Sie können die Erklärung in ihrer Gänze in der Zeitschrift AUFTRAG Nr. 243/2001 nachlesen. Ich will hier lediglich auf den Forderungskatalog, die Maximen, wie die Resolution sie nennt, eingehen, die das Selbstverständnis des

katholischen Soldaten prägen sollten. Um es vorweg zu sagen, in wohl-verstandener Ökumene gilt das für jeden christlichen Soldaten, und als einer, der das humanitäre Völkerrecht achtet, sage ich, die Resolution sollte für jeden Soldaten verpflichtend sein. Dabei ist durchaus interessant festzustellen, dass die Resolution von Soldaten aus 15 Ländern und vier Kontinenten verabschiedet wurde. Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen.

Wir sind im Glauben verwurzelt.

Wir leben aus der Heiligen Schrift, glauben an Jesus Christus und bekennen uns zu unserer Kirche. Wir tragen zur Verwirklichung der Kirche unter Soldaten bei. Diese Maxime richtet sich sicher an den christlichen Soldaten.

Wir sind sittlich gebunden.

Unsere Orientierung sind die christlichen Ideale und die sittlichen Normen der christlichen, im engeren Sinne der katholischen Soziallehre sowie die kirchliche Friedensethik. Diese Forderung hat allgemein Bestand, wenn man sie humanistisch versteht, sie an unserer Verfassung, der Charta der Vereinten Nationen oder am Internationalen Kriegsvölkerrecht misst. In all diesen Dokumenten steht religionsunabhängig das Gleiche.

Wir sind politisch gebildet

Vor allem treten wir für unsere demokratische Grundordnung ein, für ein Leben in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung. Von daher nehmen wir am politischen Leben unseres Landes interessiert, kritisch-konstruktiv teil, begleiten das gesellschaftliche Leben aufmerksam. Als Christen tun wir das selbstbewusst und hoffentlich, ohne uns zu verleugnen.

Wir sind fachlich kompetent

Theoretisch und praktisch besitzen wir das für unseren Beruf notwendige Fachwissen und Können. Wir sind professionell. Wir bemühen uns stets um angemessene Umgangsformen. Wir sind: „Friendly, fair, firm!“ So lernen wir es für den Einsatz auf dem Balkan. So bilden wir aus. So sollten wir uns auch in der Heimat verhalten. Rambo- oder machohaftes Verhalten ist nicht unsere Sache.

Wir dienen gewissenhaft

Wir stehen zu unserem Dienst-eid bzw. zum Feierlichen Gelöbnis. Wir sind uns der daraus resultierenden persönlichen Verpflichtung und Verantwortung bewusst. In diesem Bewusstsein bringen und setzen wir uns voll ein.

Wir sind dem Frieden verpflichtet

Als Soldaten sind wir Werkzeuge des Friedens. Das gilt besonders auch im Einsatz oder im Krieg. Wir wollen die bisher erreichte Qualität des Friedens sichern helfen und zur Förderung einer besseren Zukunft aktiv beitragen. In diesem Verständnis leisten wir national und international unseren Dienst. Dabei achten wir in besonderem Maße auf den Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde. Wir wirken in diesem Sinne auch nach innen in unsere Einheiten, Verbände und Stäbe. Kameraden und Kameradinnen ermuntern wir zu gleichem Verhalten. Wir lehnen Befehle ab, die Vergehen oder Verbrechen beinhalten würden.

Wir bemühen uns um Zusammenarbeit

Wir arbeiten mit allen gesellschaftlichen und politischen Kräften zusammen, die unsere Werte- und Friedensordnung mitgestalten und fördern wollen. Das gilt national wie

international. Kooperative Konfliktlösungsansätze sind uns wichtiger als Konkurrenz oder gar Konfrontation. Wir wissen um die Stärken und Schwächen, die eigenen wie die unserer Partner, und berücksichtigen beides bei unserem Handeln.

Wir sind ökumenisch aufgeschlossen

Wir fördern die christliche Ökumene, ohne die Besonderheiten der Konfessionen zu vergewaltigen. Unser Gott ist und bleibt derselbe. Ihm schulden wir unsere Verantwortung. In diesem Verständnis streben wir nach Gemeinschaft und suchen die Trennungslinien zu überwinden. Wir wünschen seelsorgerliche Begleitung durch unsere Kirchen, vor allem im Einsatz. Wir respektieren andere, nichtchristliche Religionen und bemühen uns um Verstehen, Dialog und Zusammenarbeit.

Diese acht Thesen – man mag sie auch Maximen nennen – beschreiben, so meine ich, recht eindrucksvoll und für einen Christenmenschen allemal, in welchem Selbstverständnis Soldaten ihren Dienst versehen sollten.

Es ist das auf dem Boden unseres Grundgesetzes gegründete Bild des Soldaten, das ich Ihnen näher bringen wollte. Ohne Bezugnahme auf unsere christlich-abendländische Menschenbild wäre es aber unvollständig. Es hat die Andersartigkeit anderer Kulturkreise zu tolerieren. Und letztlich wird es durch die Präsenz der Einsätze bestimmt. Die sich daraus ergebenden, möglichen Konsequenzen sind es, die das Besondere unseres Berufes ausmachen. Alles Übrige gilt auch für andere Berufe, die zivilen eben.

Genug damit des theoretischen Impulses. Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen, je kritischer und engagierter, desto besser. □



Herausforderungen der Militärseelsorge angesichts der Veränderungen in der Bundeswehr

MILITÄRBISCHOF DR. WALTER MIXA

Die Herausforderungen, denen sich die Militärseelsorge gegenüber sieht, will ich Ihnen in drei Punkten darstellen. Ich will aber diese Ausführungen zunächst einmal in eine größere Gesamtschau stellen, danach aber jeden einzelnen der Punkte erläutern und dann auch zum eigentlichen Praktischen in der Militärseelsorge übergehen.

Es wird heute sehr viel davon gesprochen – und zwar seit dem 11. September 2001 in einer ganz herausfordernden Weise – wie notwendig der Dialog sei zwischen Christentum auf der einen und dem Islam auf der anderen Seite. Wir alle wissen, dass man unter Dialog Unterschiedliches verstehen kann. Es kann ein mehr oder weniger oberflächliches Gerede sein, bei dem man sich gegenseitig in übermäßigen Toleranzversicherungen anerkennt. Ein Dialog kann auch wahrhafter geführt werden, indem man in die Tiefe geht und fragt, wo ist Wahrheit wirklich zu finden und von welcher Grundüberzeugung kann ich persönlich in meinem Leben aus gehen?

Ich will einleitend Folgendes sagen, was mich hier in Fulda bei unserer Herbstversammlung der Deutschen Bischofskonferenz sehr angenehm überrascht hat, und zwar nicht im Zusammenhang mit dem 11. September, was viel zu kurzfristig gewesen wäre. Vor der Gewinnung geeigneter Referenten, hatten wir einen Studientag zum Thema: „Dialog zwischen Christentum einerseits und Islam auf der anderen Seite“. Bei diesem Studientag hat ein Referent neben anderen guten Referenten, der Jesuitenpater Dr. Troll, Professor in

St. Georgen bei Frankfurt, in Berlin ein sehr bemerkenswertes Referat gehalten.

Prof. Troll, der sich durchaus als Kenner des Islams bezeichnen kann – nicht nur weil er die arabischen Sprachen, sondern weil er auch die religiöse Situation des Islams mit all seinen unterschiedlichen Facetten kennt –, stellte als Resümee fest: Bei einem Dialog zwischen Christentum und Islam wäre es äußerst gefährlich und zudem auch nicht zulässig, auf dem geringsten religiösen Nenner stehen zu bleiben. Troll erklärte deutlich, bei diesem Dialog, werden wir das heute eher selten angesprochene, schwierige Dogma der Trinität (Dreieinigkeit Gottes) nicht verschweigen dürfen. Ich habe mich gewundert, dass ein Jesuitenpater das gesagt hat. Er stellte fest, wir dürften unserer katholischen Bekenntnis nicht hintanstellen. Wir müssten von unserem Bekenntnis überzeugt und begründet in einen Dialog eintreten, nur so sei echte Toleranz möglich und zwar Toleranz gegenüber dem anders Denkenden, aber auch in dem Verständnis der Toleranz, die eigene in sich begründende Überzeugung nicht zu verleugnen.

So will ich jetzt versuchen, mit drei wesentlichen Punkten auf dieses Thema einzugehen, eben in das Selbstverständnis des katholischen Soldaten, gerade auch in der Auseinandersetzung mit einer multikulturellen und damit natürlich auch multireligiösen Gesellschaft und in Verbindung damit auch auf die Seelsorge bzw. den Einsatz unserer Soldaten.

Ich will in meinen Überlegungen ausgehen vom Gottesbild, vom Menschenbild und vom Weltbild. Es wird ja heute von den Politikern immer wieder die Anforderung an die Kirchen gestellt, die Kirchen sollten doch mehr Wertebewusstsein in die Gesellschaft hinein tragen, da es in der Gesellschaft erdrutschartig abgesunken sei. Aber selten wird von einigen dieser Redner dann wirklich

gesagt, was eigentlich lebenswerte Werte sind, an denen wir uns ausrichten müssen und wo wir Orientierung finden können.

1. Das Gottesbild

Ich habe die Sorge, dass viele von uns Christen, evangelische oder katholische, gar nicht mehr den eigentlichen Grund ihres Gottesglaubens wissen und dadurch auch ein Bekenntnis in einer überzeugenden Weise so gar nicht mehr gut ablegen können.

Zunächst einmal wird man sagen können, ich bleibe bei der Aussage von Dr. Troll, wir dürfen nicht auf dem geringsten religiösen Nenner stehen bleiben. Welches ist denn der geringste religiöse Nenner? Der geringste religiöse Nenner wäre diese Übereinstimmung, dass wir mit den Muslims, mit den Anhängern des Islams, ganz klar uns bekennen zu dem einen Herren und Gott als den Schöpfergott.

Allah ist allheilig, Allah ist der Schöpfer, des Himmels und der Erde und genießt durch den gläubigen Muslim höchste Anerkennung, Anbetung und Ehrfurcht. – Ich werde gerade auf Anbetung und Ehrfurcht in einem anderen Zusammenhang dann noch näher eingehen. – Das ist die Überzeugung des Muslims. Die Überzeugung von uns deckt sich in einer gewissen Weise mit diesem Bekenntnis von Allah, was wir mit biblischen Worten sagen, wir bekennen uns zu dem Herrn und Gott, der der Schöpfer des Himmels und der Erde ist. Aber jetzt kommt die wesentliche Unterscheidung. Das ich eben bekenne, dass dieser Herr des Himmels und der Erde, dieser Schöpfer nicht in einer Distanz und zwar in einer für uns Menschen unerreichbaren Distanz zu uns Menschen steht, in seiner Allmächtigkeit, in seiner Allheiligkeit, sondern dass ich als Christ bekennen kann, dass dieser unsichtbare Schöpfergott in menschlicher Zeit und Geschichte sich uns

Menschen mitgeteilt hat.

In Bezug auf den Dialog, wären gläubige Muslims zu fragen, ob sich ihre Vorstellung von Allahs Barmherzigkeit und Allgütigkeit nicht damit vereinbaren lasse, dass eben dieser unsichtbare Schöpfergott wirklich heraustritt aus sich selber, sich erkennbar, sich greifbar, sich hörbar macht für uns Menschen, eben in der menschlichen Zeit und Geschichte. Das ist doch unsere christliche Überzeugung. Und hierin decken wir uns auch mit dem Bekenntnis des Judentums. Wir sprechen ja von dem Glauben der Urväter. Von dem Glauben Abrahams, Isaaks und Jacobs. Genau so wie ja Abraham auch von den Muslims anerkannt wird, als Glaubenträger. Aber wir bezeugen, dass sich die Unsichtbarkeit der Größe Gottes erfahrbar gemacht hat in diesen Vorvätern des Glaubens, in den Patriarchen, und dass dann die Propheten immer wieder in einzelnen Abständen der menschlichen Geschichte ihre Erfahrungen mit Gott gemacht haben. Mit diesem persönlichen Gott, der sie angesprochen hat, der sie persönlich meint und der ihnen dann auch den Auftrag gegeben hat, immer wieder von seiner Treue, von seiner Liebe zum Volk Israel zu sprechen und in einer werbenden Weise immer wieder einen Bündnisschluss mit uns Menschen einzugehen. Der Höhepunkt, diese Zuwendung Gottes zu uns Menschen, findet sich dann in der Menschwerdung des Wortes Gottes. In der Menschwerdung Jesus Christi, wie wir das an Weihnachten feiern. Wir sagen, Gott ist nicht für sich allein geblieben, der Unsichtbare, der Unberührbare, sondern er hat sich unwiderruflich durch die Menschwerdung seines Sohnes mit uns verbunden, ein für alle Mal.

Ich werde es nicht vergessen, was aber dieses, unser christliches Bekenntnis auf den Punkt bringt. Als ich das erste Mal mit dem damaligen Augsburger Bischof Stimpfle im Heiligen Land zu einer Dekanekonferenz war, sind wir von einem sehr einfühlsamen und auch religiös geprägten jüdischen Führer begleitet worden. Sein Name war Nathan. Er hat ganz einwandfrei mit einem etwas rheinländischen Dialekt deutsch gesprochen, weil er als Jugendlicher in der letzten Minute den Hitler-

schergen entkommen ist und nach Israel fliehen konnte.

Als wir mit ihm nach Nazareth kamen, dem Ort der Verkündigung, der Menschwerdung Gottes in unserem Fleisch und Blut, dann auch der Ort, wo Jesus als Kind und als Jugendlicher aufgewachsen ist, da hat er uns nicht einfach in die Stadt mit dem Bus hineinfahren lassen, sondern führte uns auf eine Anhöhe. Von dort konnten wir in den Talkessel der Stadt Nazareth blicken. In diesem Talkessel ist über der Verkündigungsgrotte die große Verkündigungskirche von einem modernen italienischen Architekten im Pontifikat Paul VI. gebaut worden. Wenn wir sonst mit einander über alles gesprochen haben, hier waren wir mit unserem Gespräch nicht nur zurückhaltend, sondern wir haben geschwiegen. Weil wir gerade an diesem Platz der Überzeugung gewesen sind, wir stehen hier an einem Ort, an dem sich die Welt Gottes, mit der vergänglichen Welt und dem irdischen vergänglichen Leben von uns Menschen unwiderruflich verbunden hat. Das ist eine Schnittstelle, der Verbundenheit zwischen Gott und uns Menschen, wie sie nicht mehr weggenommen werden kann. Und dann kam in diese Stille auf einmal messerscharf die Stimme des Nathans: „Wir stehen hier an einem Platz, an dem ich mich mit meinem jüdischen Glaubensverständnis von Ihnen radikal unterscheide. Wir waren bis jetzt an Stellen des alttestamentlichen Bundesvolkes, wo wir uns einig waren, aber für mich als Juden ist es unvorstellbar, dass die Allheiligkeit Gottes in der Menschwerdung eines Sohnes sich mit dem Dreck dieser Erde und mit dem Blut und mit den Tränen von uns Menschen verbindet. Das ist für mich Blasphemie, das ist Gotteslästerung.“

Auf dies Bekenntnis von Nathan hin war es dann selbstverständlich, dass es darüber keine Diskussion gab. Keiner hat darauf eine Erwiderung gegeben. Bischof Stimpfle hat dann das Pontifikalamt in der Verkündigungskirche gehalten. Er ist natürlich auf den Kern der Botschaft an diesem Ort eingegangen, eben die Verkündigung durch den Engel Gabriel, den Boten Gottes, ob Maria bereit sei, mit ihm in ein neues blei-

bendes Bündnis mit Gott durch die Menschwerdung seines Sohnes einzutreten.

Nathan war ganz nachdenklich an einer hinteren Säule mit verschränkten Armen dagestanden und hat dem Bischof zugehört. Ich bin dann bald darauf zu ihm gegangen und habe ihm gesagt: „Nathan ich danke ihnen, dass sie ihre Überzeugung nicht verschwiegen haben, sondern dass sie ganz klar und deutlich an diesem Ort gesagt haben, wovon sie als gläubiger Jude überzeugt sind und wo sie den Weg mit uns nicht mehr weiter gehen können, weil wir hier an einer Wegkreuzung in unserem Glauben angekommen sind.“ Das, meine lieben Zuhörer, ist das Entscheidende und das ist das Unterscheidende zwischen dem Christentum und allen anderen bestehenden Religionen. Wir dürfen das nicht verschweigen. Ich werde Muslime in ihrer Glaubensüberzeugung und vor allen Dingen in ihrer Ehrfurchthaltung gegenüber Allah achten. Ich werde einem gläubigen Juden seine Hochschätzung der Allheiligkeit Gottes glauben und respektieren, dass die Juden immer noch in der Erwartung des Messias sind. Sie können sich einen in unserem Fleisch und Blut Mensch gewordenen Messias, einen ans Kreuz gehängten Menschen, nicht als einen Messias, als den Retter des Menschengeschlechtes denken und vorstellen. Aber ich werde von meiner Gläubigkeit her sagen müssen, dass ist ja gerade das, was einen Mensch in seiner Sehnsucht nach Gott auszeichnet, auch in seinen philosophischen Fragen nach Gott in einer natürlichen Gotteserkenntnis, die es ja durchaus geben kann. Niemand hätte erraten können, dass sich so ein gewaltiger Tausch von oben nach unten vollzieht.

Weihnachten ist im Grunde genommen etwas ganz Verrücktes. Und zwar verrückt deshalb, weil es aus dem normalen Maß herausfällt, wie wir Menschen uns sonst Gott vorstellen: Dass er wirklich der ganz Andere ist. Dass er der Ursprung alles Lebendigen und Geschaffenen ist. Wie das auch heute viele moderne Naturwissenschaftler in ihren philosophischen Fragen nach dem Ursprung dieser Welt, des Universums durchaus zugestehen. Und das Verrückte

Bischofsgottesdienst am Reformationstag in der Kapelle des Bonifatiushauses. Geistliche v.l.: Bischofssekretär Diakon Peter Nothhaft, Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut, Militärbischof Dr. Walter Mixa, Geistlicher Beirat der GKS Militärdekan Msgr. Georg Kestel, Wehrbereichsdekan V, Mainz, Msgr. Carl Ursprung, hinter dem Bischof Diakon HptFw Detlef Schmitz.

ist, dass dieser ganz Andere, den ich im Grunde genommen nur aus der Großartigkeit des Universums aus einer schier undurchschaubaren Gesetzmäßigkeit hinter all diesen Entwicklungsprozessen erahnen kann, hinter der Vielfalt des Lebens auf unserer Erde steht. Dass der, der auf sich steht, heraus tritt und diesen gewaltigen Tausch von oben nach unten macht.

Ich greife noch mal die Worte von Nathan auf, er hat Recht, wenn er sagt, dass sich Gott mit dem Dreck dieser Erde und mit dem Blut sowie den Tränen von uns Menschen unwiderruflich verbindet. Das ist Weihnachten. Jesus ist eben nicht zu vergleichen mit einem Weisheitslehrer wie es ein Sokrates gewesen ist oder ein Zoroaster (Zarathustra). Er ist nicht zu vergleichen mit Menschenfreunden wie Mahatma Gandhi, Martin Luther King oder Mutter Theresa von Kalkutta. Er ist das alles in irgendeiner Weise gewesen. Aber er ist eben auch ganz und gar der, der von Gott her kommt und der als Sohn Gottes, als das Wort Gottes, das Gott zu uns spricht, wirklich unser Fleisch und Blut angenommen hat und sich dadurch unwiderruflich auf unsere Seite gestellt hat. Wenn wir das nicht mehr bekennen und nicht mehr bezeugen, dann können wir uns nicht als Christen bezeichnen. Das muss auch ganz deutlich in den Unterweisungen im Lebenskundlichen Unterricht und auch in Gesprächen mit Soldaten gemacht werden. Ich suche ja auch immer wieder persönlich die Gespräche der Soldaten, nicht so sehr bei offiziellen Empfängen oder Begrüßungen, sondern gerade das Gespräch mit den Soldaten. Und immer wieder kommen wir auch auf die Frage nach Gott, auf die Frage nach Jesus Christus. Ich nenne ihnen dann ganz drastisch eine theologiegeschichtliche Auseinandersetzung, die sich auf deutschem Boden



abgespielt hat und jetzt hier mal wirklich ohne Kardinal Ratzinger und ohne irgendeinen engstirnigen Papst. Das war die Auseinandersetzung zwischen Karl Rahner und Hans Küng. Wenn sie Küng beispielsweise lesen, spricht Küng von der Inkarnation des Menschlichen in Jesus Christus. Also, das ist der menschlichste aller Menschen. Man kann sich einen nicht menschlicher, nicht menschenfreundlicher, nicht menschenanziehender vorstellen, als diesen Jesus von Nazareth und dann eben auch mit der Bereitschaft, das was er an Menschlichkeit für uns Menschen übrig hat, was er an Liebe lehrt und auch einsetzt in der Begegnung mit den Menschen, das dann bis zur Hingabe seines Lebens im Leiden und in dem schlimmen Sterben des Altertums am Kreuz zu bezeugen. Rahner sagte zu Küng: „Das stimmt ja alles. Aber kannst du um Gottes Willen nicht sagen, dass er auch der Sohn Gottes ist“. Das aber konnte Küng nicht. Und damit sagte ihm Karl Rahner – nicht irgendein Kurienkardinal, den man von unserer Seite aus schnell irgendwie ins Abseits schießen könnte: „Wenn du nicht bezeugen kannst, dass dieser menschlichste aller Menschen, dass dieser Jesus von Nazareth auch wirklich Sohn Gottes ist, dann exkommunizierst du dich selber, wenn du dich aus dem Glaubensbekenntnis der Kirche von ihren frühesten Anfängen bis zur Gegenwart herausnimmst“.

Das ist die Tatsache, von der wir uns bei diesem Dialog wirklich lenken lassen müssen. Menschenfreunde gab es viele. Wunderheilungen, das können andere begabte Menschen auch tun. Geschichtliche Persönlichkeiten, darüber gibt es keine Diskussion, sonst könnte ich darüber diskutieren, ob auch Augustus zu seiner Zeit gelebt hat. Das ist alles klar. Aber bekennen wir ihn wirklich als den, der in einer ganz eigenartigen Weise von Gott kommt. Gezeugt aus der schöpferischen Kraft Gottes im Schoß der Jungfrau Maria und der uns dann wirklich als Sohn Gottes in allem gleich geworden ist, aufgenommen die Sünde.

Und mit dieser Herkunft von Gott her, mit dieser einmaligen Herkunft steht auf der anderen Seite dann ja das Kernbekenntnis der Auferstehung. Glauben wir an ein Weiterleben nach dem Tod? Das ist heute die entscheidende Frage für uns. Ungefähr 50 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung haben hier ganz verunsicherte Auffassungen oder denken es geht im Nichts unter; deshalb ja auch dieses Festkrallen am irdischen Leben. Auch ein nicht unerheblicher Teil katholischer Christen glaubt an Reinkarnation, an Wiedergeburt und Seelenwanderung. Das ist alles gegen das Bekenntnis von diesem Jesus Christus. Von diesem Mensch gewordenen Gottes Sohn, von diesem am Kreuz getöteten und dann wirklich mit den

Verwundungen unseres Lebens und seines Todes sich zeigend, als der, der das Böse und den innigsten Kern des Bösen, nämlich den Tod besiegt.

Dieses Bekenntnis, meine lieben Zuhörer, muss beim Lebenskundlichen Unterricht ins Gespräch gebracht werden, wer wir als katholische Christen wirklich sind und auch zu recht sein können. Wenn ich das so von dieser Gotteserfahrung her bezeugen kann und darin auch feststehe, dann kann ich natürlich auch mit diesem Bekenntnis in einen ganz ehrlichen Dialog mit Andersdenkenden, mit anderen Kulturen, mit anderen Religionen und auch mit dem Islam eintreten. Dann werde ich beispielsweise durchaus bis zu einem gewissen Grade eine Übereinstimmung finden, wenn ich die Anbetung, die Verherrlichung Gottes, die Ehrfurcht Gott gegenüber betrachte. Aber ich werde dem Muslim sagen können, für mich ist die Größe und die Anbetungswürdigkeit Gottes dadurch noch in eine höhere Stufe gesetzt, indem sich Gott unwiderruflich durch die Menschwerdung seines Sohnes auf unsere Seite stellt.

Uns ist allen bewusst, dass es im Islam selber die unterschiedlichsten religiösen Gruppierungen gibt, solche die sehr dialogbereit sind, die auch bereit sind, andere Kulturen nicht nur zu verstehen, sondern die bis zu einem gewissen Grad auch bereit sind, sich in solche Kulturen einzubringen ohne ihre Identität zu verlieren. Für mich ist das jahrhundertelange Zusammenleben in Spanien von Juden, von Muslimen und Christen, die sich gegenseitig kulturell und in den verschiedensten Bereichen menschlicher Wissenschaften positiv beeinflusst haben, ein ganz beachtliches Beispiel der Geschichte. Aber in diesem Zusammenhang muss ich sagen, dass wir uns selber auch kritisch betrachten müssen. Es gibt im Islam wirklich Gruppierungen, die uns nicht mehr als dialogwürdig ansehen, weil sie uns als atheistisch, weil sie uns als ungläubig bezeichnen. Und das deswegen, weil für uns nämlich das Geld, der Profit und die Steigerung von Leistung sowie eine gewisse Art von Unterdrückung Schwächerer die größere Rolle spielt. Man könnte es vielleicht kurz umschrieben nennen

als den „Tanz um das goldene Kalb“ – die Anbetung von materiellen Gütern, von Macht, von einem Lebensgenuss in den verschiedensten Facetten.

Wir dürfen uns nicht täuschen, die gläubigen Muslims kennen Jesus. Für sie ist Jesus nicht eine unbekannte Gestalt, sondern für die ist Jesus ein beachtenswerter Prophet. Die gläubigen Muslims kennen Mariam, Maria die Mutter von Jesus, und verehren sie. Aber in unseren deutschen Theatern wird mit dem scheinbaren Freibrief der Kulturfreiheit ein schändliches und mäßiges Stück über Jesus, „Corpus Christi“, aufgeführt, indem Jesus wirklich entblößt wird. Er wird in diesem Stück entblößter dargestellt, als an dem Schandholz des Kreuzes, wo es mit dem jüdischen Psalmwort „verfluchter Gefehlter“ geheißen hat. Hier ist gar nichts mehr mit „verfluchter Gefehlter“, sondern hier wird der, von dem wir unseren Glauben her, von dem wir unser „Vater unser“ her haben, von dem wir unsere Überzeugung haben, demütigend dargestellt und wir schweigen dazu. Bedenken sie doch eines, wenn in unserer Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner verletzenden Weise über das Judentum etwas gesagt wird oder auch über den Islam, dann geht es aber zur Sache. Dann gibt es Proteste, dann hageln die entsprechenden Widersprüche, die durchaus ernst genommen werden. Aber wir Christen lassen uns verhöhnen, indem in solchen Theaterstücken Jesus Christus in entblößender, in blasphemischer, in überhaupt nicht zu begründender Weise ins Gegenteil dessen umgekehrt wird, was er für uns als Christen wirklich bedeutet. Gläubige Muslime fragen dann, ja können wir mit denen noch in einen Dialog eintreten? Wenn die keinen Respekt, keine Achtung mehr gegenüber ihrer eigenen Religion, gegenüber ihrem Religionsstifter haben? Das muss auch einmal von unserer Seite aus bedacht werden. Ich denke solche Themen müssen ins Gespräch kommen. Wir können das nicht nur einfach so hinnehmen, bequem in einem Sessel sitzend, ein Glas französischen Rotwein und eine gute Zigarre genießend und das ist es dann gewesen. Na gut, wenn die meinen, wenn die das so aufführen müs-

sen, dann sollen die das eben machen, unter dem Gesichtspunkt der kulturellen Freiheit. Und Stück für Stück wird das weitergehen. Das ist eine Salamataktik.

Nehmen sie doch einmal die Diskussionen, die jetzt wieder aufleben nach dem sie durch die Ereignisse vom 11. September überschattet waren. Ich habe bis heute im Pressespiegel die verschiedenen Zeitungsäußerungen über die Forschung mit den embryonalen Stammzellen lesen können. Dabei sagt die medizinische Wissenschaft eindeutig, zuerst an adulten Stammzellen forschen zu wollen und dass sie mit diesen durchaus wissenschaftlich medizinisch die Heilung von ganz schweren Erkrankungen erreichen könne. Aber doch nicht mit den embryonalen Stammzellen. Es ist auch sehr bedenklich wie in den letzten Monaten über menschliches Leben in seinem ersten Ursprung verhandelt worden ist. Wir alle waren ja einmal so eine kleine Verschmelzung von einer weiblichen Eizelle und einer männlichen Samenzelle, so wie wir dasitzen. Soll ich dem zustimmen können, dass diese embryonalen Menschen ausgeschlachtet werden zu Gunsten von Anderen und der Rest im Recycling verschwindet.

So wird bei uns diskutiert. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn Gesprächspartner anderer Religionen und anderer Kulturen fragen, ja was glauben die denn überhaupt noch. Das scheinen ja wirklich Atheisten, Gottlose und Ungläubige zu sein. Ich sage das jetzt vielleicht etwas verkürzt und etwas scharf abgegrenzt ganz bewusst, um herauszufordern. Aber der Kern dieser Wirklichkeit ist einfach nicht zu leugnen. Es ist ganz wichtig, wie wir wirklich wieder unsere Gottesdienste, auch unsere Gottesverehrung, die Anbetung und unser Bekenntnis zur Dreieinigkeit Gottes würdig gestalten. Die Einmaligkeit der Eucharistiefeier ist herausgewachsen aus dem Abendmahl Jesu. Wenn mir das bewusst ist, kann ich die Feier der Hl. Messe einfach nicht mit jedem anderen Gottesdienst, mag es auch ein noch so gut gestalteter ökumenischer Gottesdienst sein, vergleichen und kann ich auch nicht auf die Eucharistiefeier bei katholischen Soldaten an Sonn und Feiertagen verzichten,

Aufmerksame Zuhörer einer Gesprächsrunde während des Empfangs durch Militärbischof Mixa (s.a. Foto S. 65)
Er ist nicht nur ein charmanter Gastgeber, sondern auch ein aufgeschlossener Zuhörer und verständiger Seelsorger, der deutlich Position bezieht, wie u.a. aus dem hier wiedergegebenen Vortrag hervorgeht.



Dies ist im Grundgesetz garantiert. Wie sollen wir denn unsere jungen Leute, die uns anvertraut sind, wie wollen wir sie dann hinführen, zu einer Ehrfurcht Gott gegenüber, zu einer Wertschätzung des Sakramentes. Gott schenkt sich uns durch Jesus Christi in seinem Wort, schenkt sich uns in seinen Sakramenten, vergewärtigt sein ganzes Heil für uns Menschen in diesem Geschehen.

Das weiterzugeben, das zu bezeugen und auch zu leben, ist m.E. gerade in einer multikulturellen und einer multireligiösen Gesellschaft wirklich das Gebot der Stunde. Wenn wir versäumen zu bekennen und missionarisch zu sein, gehen wir, das garantiere ich ihnen, in Deutschland mit Kreuz und Fahnen unter. Da gibt es gar keine andere Möglichkeit. Bekennend und missionarisch, damit meine ich nicht mit der katholischen Keule hier durch die Gegend zu ziehen und jeden zu verprellen, dem wir begegnen, sondern im Sinne eines Zeugnis ablegen von der Hoffnung, von der ich zu Recht erfüllt sein kann. Petrus schreibt bezeugend in seinem ersten Brief, das Licht dieses Glaubens, der Hoffnung und der Liebe nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern bezeugen und untereinander weiterzureichen, eben auch als Hilfe zu einem Sinn erfüllten Leben.

2. Das Menschenbild

Ich gehe weiter zu meinem zweiten Punkt und zwar zum Menschenbild. Wir müssen hier in Verbindung mit den Muslims im Dialog feststellen, dass sich das christliche Menschenbild nicht nur gegenüber dem Islam, sondern auch gegenüber anderen Religionen wie dem Hinduismus und Buddhismus unterscheidet – wobei ein Unterschied zwischen Buddhismus und Hinduismus existiert, rein vom Inhaltlichen vom Religionsgeschichtlichen her, er darf

nicht verwischt werden. Dieses christliche Menschenbild ist wirklich im Vergleich zu anderen Religionen einmalig. Warum kann ich das so sagen? Weil im christlichen Menschenbild ein Mensch dem anderen, auch Mann und Frau, einander gleichwertig gegenüber stehen, und weil im christlichen Menschenbild bezeugt wird, dass jeder Mensch in gleicher Weise von Gott geschaffen und in gleicher Weise von Gott geliebt ist.

Damit ist auch ganz klar und eindeutig ausgemacht, dass kein Mensch ein Verfügungsrecht hat über das Leben des anderen. So gesehen kann es auch keinen „Heiligen Krieg“ geben, bei dem dann Andersdenkende, auch wenn es Atheisten oder Ungläubige wären, getötet werden können, wenn ich denke, damit gegenüber Gott eine gute Tat zu erfüllen. Menschliches Leben, egal welcher Hautfarbe, egal welcher Rasse, egal welcher religiösen Ausrichtungen ist unantastbar. Dass dies auch im Christentum nicht immer so gelebt worden ist, das will ich hier ganz klar und deutlich sagen.

• Es gab die Kreuzzüge, die ich jetzt aber nicht von vorneherein verurteilen möchte; denn von ihrem Ursprung her sind sie aus der damaligen politischen und gesellschaftlichen Situation zu verstehen, sind dann aber in Eroberungs- und Abenteuerzüge ausgeartet. Es gab die Inquisition von staatswegen, zunächst einmal angeordnet, um alles in der gleichen Grundein-

stellung des Staates zu erhalten.

- Es gab Hexenverbrennungen. Aber nicht nur Frauen, sondern auch männliche Hexen sind verbrannt worden.

Aber alle diese menschlichen Fehleinschätzungen oder Fehlentwicklungen kann ich nicht mit Jesus Christus rechtfertigen. Denn das ist der entscheidende Punkt: Jesus Christus ist aus Liebe zu Gott für uns Menschen ans Kreuz gegangen. Deshalb kann ich keine menschliche Untat, kann ich keine Tötung eines Menschen mit Jesus Christus und mit dem Evangelium rechtfertigen. Das geht nicht, weil die Ethik Jesu vier Ausrichtungen hat:

- die eine Zielrichtung ist die *Liebe zu Gott*,
- die andere die *Liebe zum eigenen Leben*, sich selber mögen. Erst wenn ich den Wert meines eigenen Lebens und meines Daseins, meiner Entfaltungsmöglichkeit erkenne, kann ich auch den Anderen achten und schätzen,
- die *Nächstenliebe* und dann
- die *Feindesliebe*. Mit der Feindesliebe ist eben gemeint – und darauf haben sich auch meine Äußerungen in den letzten Tagen bezogen, ich kann nicht einen Haufen Unrecht auf einen anderen Haufen Unrecht draufsetzen. Das gibt eine Steigerung des Bösen. Das gibt ein Verlangen nach Rache. Das gibt ein Verlangen nach Vergeltungsschlägen, die sich ins Unendliche, in ihrer Grausamkeit und in ihrer

Bösartigkeit steigern können. Wir müssen versuchen im Krieg auch die Menschenwürde des Einzelnen, auch seine Personenwürde zu achten; deshalb auch dieses Thema in dem Wort der Bischöfe, „Gerechter Friede“.

Das Militärische ist im Grunde genommen nie gerechtfertigt. Es kann aber das geringere Übel sein, wenn alles abgewogen wird, um eine noch größere Schädigung, um ein noch größeres Übel, das Menschen angetan wird, zu verhindern. Und das in Verbindung damit, dass natürlich auch die Notwehr selbstverständlich eine in sich moralisch gegründete Forderung ist, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Denn ich habe ja den Wert meines eigenen Lebens, das mir nach meinen christlichen Menschenbild von Gott gegeben worden ist, auch gegenüber einem Angreifer zu verteidigen, zu schützen. Deshalb ja auch die Fragwürdigkeit des Selbstmordes.

Hier haben wir eben im Islam – wenn ich jetzt bei diesem Dialog bleibe und kurz in diese Richtung zurückblende – eben eine ganz andere Vorstellung vom Menschen. Es ist schon einmal nicht die Gleichwertigkeit von Mann und Frau gegeben, also diese partnerschaftliche Beziehung in der Ehe auf der Grundlage der einen Liebe in Treue. Hier ist also eine Unterscheidung da, zwischen dem Mann auf der einen Seite und der Frau auf der anderen Seite. Das gilt auch für die hinduistischen, das gilt auch für die buddhistischen Kulturbereiche. Hier muss ich einfach mal feststellen, dass das christliche Menschenbild mit der Wertschätzung der Person – und „personare“ im Lateinischen bedeutet „Geist tönt hindurch“ – und ein Individuum, ein eigenständiges Lebewesen steht einem anderen eigenständigen Lebewesen gegenüber. Das sich hieraus dann ganz logisch einfach auch rational, dann aber auch in Verbindung mit dem, dass Gott Mann und Frau in gleicher Weise geschaffen hat und in gleicher Weise liebt, sich der Grundsatz ergibt, dass das menschliche Leben unantastbar ist und keiner ein Verfügungsrecht hat auf das Leben des anderen. Hier werden wir im Dialog

wirklich noch viele Schritte gehen müssen.

Es ist auch notwendig zu fragen, wie verstehst du im Islam den Menschen. Ist es mehr auf den Mann ausgerichtet, hat die Frau die gleichwertige Stellung wie der Mann oder sind hier menschliche Unterschiede in der Beurteilung der Geschlechter gegeben, die an und für sich vom Menschsein her und auch von den Menschenrechten her so nicht mitgetragen werden können.

3. Das Weltbild

Im dritten Punkt meiner Überlegungen komme ich auf das Weltbild zu sprechen. Das Weltbild ist für uns Christen dadurch fest umschrieben, dass uns nach den ersten drei Kapiteln des Buches Genesis Gott die Welt übergeben hat. Leider hat sich ein Übersetzungsfehler eingeschlichen, in dem es heißt: „Macht sie euch untertan“. Und in diesem, „macht sie euch untertan“, ist oftmals die Problematik zu sehen, es könnte missverstanden werden als die Welt einfach gebrauchen und im Gebrauchen ebenfalls auch missbrauchen oder ausbeuten. Im Urtext heißt es „pflegen“, macht euch die Welt zu nutze, pflegt die Welt. Das heißt, dass wir mit unseren weltlichen Verhältnissen so umgehen sollen, dass wir die Welt als Gabe, als ein Geschenk und auch als ein Lehen Gottes ansehen und das wir somit eben auch verantwortungsbewusst mit unseren weltlichen Verhältnissen umgehen.

Wenn ich jetzt von dieser Aussage einen großen Sprung zurück zum 11. September mache, gebe ich Ihnen etwas zur Diskussion und bin auch gerne bereit, mich von Ihnen dazu fragen zu lassen und zwar in der Weise: Von unserem christlichen Weltbild her ist es so zu verstehen, dass die Welt in einer sozialen Gerechtigkeit gestaltet werden muss. Aus dieser Vorstellung heraus hat sich rein philosophisch und sozial-ethisch eine christliche Gesellschaftslehre entwickelt, angefangen mit dem Lehrschreiben „Rerum novarum“, veröffentlicht 1891 durch Papst Leo den XIII., bis hin zu „Centesimo anno“ hundert Jahre nach Rerum Novarum, durch den jetzigen Papst Johannes Paul II. im Jahr

1991. In dieser christlichen Gesellschaftslehre sind vier Grundsätze grundgelegt:

- (1) die Personenwürde des Menschen;
- (2) die Subsidiarität, die Hilfestellung, Hilfeleistung aber so, dass der Einzelne zu Eigenständigkeit in seiner verantwortlichen Lebensgestaltung kommen kann;
- (3) die Solidarität, d.h. also, dass ich zum Anderen in einem Bewusstsein der Gleichwertigkeit stehe und
- (4) das Gemeinwohl, das vor dem Eigenwohl kommt.

Das sind die vier Grundsätze, der christlichen Gesellschaftslehre.

Aber jetzt sage ich etwas sehr Kritisches. Ich war also bestürzt als ich gesehen habe, wie diese beiden Türme des World Trade Centers zusammengebrochen sind; zunächst einmal war man ja der Meinung, es handele sich hier um einen geschickt aufgezogen Science-fiction-Film oder James-Bond-Krimi. Niemand hätte gedacht oder sich vorstellen können, das so etwas überhaupt passieren könne. Es ist also wahnwitzig gewesen, was hier passiert ist. Dazu auch noch der Angriff auf das Pentagon, auf den Sitz der nordamerikanischen Militärmacht in Washington. Im Grunde genommen alles unvorstellbar. Es ist dann sehr viel darüber gesprochen worden, vor allen Dingen natürlich zu Recht über die 5.000 so plötzlich Ermordeten, zu Grunde gegangenen Menschen, dann über deren Angehörige. Wir sollten das einfach nicht vergessen, was passiert ist, in diesem furchtbaren Geschehen, in diesen Terrorakten.

Aber, meine lieben Zuhörer, wenn sie ehrlich sein wollen, müssen Sie doch auch fragen, wie konnte sich so etwas entwickeln. Wie konnte sich eine solche Haltung entwickeln. In der Militärsprache sagt man, es müsse eine ziemliche Logistik dahinter stecken, so wie die Leute ans Werk gegangen sind. Also muss man sagen, das ist überlegt geplant gewesen, sonst hätten sich diese Terrorakte gar nicht so katastrophal auswirken können. Auch dass Menschen bereit sind, mit diesem Terroranschlag selbst in den Tod zu gehen: Es spielt für mich keine Rolle mehr, ich setze mich ein, ich opfere

mein Leben, um hier „etwas Besseres“ zu bewerkstelligen.

Ich denke, in dem Zusammenhang wird unser christlicher Weltauftrag, unser christliches Menschenbild nicht mehr richtig verstanden und wird von uns in der nördlichen Erdhemisphäre auch nicht mehr richtig gelebt. Es ist zwar einfach eine Tatsache – mit der wir uns aber nicht einfach abfinden und das wir nicht irgendwie flapsig weitergeben und „na gut, das ist eben so“ sagen können –, dass jeden Tag z.B. 40.000 Menschen auf dieser Erde verhungern, obwohl Ernährungswissenschaftler sagen, es müsste auf dieser Erde niemand verhungern. Die Schere zwischen Reich und Arm, auf der einen Seite die nördliche Erdhemisphäre und auf der anderen Seite die südliche Erdhemisphäre, wird ja immer größer. Nun frage ich mich, bin ich jetzt ein unaufmerksamer Schüler oder ein Narr gewesen, wenn ich mich noch an meine Jugendzeit erinnere, als beispielsweise Venezuela oder Brasilien reiche Länder waren. Das waren reiche Länder, die sich von ihren ganzen Ressourcen her nicht nur selber erhalten und ernähren konnten, sondern die auch bedeutende Exporte vornehmen konnten. Aber das ist nicht mehr möglich, weil durch die Globalisierung und in Verbindung mit der Globalisierung durch einen möglichen Neokolonialismus eben diese Gebiete wirklich in eine Verarmung versunken sind, wie man sich sie schlimmer nicht mehr vorstellen kann.

Ich erinnere Sie an das Bild, vierzehn Tage vor dem Zusammenbruch dieser Weltwirtschaftstürme: der alte Papst und neben ihm aufrecht sitzend George Bush. Wie der Papst in aller Hellsichtigkeit und Klarheit die Personenwürde des Menschen und die Unverletzbarkeit des menschlichen Lebens angemahnt hatte und die Frage stellte, was ist aus dem Schuldenerlass geworden? Diese Frage ist nicht beantwortet worden.

Hieraus ergibt sich wirklich und auch für uns als Christen die Frage, kann sich das so weiter entwickeln oder müssen wir nicht im christlichen Bewusstsein wieder mehr für eine insgesamt, verantwortungsbewusstere Weltgestaltung eintreten. Vor 14 Tagen war ein Bischof aus

dem Kongo bei mir, der zu mir sagte: „Am liebsten wäre es uns, wir hätten gar nichts mehr. Dann hätten wir nämlich Frieden.“ – Im Kongo gibt es Uran, Kobalt und Diamanten; die Amerikaner haben mit diesen Rohstoffen ihre ersten Atombomben gebaut, die sie über Nagasaki und Hiroshima abgeworfen haben. – Und dann sagte der Bischof zu mir: „Die ganzen umliegenden Länder führen mit Zustimmung von Nordamerika gegen uns Krieg. Es sind auch nordamerikanische Soldaten in nicht erkennbaren Uniformen eingesetzt, und man will uns das alles wirklich wegnehmen. Unsere Leute wehren sich natürlich dagegen, so sind wir seit Jahrzehnten im Krieg. Wenn wir nur endlich nichts mehr hätten und die Ressourcen ausgebeutet wären, dann hätten wir wenigstens den Frieden.“ Und das sind also Tatsachen, an denen wir einfach nicht vorbeigehen können.

Freitag vor zwei Wochen war ich zum Verein der Deutschen Wissenschaftler nach Berlin eingeladen, wo ein Buch von Bundespräsident Johannes Rau „Frieden im Ernstfall“ vorgestellt wurde. Als Militärbischof war ich gebeten worden, einen kurzen Vortrag zu halten und am Podium mitzudiskutieren. Das war für mich ungeheuer bewegend. Die versammelten hochgradigen Wissenschaftler haben in politischer Hinsicht ähnliche Auffassungen vertreten wie ich. Ich habe von Anfang an gefragt: „Ist nicht ein wesentlicher Grund für diese Terrorangriffe auch in der misslichen politischen Situation im Nahen Osten zu sehen?“

Ich habe die Frage gestellt, „darf man ein kleines Volk wie die Palästinenser über Jahrzehnte und mit der Zustimmung Nordamerikas demütigen?“ Einer unter den Professoren hat darauf geantwortet: „Ich kenne die Verhältnisse Israels, ich kenne die Verhältnisse Palästinas, ich möchte mich als einen Kenner des Nahen Ostens bezeichnen. Ich sehe einen wesentlichen Grund für diese Terrorakte darin, dass eben die Palästinenser durch Jahrzehnte misslich behandelt worden sind, gedemütigt worden sind mit der Zustimmung Nordamerikas.“

Deshalb können wir nicht so einfach sagen: „Wir sind die Guten und die Anderen sind die Bösen.“ Ich gehe so weit, dass ich sage, an diesem 11. September sind zwei böse Mächte aufeinander geprallt. Auf der einen Seite, die Macht eines Wirtschaftskolonialismus eines Neokolonialismus, wie man sich ihn schlimmer nicht vorstellen kann, mit der Ausbeutung der südlichen Erdhemisphäre, zugleich eine Militärmacht. Auf der anderen Seite ein religiöser Fanatismus, der natürlich auch durch wirtschaftliche Benachteiligung und durch mögliche Unterdrückung gespeist worden ist. Hier sind zwei böse Entwicklungen aufeinander geprallt und haben dann eben zu dieser Katastrophe geführt.

Für mich stellt sich die Frage, ob wir nicht gerade über solche Zusammenhänge mit unseren Soldaten ganz freimütig und offen sprechen müssen. Von vielen Seiten bin ich nach meiner Meinung zu einem möglichen Einsatz unserer Bundeswehr in Af-



ghanistan gefragt worden. Wenn von den Politikern vollmundig gesagt wird, da gebe es keine Probleme und Schwierigkeiten, so sehe ich doch Probleme. Das tut mir herzlich leid, aber ich bin kein Schleppenträger der jeweiligen Bundesregierung – das ist ja ein Vorteil eines katholischer Militärbischofs in Deutschland, dass ich meine Hausmacht in Eichstätt habe, wie mein Vorgänger seine Hausmacht hier in Fulda hatte. Ich muss das sagen, was ich ethisch und menschlich zu vertreten habe, was richtig ist. In Interviews bin ich dafür eingetreten, das könne nur geschehen, wenn ein solcher Einsatz politisch begründet und durch den Bundestag wirklich realistisch abgesichert ist, aber ansonsten halte ich von dieser Weiterführung der jetzigen Kriegsführung in Afghanistans gar nichts. In bin in Sorge, dass das in einem Desaster enden wird, womöglich wie in Vietnam seinerzeit. Mir tun da alle Soldaten leid und ich denke, das durch das Bombardement eines schon total ruinierten Landes die Urheber der Terrorakte nicht eingefangen werden können. Dass sie eingefangen werden müssen, dass man dieser Leute habhaft werden muss, das ist für keinen vernünftigen Menschen von uns eine Frage. Das ist selbstverständlich. Aber es ist die Frage, welche Mittel dafür eingesetzt werden. Unsere Bundeswehrsoldaten unter diesen gegebenen Umständen einzusetzen, dazu habe ich gesagt: „Das kann ich mir nicht vorstellen, das lehne ich so strikt ab.“

Ich habe mich ja selber vom Einsatz unserer Bundeswehrsoldaten überzeugt und werde mich heuer zwischen Weihnachten und Silvester mit dem Generalvikar in den Kosovo und nach Mazedonien auf den Weg

machen, um unsere Leute dort zu besuchen. Ich habe das Ende des letzten Jahres in Serbien und im Kosovo erlebt; unsere Leute leisten dort einen Friedendienst. Das möchte ich wirklich herausstellen, einen herausragenden Friedensdienst. Das ist in unserer bundesdeutschen Bevölkerung so nicht im Bewusstsein. Die Soldaten leisten wirklich Friedensdienste, um diesen Ärmsten der Menschen, die in diese Kriege verwickelt waren, in diesen ethnischen, volksmäßigen Auseinandersetzungen verbunden mit großen Grausamkeiten zu helfen. Sie versuchen wirklich wieder Frieden zu schaffen auch durch die Kinder, durch die Erziehung von Jugendlichen, durch den Aufbau von Kindergärten, durch das Zusammenführen einzelner Volksgruppen.

In der Thematik der Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorge in der vergangenen Woche in Wilhelmshaven ging es auch um Seelsorge gerade für die von Einsätzen betroffenen Soldaten. Aber auch deren Familien, deren Angehörige und Verwandte zuhause müssen in einer entsprechenden Weise betreut und begleitet werden. So gesehen, meine lieben Zuhörer, ist für mich die Seelsorge für unsere Soldaten, aber auch eine Seelsorge unter den Soldaten ganz wichtig; es gibt nicht nur katholische und evangelische Christen, es gibt eine große Anzahl von gutwilligen Nichtgetauften, die ich jetzt nicht einfach als Heidenkinder bezeichnen möchte. Selbst in Bayern gibt es Standorte, in denen 35 oder 40 Prozent der Soldaten nicht getauft sind. Das muss man also erkennen und wenn sich die Situation weiter so entwickelt, werden wir in einigen Jahren unter den Offizieren 50 Pro-

zent nicht Getaufte haben. Ich halte es nur für möglich, hier in einer sachlichen, in einer menschenwürdigen und guten Weise zusammenzuleben und zu wirken, wenn wir uns auch im Dialog mit anderen Religionen, wenn wir als katholische Soldaten wissen, wer wir sind.

Und darum ist es im Wehrdienst unverdienter Maßen ein menschlicher Vorzug wirklich katholisch zu sein: vom Gottesbild her, vom christlichen Menschenbild her, eben auch in der Wertschätzung von Ehe und Familie, im verantwortlichen Umgang mit der Sexualität, in der Hinführung zu Treue und zu Pflichtbewusstsein. Wir müssen die Soldaten befähigen, in einer Gesellschaft positive Verantwortung zu übernehmen und für die Gestaltung der weltlichen Verhältnisse sich so einzusetzen, dass Frieden wirklich nicht nur eine Utopie ist, sondern dass Friede möglich wird. Von ihrem Bekenntnis her sollen katholische Soldaten in der rechten Weise als Missionar auftreten, um für mehr Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich und Frieden unter den Menschen zu werben. Befähigen dazu müssen wir unsere Soldaten in all den unterschiedlichen Gesprächen, die Militärseelsorger führen können, im Lebenskundlichen Unterricht und vor allen Dingen auch durch die Innere Führung. Ich habe zum Thema Innere Führung in Koblenz und in Hamburg bei der Universität der Bundeswehr vor einer großen Anzahl von Offizieren deutlich machen können, dass hier wirkliche Wertvermittlung möglich ist, dass ich nicht mit einer Stange im Nebel herum stochern muss, weil ich sonst nichts finde, sondern dass wir von unserem christlichen Gottesbild, Menschenbild und Weltbild her wirklich Werte zu vermitteln haben, die das menschliche Dasein von ihrem Ursprung, von der Sinnstiftung, von der Zukunft über den Tod hinaus in gerechter Weise deuten.

Diese Werte befähigen uns, in der Achtung auch vor anderen Kulturen und Religionen, aber Frieden stiftend mit unseren Nächsten umzugehen und dadurch mit einem Beitrag zu leisten, für eine menschenwürdigere und hoffentlich auch friedvollere Gestaltung unseres Lebens und auf dieser Welt. □



Wenn das kein guter Witz war... In geschlossenen Gesellschaften – wie z.B. Klerikern oder Militärs – entwickelt sich der Witz besonders gut. Das Wort „Witz“ entstammt der Aufklärung und bedeutet: Geist haben, geistreich sein.

PODIUMSDISKUSSION:

Der Beitrag des Soldaten zum Weltfrieden – „Gerechter Friede“ und Einsatz von Streitkräften zur humanitären Hilfe in Krisenregionen

Statements der Teilnehmer:

1. Militärpfarrer Johann Simon¹⁾

Mein Name ist Johann Simon und ich bin ein gebürtiger Hesse aus dem Bistum Fulda stammend, seit 1992 hauptamtlicher Militärpfarrer zunächst hier in dieser Region in Stadt Allendorf in Nordhessen. Vor einem Jahr bin ich nach München an die Sanitätsakademie der Bundeswehr versetzt worden. Dort helfe ich im Rahmen meiner Aufgaben, Soldatinnen und Soldaten auf kommende Auslandseinsätze vorzubereiten. Ich hatte 1997 die große Ehre als allererster deutscher Militärseelsorger ein Kontingent in das damals sich gerade im Aufbau befindliche Lager Railovac zu begleiten. Später habe ich auch die Seelsorgestelle Mostar in der Herzegowina eröffnet und war dort der erste Militärpfarrer der deutschen Soldaten. Und 1999 war ich ab Juli auch ziemlich vom Anfang an in Prizren zuständig für die Seelsorge der dort stationierten Bundeswehr-Soldaten im Kosovo. Es war zwar nicht das erste Kontingent, aber doch wenn sie sich erinnern, nach dem Einmarsch der Nato-Truppen in den Kosovo.

Ich soll berichten über meine Erfahrungen und über die Aufgaben eines Militärseelsorgers, eines Seelsorgers, der zur Begleitung eines Einsatzes losgeschickt wird, wie es im Militärbischofsamt korrekt heißt. In erster Linie sollen wir den Soldaten beistehen, sie wirklich begleiten. Das Erste ist, was wir natürlich bei den Soldaten auch immer wieder mitbekommen, dass der eine oder andere am Sinn des Einsatzes zweifelte und fragt, warum sind wir überhaupt hier? Wenn der Friedenswille doch nicht da ist.

Hier habe ich meine Aufgabe gesehen, immer wieder neu auch zum Beispiel in Predigten aber auch in Einzelgesprächen an den Grund zu erinnern, warum wir im Einsatz sind. Wir sind Beschützer, nicht Besatzer,

vergessen wir das nicht. Und wir wissen nicht, was sein wird, wenn wir wieder weg sein werden. Aber solange wir hier sind, können Kinder lachen und können alte Menschen in Frieden alt werden. Können sie, die sich nicht selbst verteidigen können, wenn es wieder los ginge, doch darauf vertrauen, das sie beschützt werden. Im Rahmen meiner Arbeit beobachtete ich, was die Soldaten in diesen Einsätzen bedrückt. Diese Belastungen, die Konfrontation mit dem Elend in einer vom Krieg zerstörten Region erweckt das Bedürfnis über den strengen militärischen Auftrag hinaus humanitär zu helfen. Ich sage das jetzt ganz bewusst, weil das Thema der Diskussion so formuliert ist, „der Einsatz zur humanitären Hilfe in Krisenregionen“.

Sie alle, die sie Soldaten sind, haben schon von den Aktionen gehört, zum Beispiel „Lachend helfen“. Wo Soldaten dann in ihrer Freizeit nebenbei sozusagen noch Aktivitäten entfalten, um hier als Christen vielleicht oder nur als Menschen, die sich dem Humanitären verpflichtet fühlen, tätig zu werden. Das hat einen positiven und einen negativen Aspekt. Der positive Aspekt ist der, dass unsere Bundeswehr in diesen Kriegsregionen ein ganz hohes Ansehen bei der Zivilbevölkerung genießt. Mir hat das mal einer so gesagt: das entscheidende Schutzzeichen eines KFOR-Soldaten, egal jetzt ob im Kosovo oder in Mazedonien, ist nicht so sehr das KFOR-Abzeichen am Ärmel oder gar das rote Kreuz an der Armbinde, wenn einer Sanitäter ist, sondern es sind immer noch die Deutschlandfarben an der Feldjacke. Sie weisen ihn aus als einen Soldaten einer Truppe, die sich dadurch einen Namen gemacht hat, das sie über den anstrengenden militärischen Auftrag hinaus noch humanitär im engeren Sinne tätig wird. Wenn er zum Beispiel beim Wiederaufbau von Schulen oder bei der In-

standsetzung der durch den Krieg beschädigten Infrastruktur hilft. Die negative Seite dieser Medaille ist die Frustration vieler Soldaten durch diese Erlebnisse, da ihre Hilfe oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Hilfst du einem, reichen deine Möglichkeiten vielleicht zur Unterstützung von zwei oder drei Menschen. Gleichzeitig musst du zehnen, zwanzig oder hundert andere stehen lassen, weil du ihnen nicht helfen kannst. Die andere Kehrseite ist, dass sich die Helfer allmählich mit der Not der Bevölkerung identifizieren. Damit besteht die Gefahr, die notwendige Neutralität, die innere Distanz zum Einsatz zu verlieren und sich zum Beispiel auf eine Seite zu schlagen. Der helfende Soldat kann sagen, ich fühle mit den albanischen Kindern. Dabei vergisst er vielleicht, dass die Eltern dieser Kinder immer noch dabei sind, Raketen in die Luft zu jagen. Hier ist also eine gewisse Gespaltenheit der Gefühlslage, die dann ganz unterschiedliche Konsequenzen hat, bis dahin, dass manche Soldaten so frustriert sind, dass sie dann sozusagen die geistigen Rollläden runter lassen und überhaupt nichts mehr an sich heran lassen wollen, innerlich resignieren, innerlich verbittern. Und vielleicht haben sie auch das Gefühl, von den Einheimischen ausgenutzt zu werden, und über den Tisch gezogen zu werden. Das ist eine andere Belastung, die Soldaten bei solchen humanitären Einsätzen erleben und erfahren. Da ist dann auch der Militärseelsorger gefordert bei zu stehen.

2. Oberst Karl-Jürgen Klein, GKS-Bundesvorsitzender

Ich bin seit Januar diesen Jahres Kommandeur des Logistikregiments 21 in Dornstadt. Es ist eines der Logistikregimenter, das bestehen bleibt. Davor war ich vier Jahre lang Kommandeur des Logistikregiments



Ein Novum bei der Akademie Oberst Helmut Korn, die Teilnahme des Militärbischofs an einer Podiumsdiskussion. Das Podium v.l.: GKS-Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein, Militärbischof Dr. Walter Mixa, Moderator Oberstleutnant Helmut Jermer, Schirmherr der Akademie Generalmajor Karl-Heinz Lather, Militärdekan Johann Simon. Am Pult der Akademieleiter Paul Schulz.

10 in Veitshöchheim bei Würzburg. In dieser Funktion war ich vom Mai bis Dezember 2000 als Kommandeur des Logistikregiments der KFOR im Einsatz in Mazedonien und im Kosovo. Wir haben uns auf diesen Einsatz intensiv vorbereitet. Mein Schwerpunkt war die Personalauswahl, um auch die richtigen Männer und Frauen mit zu nehmen. Und ich selber habe mit einer Führungscrew von 15 Offizieren ein Vor- wie auch später ein Nachbereitungsseminar im Kloster Münster Schwarzach durchgeführt. Das war für uns eine ganz wichtige Hilfe. Und das wichtigste für mich war im Nachhinein, wirklich eingestimmt in diesen Einsatz zu gehen. Von besonderem Vorteil war, dass unsere 10. Division Leitverband war. General Lather war unser Divisionskommandeur. Die Division unterstützte uns gut und wir konnten aus dem eigenen Bereich sehr viele mitnehmen. Das hat sich im Nachhinein als besonders ganz positiv herausgestellt.

Nachdem wir verlegt hatten, wurden von den 1.200 Soldaten des Logistikregiments 800 in Tetovo und 400 Soldaten vorne in Prizren stationiert, um da unsere Aufträge zu erfüllen. Wir haben uns neben den dienstlichen Aufträgen sehr bald der humanitären Hilfe zugewandt, mit einer starken S5-Abteilung, die ich dann im Einsatz noch einmal verstärkt habe. Und wir sind alle sehr offensiv in die Öffentlichkeit gegangen. Das hat sich nachher sehr positiv ausgewirkt. Ich habe zum Beispiel persönlich mindestens einmal

mit allen Religionsführern in Mazedonien Kontakt aufgenommen. Sowohl bei den Muslimen als auch bei der mazedonisch-orthodoxen Kirche, mehrfach habe ich mit Erzbischof Stefan gesprochen und diskutiert. Beim katholischen Bischof waren wir häufig, dorthin habe ich heute noch sehr enge Beziehungen und zwar besonders zu dem sehr gut Deutsch sprechenden jungen Weihbischof. Ich habe aber auch mit dem Dervisch eines islamischen religiösen Ordens in Tetovo und mit Vertretern der jüdischen Gemeinde gesprochen.

Mit dem Militärfarrer Sauer zusammen haben wir es geschafft, am 2. Oktober 2000 mit allen Religionsführern in der Kaserne den 10. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung in einer gemeinsamen Lichterfeier mit einem Gebet für Frieden und Versöhnung zu feiern. Das war eine ausgesprochen gute Sache; und ich habe von dem Weihbischof auf dem Renovabiskongress gehört, dass sich genau diese Kirchenführer während der Mazedonienkrise 2001 erneut an einen Tisch gesetzt haben. Sie erinnerten sich dabei sehr gut an das Treffen in der Kaserne in Tetovo. Heute ist kein einziger deutscher Soldat mehr in dieser Kaserne, nur noch unsere blauen Hallen stehen.

Militärfarrer Sauer, den die meisten von uns kannten, war für uns

ein ganz wichtiger Integrationsfaktor. Ich habe noch niemals einen Pfarrer gesehen, der in dieser Zeit so intensiv pastoral am Menschen gearbeitet hat, am einzelnen Menschen wirken konnte, wie das hier der Fall war. Wenn wir ihn im Lager gesehen haben, ging er an einen Arbeitsplatz, ging er in die Zelte, er ging also überall dort hin, wo er gebraucht wurde. Ich habe ihn oft bewundert und habe ihm gesagt, er müsste auch zwischendurch mal schlafen. Für uns war das eine ganz, ganz große Hilfe, dass er bei uns war, zumal er ein Mensch war, der sich mit uns, mit unserem Auftrag völlig identifizieren konnte, ohne seine eigene Selbstständigkeit aufzugeben.

Das war für mich eigentlich mit das Wichtigste und ich denke wir haben in dieser Zeit mit diesen vielen humanitären Projekten sehr gut in der Öffentlichkeit wirken können. Vor allen Dingen haben die Kompanien, die jeweils ein oder mehrere solcher Projekte neben ihrem dienstlichen Auftrag ausführen konnten, sich damit identifiziert, sie waren auch froh das sie raus kamen. Zu dieser Zeit war das auch alles möglich und das hat eigentlich zu einer sehr, sehr hohen Motivation in dieser Zeit beigetragen. Es war mein größter Wunsch, alle die ich mitgenommen hatte, wieder unverseht nach

Hause zu bringen. Das ist mir gelungen, das ist sicherlich nicht mein Verdienst, da ist mit Sicherheit ein Höherer im Spiel, aber ich denke, wir haben hier unseren Auftrag sehr gut erfüllen können.

Ich möchte noch eine ganz kurze Begebenheit erwähnen. Am Anfang gab es in den Gottesdiensten verhältnismäßig wenige Teilnehmer und mich sprachen Soldaten, ganz einfache Mannschaftssoldaten mehrfach darauf an, und sagten, sie würden ja ganz gerne mit in den Gottesdienst gehen, aber der Gruppenzwang in den Zelten wäre so groß, wenn sie dann aufbrächen um mitzugehen, dann würde jeder fragen, musst du da hin und hast du das nötig? Wir sind dann dazu übergegangen, nachdem wir darüber nachgedacht hatten, dass bestimmte Kompanien den Gottesdienst vorbereiteten und das hat sich als sehr gut erwiesen, weil dann die Kompanie vor Ort war, da fiel es nicht so auf, wenn der ein oder andere mit dabei war. Dass sich dieser Gruppenzwang so schlimm auswirkt, hatte ich mir so nicht vorgestellt. Es freute mich auch, dass die Soldaten so viel Vertrauen hatten um mich mit diesem Problem persönlich anzusprechen. Dabei waren auch Leute die aus der kirchlichen Jugendarbeit kamen, die aber wirklich nicht den Mut hatten, Sonntag mit in den Gottesdienst zu gehen. Von daher waren es bei den Gottesdiensten meistens viele Offiziere, eine Reihe Unteroffiziere aber von den Mannschaften sehr wenige.

3. Militärbischof Dr. Walter Mixa

Die Bereitschaft unserer Bundeswehr zunächst einmal in Bosnien, dann im Kosovo und jetzt auch in Mazedonien in den Einsatz zu gehen, ist, als es 1995 begonnen hat, innerhalb der Bundesrepublik bei der Bevölkerung auf unterschiedliche Beurteilungen gestoßen. Ich persönlich, so weit ich die politischen Verhältnisse und diese ganzen Verirrungen und Verwirrungen in diesen Teilen des Balkans verfolgt habe, war von vornherein der Überzeugung, dass es wohl nicht angehen kann, wenn in unmittelbare Nähe unserer Haustüre – etwas einfach gesagt –, Menschen fast wie wilde Tiere aufeinander losgehen. Dass also Kul-

turen zerstört werden und durch einen oftmals mit einem religiösen Mäntelchen bedeckten Fanatismus Morde geschehen und Völker, die zuvor neben einander ganz gut leben konnten, sich geradezu – drastisch gesagt – an die Gurgel springen. So war ich von vornherein davon überzeugt, dass unsere Bundeswehrsoldaten in Verbindung mit anderen UNO-Truppen hier wirklich Hilfe leisten müssen. Sie müssen dafür sorgen, dass noch schlimmeres Unheil und noch größere menschliche Grausamkeiten vermieden und die Gegensätze zwischen den ethnischen Gruppen überwunden werden können.

Als ich – für mich schon etwas unerwartet – dieses Amt eines Militärbischofs nach reichlicher Überlegung gern übernommen habe, war es für mich natürlich selbstverständlich, dass ich im vergangenen Jahr vom zweiten Weihnachtsfeiertag an bis Sylvester in Bosnien und im Kosovo war, zuerst in Railovac und dann in Prizren. Dort habe ich auch mit dem Bischof von Prizren Kontakt aufgenommen. Der Bischof sagte mir, er könne sich glücklich schätzen, dass deutsche Soldaten in Prizren stationiert seien, denn diese deutsche Soldaten würden wirklich einen humanitären Hilfsdienst leisten, in einer so idealistischen und auch in einer so wirksamen Weise, wie man sich das sonst so nicht vorstellen könne. Ich habe über diese Ansicht des Bischofs auch mit den Offizieren meines Stabes und mit den Kommandeuren gesprochen. Sie hielten das Urteil dieses Bischofs für erklärbar: Es war nicht einfach als eine Streichel- oder Schmeicheleinheit gemeint. Sondern es erklärt sich dadurch, dass unsere Soldaten, ihre schwierigen Patrouillengänge jeden Tag durchführen müssen, oftmals in sehr entlegenen Gegenden und auch noch auf gefährlichen Wegen. Hilfswerke wie z.B. Caritas oder Diakonie können dort gar nicht zum Einsatz kommen, weil denen dazu die Möglichkeiten fehlen. Und unsere Soldaten – ich konnte mich wirklich davon überzeugen, weil ich mit einzelnen an ihrem Einsatz- und Arbeitsplatz ins Gespräch gekommen bin – haben das wirklich in der von mir geschilderten Weise gesehen und sich persönlich so eingesetzt, nicht um etwa

auf Schwäbisch „Kriegerle zu spielen“, sondern weil sie dort sind, um wirklich noch größeres Unheil zu verhindern. Aber nicht nur Unheil zu verhindern, sondern um etwas neu aufzubauen.

Mich hat das schon beeindruckt, dass beispielsweise unsere Soldaten Kindergärten neu aufbauen und Horte für Kinder einrichten. Dies geschieht nicht unter dem Gesichtspunkt, bei der Ernährung und in ihrem Wissen benachteiligten Kindern zu helfen, sondern mit der klaren Vorgabe – soweit überhaupt möglich – dass die Kinder unabhängig von ihrer Volks- und Religionszugehörigkeit gemeinsam aufwachsen. Ziel ist es, dass Albaner, Kosovoalbaner, Serben, Roma, Moslems, Christen und Juden im Kindergarten und der Grundschule wieder untereinander ins Gespräch kommen. Sie sollen im Gegensatz zu ihren Eltern lernen, andere Kulturen und andere Ausdrucksformen von Religion zu achten. Ich bin absolut davon überzeugt, dass hier von unseren Soldaten wirklich eine hervorragende Hilfe geleistet wird ganz im Sinne des bischöflichen Schreibens „Gerechter Friede“. Dort heißt es unter anderem: „Ein Auslandseinsatz der Truppe muss wirklich reiflichst überlegt und überprüft werden von den Verantwortlichen her und ist immer als ein Übel anzusehen.“

Das mag sie vielleicht erschrecken, wenn ich das so deutlich sage, es ist immer als ein Übel anzusehen, aber als ein geringeres Übel, um noch ein anderes größeres Unrecht und Unheil zu verhindern. Deshalb sehe ich den Auslandseinsatz unserer Soldaten in Serbien und im Kosovo und jetzt auch in Mazedonien, wirklich als leider notwendig und berechtigt an. Ich bin dann schon erstaunt gewesen, da ich der Meinung war, für diesen Einsatz würden fünf bis sechs Jahre reichen, als mir der Kommandeur Langheld sagte: „Herr Bischof das ist illusorisch, wenn wir hier wirklich für den Frieden was tun wollen, dass sich die Verhältnisse wirklich zum Guten hin verändern, müssen wir mit mindestens zehn Jahren, wenn nicht noch längerem Auslandseinsatz rechnen.“

Jetzt ist es mein Bemühen, zusammen mit meinen Mitbrüdern sowie dem gesamten im Militär-

bischofsamt und in der Militärseelsorge eingesetzten Personal, sehr ernsthaft darüber zu sprechen, welche Hilfestellung die Kirche nach ihren besten Kräften und Möglichkeiten bieten kann.

Wie Herr Oberst Klein es an dem Beispiel vom Militärpfarrer Sauer schon erklärte, habe ich immer den Eindruck gehabt, dass unsere Priester wirklich gern und mit einer inneren Überzeugung sowie mit einer guten Vorbereitung unsere Soldaten bei den Auslandseinsätzen begleiten. Sie sind, ob es jetzt Katholiken oder Nichtkatholiken, ob sie getauft oder ungetauft sind, wirklich herausragende und gesuchte Gesprächspartner, um ihnen auch vor allem in ihren Beziehungsebenen, aber sicher auch in persönlichen existentiellen Anfragen und Nöten zu helfen. Dafür bin ich sehr dankbar und ich habe noch bei keinem Militärgeistlichen irgendeinen Unmut oder eine Unzufriedenheit wahrgenommen, sondern eine innere Bereitschaft mit zu gehen und unsere Soldaten zu begleiten.

In gleicher Weise, meine lieben Soldaten, beschäftigen uns auch Ihre Sorgen um Ihre Frauen – oftmals sind es ja jüngere Ehefrauen mit kleinen Kindern –, aber auch um Angehörige, Freundinnen und Freunde. Von Seiten der Militärseelsorge planen wir eingehend und setzen unser gesamtes Personal so ein – soweit uns das möglich ist –, dass auch die Angehörigen in der Heimat der sich im Auslandseinsatz befindenden Soldatinnen bzw. Soldaten seelsorgerecht betreut werden. Ich bin überaus dankbar dafür, dass es mir gegen die Widerstände aller möglichen Bedenkenträger gelungen ist, das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft im Januar dieses Jahres an der katholischen Universität Eichstätt als Zentralinstitut einzurichten. Und ich bin davon überzeugt, dass gerade die Thematik Ehe und Familie für den Bestand unserer Gesellschaft in der Gegenwart und in der Zukunft ein politischer, ein gesellschaftlicher und ein humaner Dauerbrenner sein und bleiben wird. Wenn wir das nicht genügend ernst nehmen, dann werden wir gegenüber anderen gesellschaftlichen oder auch religiösen Vorstellungen ganz gewaltig ins Hintertreffen kommen.

Die Militärseelsorge unterhält bei Hamburg das Institut für Theologie und Frieden. Es hat deswegen beim Militärgeneralvikar im Militärbischofsamt nicht viel Überredungskunst bedurft, dass dieses Institut zukünftig ganz eng mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft an der katholischen Universität in Eichstätt zusammen wirken soll.

Nun zu einem möglichen Afghanistaneinsatz unserer Bundeswehr – ich habe dazu schon gestern Einiges gesagt, was ich jetzt nicht wiederholen will (zu dem Thema s.a. in diesem AUFTRAG S.59 ff.). Voraussetzung ist natürlich, dass die Urheber dieser schrecklichen Terrorakte aufgespürt und ihrer gerechten Strafe zugeführt werden müssen. Wir müssen alles tun zum Schutz unserer freiheitlichen Demokratie und zum Schutz unserer Kultur. Da ist es selbstverständlich, dass der praktische Einsatz von meiner Seite bzw. von meinen Mitbrüdern begleitet und moralisch unterstützt wird. Für einen möglichen Einsatz gilt natürlich und zwar besonders in Verbindung auch mit unserem bischöflichen Schreiben „Gerechter Friede“, dass die politischen Verantwortlichen in Zusammenarbeit mit dem Bundestag ernsthaft prüfen, ob dieser Einsatz wirklich berechtigt ist und er von unseren Soldaten so erwartet werden kann.

Für mich muss durch die Regierung der Grundsatz – ist der Einsatz zur humanitären Verteidigung wirklich gerechtfertigt, um ein noch größeres Übel und ein noch größeres Unheil von Menschen abzuhalten – sachgerecht und gewissenhaft geprüft werden. Entscheiden sich danach die Politiker für den Einsatz dann bin ich zum Dienst verpflichtet, kann ich mich dem nicht entziehen und muss mich mit meinen Kameraden auf den Weg machen. Das ist meine Meinung, und die ich auch so begründe.

Zum anderen sehe ich, dass durch die Bombardierung Afghanistans Dörfer und Städte zerstört werden und Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, in äußerste Not geraten. Und es wird nicht bleiben bei Hunderten, sondern es werden wieder Tausende von unschuldigen Menschen getötet werden. Ich wünsche

mir deswegen dringend, dass die Verantwortlichen dabei in einer menschlich vernünftigen Weise vorgehen. Dafür wollen wir alle beten.

Hier mache ich eben mein ganz großes Fragezeichen, ob diese Art von Kriegsführung sinnvoll ist. Denn die Russen haben sich ja damals, wirklich nicht schlecht ausgebildet, zehn Jahre lang in Afghanistan so zu Tode gelaufen. Ich erinnere an das Fiasko für Amerika im Vietnamkrieg und auch der Golfkrieg ist mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Auch bin ich der Überzeugung, dass die Logik der Urheber im September so weit ging, dass diese davon ausgingen, dass die Amerikaner nicht sofort zurückschlagen werden. Wir schreiben heute den 31. Oktober und jetzt kann bereits in Afghanistan der Winter einsetzen, wo dann sowieso nichts mehr möglich ist. Also, das ist für meine Begriffe mit einer ganz großen List und Umsicht von vorneherein so geplant worden. Und sich jetzt hier die Zähne in einem Bodenkrieg oder in einer weiteren Bombardierung auszubeißen, also da habe ich wirklich meine großen Zweifel am Sinn eines solchen Einsatzes.

Es ist mir ein Anliegen gewesen, dies jetzt so deutlich zu sagen, weil ich das gestern in meinem Vortrag so nicht zur Geltung bringen konnte. So möchte ich zu einem möglichen Afghanistaneinsatz verstanden werden. Danke.

4. GenMaj Karl-Heinz Lather

Wenn ich von mir ausgehe und frage, warum tun wir das denn alles, was da angesagt ist, dann ist es für mich die Dynamik der letzten zehn oder elf Jahre, die wir als Volk, als Nation, als Bundeswehr und auch als einzelner Soldat erleben, die doch ganz erheblich ist. Wir haben auf der einen Seite das Glück unserer Wiedervereinigung gehabt – ohne dass ein Schuss abgegeben wurde, die beiden Teile unseres Landes wieder zusammengekommen sind. Und dahinter verblasst letztlich dann auch eine Diskussion, wie wir sie im Augenblick in Berlin haben um die Frage der Regierung, ob da eine PDS beteiligt sein kann oder nicht. Das ist eine typische deutsche nach innen gerichtete Diskussion. Also, das wäre einmal die große

Freude in der wir leben. In der Folge bricht der Gegensatz zwischen zwei Praxisthemen über uns herein. Wir haben über eine Anzahl von Jahren hinweg gesagt, wir sind ja nur noch von Freunden umgeben und haben uns eingelullt in der Situation, es kann uns ja niemand mehr bedrohen. In der Bundeswehr selber merken wir, dass die Politik uns zwar eine Menge von Aufträgen gegeben hat, sie hat die alten bestätigt, sie hat neue hinzugefügt. Sie hat uns aber nicht genügend reformiert, um das tun zu können, was wir zu leisten haben. Wir haben mit der Zeit erfahren, wie sich die Aufträge der Bundeswehr nicht nur graduell, sondern grundsätzlich verändert werden. Das gilt nicht nur für die Bundeswehr, das gilt ebenso für das österreichische Bundesheer, für die schweizerische Armee, für die dänischen und für die polnischen Streitkräfte. Um nur einige unserer Nachbarn zu nennen.

Mit den Auslandseinsätzen haben wir humanitär in Kambodscha begonnen. Wir hatten solche Dinge bereits vorher – meist mit der Luftwaffe – durch weltweite humanitäre Hilfsflüge getan, ohne dass es in der Öffentlichkeit besonders wahrgenommen wurde. Wir haben es aber nie so intensiv getan, wie unsere österreichischen Kameraden, die seit 1955 oder 1956 bei UN-Einsätzen entsprechend der Größe unseres Nachbarstaates beteiligt gewesen sind. Wir machen dies erst seit zehn Jahren.

Wir sind im Golfkonflikt noch in der Rolle der Spätzeit des Kalten Krieges gewesen, damals haben wir uns mit dem Scheckbuch freigekauft. Die damals berühmte Genscher'sche Scheckbuchpolitik ist ja eine an der wir vielleicht noch heute leiden und die heute noch eine Konsequenz hat, indem dass Politiker nach außen heute noch sagen, dies soll nicht wieder passieren. Denn wir können nicht auf der einen Seite politisch verlangen, dass wir einen Sitz und eine Stimme im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben wollen, wenn wir gleichzeitig da, wo es vital und essentiell wird, sagen, nein wir sind nur gute Zahler.

Das war der Golfkrieg. Wir haben dabei auch in der Bundeswehr intern erlebt, wer sich daran erin-

nert, wie schwer wir uns getan haben mit der Entscheidung ein paar FlaRak- Verbände in die Türkei zu verlegen. Welche Diskussionen hatten wir unter den Kameraden der Luftwaffe damals und auch in der Öffentlichkeit; wie schwer sind wir damit umgegangen. Wir mussten uns erst an diese Rolle gewöhnen sowie in sie auch mit letzter Konsequenz hineindenken.

Ich selber bin seit 1995 eigentlich permanent an dem Prozess beteiligt, weil ich – nachdem ich Brigadekommandeur in Potsdam gewesen war – in den Führungsstab der Streitkräfte kam und dort zu den engen Beratern von Verteidigungsminister Rühe gehörte. Als die Weltgemeinschaft sich nach den Granatangriffen auf dem Marktplatz in Sarajewo entschloss, das Schießen in Bosnien-Herzegowina irgend wie zu beenden, da haben wir angefangen eine Brigade zusammenzustellen. Der Beitrag der Bundeswehr war nach Trogir und Dubrovnik zu gehen und dort Logistik sowie wieder ein Lazarett bereitzustellen. Wir sind also nicht direkt in Bosnien-Herzegowina gewesen. Es war ein Stückchen näher heran, an das was dort gemacht werden musste.

Wir haben in Deutschland eine sehr intensive und sehr grundlegende Debatte geführt über die ersten Beschlüsse, die der Bundestag zu fassen hatte. Das ging quer durch die Parteien, ging quer durch den Bundestag, das fing bei dem damaligen Bundeskanzler Kohl an und hörte bei den Abgeordneten der Grünen auf. Und wir haben so allmählich mit der Hilfe des damaligen Generalinspektors Naumann – ich glaube das ist auch das große Verdienst des Ministers Rühe – unsere Gesellschaft dahin geführt, mehr Verantwortung mitzutragen und das zu übernehmen, was uns zukommt. Und wir haben das nicht mit einem Hurra-Patriotismus getan, sondern handelten sehr überlegt und sehr moderat.

Der nächste Schritt ist der Kosovo. Im Kosovo haben wir das erste Mal – das ist auch nicht political correct – Krieg geführt. Konkret haben es die getan, die zunächst in Awacs-Flugzeugen saßen und von dort die Flugzeuge leiteten. Konkret haben es auch die Kameraden getan, die in den Tornados saßen und Ra-

keten auf Flugabwehr-Stellungen abfeuerten. Und konkret haben es – auch nicht political correct – nach dem Einmarsch die Soldaten in Prizren getan, die dort die zwei Terroristen, zwei Menschen, die sie mit der Waffe bedroht hatten, in dem gelben Lada erschossen haben. Also, das war das erste Mal, dass wir aktiv eingesetzt worden sind. Und wir haben uns genau so verhalten, wie es die anderen Partnerstaaten auch getan haben. Es ist ja nicht nur die NATO, die dort vor Ort ist. Sie hat das Mandat, den Einsatz zu leiten, es sind glaube ich, in Bosnien Herzegowina 34 Nationen, in Mazedonien und im Kosovo 36 Nationen – weit über den NATO-Rahmen hinaus bis hin zur Schweiz – die sich daran beteiligen.

Ich sollte noch etwas sagen zu dem in Georgien abgeschossenen Oberstabsarzt. Nach dem zweiten Weltkrieg ist dieser Oberstabsarzt der erste deutsche Soldat, der in einem Einsatz gefallen ist, wobei er sich dort nicht im Krieg befand, sondern als Blauhelm-Soldat in einem UN-Auftrag handelte. Auch das gibt zu denken und wir verdrängen es immer, dass die UN-Soldaten in den langen Jahren der UN-Friedenseinsätze natürlich einen hohen Blutzoll bezahlt haben. Nicht nur Soldaten, auch Diplomaten und zivile Mitarbeiter, die dort mit geholfen haben, aber eben auch Soldaten.

Alles was wir dort im Balkan insbesondere tun, geht nicht ohne die Vereinigten Staaten von Amerika. Alles das, was wir heute tun, und die Situation aus der wir handeln können, ginge nicht ohne die Vereinigten Staaten von Amerika. Dies ist völlig undenkbar und wir wären ohne sie nicht die Demokratie geworden, die wir heute sind. Wir hätten uns gar nicht so entwickeln können, wir hätten vielleicht gar nicht über die 50 Jahre den Frieden gehabt, wenn nicht das amerikanische Volk und die amerikanischen Soldaten hier in Europa die Sicherheit hergestellt oder zu der Sicherheit beigetragen hätten, aus der wir uns so heraus entwickeln und verhalten konnten. Deswegen bin ich ganz zutiefst überzeugt – auch nach dem persönlichen Erleben von amerikanischen Offizieren in Bosnien Herzegowina über ein

halbes Jahr hinweg –, dass diese Amerikaner, bei allem was man kritisch anmerken kann, in hohem Maße an der Gestaltung des Friedens in dieser Region mitmachen und mitarbeiten. Ohne sie würden wir Europäer das nicht schaffen. Wir sind nicht in der Lage, unseren eigenen Vorhof in Ordnung zu halten, geschweige denn, die Welt friedlich zu organisieren.

Ich komme zu uns selber zurück, zu den Einzelnen. Wenn es also um die Frage des Einsatzes geht, dann ist es immer die Frage, übernehmen wir einen solchen Auftrag verantwortlich oder lehnen wir ihn ab. So oder so ist man als Christ, dann wenn man handelt, schuldig. Wenn man nicht handelt, ist man im gewissen Maße schuldig und wenn man handelt, ist man möglicherweise auch schuldig. Das ist ja schwer vorherzusagen. Ich schließe gleich mit meinem eigenen Erleben aus Bosnien an. Ich hatte gestern gesagt, Vorgesetzte müssen im Zweifel auch den Auftrag geben, dass andere Menschen ihr Leben einsetzen.

Ich habe eine solche Situation erlebt. Es gab die Situation, dass Milosevic drohte, die Situation in Montenegro zu kippen. Es gibt da eine Eisenbahnlinie, die geht von Belgrad über Zlatar – eine Stadt nördlich von Montenegro – nach Montenegro. Ein Stückchen weiter westlich ist Bosnien-Herzegowina. Wir wussten durch Geheimdienste und durch Luftaufnahmen, dass Milosevic etwa 2.000 Mann bereits zusammengezogen hatte, die er über diese Eisenbahn nach Montenegro bringen wollte. Wir haben diese Eisenbahnlinie letztendlich gesprengt, um das zu verhindern. Es gab einen ziemlichlichen Aufschrei im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, im Deutschen Bundestag und auch in anderen Parlamenten. Wir haben es trotzdem getan, weil wir davon überzeugt waren, wenn wir den Transport der Soldaten unterbinden, können wir auch die Unversehrtheit von Bosnien-Herzegowina aufrecht erhalten, wozu wir auch das UN-Mandat hatten. Das war eigentlich die Begründung dafür, dass wir dort überhaupt landen konnten, weil sonst der Krieg nach Bosnien-Herzegowina hineingetragen worden wäre. Es hätte sonst in der Konsequenz bedeutet, dass sich etwa

150.000 Muslime der bosniakischen Bevölkerungsgruppe in Montenegro auf den Weg gemacht hätten. Das hätte die Stabilität von Bosnien-Herzegowina mehr als gefährdet. Außerdem bestand die große Gefahr, dass all die Menschen, die im Kosovo vertrieben waren, nach Montenegro hinein und dann weiter nach Bosnien getrieben worden wären.

Der Einsatz wurde durch amerikanische Spezialkräfte zusammen mit einer deutschen Kompanie ausgeführt. Der Kompaniechef war mit seiner Kompanie seit zwei Tagen im Lande. Der hatte das nie geübt, der hatte das nie getan, und es war arg gefährlich. Es hat zum Glück auf unserer Seite keine Toten und auch keine Verwundeten gegeben, es hat nur ein verkleideter serbischer Soldat sein Leben verloren, weil er auf die NATO-Soldaten geschossen hatte. An dem Einsatzbefehl war ich unmittelbar beteiligt, und es gab in den folgenden Stunden schon Zweifel, da wir nicht wussten, kommen sie zum Erfolg, kommen sie gesund wieder. Da fragt man sich schon, Mensch hast du denn da eigentlich richtig und verantwortlich gehandelt. Es hilft nichts. Die Konsequenz, die ohne Handeln eingetreten wäre, wäre wahrscheinlich so, wie wir sie damals beurteilten hatten, und es hilft ihnen auch niemand bei der Entscheidung. Kein Bundeskanzler, auch kein UNO-Generalsekretär und kein Botschafter eines der dort vertretenen Länder, mit dem man sinnvoller Weise so wie so nicht darüber spricht, weil es dann sofort in der Presse stünde. Das ist ja so wie so gefährlich. Der Einzige, mit dem wir reden konnten und dem wir das kurz geschildert haben, war der SACEUR, damals General Clark, der ja unser Oberbefehlshaber war. Er sagte, macht mal, das ist schon richtig, was ihr da macht. Über eine Sicherheitsleitung haben wir mit ihm gesprochen – und dann ging die rechtsstaatliche Aufarbeitung los. Das ist ja jemand zu Tode gekommen. Wir waren da in Bosnien im tiefsten Frieden, wir machen dort nur eine Friedensoperation, wir hatten keine Kampfaufträge und trotzdem war die Situation so. Dann wird das untersucht. Da haben wir zum Glück, sowohl völkerrechtlich als auch nationalrechtlich richtig gehandelt. Aber

das ist ein Prozess, den man dann über sich ergehen lassen und den man auch ertragen muss. Das gehört zum Soldatenberuf dazu.

Letzter Punkt. Weil wir hier über humanitäre Hilfe reden: Ich finde das ist eines meiner größten Erlebnisse überhaupt im Einsatz, auch im Erleben hinterher als Divisionskommandeur oder jetzt als Kommandierender General. Ich finde es bewundernswert, wie unsere jungen Soldaten sich aus eigenem Antrieb heraus und über ihren militärischen Auftrag hinaus einsetzen und wirklich humanitär helfen. Ich kann mit den Argumenten nicht viel anfangen, die sagen, man sei so frustriert und man wisse nicht, ob man helfen solle, weil daneben auch einer sitzt, dem man auch helfen müsste. Mein Antrieb zu helfen ist immer da und so ermuntere ich dann auch andere: Erstens ist es für einen selbst gut, weil es ein Stück Sinngebung für das, was wir da draußen tun, bedeutet. Zum anderen gibt es kaum etwas, was mehr zur eigenen Sicherheit in einem solchen Umfeld beiträgt, als wenn man dort hilft. Das ist ein indirekter Effekt, nicht ein primärer Antrieb dafür, aber indirekt heißt auch: im Einsatzraum tragen wir durch unser hilfsbereites Verhalten wesentlich zu unserer eigenen Sicherheit bei. Ich vergleiche es durchaus mit den Regionen, wo andere Nationen eingesetzt sind, die das nicht so tun wie wir.

Gestern habe ich gesagt, firm, fair, friendly. Das *friendly* ist hier vielleicht das richtige Attribut und wir nennen diese Aktionen, die die Soldaten dort gegründet haben, „Lachend helfen“. Ich sag mal, ich erlebe das in der Regel auch so, dass man sagen kann, lachend helfend, denn es gibt für den Einzelnen der sich dort engagiert und beteiligt doch nichts Schöneres, als hinterher in die strahlenden Augen von Leuten zu schauen, die zutiefst dankbar sind, dass man ihnen geholfen hat. Wenn wir es an dieser kleinen Stelle und mit den begrenzten Mitteln nicht täten, würde es niemand tun. Und deswegen halte ich es für ganz, ganz wichtig.

Die Statements der Podiumsteilnehmer wurden durch die Redaktion nach einem Tonbandmitschnitt bearbeitet. □

Generalversammlung des Apostolat Militaire International (AMI) vom 15. bis 21. September 2001 in Erfurt

Zusammenfassender Bericht

Die Generalversammlung des AMI 2001 im Augustiner-Kloster in Erfurt/Thüringen stand unter dem Thema

„Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen in den Streitkräften“

und diente zugleich der inhaltlichen Weiterführung der Konferenz von Rom und der AMI-Erklärung des Jahres 2000

„Der katholische Soldat im dritten Jahrtausend: Selbstverständnis – Selbstdarstellung – Akzeptanz in der Gesellschaft“

Die Generalversammlung wurde begrüßt durch den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, als Repräsentant der GKS Deutschlands und Gastgeber, und durch den Präsidenten des AMI, General Ernest König, Österreich, der die Generalversammlung eröffnete. Konferenzsprache war Englisch. AUFTRAG dokumentiert die Beiträge zur Konferenz, soweit sie in deutscher Übersetzung vorliegen.

Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden der GKS

Oberst Karl-Jürgen Klein begrüßte als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und damit als Vertreter des gastgebenden Landes Delegationen aus 16 Ländern, darunter auch erstmalige Teilnehmer aus Mittel-, Süd- und Osteuropa. Klein erinnerte daran, dass die Vereinten Nationen das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen“ ausgerufen hatten. Dieser Dialog bedürfe einer Plattform auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Dazu gehöre auch das Gespräch zwischen den Religionen. Deshalb, so Klein, habe AMI in diesem Jahre ein ausgesprochen aktuelles Konferenzthema gewählt.

Wörtlich führte der Bundesvorsitzende der GKS aus: „Derzeit sehen wir auf dem Balkan, aber ganz aktuell auch bei den terroristischen Angriffen der letzten Tage auf die freie Welt und die Werte, die sie verkörpert, dass Konflikte interkulturell

aufgeheizt werden, dass Religionen eine sehr wichtige Rolle spielen, sei es in Wirklichkeit, sei es auch als Vorwand, dass aber es noch viel wichtiger ist, trotz der trennenden Unterschiede miteinander zu reden und einander kennen zu lernen.“

Klein forderte die Delegationen im Sinne des Konferenzthemas auf, sich mit den in ihren Heimatländern gemachten Erfahrungen einzubringen, die Gelegenheit zur Begegnung zu nutzen und die Auseinandersetzung auf der Grundlage eines gemeinsamen Glaubens zu suchen. Bezogen auf die Ökumene könne das Laienapostolat in den Streitkräften eine Vorreiterrolle übernehmen, „um als Vorbilder einen guten Geist in unsere Armeen hineinzutragen“. Der GKS-Vorsitzende schloss mit dem Appell: „Tragen Sie unsere Botschaften in Ihre Streitkräfte hinein.“

Berichte der Delegationen

Die Delegationen erhielten Gelegenheit, sich selbst und die nationalen Aktivitäten des vergangenen Jahres, insbesondere zur Umsetzung der Erklärung von Rom des Jahres 2000, vorzustellen. Als Beispiel soll hier der im Wortlaut vorliegende Kurzbericht zur Organisation und den Aktivitäten des Laienapostolats in den deutschen Streitkräften im Zeitraum 2000-2001 wiedergegeben werden.

Auf der Grundlage der christlichen Berufung zum Apostolat und der Lehre der Kirche, besonders des II. Vaticanums, hat sich das Laienapostolat in der Bundeswehr stetig entwickelt und beruht heute auf drei Säulen:

1. *Das Laienapostolat des einzelnen katholischen Soldaten aller Dienstgrade, die sich zu einem Leben gemäß der Lehre der Kirche verpflichtet haben, insbesondere der Sozial- und Friedenslehre, und die durch ihrer Lebensführung und Verhalten ein Beispiel setzen.*
2. *Die Kooperationskreise und Gemeinderäte, die in den Verantwortungsbereich des katholischen Militärbischofs fallen und die aus Mitgliedern bestehen, die auf Initiative des Militärpfarrers oder*

Die Leitung der Generalversammlung: General Ernest König (Mitte), Präsident AMI, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Generalsekretär (l.), Msgr. Dr. Luis Martínez Fernández, Geistliche Beirat (r.), Oberst a.D. Franz Thiele, Generalsekretariat (r. außen) und Oberst Karl-Jürgen Klein, Bundesvorsitzender der GKS (l. außen); Fotos AMI.



GENERALVERSAMMLUNG DES APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (AMI) VOM 14. - 21. SEPTEMBER 2001 IN ERFURT

„Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen in den Streitkräften“ und

„Der katholische Soldat im 3. Jahrtausend: Selbstverständnis – Selbstdarstellung – Akzeptanz in der Gesellschaft“

PROGRAMM-Auszug

Samstag, 15. September 2001

Sitzung des Exekutivkomitee AMI
Eintreffen der Delegationen

14.45–17.00 Referate der Teilnehmerländer zum
Konferenzthema mit Diskussion
18.00–20.00 Empfang durch den Ministerpräsi-
denten von Thüringen,
Dr. Bernhard Vogel

Sonntag, 16. September 2001

09.30–11.00 Bistumswallfahrt – Hl. Messe
Domplatz Erfurt
11.00 –13.15 Stadtführung Erfurt
15.30 Eröffnung der AMI Konferenz
– Präsident AMI General Ernest
König
– Gastgeber Deutschland
16.30 Vorstellung der Delegationen
und Berichte über nationale
Aktivitäten die sowie Umsetzung der
AMI-Erklärung Rom 2000

Mittwoch, 19. September 2001

10.00–12.00 Vortrag „Gedanken zur Zusam-
menarbeit in der Ökumene und
zwischen den Religionen in den
Streitkräften“ Msgr. Dr. Werner
Freistetter, Direktor des Instituts für
Religion und Frieden, Wien
14.00–17.30 Arbeitsgruppen zum Thema der
Konferenz und Vorstellung der
Ergebnisse der im Plenum
18.30–21.30 Empfang, gegeben durch den Bun-
desminister der Verteidigung,
Rudolf Scharping
22.00–00.00 Entwurf einer Erklärung des AMI
zum Konferenzthema

Montag, 17. September 2001

09.00 – Berichte der Teilnehmerländer über
nationale Aktivitäten
– Bericht Niederlande, dabei
„Kriterien und angewandte militäri-
sche Ethik für Soldaten in Krisen-
situationen in Auslandseinsätzen“
– Bericht des Präsidenten des AMI
– Bericht des Generalsekretärs
– Wort des Geistlichen Beirates
13.15 Empfang durch den Oberbürger-
meister der Stadt WEIMAR,
Dr. Volkhardt Germer
Einführung in die Geschichte und
Kultur der Stadt, Stadtführung
18.00 Pontifikalamt Bischof Dr. Joachim
Wanke, Diözesanbischof Erfurt
19.15 - 21.30 Empfang durch Bischof Dr. Wanke
im Bildungshaus St. Martin

Donnerstag, 20. September 2001

09.00–10.30 Vorstellung einer Erklärung des
AMI; Diskussion, Beschlußfassung
11.30–12.30 Pontifikalamt des Deutschen Kath.
MilBischofs, Dr. Walter Mixa in der
Schottenkirche
12.30–14.30 Empfang durch den Kath.
Militärbischof
15.30–17.00 Forum mit den anwesenden Vertre-
tern des Klerus zum Konferenz-
thema und zu allg. Themen im
AMI, Leitung: MilBischof Mixa
17.15–18.00 Planungen für die Zukunft des AMI
Schlußsitzung mit Schlußwort des
Präsidenten des AMI
20.00 Uhr Abschiedsabend, gegeben durch
die GKS Deutschland und das Exe-
kutivkomitee AMI

Dienstag, 18. September 2001

10.00–12.00 Vortrag mit Aussprache „Ethische
Fragen und Anmerkungen zu inter-
nationalen Einsätzen der Streitkräfte
– Humanitäre Intervention“
GenMaj Dipl.-Ing. Alphart von Horn,
ehem. Chef des Stabes HQ SFOR,
Sarajewo

Freitag, 21. September 2001

Ende der Konferenz und Abreise
der Delegierten

durch Eigeninitiative gewählt oder berufen worden sind.

Die Mitgliedschaft in den Kooperationskreisen hängt nicht von der Taufe, der Firmung oder selbst von der Kirchenmitgliedschaft ab. Wichtig ist das Engagement und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in diesen Kreisen auf ehrenamtlicher Basis und im Auftrag der Kirche innerhalb der militärischen Umgebung.

3. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist eine freiwillige Vereinigung der Gläubigen gemäß dem Canon iuris canonici (CIC) mit relativer Autonomie und dem Bestreben, einen Beitrag zu leisten in der Gestaltung der Gesellschaft und der Politik. Die GKS will für den einzelnen Soldaten sowie für die Kirche, für die Gesellschaft und für die politische Führung klarstellen, wie katholische Soldaten sich verstehen und ihren Dienst als Dienst für den Frieden, die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Menschenrechte zu tun versuchen. Die GKS beruht auf örtlichen und regionalen GKS-Gruppen, die im Bereich des Standortpfarrers gebildet werden, der gleichzeitig die Funktion des Geistlichen Beirats übernimmt.

Zusammen haben diese drei Säulen in unseren Tätigkeitsfeldern sehr wirksam funktioniert, die man als Basisarbeit, Bildung, Information und internationale Zusammenarbeit beschreiben mag.

Diese Basisarbeit wird von ca. 100 örtlichen Kreisen und Vertretern der GKS in unterschiedlicher Art und Weise übernommen. In den Neuen Ländern im Osten Deutschlands, wo der Anteil an Katholiken ziemlich niedrig ist, gestaltet sich die Basisarbeit sehr schwierig und kommt daher nur langsam voran.

Im Bereich der Bildung möchte ich die 8. „GKS-Akademie Oberst Helmut Korn“ für junge Offiziere und Unteroffiziere nennen. Die Akademie findet Anfang November in Fulda zum Thema „Das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigen! Soldatsein – ein Beruf wie jeder andere?“ statt. Welche Richtlinien, welche Modelle bestimmen den Militärdienst zum Anfang des dritten Jahrtausend aus unserer Sicht? Etwa 70 Teilnehmer werden diesen sehr hochrangigen Kurs belegen.

Im Juli 2001 hat die GKS zum fünften Mal in Deutschland eine internationale militärische Pilgerfahrt auf dem traditionellen St. Jakobus-Pilgerweg veranstaltet, diesmal von Münster über Köln nach Aachen. Diese Pilgerfahrt mit mehr als 60 Teilnehmern zielt auf die Verbesserung des religiösen und geistlichen Wissens und der Empfindungen, sowie auf die Begegnung mit anderen Menschen, Kulturen und Geschichten. Mitglieder der spanischen und deutschen Streitkräfte und ihre Frauen stellten den Großteil der Teilnehmer, obwohl auch katholische Mitglieder der belgischen, niederländischen und österreichischen Streitkräfte eingeladen waren.

Schließlich haben wir für 2001 die AMI-Konferenz vorbereitet, die nach 1991 wieder in Deutschland abgehalten wird.

Und im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bundeswehr werden wir auch angehalten, die Organisation des Laienapostolats innerhalb der Streitkräfte zu überdenken.

Also freuen wir uns voller Hoffnung auf diese anspruchsvolle Aufgabe – unser Laienapostolat innerhalb der Streitkräfte.

Die AMI-Erklärung in Rom 2000 hat die GKS vor allem während Ihrer Generalversammlung 2001 in Berlin erörtert. Die GKS nahm dieses Dokument als Grundlage für ihre kommende Arbeit an und beauftragte ihren Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ mit der fortführenden Erörterung des Themas.

Die Niederlande hatten bereits im Jahr 2000 in Rom angeboten, einen Vortrag zum Thema: „Kriterien und angewandte militärische Ethik für Soldaten in Krisensituationen in Auslandseinsätzen“ zu halten; Referent war Prof. Dr. Fred van Iersel, Berater des niederländischen Militärbischofs und des niederländischen Verteidigungsministers in Fragen der Ethik und der militärischen Erziehung. Der Vortrag diente der Fortführung und Vertiefung der AMI-Erklärung von Rom 2000 „Der katholische Soldat im 3. Jahrtausend“ (Wortlaut s.S. 78 ff.).

Diese keineswegs nur theoretischen wehrethischen Überlegungen

Das Plenum der AMI-Generalversammlung in einer Fotomontage



von Prof. van Iersel wurden vom deutschen Generalmajor von Horn aufgegriffen, der mit den praktischen Erfahrungen, die er als Chef des Stabes HQ SFOR in Sarajewo gewonnen hatte, über „*Ethische Fragen und Anmerkungen zu internationalen Einsätzen der Streitkräfte – Humanitäre Intervention*“ sprach (s.S. 85 ff.).

Kurzbericht des Präsidenten des AMI, General Ernest König, s.S. 98.

Jahresbericht des Generalsekretärs, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, den er entsprechend den Statuten des AMI vorzulegen hatte, s.S. 95.

Der Geistliche Beirat des AMI, Msgr. Dr. Luis Martínez Fernández, führte zum Thema „*Ökumenische Zusammenarbeit und Zusammenarbeit zwischen den Religionen in den Streitkräften*“ Grundsätzliches aus (s.S. 99 ff.).

Ebenfalls zu diesem Konferenzthema hielt Msgr. Dr. Werner Freistetter, Direktor des Instituts für Religion und Frieden in Wien, einen Vortrag: „*Gedanken zur Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen in den Streitkräften*“ (s.S. 104 ff.).

Wegen dieses Themas und der vom AMI gewünschten engeren Zusammenarbeit in der Ökumene nahmen Vertreter der protestantischen Mitbrüder und Kameraden an der Konferenz teil, so

- der Stellvertreter des Evangelischen Generaldekans, Militärdekan Peter Blaschke
- der Vorsitzende der deutschen evangelischen Cornelius-Vereinigung (CoV), Oberstleutnant Reinhard Schmidt

Reinhard Schmidt

- der Vorsitzende der österreichischen Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Soldaten (AGES), Brigadier Peter Klocko.

Brigadier Klocko ging in seinem Grußwort auf die beiden Konferenzthemen ein (s.S. 108).

Thema „Ökumene in den Streitkräften“

Drei Arbeitsgruppen – nach Sprachen Englisch, Spanisch, Deutsch eingerichtet – waren aufgefordert, über die Lage, Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten zur Ökumene in den Streitkräften zu beraten und ihre Überlegungen vorzutragen. Die vorgelegten Ergebnisse wurden durch das Exekutivkomitee zu einem Positionspapier verarbeitet, das alle Aspekte der Generalversammlung abdeckt und von ihr diskutiert und verabschiedet wurde (siehe Kasten S. 77).

Die Generalversammlung beschloss das Positionspapier innerhalb und außerhalb des AMI zu veröffentlichen. Es soll Grundlage der weiteren Arbeit sein.

Im Rahmen der Konferenz nahmen am traditionellen Forum mit den Militärbischöfen/Militärgeistlichen neben den Militärbischöfen Österreichs und Deutschlands alle anwesenden Generalvikare und (Militär-) Geistlichen teil. Unter der Leitung des deutschen Militärbischofs Dr.

Walter Mixa ergab sich eine rege Diskussion über die Arbeit des AMI, die die Bedeutung dieses internationalen Zusammenschlusses katholischer Soldaten als vom Heiligen Stuhl anerkannte Internationale Katholische Organisation (IOC) unterstrich.

Rahmenprogramm

Die Teilnehmer an der Generalversammlung hatten Gelegenheit, die Städte Erfurt und Weimar näher kennen zu lernen.

Empfänge fanden statt durch

- den Bundesminister der Verteidigung, vertreten durch den Staatssekretär des Verteidigungsministeriums Klaus-Günther Biederbick,
- den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Dr. Bernhard Vogel,
- den Oberbürgermeister von Weimar Dr. Volkmar Germer,
- den Bischof von Erfurt Dr. Joachim Wanke,
- den Deutschen Katholischen Militärbischof Dr. Walter Mixa.

Staatssekretär Klaus-Günter Biederbick hielt eine Rede, in der er die Bedeutung der Militärseelsorge und internationaler Zusammenarbeit unterstrich und unter dem Aspekt der Würde des Menschen auf das Verhältnis von Moral und Politik einging (s.S. 109 f.).

Der Ministerpräsident von Thüringen, Dr. Bernhard Vogel, stellte in seiner Ansprache anlässlich des Empfangs der AMI-Konferenz am 18. September in der Erfurter Staatskanzlei heraus, dass gegen Hass und Terror die Entschlossenheit zu stellen sei, gemeinsam den Frieden und die Würde zu verteidigen und Menschen vor Verletzung und Schaden zu schützen. Das AMI stehe für eine Solidarität, die sich über Grenzen hinweg erstrecke (s.a.S. 110).

Die Dokumentation der AMI-Generalversammlung des Jahres 2001 schließt ab mit der Predigt des deutschen Katholischen Militärbischofs anlässlich eines Pontifikalamtes in der Erfurter Schottenkirche am 20. September (s.S. 111). □

AMI-Konferenzteilnehmer am Goethe-Schiller-Denkmal vor dem Deutschen Nationaltheater in Weimar



POSITION DER AMI-GENERALVERSAMMLUNG IN ERFURT, DEUTSCHLAND

„Christliche Soldaten am Beginn des 3. Jahrtausends – Zusammenarbeit zwischen christlichen Kirchen und anderen Religionen in den Streitkräften“

1. Das AMI, die Internationale Katholische Organisation von Soldaten aus über 35 Ländern der Welt, verabschiedete bei seiner Konferenz in Rom Ende 2000 eine Grundsatzerklärung „Der katholische Soldat am Beginn des 3. Jahrtausends – Selbstverständnis, Selbstdarstellung, Akzeptanz“. Schwerpunkte dieser Erklärung sind die Menschenwürde, das gebildete Gewissen und Forderungen an Kirche und Gesellschaft.
2. Auf der Basis dieser Erklärung wurden in der Zwischenzeit weiterführende Arbeiten geleistet, die bei der Generalversammlung im September 2001 in Erfurt – an der 15 Nationen teilnahmen – behandelt und deren Fortführung beschlossen wurden.
3. „Kriterien und angewandte militärische Ethik für Soldaten in Krisensituationen in Auslandseinsätzen“ wurden diskutiert. Es bestand Einmütigkeit darüber, dass die Ethik des soldatischen Dienstes integraler Teil der Ausbildung in den Streitkräften sein muss; hierfür werden sich die Länder des AMI in ihrem jeweiligen Bereich und nach ihren Möglichkeiten einsetzen. Zu diesem Zweck wurde, da es sich um einen längerfristigen Prozess handelt, beschlossen, innerhalb des AMI ein System der Kommunikation zu schaffen, das die heutigen technischen Möglichkeiten nutzt, unter Einbeziehung von Instituten der einzelnen Länder, die mit der Thematik von Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Religion bzw. Ethik befasst sind. Die Federführung liegt bei Prof. Fred van Iersel, Niederlande. In der Generalversammlung ist jährlich zu berichten.
4. „Ethische Fragen und Anmerkungen zu internationalen Einsätzen der Streitkräfte – Humanitäre Intervention“ wurden behandelt. Das AMI wird die Thematik der ethischen und religiösen Implikationen von Einsätzen der Streitkräfte zur Friedenssicherung und Friedensförderung weiter verfolgen; dies besonders angesichts der Tatsache, dass, auch wenn die Landesverteidigung Hauptaufgabe der Streitkräfte bleibt, Friedensmissionen außerhalb der eigenen Grenzen immer mehr Bedeutung erhalten.
5. „Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen in den Streitkräften“ ist angesichts der immer mehr zusammen wachsenden Welt und der zunehmenden übernationalen Kooperation von Streitkräften von besonderer Bedeutung. Hierzu bedarf es solider theologischer und pastoraler Grundlagen, die das AMI auch in Zukunft weiter verbreiten wird.
6. Die Umsetzung der ökumenischen und interreligiösen Zusammenarbeit wird ein vorrangiges Anliegen des AMI. Die Mitglieder des AMI aus verschiedenen Ländern und Kulturkreisen bringen hier ihre Erfahrungen ein. Die folgenden Schwerpunkte sind uns dabei besonders wichtig:
 - Zusammenarbeit ohne Preisgabe der eigenen Identität
 - Respektierung der menschlichen Grundwerte und der zentralen Grundwerte aller Religionen
 - Respektierung der Würde des Menschen und Achtung der Freiheit des Gewissens in Glaubensfragen
 - Zusammenarbeit im persönlichen, gesellschaftlichen und spirituellen Bereich – auf der Basis einer soliden Kenntnis von einander
 - Offene Auseinandersetzung mit der Problematik unterschiedlicher Rechtsauffassungen in verschiedenen Religionssystemen
 - Suche der am Dialog beteiligten Religionen nach einer gemeinsamen Basis in Fortführung des in der Erklärung von Rom 2000 aufgezeigten Bildes des Soldaten
 - Auseinandersetzung mit dem Problem des religiös motivierten Fundamentalismus oder Fanatismus
 - Keine pauschale Zuordnung von Verantwortung für verbrecherische Aktionen einzelner Gruppierungen zu Nationen oder Religionen.

Erfurt, den 20. September 2001

WEHRETHIK: Kriterien und angewandte militärische Ethik für Soldaten in Krisensituationen bei Auslandseinsätzen

FRED VAN IERSEL

1. Prioritäten bei der pädagogischen Vorbereitung auf moralische Dilemmas

Im Einklang mit dem formulierten Prinzip des „Train the Trainer“ im holländischen Weißbuch 2000 (Defensienota 2000) konzentriert sich die Vorbereitung des Militärpersonals auf zwei Fälle. Erstens ist dies die Entwicklung und Anwendung eines Formats für ethische Bezugsrahmen für Dilemmaschulungen, und zweitens die pädagogische Grundlage dieser Dilemmaschulungen.

Gemäß den aktuellen pädagogischen Prinzipien ist es offensichtlich, dass eine Unterscheidung zwischen den Ebenen logischer Komplexität, aber auch zwischen dem Grad der Verantwortung, welcher verschiedenen Positionen oder militärischen Rängen Dienstgrade inne liegt, getroffen werden muss.

2. Sichtweise der Berufssoldaten

Um die moralischen Dilemmas der Soldaten kennen zu lernen ist die Sichtweise des Berufssoldaten von

Bedeutung. Wir verwenden ein Menschenbild, bei dem die Menschen bereit sind, sich zu verändern, und sie die Veränderungen, die zu ihrer eigenen Professionalität sowie zu derjenigen der Organisation beitragen, positiv erachten. Kurz gesagt bedeutet dies, dass die Menschen sogar im Beruf bereit sind, sich zu ändern, aber andererseits nicht verändert werden wollen. Dies war bereits der Fall, gilt jedoch in noch stärkerem Maße für den modernen Angestellten, der in jeder Hinsicht selbstbestimmt sein möchte; eben auch auf ethischem Gebiet.

Hieraus wird deutlich, dass ein klares und verantwortungsvolles Bild des Berufssoldaten vonnöten ist. Unserer Meinung nach muss die Aufmerksamkeit für Ethik auf der gleichen beruflichen Ebene stehen wie andere Bereiche des Militärberufs. Es ist ein Irrglaube, der Militärberuf sei ein ganz normales Gewerbe oder Handwerk, bei dem die Berufung auf instrumentale Rationalität genüge. Damit

sich die Aufmerksamkeit für Ethik bei den Streitkräften

verwurzelt und schließlich zum Tragen kommt, muss auf allen politischen und gesetzlichen Ebenen klar gestellt werden, dass der Militärberuf an sich moralische Auswirkungen und Konsequenzen mit sich bringt. Insgesamt betrachtet sind die moralischen Dilemmas der Soldaten nicht ihre persönlichen Dilemmas. Jedoch werden diese Dilemmas persönlich und intensiv erlebt, auch wenn ihre Natur, ihr Ursprung und ihr Inhalt hingegen berufliche, funktionale und an Rollen gebundene Dilemmas sind. Wegen ihres berufsbezogenen Charakters haben diese Dilemmas auch einen öffentlichen Charakter: Sie beeinträchtigen die Qualität der Dienste des Soldaten als Staatsdiener. Ich werde später hierauf zurückkommen, da es verdeutlicht, wie man mit solchen Dilemmas umgehen kann. Diese Dilemmas sollten als ethische Dilemmas betrachtet werden, die an den Beruf im ethischen Kontext der Organisation gebunden sind, welche

wiederum in den ethischen Rahmen der Politik eingebunden ist. Beispiele ethischer Rahmen der Politik in den Niederlanden sind die Kriterien, die bei Friedensoperationen erfüllt sein müssen, damit die Niederlande daran teilnehmen, sowie der Verhaltenskodex,

den der Verteidigungsminister für die niederländischen Streitkräfte formuliert hat.

Besuch in der spätgotischen Stadtkirche (1498–1500) von Weimar, der langjährigen Wirkungsstätte des Hofpredigers J.G. Herder († 1803 in Weimar) – deshalb auch Herderkirche genannt. Blick auf den von Lukas Cranach d.Ä. begonnen und 1555 von L. Cranach d.J. beendeten, gemalten Flügelaltar.



Die Bedeutung dieses Bildes des Militärberufs darf nicht unterschätzt werden. Der Soziologe und Ethiker Z. Bauman untersuchte in seiner preisgekrönten Forschungsarbeit „Die Moderne und der Holocaust“, ob der Holocaust ein Rückfall ins Mittelalter war, wie so viele von uns spontan denken mögen. Seine Ergebnisse sind schockierend. Der Holocaust ist kein Rückfall ins Mittelalter; ganz im Gegenteil, er ist ein hypermodernes Phänomen. Gerade weil die Nationalsozialisten es schafften, die ethischen Vorstellungen der Leute auf den Privatbereich zu beschränken, konnten sie die Dinge vorantreiben, die sie taten. Soldaten wie Zivilisten sollten ihr Gewissen zu Hause lassen und darauf verzichten, Ethik in der Öffentlichkeit zu praktizieren. So konnte es passieren, dass z.B. ein Nazi-Scharfrichter einem kranken jüdischen Nachbarn Suppe brachte, während er die ihm unbekannten Cousins dieses Nachbarn im Konzentrationslager abschlachtete.

Ein typisches Beispiel für diese Haltung findet sich in der neusten Biographie von Joachim Fest. Ich zitiere: *„Die Wahrheit ist wahrscheinlich, dass Albert Speer in diese Welt der Effizienz, in die kein menschlicher Aufruf eindringen konnte, eingetaucht war. In seinen 'Tagebüchern' versicherte Speer, dass er niemals auch nur im geringsten ein Antisemit gewesen sei. Mit offenkundiger Genugtuung fügte er dieser Aussage hinzu, dass während der Nürnberger Prozesse nicht ein einziges Dokument aufgetaucht sei, das ihn belasten konnte. Insbesondere die folgende Bemerkung lässt den Beobachter noch mehr verzweifeln: (...) in seinem Fall kann keine einzige Spur eines Motivs gefunden werden.“*

In dem Individuum Speer erkennen wir den unmoralischen Profi, der nur berufliche Anerkennung sucht, der seinen Job macht und sein Gewissen zu Hause lässt. Er hatte seine Zweifel an den Kreisen, in denen er sich bewegte, hielt es aber nicht für seine Aufgabe, einzuschreiten. Im Gegenteil: Er passte sich diesen Kreisen allmählich an und wurde schließlich ein Teil des Apparats der ausführenden Gewalt. Die Philosophin Hannah Ahrend kritisierte diese engstirnige Professionalität, die

auch in Eichmann präsent war, denn diese Form von engstirniger Professionalität führt zu etwas, das sie „Arbeitnehmergesellschaft“ nennt, eine Gesellschaft von Leuten, die einfach ihrer Arbeit nachgehen und infolgedessen das Allgemeingut sich selbst überlassen.

Dies verdeutlicht das langfristige Risiko, wenn die Gesellschaft und die Politik das engstirnige berufliche Selbstbildnis des Soldaten als „Handwerker“ akzeptiert. Das Risiko besteht in der erhöhten Anfälligkeit, einem Totalitarismus in alter oder neuer Verkleidung zu erliegen. Kurzfristig kann engstirnige Professionalität auch zu dem Risiko eines Angriffs auf die moralischen Dilemmas der militärischen Praxis führen. Ein Soldat mit Arbeitnehmermentalität wird von den moralischen Dilemmas überrumpelt sein, die heute ausdrücklich zu seiner Arbeit gehören und auf die er sich vorbereiten kann und auch sollte. Insbesondere der moralisch sensible Soldat hat einen Anspruch auf ein klares Bild des Militärberufs mit seiner moralischen Tragweite, damit er bei der Bewältigung moralischer Dilemmas nicht auf seine eigene, persönliche Moral zurückgreifen muss, sondern von einer professionellen, organisations- und berufsbezogenen Ethik getragen wird.

Glücklicherweise hebt sich der pädagogische Ausgangspunkt für Schulungen auf dem Gebiet der moralischen Dilemmas in den niederländischen Militärstreitkräften deutlich von der beruflichen Einstellung von Speer und Co ab. Im Allgemeinen ist dieser Ausgangspunkt der genaue Gegenpol zu der beruflichen Haltung bei Speer. Eine empirische Untersuchung unter für Schulungen verantwortlichen Offizieren in den Niederlanden zeigte, dass eine moralische Sensibilität vorhanden ist. Jedoch ist nicht die moralische Sensibilität, sondern die Verbindung zwischen moralischer Sensibilität und Professionalität von entscheidender Bedeutung. Man kann sagen, dass diese Verbindung mit dem Abschalten der Ethik außerhalb der persönlichen Sphäre, wie wir sie bei Speer beobachtet haben, eine gemeinsame Grundlage hat. Wichtig ist nämlich, dass die moralische Sensibilität und die moralische Kompetenz in die

Praxis des Berufs integriert werden und nicht, zumindest nicht ausschließlich, von den betroffenen Personen als einzig dem privaten Bereich zugehörig angesehen werden.

Auf diesem Hintergrund sehen wir es als unsere Pflicht an, nicht ausschließlich und in erster Linie die moralische Sensibilität des Soldaten als Person zu stimulieren, sondern zu gewährleisten, dass die moralische Sensibilität und die moralische Kompetenz als eine Dimension der Professionalität wirken, und zwar auf einer den anderen Dimensionen dieser Professionalität gleichwertigen Ebene. Dies bedeutet, dass einige Soldaten dazu angeregt werden müssen, selbst moralische Sensibilität zu entwickeln, während andere Soldaten davon überzeugt werden müssen, dass die der Ethik im Vergleich zum militärischen Beruf gewidmete Aufmerksamkeit keinesfalls eine Privatangelegenheit ist, sondern eine Menge zu tun hat mit der Natur des Militärberufs selbst, der aktuellen Friedenspolitik der Regierung, den konkret gestellten Aufgaben und der moralischen Erfahrung der Soldaten in diesem Zusammenhang.

Mit anderen Worten: moralische Dilemmas werden persönlich erlebt, aber es sind Dilemmas, die mit der aktuellen Gestalt dieser Professionalität verbunden sind. Genau aus diesem Grund muss der Umgang mit diesen Dilemmas auf der beruflichen Ebene stattfinden. Das bedeutet auch, dass die gegenwärtige Erzählung und in einem beträchtlichen Maße kasuistische Form der moralischen Reflexion nach dem Ereignis über die moralische Tragweite des Militärberufs abgesetzt werden muss. Die „exemplarische Geschichte“ – das Fallbeispiel – könnte ein ideales Element in einem pädagogischen Konzept sein. Aber eine derartige Geschichte muss etwas Fruchtbarereres verdeutlichen, denn die militärische Praxis von gestern beinhaltet nicht unbedingt den Bezugsrahmen für die Praxis von morgen. Deshalb muss diese Geschichte eingebettet sein in eine Geschichte über den Militärberuf, über die Organisation der Streitkräfte, über die politische Verantwortung für die Streitkräfte, und über die Gesellschaft, die Streitkräfte und ihre Praxis. Das be-

Reges Interesse zeigten die Medien am AML-Treffen in Erfurt. Der Präsident General Ernest König steht einem Fernsehsender Rede und Antwort.

deutet, dass die Situationsethik so gestaltet werden muss, dass festgelegt werden kann, an welchen Stellen neue Fälle vorangegangenen Fällen ähneln oder auch nicht.

3. Die Durchführung von Dilemmaschulungen

Im Allgemeinen ist es natürlich leichter, den Befehlshabern die Natur eines moralischen Problems zu erläutern, als Lösungen anzubieten. Um so mehr noch, wenn die angewandten akademischen Standards zu Grunde legen, dass es zu einem Problem nicht nur eine Lösung gibt. Ebenso kann nicht vorausgesetzt werden, dass die Probleme einer Organisation sofort und eben dann, wenn sie auftreten, gelöst werden. Hierin besteht kein Unterschied zu moralischen Fragen als auch zu anderen Fällen. Nichtsdestotrotz haben wir eine einsatzfähige Anwendung bei unserer Sichtweise der moralischen Dilemmas gewählt. Wir nennen die wesentlichen Punkte dieses Ansatzes.

3.1 Die Beziehung zwischen militärischer Ethik und den Kernaufgaben der Streitkräfte

Die Bildungspolitik muss sich im Wesentlichen auf das Ergebnis in einer „normativen Leistungssituation“ der Streitkräfte als Organisation, auf das Verhalten im Krieg und bei Operationen von Friedenstruppen konzentrieren. Militärische Ethik beschäftigt sich daher nicht vorrangig mit der Frage, wie die Leute in den Streitkräften miteinander umgehen. Militärische Ethik beschäftigt sich vielmehr mit der Frage, welche moralischen Standards für das Handeln der Leute in den Streitkräften in Situationen von hoher Bedeutung gelten. Drei derartige Situationen können konkret genannt werden:

- (1) Nationale Verteidigung
- (2) Operationen von Friedenstruppen
- (3) Auftreten im Katastrophenfall



Ethik muss daher feldspezifisch sein, d.h. sie muss die besonderen Charakteristika einer Organisation, in diesem Fall der Streitkräfte, und die damit verbundenen moralischen Fragen berücksichtigen und ausdrücken. Die Niederlande haben ein Instrument entwickelt, das erklärt, wie das Produkt der Streitkräfte – nämlich die Organisationsstruktur und die grundlegenden Prozesse in der Organisation – moralische Fragen aufwirft.

3.2 Ein offenes Verhältnis mit der Gesellschaft

Darüber hinaus muss die Aufmerksamkeit für Ethik in einem offenen Verhältnis mit der Gesellschaft, mit normativen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen gestaltet werden. Dieser Qualitätsstandard besagt, dass die Aufmerksamkeit für militärische Ethik nicht nach innen gerichtet sein darf, denn wenn sie das ist, kann sie nicht die normative Funktion für die zukünftige Praxis erfüllen, sondern wird selber genormt und ist damit keine Ethik mehr.

3.3. Eine geeignete moralische, pädagogische Verantwortung

Natürlich müssen Bildung und Schulungen den normalen moralisch-pädagogischen Qualitätsstandards entsprechen. Die in diesen Schulungen getroffenen Entscheidungen müssen auch beruflich begründet sein. Außerhalb der Welt der Universitäten und Hochschulbildung wird die Notwendigkeit der pädagogischen Rechtfertigung manch-

mal vernachlässigt. Firmen und Organisationen sind praxisorientiert. Wenn eine Bildungsmaßnahme funktioniert, sind sie schnell zufrieden. Diese Praxisorientierung kommt nicht nur bei den Streitkräften vor.

Eine geeignete moralisch-pädagogische Rechtfertigung beginnt damit, angemessene Ziele zu definieren. Eine bedeutsame Falle ist hier der „so oder so / Jacke wie Hose“-Ansatz eines Dilemmas. Warum soll man sich die Mühe machen, in einem moralischen Dilemma die richtige Wahl zu finden, wenn man nur zwischen zwei Übeln wählen kann? Macht es einen Unterschied, welche Entscheidung man trifft?

Ein „so oder so“-Ansatz findet sich im gegenwärtigen Missverständnis, eine Dilemmaschulung würde nur auf eine Schärfung der Aufmerksamkeit, oder die Schaffung eines Bewusstseins für die Tatsache, dass beim Treffen gewisser Entscheidungen Werte und Normen eine Rolle spielen, abzielen. Dies ist kein Luxusziel, wenn man bedenkt, wie wichtig es ist, den Damm zwischen der Handwerker-Professionalität und der beruflichen Ethik zu brechen. Wenn jedoch das pädagogische Ziel der Schulung hier endet, hinterlässt sie den Teilnehmer mit zwei Problemen anstelle von einem, denn dann sieht er sich nicht nur mit einem moralischen Dilemma konfrontiert, sondern ist sich dessen auch bewusst. Das allgemeine Ziel der Dilemmaschulungen muss daher weiter gefasst sein als nur das Bewusstsein zu stimulieren und zu entwickeln. Die Schulungen müssen zumindest zum

Inhalt haben, das Beurteilen von Dilemmas zu lernen, ebenso wie die Fähigkeit, in einer komplexen Situation eine Entscheidung zu treffen, die Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen zu tragen, und sich vor dem eigenen Gewissen und dem der anderen beteiligten Personen zu rechtfertigen.

Aber vor allem müssen die Teilnehmer lernen, zwischen verschiedenen Typen von moralischen Dilemmas zu unterscheiden. Ich werde später darauf zurückkommen. Der Zeitaspekt kann hier sehr hilfreich sein: Wie werde ich vermutlich mein eigenes Handeln in der Zukunft als Veteran beurteilen? Diese Frage führt zu einem zwischenmenschlichen Perspektivenaustausch.

Darüber hinaus gibt es einen anderen Punkt, der einer weiteren pädagogischen Grundlage bedarf, und zwar die Tatsache, dass an vielen Orten der Streitkräfte die Arbeit des Entwicklungspsychologen Kohlberg verwendet wird. Dies erscheint nicht ungewöhnlich, wenn man bedenkt, wie viel Aufmerksamkeit Kohlberg den moralischen Dilemmas gewidmet hat. Die fortlaufende wissenschaftliche Diskussion von Kohlbergs Arbeit muss aber auch von denen, die Schulungen entwickeln, in die Kohlberg-Rezeption integriert werden. Deshalb werde ich mich auf die Funktion dieses Ansatzes für die aktuellen Dilemmaschulungen in den Streitkräften beschränken.

Diese pädagogische Grundlage für Dilemmaschulungen reicht in mehreren Punkten hinsichtlich des Ziels, das für die Streitkräfte erreicht werden soll, nicht aus. Vor allem scheint Kohlbergs Modell der moralischen Entwicklung ein lineares persönliches moralisches Wachstum als Ziel zu implizieren, was dazu führt, dass Dilemmaschulungen immer auf die nächst höhere Ebene zielen. Die Schulungen sollen den Soldaten auf eine Plus-Eins-Ebene bringen. Es könnte sich aber herausstellen, dass es bei den beiden ersten von mir genannten Dilemmas ausreicht, eine angemessene Regelethik anzubieten. Beim dritten Dilemma hingegen muss nicht die Erweiterung der Entwicklungsebenen im Mittelpunkt stehen, sondern die Vermeidung psychologischer Regression und die damit verbundene Vortäu-

schung von Rationalität. Letztere ist von entscheidender Bedeutung für eine geeignete Vorgehensweise bei moralischen Dilemmas in Konflikten geringer Intensität und Operationen von Friedenstruppen. Ein angemessenes Management hierfür ist nicht nur eine individuelle Angelegenheit, sondern kann auf geeignete Weise angegangen werden, wenn die Gruppenmechanismen und die Verantwortlichkeiten der Führungsstrukturen innerhalb der Organisation berücksichtigt werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt, der für die Streitkräfte relevant ist, ist Kohlbergs Vorstellung von Gewissen. Kohlbergs Vorstellung von Gewissen entwickelt sich aus einer einseitigen Spannung zwischen Gewissen und Gesetz, wodurch Wissenskonflikte zunehmend in einer rechtlichen Form auftauchen. Dieser Aspekt seiner Theorie ist, im übertragenen Sinne, tödlich für die Streitkräfte, da das Gewissen in einem gespanntem Verhältnis zur militärischen Straf- und Disziplinarrechtsprechung gesehen und somit der Disziplin gegenübergestellt wird. Selbstverständlich gibt es keine Unterteilung in Ethik, Gesetz und Rechtsprechung; dies wird bereits darin offenkundig, wie das internationale Kriegsrecht aufgebaut ist. Eine rein rechtliche Betrachtung moralischer Probleme muss jedoch vermieden werden.

Diese Kritikpunkte vereinen sich im Ansatz der israelischen Militärpsychologin Ruth Linn. Ich teile ihre Auffassung von Kohlberg. Nach Linn impliziert Kohlbergs Arbeit an einer wichtigen Stelle ein unangemessenes Bild der Menschheit, nämlich das Bild des abstrakt treibenden Individuums, und nicht das einer verbundenen Person. Diese Diskussion geht nicht nur, nicht einmal vorrangig, um die allgemeine ethische Diskussion zwischen liberaler und gemeinschaftlicher Ethik. Sie ist gleichzeitig und insbesondere moralpädagogisch. Durch die Annahme des abstrakten Individuums, das sein Gewissen über das Gesetz stellt, bekommt die Beziehungsebene bei moralischen Dilemmas in Form eines Loyalitätskonflikts nicht genügend Aufmerksamkeit. Dilemmas erscheinen – zu Unrecht – nur als „Normendilemmas“ und sind

keine Loyalitätsdilemmas, die auf der Beziehungsebene liegen. Dilemmaschulungen sollten sich daher auch mit dem Umgang mit Dilemmas in diesem Punkt beschäftigen.

3.4 Geeignete Differenzierung ethischer Bereiche

Nach unserer Vorstellung sollte innerhalb der militärischen Organisation zwischen fünf Bereichen oder Ebenen der Ethik differenziert werden:

- (a) die persönliche Moral oder Ethik, auf dieser Ebene existiert das Bewusstsein moralischer Sensibilität oder auch nicht;
- (b) Ethik des Militärberufs. Auf dieser Ebene müssen die Charakteristika des Militärberufs über dienstleistungsorientierte berufliche Haltungen und Handlungen mit der Ethik verbunden werden. Mitstreiter außerhalb des militärischen Bereichs, wie die militärische Berufsgruppe von Amnesty International oder die militärischen Personalgewerkschaften, können auch auf dieser Ebene der Berufsethik einen Beitrag leisten. Ein solcher externer Beitrag gewährleistet die öffentliche Unterstützung und Kontrolle über die oft introvertierte militärische Kultur und die militärischen Praktiken.
- (c) Berufsebene innerhalb der militärischen Zielgruppe, wie z.B. Ärzte, Sozialarbeiter, Geistliche etc., die sich, aufgrund ihrer Berufsethik, in einem gespannten Verhältnis zu den Erfordernissen des militärischen Operationssystems wieder finden können.
- (d) Ebene der Betriebsethik, d.h. die Ansprüche, die das Militär an sich selbst und seine Mitarbeiter hinsichtlich interner und externer Beziehungen stellt. Die Diskussion innerhalb der Verteidigung auf dieser Ebene geht um die Nützlichkeit und Notwendigkeit von Verhaltenskodexen.
- (e) Politische Ethik. Die Streitkräfte mögen wie ein Unternehmen aussehen, sie sind aber immer noch eine öffentlich Organisation. Aus diesem Grund stellt die Regierung normative Kriterien auf, wie z.B. die Checkliste für die Entscheidung, ob niederländische Truppen an einer be-

stimmten Operation von Friedenstruppen teilnehmen.

Wer diese fünf ethischen Ebenen durcheinander bringt trägt zu einer babylonischen Verwirrung bei. Hier sind einige Beispiele, die dies verdeutlichen:

- (1) Die moralische Sensibilität der Soldaten als Menschen ist nicht gleichzustellen mit der Fähigkeit, einen normativen Bezugsrahmen auf beruflicher Ebene in Bezug auf den eigenen Beruf anzusetzen.

Diese Aussage ist leider nicht überflüssig. Außerhalb der Mauern des institutionellen Lernens, in der Gesellschaft und beim Militär, war Ethik etwa gleichgesetzt mit Themen wie Sex und Religion: Jeder kommt mit diesen Phänomenen in Berührung und kann sich deshalb Experte nennen. Wie falsch. Dieses Fehlverständnis bildet die Grundlage der Verwechslung von persönlicher Moral und Berufsethik.

- (2) Berufsethik und Betriebsethik sind nicht dasselbe.

Eine Gleichstellung der beiden würde bedeuten, dass innerhalb des Militärs der Betrieb die Werte und Normen seiner Mitarbeiter festlegen würde. Dennoch ist auch das Gegenteil ebenso gerechtfertigt: die Mitarbeiter können Forderungen bezüglich der moralischen Qualität der Mitarbeiterbehandlung durch den Betrieb aufstellen. Wer glaubt, diese Ebenen seien identisch, macht aus der militärischen Betriebsethik eine Verlängerung der militärischen Straf- und Disziplinarregeln, was sie natürlich nicht ist. Diese Verwirrung verhindert ein Wiederaufleben der Aufmerksamkeit für Ethik, da sie einen rein gerichtlichen Anstrich bekommt.

- (3) Wer die politische Ethik vergisst oder sie von den anderen Ebenen der Ethik trennt, legt eine moralische Last auf die Schultern der Staatsdiener, die sie niemals tragen können.

Auf der anderen Seite kann die politische Verantwortung der Minister und Parlamentarier die Soldaten nicht von ihrer Verantwortung als Staatsdiener entbinden, ebenso wenig wie sie die

Zweige der Streitkräfte, die ausführenden Unternehmen oder die zivilen Organisationen von ihrer jeweiligen Verantwortung entbinden kann. Auf gewisse Weise kann man die politische Ethik als das A und O der militärischen Ethik bezeichnen. Es ist um ein Vielfaches wichtiger, eine passende Verbindung zwischen politischer und militärischer Ethik zu finden, als eine Verbindung zwischen der Geschäftsethik des kommerziellen Sektors und der militärischen Ethik. In diesem Sinne könnte es vielleicht notwendig sein, die vorherrschende geschäftliche Sichtweise des Militärs über die militärischen Führung zugunsten einer politisch-ethischen zu korrigieren.

3.5 Erzählform und Begriffsbildung

Eine angemessene Beziehung zwischen den verschiedenen Ebenen und Perspektiven der militärischen Ethik kann nicht auf einer Erzählebene erreicht werden, sondern muss auch auf der begrifflichen Ebene stattfinden. Das bedeutet, dass es bei den militärischen Streitkräften genügend Offiziere, Unteroffiziere und Ausbilder geben muss, die ein fundiertes Wissen über militärische Ethik besitzen.

Das Erfordernis eines begrifflichen Ansatzes innerhalb der Streitkräfte hat folgende Auswirkungen. Erstens muss die Aufmerksamkeit für Ethik mit der Entwicklung einer Doktrin verknüpft werden. Zweitens bedeutet dies, dass zwischen den so genannten Modellen zur ethischen Entscheidungsfindung (EBMEDM) einerseits und Modellen strategischer, taktischer und operationaler Entscheidungsfindung andererseits ein Bezug bestehen muss. Die operationale und regulierende Ethik hat hierbei eine wichtige Funktion, da sie die Planung der praktischen Entwicklung einer Norm, wie z.B. die der Proportionalität, ermöglichen. Die Anwendung der regel-ethischen Norm des indirekten Effekts auf das Phänomen des „Kollateralschadens“ kann ebenso geplant werden. Aber: Ohne solch eine operationale und regel-ethische Vorgehensweise und insbesondere ohne

einen begrifflichen Ansatz bleibt die Ethik des militärischen Dilemmas auf der Ebene der Identifizierung moralischer Dilemmas stecken, an einem Punkt, an dem sie auf der operationalen Ebene sichtbar werden, aber nicht mehr vermieden werden können. Die Sichtbarkeit moralischer Dilemmas ist oft umgekehrt proportional zu ihrer Bewältigung, besonders wenn die Möglichkeiten strategischer und taktischer Integration einer Handhabung dieser Dilemmas ungenutzt bleiben.

Regelethik kann, wenn sie vorher angewandt wird, die militärischen Streitkräfte vor vermeidbaren moralischen Dilemmas schützen, und sie auf unvermeidbare moralische Dilemmas vorbereiten.

Hieraus kann gefolgert werden, dass der Wissenstransfer im Bereich der Ethik nicht unterschätzt werden darf. Die Bedeutung des Wissens darf nicht gegen die Entwicklung bestimmter Haltungen ausgespielt werden. Theoretisch nicht, da jede Haltung auch eine kognitive Komponente hat, und praktisch auch nicht, denn wenn man den Soldaten relevante Informationen unter Berufung auf die Entwicklung bestimmter Haltungen vorenthält, wird man mit Sicherheit moralische Dilemmas erzeugen anstatt sie überschaubar zu machen.

3.6 Handlungsorientierte oder regelorientierte Arten von Ethik im Gegensatz zur Tugendethik

So willkommen dies den Militärmanagern militärischer Leitungsebenen auch sein mag, die Entwicklung einer Ethik des militärischen Dilemmas, die auf die mechanische Anwendung von Fallregeln abzielt, genügt keinesfalls. Solche handlungs- und regelorientierte Arten von Ethik entsprechen nicht der Art und Weise, wie Menschen normalerweise Entscheidungen treffen, geschweige denn in Krisensituationen. Insbesondere drei Falltypen fallen bei einer mechanischen und regelorientierten Ethik aus dem Sichtfeld:

1. die so genannten Sekundenbruchteil-Entscheidungen, bei denen der Soldat keine Möglichkeit hat, vorher die Vorschrift zu konsultieren.
2. die moralischen Dilemmas in

komplexen, unbestimmbaren Situationen mit einer unbekannten Anzahl von Alternativen, die außerhalb der normalen Sichtweise liegen.

3. die moralischen Fragen, die durch die psychologische Regression bei Individuen und Gruppen in bestimmten Krisensituationen aufgeworfen werden.

Bei Sekundenbruchteil-Entscheidungen muss man sich auf das berufen, was man Intuition nennt. Dies erfordert zumindest die Fähigkeit, schnelle kognitive Operationen durchzuführen, wie die Fähigkeit zum Vergleich mit früheren Situationen.

Der zweite Dilemmatyp, eine verantwortungsvolle Entscheidung in einer komplexen, unbestimmbaren Situation zu treffen, erfordert nicht nur eine regelethische Sichtweise, sondern auch eine tugendethische Sichtweise, die mit der moralischen Komponente von Führung verknüpft ist.

Der dritte Typ moralischer Fragen ist mit dem Stressmanagement und dem Management des „Gruppendenkens“ in Krisensituationen eng verwandt. Hieraus erklären sich eine Reihe von Vorfällen, die sich seit dem Fall der Berliner Mauer in den westlichen Streitkräften bei Friedensmissionen ereignet haben. Dieser Bereich grenzt nicht nur an die klinische Psychologie und Psychiatrie, sondern auch an die Sinnggebung. In Verbindung mit der Führungsqualität befähigen sie dazu zu motivieren, d.h. eigene Überzeugung vom Sinn des Einsatzes während einer Militärmission zu beeinflussen.

Die hieraus folgende qualitative Voraussetzung für Schulungen und Bildung ist die Integration von handlungs- oder regelorientierten Arten von Ethik und der Tugendethik. Einerseits sind militärische Streitkräfte ohne handlungs- oder regelorientierte Arten von Ethik undenkbar, denn da sie Unternehmungen der Regierung repräsentieren, müssen die Streitkräfte auf ethischer Verantwortung basieren. Das bedeutet, dass die Streitkräfte die Folgen ihrer Handlungen nicht nur oder vorrangig hinsichtlich der Bedürfnisse, Absicht oder Tugenden bedenken müssen.

Tugendethik ist andererseits tatsächlich wichtig für die allgemeine berufliche Einstellung der Militärs, insbesondere für die Berufseinstellung von Leuten in Führungspositionen, Offizieren und Unteroffizieren. Offiziere und Unteroffiziere können für die ethische Komponente der Führung verantwortlich gemacht werden.

Die hieraus folgende Relevanz für die Rolle der Dilemma-Ethik in den militärischen Streitkräften lässt sich leicht anhand dreier grundlegender Arten von moralischen Dilemmas beim Militär veranschaulichen.

Typ 1: eine Kollision von positiven Werten und Pflichten, die es sich lohnt anzustreben. Hier ist eine Hierarchie der persönlichen berufsethischen und der organisationsethischen Normen vonnöten. Bei dieser Normenhierarchie muss die Aufrechterhaltung und Erfüllung der Menschenrechte – sowohl ethisch als auch rechtlich – im Mittelpunkt stehen. Dies verbindet die interne Ordnung, eine Vielfalt innerhalb der militärischen Streitkräfte zu akzeptieren, mit der Notwendigkeit, die Menschenrechte der kämpfenden Parteien zu respektieren und zu gewährleisten. Wer die Rechte der Frau in den Konfliktgebieten respektieren soll, muss lernen, das Gleiche beim niederländischen Militär zu tun.

Typ 2: moralische Überlegungen bei der Wahl zwischen zwei Übeln. Wir wollen dazu anregen, das Prinzip der direkten Auswirkung, welches vom amerikanischen Ethiker Michael Walzer befürwortet wird, in die Dilemmaschulungen zu integrieren und auch in der Organisation zu positionieren. So z.B. im Modell zur ethischen Entscheidungsfindung (EBMEDM). Zurzeit dient die EBMEDM in der ethischen Erziehung oft als Rationalisierung aller getroffenen Entscheidungen. Da jedoch die EBMEDM bei vorsichtiger Anwendung auch zu dem Schluss führen kann, dass eine falsche Entscheidung getroffen wurde,

muss sie eingebaute Prozesse haben. Darüber hinaus muss den militärischen Mitarbeitern mit einer Vorstellung von Schuld und Scham, die bei einer falschen Operation in einem moralischen Dilemma vom Typ 2 entstehen, beigebracht werden, wie sie damit umgehen sollen; insbesondere, da diese Art von Dilemma auf der Grenze zwischen Ethik und Tragödie liegt.

Typ 3: Operation in komplexen und unbestimmbaren Situationen. Für dieses Dilemma trifft ein erzieherisches Paradox zu. Die Männer und Frauen beim Militär müssen auf unvorhersehbare Situationen vorbereitet werden, auf Situationen, bei denen moralischer Einblick nicht angewandt werden kann, sondern nur funktionieren kann. Ich denke, hier steht die klassische Tugend der Umsicht und Voraussicht auf dem Spiel. Denn ist es nicht so, dass es moralisch tugendhaft ist, in Krisensituationen ruhig zu bleiben und die Qualität der strategischen und taktischen Rationalität zu schützen? Bei der moralischen Komponente in der Führung geht es deshalb um etwas qualitativ anderes als die Anwendung von Werten und Normen auf eine standardisierte Reihe von Fällen. Die Aufmerksamkeit für diese Art von Dilemma muss deshalb in eine Aufmerksamkeit eingebettet sein, die speziell auf Führungsqualität abzielt.

Kurzum, neben einer Unterteilung in Ebenen kognitiver Komplexität und Verantwortung wird eine dreiteilige pädagogische Unterscheidung von moralischen Dilemmas benötigt. Typ 1 benötigt die Entwicklung einer Handlungsanweisung, in der die moralischen Regeln niedergelegt sind. Die pädagogische Strategie muss sich an eine angemessene Anwendung der Regelethik richten. Dilemmas vom Typ 2 müssen auf eine vorsichtige Überprüfung gerichtet werden, um das Ausmaß der Verantwortung definieren zu können und um Wege aufzuzeigen, wie das Individuum und die Organisation mit moralischem Versagen umgehen

kann. Für alle Dilemmas vom Typ 3 ist die katholische Moraltheologie relevant.

- Beim Dilemma vom Typ 1 ist es wichtig, dass die Leute in der Lage sind, eine Hierarchie von Werten oder Pflichten aufzustellen. Wir glauben, dass die katholische Moraltheologie hierbei klare Richtlinien liefert. Ein Beispiel hierfür ist die Bedeutung des Mitgefühls bei militärischen Operationen. Die heutigen Soldaten sehen sich häufig mit Situationen konfrontiert, in denen an ihr Mitgefühl appelliert wird, insbesondere in Situationen, bei denen humanitäre Hilfe ein Teil ihres Auftrags ist. Für Christen, aber auch für Juden und Muslime ist es einleuchtend, dass in diesen Situationen an die moralische Tugend des Mitgefühls appelliert wird. Die Streitkräfte als Organisation jedoch werden sich daran gewöhnen müssen, klarzustellen, dass Soldaten in Situationen geraten können, in denen diese mensch-

liche Tugend auch für den militärischen Beruf relevant ist.

- Beim Dilemma vom Typ 2, der Wahl zwischen zwei Übeln, ist das Prinzip der indirekten Auswirkung von Bedeutung. Dies wird ebenso in der katholischen Moraltheologie anerkannt. Bei der Anwendung dieses Prinzips ist es wichtig, dass die Voraussicht der indirekten Auswirkungen eine Verantwortung bewirkt, diese indirekten Auswirkungen so weit wie möglich zu vermeiden. Das bedeutet, dass eine ernsthafte Anwendung des Prinzips der indirekten Auswirkungen Anforderungen an die strategische, taktische und operationale Planung stellt, bei der jede vorsichtige Anwendung des Prinzips der indirekten Auswirkung eine gründliche Vorbereitung einer militärischen Operation erfordert. Falls dies fehlt, wird die Anwendung des Prinzips der indirekten Auswirkungen zu einer rückständigen Absichtsethik werden.
- Beim Dilemma vom Typ 3 ist es wichtig daran zu glauben, dass die Leute eine Vorstellung von Gut und Böse haben, auf die sie sich in bestimmten Situationen berufen können. Diese Überzeugung ist in der katholischen Tradition in der Form der Synderesis-Motive gegenwärtig: das Gewissen kann sich einer allgemeinen Vorstellung von Gut und Böse bedienen, oder, um

es modern auszudrücken: fundamentaler Werte und Normen. Ein gut entwickeltes Gewissen ist wichtig für diese zweite moraltheologische Einsicht. Die Entwicklung des Gewissens kann dazu beitragen, dass die Leute die richtige Wahl in einer Sekundenbruchteil-Entscheidung treffen, nicht indem sie eine mechanische Entscheidungsformung, sondern eine zur Tugend gewordene moralische Haltung verwenden. Um dazu das Nötige zu verlangen, kann die Tugend der Umsicht, die von Thomas von Aquin beschrieben wurde, als erste der Kardinaltugenden von Bedeutung sein. Gerade diese Tugend ermöglicht es, komplexe Situationen zu beurteilen, eine Entscheidung zu treffen und entsprechend zu handeln. Das bedeutet, dass die Bewältigung moralischer Dilemmas für tugendhafte Leute leichter ist als für untugendhafte. Und es bedeutet auch, dass die katholische Tugendethik für die Dilemma-Ethik von Bedeutung ist.

Zu guter Letzt: Die Bedeutung des christlichen Glaubens an Gott für die Bewältigung moralischer Dilemmas von Soldaten liegt auch in dem Wissen, wie man mit moralisch falschen Entscheidungen und Tragödien umgeht. Wir glauben, dass die christliche Erklärung, den von Schuld und Scham geplagten Menschen gnädig zu sein, von existentieller Wichtigkeit ist für Soldaten, die mit diesen Dilemmas konfrontiert wurden. Das katholische Sakrament der Strafe und Vergebung kann dem Soldaten etwas geben, was eine rein berufliche Bewertung der moralischen Dilemmas nicht vermag, so z.B. die Aussicht auf Erlösung von dem Bösen, auf Vergebung, auf die Wiederherstellung der von der falschen moralischen Entscheidung verletzten menschlichen Würde, und schließlich auf den Zugang zur Erlösung durch Gott, wie gebrochen die Menschen auch sein mögen. □



Pontifikalamt des Erfurter Diözesanbischofs Joachim Wanke am barocken Hochaltar im 742 gegründeten gotischen Dom.



Humanitäre Intervention

Ethische Fragen und Anmerkungen zu internationalen Einsätzen der Streitkräfte



ALPHART VON HORN

Einführung

Ich möchte meine Ausführungen zum Thema mit meinem herzlichen Dank für die Einladung zur „General Assembly 2001“ des „Apostolat Militaire International“ beginnen. Es ist mir nicht nur eine große Ehre hier vor ihnen zu sprechen, sondern auch ein persönliches Anliegen, meine Überlegungen und praktischen Erfahrungen vorzutragen und zur Diskussion zu stellen. Nirgends findet man ein solch engagiertes und sachverständiges Gremium wie hier.

Ich will bei meinen Ausführungen versuchen, einerseits die ethische und moralische Problematik von Friedenseinsätzen darzustellen und andererseits Vorschläge für Lösungen zu entwickeln. Daneben sollen meine Ausführungen auch die Grundlage für die anschließende Diskussion legen, vor allem dort, wo ich aus Zeitgründen auf Einzelheiten verzichten musste.

Ich habe die Behandlung des Themas in fünf Abschnitte gegliedert:

1. Die Ursachen und Symptome von Krisen und Kriegen
2. Das Problem der militärischen Gewaltanwendung
3. Das menschliche Wesen und seine Grenzen
4. Die besondere Verantwortung der Politiker
5. Das menschliche Verhalten im Einsatz

Abschließend werde ich versuchen einige Schlussfolgerungen zu ziehen, die mir persönlich für die Zukunft von Streitkräften besonders wichtig erscheinen.

1. Die Ursachen und Symptome von Krisen und Kriegen

Frieden, Krisen und Krieg haben heute neue Qualitäten bekommen. Die aktuelle Bedrohung moderner Staaten sind nicht mehr Kriege zwischen den Staaten, sondern vor allem innerstaatliche Kriege bzw. Bürgerkriege, die auf andere Staaten übergreifen oder sie zum Eingreifen veranlassen bzw. zwingen. Daneben dominieren organisierte, internationale Kriminalität, politische und wirtschaftliche Erpressung großen Stils, Terrorismus von Minderheiten und staatlich organisierter, internationaler Terrorismus. Gegen diese Bedrohungen sind hoch entwickelte Staaten besonders empfindlich, weil ihre herkömmlichen sicherheitspolitischen und militärischen Maßnahmen demgegenüber relativ wenig wirksam sind.

Eine Neuausrichtung auf die anderen Qualitäten heutiger und zukünftiger Bedrohungen ist längst überfällig, findet aber meist aus finanziellen Gründen nicht genügend statt. Das daraus resultierende qualitative und quantitative Ungleichgewicht von Streitkräften bzw. von Bündnissen ist der Grund, warum einzelne Staaten immer wieder glauben, dass sie ihre politischen Ziele durch Anwendung militärischer Gewalt erreichen können. Der verteidigende Soldat steht dabei oft vor der schwierigen Aufgabe, mit alten Qualitäten neue Qualitäten bekämpfen zu müssen. Es ist deshalb abzusehen, dass bei militärischen Einsätzen zunehmend eine Unverhältnismäßigkeit der Mittel und Methoden auftreten und vermehrt zu unbeabsichtigten Nebenwirkungen führen wird, die ethisch und moralisch nicht verantwortet werden können. Die Verantwortung dafür liegt zum großen Teil bei den Politikern, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig er-

kannt haben und die Entwicklung der Streitkräfte nicht entsprechend gesteuert haben. Das ist eine politische Pflicht, die aus dem Primat der Politik resultiert.

Kriegerische Auseinandersetzungen werden in der Welt hauptsächlich über die erkennbaren und in den Medien dargestellt Symptome wahrgenommen und bewertet. Außerdem spielen die durch den Krieg betroffenen nationalen Ziele und Interessen der Staaten eine wesentliche Rolle. Diese nationalen Ziele und Interessen wirken dabei wie ein Farbfilter, durch den die Symptome im Vordergrund verzerrt werden und die Ursachen in den Hintergrund gedrängt werden.

Die Entscheidung über das militärische Eingreifen der UN oder der EU orientiert sich deshalb auch oft nur an bestimmten Symptomen. Den Ausschlag geben meist eklatante Verstöße gegen die Menschenrechte, in Verbindung mit den tangierten nationalen Interessen der Staaten, die militärisch und politisch überhaupt in der Lage sind, einzugreifen. Daraus resultieren drei entscheidende Gründe, warum der Einsatz von multinationalen Streitkräften nicht zu schnellen und dauernden Lösungen führen kann.

1. Die tatsächlichen Ursachen von Krisen und Kriegen stehen meist im Zusammenhang mit nationalen Interessen, die man aber nicht gerne international diskutieren möchte. Deshalb geht eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung von Krisen und Kriegen meist an den wahren Ursachen vorbei und kann nicht zu schnellen und dauerhaften Lösungen führen.
2. Wird bei der Festlegung einer Strategie eine Lage und eine Annahme über eine weitere Lageentwicklung zu Grunde gelegt, wie sie augenblicklich durch die beteiligten Staaten offiziell wahrgenommen wird. Das ist aber meist ein Kompromiss mit dem Ziel, irgendwie zu einem Konsens als Basis für ein gemeinsames Eingreifen zu kommen, auch

wenn die Realität dabei zu kurz kommt.

3. Kann eine Intervention nur dann zum Erfolg führen, wenn die beteiligten Parteien überhaupt Frieden wollen. Oft wollen sie nur einen Frieden nach ihren Bedingungen und zu ihrem Vorteil. Häufig wollen die Parteien aber auch einen dauerhaften Konflikt, weil nur dann Gelder durch die Stationierung der Friedenstruppen, durch die finanzielle Unterstützung der VN und der EU und durch staatliche und private Hilfsorganisationen ins Land kommen. Mit den hier angesprochenen Parteien sind nicht unbedingt die breiten Schichten der Bevölkerung gemeint, sondern mehr deren meist selbst ernannten Vertreter, die eigene Ziele verfolgen.

Militärische Siege bei Interventionen können nur Machtstrukturen verändern, aber nicht politische, religiöse, soziale, wirtschaftliche oder andere menschliche Probleme lösen. Die Lösung dieser Probleme erfordert eine geistige Auseinandersetzung, keine militärische. Das ist natürlich allen Politikern bekannt, aber trotzdem überrascht nach militärischen Erfolgen immer wieder die Hilflosigkeit bei der Lösung der nicht militärischen Probleme. In Umkehrung der Erkenntnis von Clausewitz geht es um „Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“, die nicht funktioniert.

Der Einsatz von Streitkräften kann nur die aktuell laufende kriegsrische Phase eines Konfliktes stoppen und dies auch nur so lange, wie die Eingreifkräfte durchsetzungsfähig vor Ort präsent sind. Damit sind aber nicht die Ursachen des Konfliktes beseitigt, die wesentlich von der Kompromissbereitschaft der gegnerischen Parteien abhängen. Eingreifkräfte können zwar militärischen Druck erzeugen, um die Kompromissbereitschaft der gegnerischen Parteien zu erhöhen, müssen dabei aber zwangsläufig größere Übel androhen und gegebenenfalls auch exekutieren als die von den gegnerischen Parteien selbst erzeugte. Das ist keine befriedigende Lösung eines Konfliktes, die ethischen und moralischen Grundsätzen standhält.

Es ist deshalb wichtig, sich mit den Ursachen und den Voraussetzungen von Konflikten zu befassen. Nur wenn die Ursachen beseitigt und die Voraussetzungen geändert werden können, kann auch ein stabiler Frieden erreicht werden.

Häufige Ursachen sind der Glaube, die Überzeugung oder die Tatsache, dass Menschen

- ungerecht behandelt werden oder / und
 - sich in einer verzweiferten wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder religiösen Lage befinden.
- Häufige Voraussetzungen sind der Glaube, die Überzeugung oder die Tatsache, dass
- wenig zu verlieren und viel zu gewinnen ist,
 - man militärisch überlegen ist und sich deshalb durchsetzen kann,
 - die Gewaltanwendung als einzig gangbarer Weg legitim ist.

Bereits aus diesen aufgeführten Ursachen und Voraussetzungen können wichtige Ziele abgeleitet werden, die allgemein für einen stabilen Frieden entscheidend sind:

- Der Friedensplan muss aus der Sicht aller betroffenen Parteien gerecht sein.
- Die verzweifelte Lage muss sich deutlich verbessern.
- Den Konfliktparteien muss wieder etwas zu verlieren gegeben werden.
- Die militärische Überlegenheit nur einer Partei muss gebrochen werden.
- Die Gründe für die scheinbare oder tatsächlich legitime Gewaltanwendung müssen beseitigt werden.

Das militärische Eindämmen nur der Symptome einer kriegerischen Auseinandersetzung nimmt Verluste und Schäden in Kauf, ohne dass die Chance einer dauerhaften Lösung gegeben ist. Solche Einsätze sind politisch nicht zu rechtfertigen und vor allem nicht ethisch und moralisch zu verantworten. Ohne klar vorgegebene politische Ziele, die auf die Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet sind, dürfen keine Einsätze befohlen werden. Aber genau das geschieht immer wieder, weil man sich politisch nicht auf klare Ziele einigen kann. Das Ergebnis sind dann ungenaue, schwammige Ziele, die von den beteiligten Parteien beliebig je nach Interessenlage ausgelegt werden

können. Damit wird die Problemlösung aufgeschoben und die Verantwortung bleibt unter dem Risiko von Verlusten auf der militärischen Seite.

Die Verantwortung tragen die jeweiligen nationalen Parlamente auf mehr oder weniger kollektive Art. Es handelt sich dabei um eine besondere Art von Verantwortung, der so genannten „politischen Verantwortung“, die sich deutlich von der militärischen Verantwortung unterscheidet. Das heißt de facto, dass bei politisch unverantwortlichem Handeln, das u.U. mit Toten und Verletzten endet, die beteiligten Politiker zurücktreten und ihre politische Karriere beenden, während vergeblich geopfert und verletzte Soldaten ein bitteres Schicksal ertragen müssen. Es gibt hier genügend Beispiele für zwecklos gewonnene Kriege und leichtfertig verlorene Siege in allen Nationen.

Um politisch und militärisch verantwortungsvoll handeln zu können ist entscheidend, dass die Ursachen des Konfliktes und die wahren Verhältnisse vor Ort mit ihren kulturellen und moralischen Kategorien erkannt und bekannt sind und tatsächlich auch bei politischen und militärischen Entscheidungen als Kriterien herangezogen werden. Voraussetzung dafür ist eine verantwortungsvolle Informationsbeschaffung und Lageanalyse. Dazu gehört auch das Anlegen von moralischen und ethischen Maßstäben, die in der Krisenregion gelten. Das Urteilen nur nach den eigenen, nationalen Maßstäben oder Maßstäben von Staaten mit bestimmten, kulturellen Hintergründen, kann nicht zur Lösung von Krisen und Konflikten führen. Das Resultat sind unscharfe politische Ziele und ein entsprechend halbherziges, politisches und militärisches Eingreifen, das vermeidbare Verluste und Schäden auf allen Seiten verursacht, aber keine dauerhaften Lösungen bringt.

3. Das Problem der militärischen Gewaltanwendung

Der Einsatz von Macht und Gewalt kann schuldig machen, aber der Verzicht darauf kann ebenso schuldig machen. Wer die Möglichkeit zum Handeln hat und sie nicht nutzt, um eine menschenunwürdige Situation zu ändern, hat damit automatisch

die Verantwortung für die Fortdauer dieser Situation übernommen. Staaten, die über militärische Machtmittel verfügen, haben auch die Pflicht und Verantwortung zu helfen, das hat nichts mit der Rolle eines „Weltpolizisten“ zu tun.

Absoluter Gewaltverzicht ist deshalb keine echte Alternative, weil bewusst die Chance vergeben wird, Unrecht zu verhindern. Wirksamer Schutz von Wehrlosen oder hoffnungslos Unterlegenen ist eine soziale Verantwortung und eine religiöse Pflicht der Nächstenliebe. Wehrlose und Schutzbedürftige dürfen keinem abstrakten Prinzip geopfert werden, auch wenn diese Prinzipien politisch noch so edel erscheinen mögen.

Die Tötung von Menschen ist auch in Kriegshandlungen nicht der Beliebigkeit menschlicher Beurteilung überlassen. Das Leben Jesu weist eindeutig auf Gewaltminimierung und auf ein Unterbrechen der Automatik von Gewalt als Reaktion auf erlittenes Unrecht hin.

Die Lage und die Geschehnisse in Nordirland, im Westjordanland sowie im Gaza-Streifen sind eindeutige Beispiele dafür, dass Gewalt und Gegengewalt auch unter rationalen Gesichtspunkten nicht zu einer Lösung führen können. Es ist moralisch und ethisch im höchsten Maße bedenklich, wenn Soldaten, die gesetzlich gehorchen müssen, der Befehl zum Töten aus Gründen der Vergeltung oder der Prävention gegeben wird.

Wann ist das Verletzen und Töten von Menschen unvermeidbar und ethisch gerechtfertigt?

Die Antwort hängt von den Zielen ab, die verfolgt werden sollen und von den Konsequenzen die entstehen, wenn die Ziele nicht verfolgt werden. Nur vitale Ziele rechtfertigen das Verletzen und Töten von Menschen und das auch nur dann, wenn es keine anderen Möglichkeiten der Zielerreichung gibt. Nicht nur die eigenen, sondern auch die gegnerischen Schäden und Verluste müssen in einem rational, moralisch und ethisch begründeten Verhältnis zu den angestrebten Zielen stehen. Daneben existiert das Recht und die Pflicht zur Notwehr als der rationale Aspekt für das Handeln.

Im Idealfall müssten die operativen und taktischen Ziele einer mili-

tärische Operation laufend von den Führern vor Ort rational, moralisch und ethisch überprüft werden und gegebenenfalls korrigiert oder neu festgelegt werden. Das ist aber Theorie, weil das im laufenden Gefecht schon zeitlich nicht zu realisieren ist. Auf der operativen Ebene stehen militärische Ziele außerdem in engem Zusammenhang mit politischen Vorgaben und verlangen u.U. die Korrektur multinationaler politischer Zielsetzungen oder neue politische Entscheidungen.

Es stellt sich deshalb die Frage, wie sollen sich die verantwortlichen militärischen Führer in diesen häufig auftretenden Lagen verhalten? Die Antwort darauf erfordert eine rational-politische und eine ethisch-moralische Bewertung.

Rational-politische Aspekte

Erstens ist festzustellen, dass der militärische Führer nicht warten kann und deshalb in jedem Fall Entscheidungen unter Zeitdruck treffen muss. Zweitens ist festzustellen, dass der militärische Führer nur dann eine gute Entscheidung treffen kann, wenn er die Gesamtlage mit all ihren politischen, militärischen, wirtschaftlichen, religiösen und sonstigen Aspekten übersehen und beurteilen kann. Das kann er aber nicht, weil ihm die Zeit fehlt und er den notwendigen, umfassenden Sachverstand nicht haben kann. Wenn er dennoch schnell zu guten Entscheidungen kommen soll, ist er auf Beratung durch Experten angewiesen, die in seinem Hauptquartier präsent sein müssen.

Die Politik setzt zwar Ziele, aber das sind noch keine Tatsachen. Tatsachen werden erst durch den militärischen Einsatz geschaffen. Deshalb ist es wichtig und effektiv, wenn die Politik vor Ort ist. In großen NATO-Hauptquartieren, wie in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo gibt es politische Berater, die aber in der Regel von den Nationen gestellt werden, die auch den Befehlshaber stellen. Zusätzlich ist auch ein politischer Berater vorhanden, der die politischen Interessen der NATO gegenüber dem verantwortlichen Befehlshaber vor Ort vertritt. Der politische Berater ist im Prinzip der verlängerte politische Arm der nationalen Politik bzw. der Militärpolitik des

Bündnisses. Er hat zwar keinen Anspruch auf Gehorsam aber er hat Anspruch gehört zu werden. Jede Nation, die größere Truppenkontingente stellt, sollte zumindest ihrem höchsten militärischen Führer solche Berater zur Verfügung stellen, um nationale, politische Interessen vor Ort zur Geltung bringen zu können.

Wenn es gelingen soll, mit einem Minimum von militärischer Gewaltanwendung Krisen und Kriege nicht nur zu stoppen, sondern auch die Ursachen dauerhaft zu beseitigen, dann ist eine fachliche Beratung der militärischen Führer in allen einsatzrelevanten Bereichen erforderlich. Der Verzicht aus Gründen der Sparsamkeit oder der Zuständigkeit ist hier ein total falscher Ansatz. Die Politik muss bei Friedensoperationen, bei denen es um die Realisierung politischer Ziele geht, mit ins Feld ziehen.

Ethisch-moralische Aspekte

Der Einsatz von Streitkräften stellt unter ethischen Gesichtspunkten stets eine Konfliktlage dar. Der militärische Einsatz fügt Menschen Schaden zu, um Schaden von anderen Menschen abzuwenden. Zusätzlich steht der Einsatz unter dem Risiko, dass unbeabsichtigt auch die zu Schaden kommen, die eigentlich geschützt werden sollten. Die Konfliktlage entsteht, wenn eine ethische Forderung nur erfüllt werden kann, wenn eine andere ethische Forderung verletzt wird. Die Frage ist, ob die ethischen Forderungen gegeneinander abgewogen werden können, um zu einer Lösung zu kommen?

Die Antwort ist nein, denn es handelt sich um verschiedene, aber jeweils verbindliche ethische Forderungen, die nicht vergleichbar sind und damit einer rationalen Optimierung nicht zugänglich sind. Deshalb bleibt nur die Lösung, das Maß an Gewaltanwendung und damit die Verletzung von ethischen und moralischen Grundsätzen so weit wie irgend möglich zu minimieren.

Die christliche Ethik erlaubt uns nicht, der Konfliktlage auszuweichen, denn auf Grund des Gebotes der Nächstenliebe sind wir nicht nur für uns allein, sondern auch für unseren Nächsten verantwortlich. Der Nächste hat dabei verschiedene Gesichter. Es ist nicht nur der zu schützende Mensch, sondern es sind auch

die Kameraden, deren Leben eingesetzt wird und auch der Gegner, deren Leben ebenso auf dem Spiel stehen.

Bei militärischen Operationen hat der militärische Führer zwei grundsätzliche Möglichkeiten, um das Maß der Gewaltanwendung zu minimieren. Erstens kann er die eingesetzte Waffentechnologie hinsichtlich ihrer qualitativen und quantitativen Wirkung so wählen, dass der Schaden technisch begrenzt wird. Zweitens kann er die Operation bzw. das Gefecht so führen, dass der Gegner frühzeitig zur Aufgabe gezwungen wird, oder ihm die Chance gegeben wird, rechtzeitig aufgeben zu können, d.h. bevor ein größerer, irreparabler Schaden eingetreten ist.

Die erste Möglichkeit ist eine Frage der Ausrüstung und liegt in der gemeinsamen Verantwortung der Politiker und der Streitkräfte. Die Streitkräfte müssen eine militärische Ausrüstung fordern, mit der einerseits militärische Aufträge erfüllt werden können und andererseits unbeabsichtigte Schäden begrenzt werden können. Die Politiker haben die Pflicht, diese Ausrüstung für die Streitkräfte verfügbar machen, sobald die technologischen Möglichkeiten vorhanden sind. Sie müssen das vorbeugend tun, d.h. zu einem Zeitpunkt, zu dem noch kein erkennbarer, akuter Bedarf sichtbar ist und deshalb die politische Entscheidung besonders schwierig ist.

Die zweite Möglichkeit, die geeigneten Operationsführung zu wählen, liegt in der reinen Verantwortung der Streitkräfte und ist eine Frage der Erziehung und Ausbildung auf allen Führungsebenen. Das ist aber noch nicht bei allen Streitkräften ausreichend erkannt. Es genügt nicht, dass einige Nationen ihre Führer entsprechend vorbereiten. In alliierten Hauptquartieren können die Führer aller Nationen in eine entsprechende Verantwortung gestellt werden und müssen dann für alle unterstellten Truppen die richtigen Entscheidungen treffen können.

4. Das menschliche Wesen und seine Grenzen

Die Führung von Menschen in Einsätzen, wo militärische Gewalt angewendet werden muss, ist eine

besondere Belastung für das menschliche Gewissen. Um diese Belastung ertragen zu können ist es wichtig, das menschliche Wesen und sein Verhalten zu kennen und auch zu berücksichtigen. Ich will hier zwei besondere Bereiche herausgreifen: Das Verständnis von Gut und Böse und das Verhältnis zum Feind.

Das Verständnis von Gut und Böse

Das Gute und das Böse auf dieser Welt bilden ein System, das für den Menschen nur schwer durchschaubar ist. Die göttliche Gerechtigkeit mit der Gutes und Böses in der Welt geschieht, ist deswegen schwer begreifbar und einsehbar. Das Gute auf der Welt wird erst bei der Gesamtbetrachtung des göttlichen Systems von Gut und Böse erkennbar. Das Gute kann dabei vom Menschen nur begriffen werden, weil es im Dualismus mit dem Bösen existiert. Da dem Menschen nur bestimmte Perspektiven auf begrenzte Bereiche des göttlichen Gesamtsystems zugänglich sind, glauben die Menschen oft, dass Gott grausame Ungerechtigkeiten geschehen lässt. Tatsächlich fehlt den Menschen nur der wahre Überblick und das resultierende Verständnis.

Der Grund liegt in der Tatsache, dass der Mensch nicht in Systemen denken kann, weil das in der Natur von ihm bisher nicht verlangt wurde und er deshalb auch keine Veranlagung dazu entwickeln konnte. Durch die zunehmende Veränderung von Umwelt und Natur durch den Menschen wird die Fähigkeit in Systemen zu denken und Konsequenzen rechtzeitig erkennen zu können, zunehmend wichtiger. Der Mensch hilft sich deshalb mit vereinfachenden Modellvorstellungen. Das bedeutet zwar eine Verbesserung seiner Fähigkeiten, aber das darf nicht zu der Fehleinschätzung führen, dass er komplexe Systemen wirklich übersehen und beherrschen kann.

Genau diesem Irrtum unterliegt der Mensch aber allzu oft. Das führt zu schwerwiegenden Fehlern bei der Beurteilung der Lage und der Entwicklung von Maßnahmen. Gerade weit entfernte Krisenregionen mit spezifischen, kulturellen, geschichtlichen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Problemen sind solche komplexen Systeme, die von

ebenso komplexen Machtstrukturen überlagert und gesteuert werden.

Probleme, die zu Krisen und Kriegen führen, ergeben sich aus Unverträglichkeiten einzelner Elemente innerhalb bestimmten Systemen. Sie ergeben sich aber insbesondere beim Aufeinandertreffen verschiedener, benachbarter Systeme, wie es z.B. in Bosnien-Herzegowina und Kosovo der Fall war. Systeme, die jeweils für sich genommen stabil waren, kommen durch Berührungen, Migrationsbewegungen oder wirtschaftliche Abhängigkeiten aus dem Gleichgewicht. Es kommt zu Reaktionen und Gegenreaktionen, die weder für die betroffenen, noch für die außenstehenden Menschen übersehbar und vorhersehbar sind.

Das Eingreifen bzw. die Intervention zur Lösung scheinbar erkannter Probleme, führt aus Mangel an Informationen und Systemverständnis eher zu einer Verschlechterung der Lage als zu einer dauerhaften Lösung. Wenn ein Eingreifen trotzdem positive Auswirkungen zeigt, so können daraus kaum Erfahrungen gewonnen werden, weil die Mechanismen, die in den Systemen und zwischen den Systemen ablaufen zu komplex sind. So können sich scheinbare Erfahrungen sehr negativ auswirken, wenn sie auf andere Systeme, die sich vermeintlich in ähnlichen Situationen befinden, angewandt werden.

Die Politiker und die Streitkräfte müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie bei Friedensoperationen in äußerst komplexe Systeme eingreifen, die sie nicht vollständig übersehen können. Weil die Auswirkungen auch nicht präzise vorausgesehen werden können, muss die tatsächlichen Entwicklung abgewartet, ständig beobachtet und analysiert werden, um die politischen und militärischen Ziele entsprechend laufend zu korrigieren oder neu festzulegen.

Genau hier liegt aber ein politisches Problem. Eine einmal mit enormen Abstimmungs- und Zeitbedarf verabschiedete internationale Resolution kann nicht kurzfristig an wechselnde Lagen angepasst oder darauf optimiert werden. Das bedeutet, dass die militärische Organisation und damit die militärischen Führer darauf gefasst sein müssen, dass sie mit den Problemen allein fertig

werden müssen und unaufschiebbare militärische Aktivitäten zunächst ohne politische Rückendeckung durchführen müssen und verantworten müssen.

Für die Beurteilung der Lage und insbesondere der ethischen und moralischen Aspekte kommt es darauf an, die richtige Perspektive bei der Betrachtung der gegnerischen Streitkräfte zu haben. Bei Friedensoperationen steht fest, dass am Ende des Einsatzes der Friede mit den Gegnern stehen soll. Das bedeutet, dass der Gegner von heute der Nachbar, der Verbündete oder der Handelspartner von morgen sein kann. Rein rational betrachtet müssen deshalb auch beim Gegner unnötige Verluste und Sachschäden vermieden werden.

Verluste entstehen zwangsläufig, wenn es zu Duellsituationen kommt. Oft ist der Duellkampf wesentlicher Bestandteil der Einsatzgrundsätze bestimmter Waffensysteme, wie z.B. bei der Panzertruppe. Bei Duellen von qualitativ etwa gleichwertigen Gegnern hat zwangsläufig auch der Sieger Verluste, er hat nur weniger Verluste. Die aus den Duellsituationen resultierenden Verluste sind heute die wesentliche Schwäche von Landstreitkräften und damit der Landkriegsführung insgesamt. Die Vermeidung von Duellsituationen und die Verbesserung der Überlebensfähigkeit müssen daher zukünftig hohe Priorität bei der Entwicklung neuer Waffensysteme und Einsatzverfahren haben.

5. Die besondere Verantwortung der Politiker

Auch die Politiker sind ethischen und moralischen Grundsätzen bei der Vorgabe von politischen Zielen im Krieg und auch bei Friedensoperationen verpflichtet. Die Verpflichtung resultiert genau wie bei den Soldaten aus dem religiösen Glauben, der Verpflichtung gegenüber dem Menschenbild und gegenüber dem eigenen Gewissen sowie dem Grundgesetz bzw. den jeweiligen Verfassungen demokratischer Staaten.

Schon im Frieden trifft der Politiker durch seine Einflussnahme auf die Rüstungsvorhaben der Streitkräfte ethische und moralische Entschei-

dungen über das Ausmaß und die Qualität der Gewalt, die im Krieg eingesetzt kann bzw. muss. Er entscheidet damit auch über die unvermeidbaren Nebenwirkungen, die, bedingt durch die Waffentechnologien, in Kauf genommen werden sollen und müssen. Das muss den Politikern klar sein, wenn über Interventionen oder Krieg entschieden wird. Spätestens jetzt wird der Politiker auf Grund seiner vorangegangenen Entscheidungen von seiner politischen Verantwortung, die aus dem Primat der Politik resultiert, eingeholt.

Vor diesem Hintergrund sind flächendeckende Vernichtungswaffen, insbesondere Massenvernichtungswaffen, moralisch und ethisch sehr problematisch und nur gerechtfertigt, wenn sie die einzige Möglichkeit zur Abwehr der eigenen Vernichtung sind. Besonders eklatant sind Rüstungsentscheidungen, die den eigenen Soldaten den technologisch möglichen Schutz vorenthalten, weil Haushaltsmittel für weniger vitale, aber politisch reizvollere Ziele eingesetzt werden.

Die Qualität der Ausrüstung und Ausbildung muss hinsichtlich Überlebensfähigkeit und Vermeidung von unerwünschten Nebenwirkungen deutliche Priorität vor der Quantität haben. Das muss einerseits aus moralischen und ethischen Gründen gefordert werden und andererseits auch aus Achtung und Sorge für die Gesundheit und das Leben der eingesetzten eigenen Soldaten. Der alte militärische Grundsatz, „Wirkung geht vor Deckung“, ist endgültig überholt. Zukünftig muss deshalb den selektiv einsetzbaren Präzisionswaffen und den nicht letal wirkenden Waffen Priorität gegeben werden. Dieses Ziel darf nicht wegen knapper Kassenlage verdrängt werden. Nur wirklich vitale Haushaltszwänge, die höhere ethische und moralische Ziele verfolgen, könnten dies rechtfertigen.

Andererseits ist eine Armee, die wegen bestehender Defizite und entsprechender Risiken nur beschränkt eingesetzt werden kann, den Aufwand nicht wert. Eine Verteidigungs- und Rüstungspolitik, die zu diesem Ergebnis führt, ist verfehlt, verschwendet Haushaltsmittel und vergibt die Chance, Verstößen gegen Moral, Ethik und Menschenwürde rechtzeitig vorzubauen.

Bereits mit den heute verfügbaren Technologien lassen sich diese moralischen und ethischen Prinzipien in großem Maße realisieren. Wird das nicht getan, dann werden vermeidbare moralische und ethische Probleme bewusst den vor Ort handelnden Soldaten überlassen. Das ist ein moralisch und ethisch ignoranten Verhalten der Politiker, das aus christlicher Sicht nicht zugelassen werden darf. Da aber die Lage jetzt so ist wie sie ist, müssen den heute und morgen zum Handeln gezwungenen Soldaten moralisch-ethische Hilfen gegeben werden und den Politikern ihre Verantwortung öffentlich klar gemacht werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass Rüstungsplanung und Rüstungsentscheidungen moralische und ethische Kategorien haben, die in Friedenszeiten nicht genügend Berücksichtigung finden und im Kriegsfall oder bei Friedensoperationen zu schwerwiegenden ethischen und moralischen Problemen führen. Ignoranz gegenüber diesen Kategorien macht besonders Politiker, aber auch Soldaten bereits im Frieden moralisch und ethisch schuldig.

6. Das menschliche Verhalten im Einsatz

Bei Friedensoperationen sind die eigene Bevölkerung, die eigene Familie und die Existenz des eigenen Staates nicht unmittelbar bedroht. Das Hauptmotiv der Beteiligung an Friedensoperationen sind Verträge, politische Zusagen oder auch nur politische und wirtschaftliche Interessen. Entsprechend ist das Interesse der Politiker und der Bevölkerung an solchen Einsätzen begrenzt und oft auch noch hinsichtlich der Notwendigkeit, Rechtmäßigkeit und Moral geteilt. Man kann sich leicht vorstellen, wie belastend sich diese Tatsachen auf den Einsatz der Soldaten auswirken, die sich unvermeidlich auch bei Friedensoperationen vielen Gefahren aussetzen müssen. Menschenführung hat in Friedensoperationen deshalb eine andere Qualität als in der Landesverteidigung.

Vor diesem Hintergrund sollen jetzt besondere Probleme der Menschenführung in zukünftigen Einsätzen dargestellt werden. Es sollen dazu drei wichtige Bereiche der Men-

schenführung betrachtet werden: Die Verantwortung, das Vertrauen und die Motivation.

(1) Verantwortung

Die Verantwortung des militärischen Führers hat eine besondere Qualität, weil er wie kein anderer über die stärksten Machtmittel eines Staates Verfügungsgewalt hat und weil er zur Durchführung der militärischen Aufträge vitale Entscheidungen treffen muss, die Gesundheit und Leben seiner Untergebenen betreffen. Für die Geführten muss möglichst immer einsehbar sein, das es sich um wirklich vitale Ziele und Aufträge handelt, für die sie ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen. Nicht immer ist es dem Führer zeitlich oder technisch möglich, das zu verdeutlichen. Dann muss das Vertrauen in den Führer groß genug sein, um auch in solchen, unübersichtlichen Lagen Gefolgschaft erwarten zu können.

Der militärische Führer steht immer vor dem Dilemma, dass er einer mehrfachen Verantwortung gerecht werden muss. Der Verantwortung

- für die Erfüllung seiner Aufträge,
- für die Fürsorge und das Wohlergehen seiner Soldaten,
- für die ihm übergebenen materiellen Mittel und
- für die in seinem Einsatzraum befindlichen Teile der Bevölkerung.

Im Spannungsfeld dieser Verantwortlichkeiten muss sich der Führer entscheiden. Er kann in laufenden Operationen oder Gefechten der Entscheidung nicht ausweichen. Auch die Entscheidung, nichts zu tun, ist eine Entscheidung. Wo auch immer er seine Prioritäten setzt, es hat schwerwiegende Konsequenzen für andere Verantwortungsbereiche, die er angemessen berücksichtigen muss.

Der Führer vor Ort kann diese Konsequenzen in seinem Verantwortungsbereich besser erkennen und beurteilen als sein weiter entfernter, höherer Vorgesetzter. Andererseits hat der Führer vor Ort nicht alle Informationen, um Konsequenzen außerhalb seines Verantwortungsbereiches zu übersehen, die aber durch sein Handeln vor Ort eintreten. Um dies Problem lösen zu können, muss der militärische Führer neben den Konsequenzen in seinem Verantwor-

tungsbereich auch die Konsequenzen in anderen Verantwortungsbereichen bedenken, die er nur aus den ihm bekannten Absichten und Zielen der nächst höheren Führungsebene ableiten kann. Das bedeutet für den Führer, dass er von seiner vorgesetzten Führung laufend über aktuelle Ziele und Absichten informiert werden muss. Da das nur begrenzt möglich ist, muss er bei meist unvollständigen Informationen und unter Zeitdruck und Gefahr Entscheidungen treffen, die höchste Ansprüche an seine Fähigkeiten und an sein Verantwortungsbewusstsein stellen. Das erfordert eine reife Persönlichkeit, viel Berufserfahrung und große Lebenserfahrung sowie Selbstvertrauen und seelische Stärke.

Und genau hier haben Streitkräfte ein besonderes Problem. Streitkräfte werden an der Front meist von jungen Männern geführt, die eben nicht diese Voraussetzungen erfüllen können. Oft müssen 20-jährige Unteroffiziere mit einer Berufserfahrung von gut 24 Monaten eine Gruppe von 8 – 10 Soldaten in gefährlichen Einsätzen führen. Das kann nur funktionieren, wenn sie von erfahreneren Vorgesetzten, zu denen sie eine persönliche Verhältnis auf Grund eines gewachsenen Vertrauens haben, nicht nur geführt, sondern vor allem auch moralisch verstanden und unterstützt werden.

Das alles erfordert Zeit, die oft nicht bei der Vorbereitung von Einsätzen verfügbar ist. Also müssen bewusst Defizite hingenommen werden, die sich bei den derzeitigen Friedensoperationen bisher noch nicht schwerwiegend ausgewirkt haben. Die sogenannten Einsatzerfahrungen, die bisher von den truppenstellenden Nationen in Friedensoperationen gemacht wurden, sind keine typischen Erfahrungen, die sich auch auf Gefechtssituationen übertragen lassen. Es besteht deshalb die akute Gefahr, dass bei tatsächlich gefechtmäßigen Auseinandersetzungen auf Grund der Defizite bittere Erfahrungen nachgeholt werden müssen. Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir hier mit schwerwiegenden Defiziten leben, die nur zufällig noch keine Auswirkungen gehabt haben.

Verantwortung setzt die Bereitschaft zur selbstkritischen Prüfung vor dem eigenen Wissen und der ei-

genen Gewissensüberzeugung voraus. Diese ist dabei nicht eine subjektive Überzeugung, sondern eine Erkenntnis, die sich unter Berücksichtigung der Konsequenzen des eigenen Tun für das Ganze, insbesondere für die sozialen Aspekte des Ganzen herausgebildet hat. Das bedeutet, dass der Verantwortliche seine Beweggründe und sein Handeln zunächst an rechtlichen, aber insbesondere auch an ethischen und moralischen Maßstäben messen lassen muss. Die Verantwortung vor dem eigenen Gewissen ist zwar ein zentraler Verantwortungsbereich, aber er bedarf unbedingt der Ergänzung durch zwei weitere Verantwortungsbereiche, die von General Ulrich de Maizière als die horizontale und die vertikale Verantwortung bezeichnet werden.

Die horizontale Verantwortung betrifft die unmittelbar beteiligten Menschen, d.h. den auftragserteilenden Vorgesetzten, die anvertrauten Untergebenen und die gleichgestellten anderen Kameraden. Vor diesen Menschen muss der Vorgesetzte sein Handeln verantworten können. Die vertikale Verantwortung betrifft die transzendente Verantwortung gegenüber Gott, oder je nach Glauben, gegenüber einer anderen, höheren, moralisch-ethischen Instanz.

Ein verantwortliches Handeln, dass als Bezugspunkt nur den Menschen und sein eigenes Gewissen anerkennt und damit die Werte von Religionen und Philosophien ignoriert, ist einseitig und deshalb falsch. Nur zu schnell können menschliche Schwächen wie Egoismus, falscher Ehrgeiz und Opportunismus Einfluss nehmen. Je höher die Führungsverantwortung, um so wichtiger wird diese transzendente Bindung. Nur so kann die Last der Verantwortung im Kriege, wo gestorben wird, überhaupt seelisch ertragen werden, ohne psychische Schäden zu verursachen.

Die Verantwortung des militärischen Führers ist umfassend und weitreichend. Er trägt nicht nur die rechtliche, sondern auch die ethische und moralische Verantwortung. Mit seinen Entscheidungen im Einsatz beeinflusst er nicht nur seine unmittelbare Umgebung, sondern auch entferntere Bereiche und Schicksale, die er nur begrenzt übersehen kann. Er muss Entscheidungen treffen ob-

wohl er weiß, dass er sich irren kann und dadurch schwerwiegende Folgen verursachen kann. Das erfordert große seelische Stärke und persönlichen Mut. Insbesondere dann, wenn nur durch Ungehorsam höhere ethische und moralische Werte gerettet werden können.

(2) Vertrauen

Im militärischen Bereich bedeutet Vertrauen vor allem, dass der Soldat davon überzeugt ist, dass das militärische System funktioniert, dass bei seinen Aufträgen rechtliche, moralische und ethische Aspekte berücksichtigt wurden und dass er eine gute Chance hat, die Auftragsdurchführung gesund zu überleben.

Vertrauen hat aber eine noch weiter reichende Bedeutung. Vertrauen im militärischen Bereich setzt voraus, dass auch das politische System und die staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen vertrauenswürdig sind und die zu bringenden Opfer auch wirklich notwendig und gerechtfertigt sind. Deshalb darf das Vertrauen der Soldaten zu den Politikern nicht unterschätzt werden. Die oft belächelte Politikverdrossenheit hat im Einsatz schwerwiegende Auswirkungen auf das Vertrauen in die Richtigkeit, Rechtmäßigkeit und Moral der politischen Vorgaben und Ziele. Es hat schwerwiegende Auswirkungen, wenn Wort und Tat bei den Politikern bereits im Frieden nicht übereinstimmen, wie z.B. bei dem Umgang mit dem Missverhältnis zwischen Auftrag und Mitteln im militärischen Bereich. Enttäushtes Vertrauen kann nicht schnell wieder gut gemacht werden. Es bedarf einer längeren Erfahrung und meist auch anderer Politiker, um wieder zu wachsen zu können.

Ein gefestigtes und vor allem erlebtes Vertrauen zwischen Führer und Geführten ist unbedingte Voraussetzung für das erfolgreiche Bestehen von Gefahren, das Durchstehen von Härten und die Durchführung von gefährlichen Aufträgen. Vertrauen hat dabei zwei Perspektiven. Nicht nur der Geführte muss zu seinem Führer Vertrauen haben, sondern auch der Führer zu seinen Unter-

gebenen. Er muss darauf vertrauen können, dass seine Aufträge gewissenhaft und verantwortungsbewusst durchgeführt werden. Auf dies Vertrauen baut seine Planung zur Durchführung der Aufträge.

Menschenführung braucht eine Vertrauensbasis, die quer durch die militärische Hierarchie der Vorgesetzten geht. Ein gewisses Maß an Vertrauen kann und wird zwar von den Untergebenen quasi als Vorschuss erwartet, aber das reicht nicht aus, um kritische Lagen erfolgreich durchzustehen. Tiefes Vertrauen muss durch die Vorgesetzten erst gewonnen werden und zwar vor gefährlichen Einsätzen. Dazu werden Zeit und geeignete Aufgaben gebraucht, die dem Führer und den Geführten Gelegenheit geben, ihre gemeinsame Leistungsfähigkeit sowie den Zusammenhalt und die Zuverlässigkeit ihrer Gemeinschaft in extremen Situationen zu erfahren. Nur dieses praktische Erleben ergibt das notwendige Vertrauen, dass ethische und moralische Grundsätze nicht nur vorhanden sind, sondern auch in extremen Situationen beachtet werden.

Damit sich Vertrauen entwickeln kann, sind bei Führern und Geführten zwei wesentliche Voraussetzungen notwendig, erstens möglichst gleiche geistige Grundlagen und zweitens ein gemeinsames Wertbewusstsein. Geistige Grundlagen und Wertbewusstsein sind dabei keine Konstanten, sondern unterliegen dem Wandel, dem auch das Men-

schenbild unterworfen ist. Entsprechend wandeln sich auch die Auffassungen über die notwendigen Fähigkeiten der Führer und deren wünschenswerter Führungsstil. Durch seinen Führungsstil drückt der Führer einerseits seine persönlichen, emotionalen Beziehungen zu seinen Geführten aus und andererseits auch seine rationale Einstellung zu seinen Aufgaben und Pflichten. Die Geführten haben ein sehr feines Gespür dafür, welchen Stellenwert ihre Person und Ihre Anliegen bei ihrem Führer im Verhältnis zu den Sachzielen der Streitkräfteorganisation und zu den persönlichen Zielen des Führers haben.

Entscheidend ist aber die wissenschaftliche und empirische Erkenntnis, dass das Bild vom Menschen, das sich ein Vorgesetzter gemacht hat, wesentlich sein Verhalten gegenüber seinen Vorgesetzten, Gleichgestellten und Untergebenen bestimmt. Das Menschenbild ist deshalb ein entscheidendes Regulativ für das Führungsverhalten und den Führungsstil. Hat ein Vorgesetzter zum Beispiel ein positives Bild von seinen Untergebenen, so wird er sie auch in aller Regel auch so behandeln. Das Ergebnis sind motivierte Untergebene, die diese Behandlung auch tatsächlich verdienen. Diese Mechanismen können aber auch umgekehrt wirken, damit ist klar, dass unbedingt ein positives Bild angestrebt werden muss. Man kann dieses Prinzip als einen klassischen Fall der



Generalmajor Alphart von Horn mit Ehefrau und Admiral Barrera, Mitglied der kolumbianischen Delegation.

„self fulfilling prophecy“ bezeichnen, oder treffender, als ein selbstverstärkendes Prinzip der Menschenführung.

Genauso wichtig ist aber auch ein positives Bild vom Gegner, insbesondere, wenn es sich um die Führung von Soldaten in Friedensoperationen handelt, wo es keine definitiven Feinde sondern oft nur untereinander verfeindete Parteien gibt, die neutral zu behandeln sind. Ist ein positives Bild des Gegners nicht vorhanden, dann besteht die Gefahr, dass es leicht zu unnötigen Brutalitäten kommt, die nicht nur unmoralisch sind, sondern sich in Friedensoperationen auch extrem nachteilig auf die Zielsetzung auswirken.

Die Fähigkeit, Werte zu erkennen und nach entsprechenden Normen zu leben, ist dem Menschen angeboren. Die konkreten Maßstäbe für den täglichen Umgang mit den Werten werden jedoch durch Erziehung, Erfahrung und durch erlebte Kultur gebildet und unterliegen einem stetigen Wandel, durch den auch alte Ordnungen mit tradierten Macht- und Autoritätsstrukturen unter Legitimitätsdruck gekommen. Das gilt auch für die Streitkräfte. Vorgesetzte müssen sehr viel mehr erklären, rechtfertigen und überzeugen als früher. Wenn sie das nicht tun oder können, dann geht viel Motivation verloren und damit nicht nur die Effektivität von militärischen Operationen, sondern auch Ethik und Moral.

(3) Motivation

Ohne die spürbare Wehrmotivation der Bevölkerung, die sich durch öffentliche Unterstützung im gesellschaftlichen und parlamentarischen Raum sowie in den Medien auch zeigen muss, kann eine hohe Kampfmoral der eingesetzten Soldaten nicht erwartet werden.

Die Voraussetzungen für das Durchstehvermögen der Soldaten im Einsatz sind nur gegeben, wenn die Bevölkerung und die Soldaten gemeinsam von der Richtigkeit und Unvermeidbarkeit des Einsatzes von militärischer Gewalt überzeugt sind. Das ist bei der direkten Verteidigung und unmittelbarer Gefahr für die eigenen Bevölkerung im eigenen Land eher zu erwarten als bei einer Friedensoperation in einem weit ent-

fernten anderen Land. Hier geht es um die Bedrohung anderer Nationen, verbunden mit der Lebensgefahr für andere Menschen oder um die Verletzung von Menschenrechten. Häufig geht es aber auch nur um die Wahrung von nationalen Interessen von Verbündeten, oder nur um das Bestreben, bei einer alliierten Operation nicht abseits stehen zu wollen und deshalb mitzumachen zu wollen.

Die Motivation, das Äußerste zu wagen, hängt von der unmittelbaren, persönlichen Betroffenheit ab, die entsprechend der gegebenen Lage und Ziele unterschiedlich ist. Für die Motivation in Friedensoperationen spielt deshalb die Ethik des Soldatenberufes eine wichtige Rolle und hat in Friedensoperationen eine besondere Dimension. Die Motivation Unschuldigen und Unterdrückten unter Einsatz des eigenen Lebens helfen zu wollen, ist dabei die treibende Kraft.

Bei internationalen Friedensoperationen werden die nationalen Streitkräfte einem alliierten Hauptquartier unterstellt und von diesem auch entsprechend einem international gebilligten militärischen Auftrag operativ geführt. Wenn die truppendienstliche Führung auch bei nationalen Vorgesetzten bleibt, so haben multinationale Operationen doch eine andere Qualität als nationale Einsätze. Die in solchen Operationen vorgegebenen politischen Zielsetzungen und militärischen Aufträge als Ergebnis komplexer internationaler politischer Kompromisse sind für die vorne eingesetzten Soldaten oft nur schwer verständlich und einsehbar und erfordern die Interpretation durch die unmittelbaren Vorgesetzten.

Die bei alliierten Operationen längeren Befehlswege und die Multinationalität der militärischen Hierarchie verstärken diese Problematik. Entsprechend schwieriger ist Motivation, um erteilten Aufträge schnell und entschlossen zu erfüllen. Internationale Friedensoperationen laufen deshalb langsamer, vorsichtiger und risikobewusster ab als rein nationale Operationen.

Für den Soldaten ist die Motivation ein ganz besonders wichtiger Verhaltensfaktor, um auch unter Lebensgefahr noch gezielt Aufträge durchführen zu wollen und zu kön-

nen. Es stellt sich daher die wichtige Frage, von welchen Faktoren die Motivation abhängt und wie sie insbesondere für Friedensoperationen gefördert werden kann.

Jeder kennt die üblichen Methoden, um bei zivilen Kräften die Motivation zu steigern. Es geschieht hauptsächlich mit materiellen Werten und nur zum Teil mit nicht materiellen Werten. Mit diesen Methoden kann aber nur die Motivation für solche militärischen Aufgaben und Einsätze gesteigert werden, die den zivilen Verhältnissen ähnlich sind. Das sind aber nur wenige Bereiche, die für den Soldatenberuf eher untypisch sind. Im militärischen Bereich gibt es eine spezielle Motivationshierarchie, die vom militärischen Dienst- und Ausbildungsbetrieb bis zum Kampf auf Leben und Tod reicht.

Soldat sein zu wollen bedeutet vor allem dem Gemeinwohl dienen zu wollen und in diesem Rahmen helfen, schützen und verteidigen zu wollen, auch wenn dabei in einem Krieg die eigene Gesundheit und das eigene Leben eingesetzt werden müssen. Dieses Wollen ist die allgemeine Dienstmotivation, die sich als die Summe der Beweggründe darstellt, überhaupt als Soldat dienen zu wollen und sich militärisch erziehen, ausbilden und führen zu lassen. Die Dienstmotivation ist Voraussetzung für einen effektiven Dienst- und Ausbildungsbetrieb.

Die Teilnahme an Auslandseinsätzen im Frieden erfordert schon eine höhere Motivation, die Einsatzmotivation. Sie geht über die Dienstmotivation hinaus und ist die Bereitschaft, auch große Anstrengungen, Belastungen und Härten zu ertragen, ohne dass besondere Verwundungs- und Lebensgefahr besteht.

Die Dienstmotivation und die Einsatzmotivation sind Voraussetzung für Friedensoperationen. Die Anreize dafür umfassen zwar auch materielle Werte wie z.B. besondere finanzielle Vergütungen und zusätzliche Urlaubsregelungen, aber entscheidend ist der Wille, Hilfe, Unterstützung und Schutz für in Not befindliche Menschen dort leisten zu wollen, wo er nur durch Soldaten geleistet werden kann.

Eine völlig andere, stärkere Qualität von Motivation ist notwendig,

wenn eine Friedensoperation unter Gefechtsbedingungen stattfindet. Die dazu notwendige Motivation ist die Gefechtsmotivation, die auf der Einsatzmotivation aufbaut und die Bereitschaft umfasst, sich im Einsatz der unmittelbaren Gefahr für Gesundheit und Leben auszusetzen, um Aufträge durchzuführen, die sich nicht unmittelbar gegen die Feindkräfte richten, sondern andere Ziele verfolgen. Es handelt sich also um eine passiv zu ertragende Gefahr. Die dafür notwendige Motivation erfordert die größten psychischen Kräfte. Sie ist charakteristisch für alle Unterstützungs- und Schutzaufgaben im Krieg und in friedensschaffenden Operationen.

Eine weitere Steigerung der Gefechtsmotivation ist die Kampfmotivation. Sie baut auf der Gefechtsmotivation auf und ist die Voraussetzung, um im direkten Kampf gegen den Feind die unmittelbare Gefahr von sich selbst, von seiner Truppe, oder von zu schützenden Menschen und Sachen abzuwenden. Sie hat den Charakter der Notwehr und ist typisch für Duellsituation. Sie erfordert ebenfalls hohe psychische Kräfte, die aber dem natürlichen Überlebenswillen entsprechen und instinktiv mobilisiert werden. Die Kampfmotivation ist notwendig, um sich überhaupt in einen Kampf auf Leben und Tod zu begeben.

Gefechts- und Kampfmotivation sind nicht durch materielle Werte oder durch Sanktionen zu verstärken, weil diese Anreize gegenüber dem unmittelbar drohenden Übel von Verletzung und Tod verblassen. Der Mensch ist auf Grund seiner Natur nicht bereit, sich willentlich einer Lebensgefahr auszusetzen, wenn er rational erkennt, dass seine Überlebenschancen gering sind. Kein Soldat wird auf Grund rationaler Überlegungen im Feindfeuer seine Deckung verlassen, um z.B. einen verwundenen Kameraden zu retten. Dennoch ist das unzählige Male geschehen, weil diese Reaktion emotional abläuft. Daraus folgt die Erkenntnis,

dass die stärkste Motivation durch Emotionen hervorgerufen wird.

Diese Tatsache ist zwar prinzipiell bekannt, wird aber bei der Erziehung und Ausbildung von Soldaten noch immer zu wenig berücksichtigt. In den Streitkräften wird immer noch versucht, die Soldaten vorwiegend über die Ratio zu erreichen. Der Zeitgeist, der „Coolness“ besonders bewundert und als erstrebenswert hinstellt, unterstützt dies. Die „Coolness“ ist aber kein krisenfester Motivationsfaktor. Es handelt sich fast immer um eine zur Schau gestellte Fassade, deren Zusammenbruch unter Belastung vorprogrammiert ist.

Mehr Emotionen und mehr Herz bei der Erziehung, Ausbildung und vor allem bei der Führung in gefährlichen Einsätzen kommt der Natur des Menschen entgegen und würde viele Probleme der Menschenführung beheben oder wenigstens deutlich reduzieren. Auch als Führer ist es keine Schande Emotionen zu zeigen, sondern ein Zeichen der Menschlichkeit. Nur schwache Führer können sich keine Emotionen leisten.

7. Schlussfolgerungen

Ich habe in meinem Vortrag einen großen Bogen geschlagen, der mit den Ursachen und Symptomen von Krisen und Kriegen begann, sich über das Problem der militärischen Gewaltanwendung fortsetzte, das menschliche Wesen und seine Grenzen sowie die besondere Verantwor-

tung der Politiker behandelte und mit dem menschlichen Verhalten im Einsatz endete.

Es ist jetzt abschließend die Frage zu klären, welche Schlussfolgerungen vor dem Hintergrund der Idee des „Apostolat Militaire International“ zu ziehen sind. Entsprechend dem Thema und dem Begriff „Apostolat“ geht es um die christlichen Aufträge und Funktionen sowie um das Selbstverständnis der Soldaten in internationalen militärischen Einsätzen.

Es ist das Ziel, dem Soldaten ethische und moralische Hilfen zur Bewältigung eines schwierigen Dilemmas zu geben, dass sich aus der Tatsache ergibt, dass mit militärischen Mitteln nur Schaden von Menschen abwendet werden kann, wenn anderen Menschen Schaden zugefügt wird. Der Einsatz von militärischer Gewalt führt nicht unvermeidlich in dieses Dilemma. Es gibt eine Reihe von verschiedenen Stufen, die erst zum Schluss in diesem Dilemma münden.

Mit qualitativ überlegenen Streitkräften kann zum Beispiel eine Abschreckung erzielt werden, die einen tatsächlichen Einsatz militärischer Gewalt überflüssig machen kann. Überlegene Streitkräfte können auch Einsätze sehr kurz machen und lange, verlustreiche Kämpfe vermeiden.

Eine andere sehr wichtige Möglichkeit ist der Einsatz von nicht letalen Waffen und der Einsatz von Präzisionswaffen, die das Ausmaß unbeabsichtigter Verluste und Schäden begrenzen können. Insgesamt hat die

Oberstabsapotheker Ruth Nobis, Mitglied der deutschen Delegation wirft einen skeptischen Blick in die Zelle, die Martin Luther als Mönch im Erfurter Augustinerkloster bewohnte.



Qualität der militärischen Ausrüstung eine Schlüsselfunktion für die Berücksichtigung ethischer und moralischer Grundsätze in kriegerischen Auseinandersetzungen. Hier liegt die Hauptverantwortung bei den Politikern, die über alle Rüstungsvorhaben entscheiden.

Die ethischen und moralischen Dimensionen der Rüstungsentscheidungen sind offensichtlich noch nicht allen Politikern genügend bewusst. Das gilt auch für breite Teile der Bevölkerung. Deshalb liegt hier auch eine gesellschaftliche Aufgabe, diese Aspekte bei Rüstungsentscheidungen mehr zum Tragen zu bringen. Alle Soldaten auf allen Seiten und die betroffenen Bevölkerungen in Kriegsgebieten werden von qualitativen Defiziten bei der militärischen Ausrüstung von Streitkräften in Mitleidenschaft gezogen.

Die Schäden der Kriege in Bosnien und im Kosovo wären erheblich geringer gewesen, wenn die Waffentechnologie der Luftwaffen mehr auf Überlebensfähigkeit, Präzision und Vermeidung von Nebenwirkungen ausgelegt gewesen wäre. Ein früher und gezielter Einsatz der Landstreitkräfte hätte die vernichtende Flächenwirkung der Luftsätze reduzieren können, wurde aber durch den Mangel an Überlebensfähigkeit der Landwaffensysteme verhindert. Die technologisch durchaus mögliche Verbesserung der Waffentechnologien kostet natürlich Geld. Aber die Beseitigung der Kriegsschäden in den Kriegsgebieten kostet auch Geld, welches jetzt durch die VN und die EU sowie von vielen Nationen bereitgestellt wird. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es nicht ethisch und moralisch sowie wirtschaftlich besser gewesen wäre, wenn in eine geeignetere Waffentechnologie investiert worden wäre, anstatt in den Wiederaufbau.

Das Ausmaß der Gewaltanwendung kann auch durch die militärischen Einsatzgrundsätze und Einsatzverfahren begrenzt werden. Dieser Aspekt muss bei der Beurteilung der Lage und der Entschlussfassung eine wichtigere Rolle spielen und sollte deshalb mehr bei der Erziehung und Ausbildung der militärischen Führer berücksichtigt werden.

Der militärische Führer befindet sich in Friedensoperationen oft in sehr

komplexen Führungssituationen, die er auf Grund mangelnder Informationen und hohem Zeitdruck nicht vollständig übersehen kann. Das gilt besonders für höhere Führungsebenen wo militärische Operationen unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Versorgung und Sicherheit der Bevölkerung haben. Er braucht deshalb als Führungsunterstützung fachliche Beratung in seinem Stab. Wenn es um die Durchsetzung politischer Ziele geht, dann muss die Politik auch vorne präsent sein. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um die notwendige militärische Gewaltanwendung gezielter und mit weniger Nebenwirkungen einsetzen zu können.

Gerade bei Friedensoperationen gibt es noch ein ganz wichtiges Ziel, das bei allen militärischen Operationen, Gefechten und sonstige Aktivitäten beachtet werden muss. Das ist die Versöhnung der ehemaligen Kriegsparteien. Es muss von militärischer Seite alles getan werden, um die Versöhnung zu fördern. Das geschieht am effektivsten, wenn die eigenen militärischen Aktivitäten immer deutlich erkennbar vom Geist der Ritterlichkeit getragen werden. Der agierende Soldat muss sein Selbstverständnis als Beschützer und Helfer der in Not befindlichen Menschen und als harter und gerechter Kämpfer gegen Unrecht und Gewalt immer wieder deutlich zeigen. Durch dieses Vorbild werden in Krisenregionen und Kriegsgebieten Maßstäbe gesetzt, die Gewalt hemmend und versöhnend wirken. Gerade in Gebieten, wo die Gewalt entartet war und unendliches Leid angerichtet wurde, werden Vorbilder gebraucht an denen man sich neu orientieren kann.

Abschließend möchte ich noch einen übergreifenden philosophischen Aspekt ansprechen, der nicht vergessen werden darf. Die technische Entwicklung hat sich immer mehr beschleunigt und von der sie begleitenden Philosophie entfernt. Die technische Entwicklung und die Philosophie haben unterschiedliche Geschwindigkeiten. Sie divergieren immer mehr. Der Sinn des technischen Fortschritts ist für die Menschen nicht mehr erkennbar und damit können die Menschen die technische Entwicklung auch nicht mehr

vernünftig steuern. Der technische Fortschritt degeneriert immer mehr zum materiellen Selbstzweck, wird unkalkulierbar und damit mehr zu einer Gefahr als zu einem Segen. Wir haben Defizite in der Philosophie, das heißt aber nicht, dass die Entwicklungsgeschwindigkeit der Philosophie erhöht werden muss. Die Philosophie fragt nach dem Sinn des menschlichen Daseins und da kann nichts beschleunigt werden.

Es wird höchste Zeit, dass die Philosophie wieder mehr zur Geltung gebracht wird und den Wert und Maßstab sowie die Zielrichtung des technischen Fortschritts bestimmt. Es fehlen uns wichtige philosophische Grundlagen, nach denen wir unser Wertverständnis ausrichten können. Unter dem Aspekt der Philosophie kommt man zu der Erkenntnis, dass es nicht ausreicht, sich auf die materiellen und ideellen Ursachen von Krisen und Kriegen zu konzentrieren und dort mit Lösungen anzusetzen. Man muss noch einen Schritt weiter gehen. Es kommt darauf an, den Werten wieder eine größere Bedeutung zu geben und damit neue, erstrebenswerte Ziele für das menschliche Dasein zu setzen. Das vorwiegende Streben nach materiellen Werten ist eine der häufigsten Ursachen für Krisen und Kriege. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, dass dieses Streben hinter anderen, scheinbar edlen Zielen versteckt wird.

Die Welt bietet nicht genügend materielle Ressourcen, damit alle Menschen im gleichen Wohlstand leben können, wie die Menschen in bestimmten, besonders reichen Regionen. Aber die Welt bietet genügend nichtmaterielle Werte, die ein ebenso zufriedenes und glückliches Leben ermöglichen, man muss sie nur entdecken und nach ihnen leben wollen. Das funktioniert aber nur dann, wenn diese Werte allgemeine Anerkennung erfahren und dadurch erstrebenswert werden. Auch der Beruf des Soldaten braucht philosophische Grundlagen, um sein Selbstverständnis weiter zu entwickeln. Darüber nachzudenken und daran mitzuwirken sollte eine zukünftige Aufgabe im Bereich der Streitkräfte sein. Auch wenn diese Aufgabe im Augenblick nicht dringlich erscheint, so ist sie doch für die Zukunft wichtig. □



Bericht des AMI-Generalsekretärs

JÜRGEN BRINGMANN

Zusammenarbeit: „Wenn ich eine gute neue Idee habe – und ich glaube, dass alle meine Ideen gut sind – dann muss man es fünfzehn, zwanzig Mal wiederholen, weil die Leute nur zuhören, wenn man es denen einhämert.“ Aus meiner Sicht, nachdem ich sechs Jahre lang Präsident des AMI war und nun Generalsekretär für weitere fünf Jahre bin, müssen Sie nun erwarten, dass ich meine guten Ideen Ihnen mindestens für weitere vier Jahre präsentieren werde.

Soldat im dritten Jahrtausend: Selbstverständnis – Selbstdarstellung – Akzeptanz in der Gesellschaft“.

Nach einer sehr eindrucksvollen Diskussion beschloss die Konferenz die einstimmige Annahme der AMI-Erklärung „Der katholische Soldat im dritten Jahrtausend: Selbstverständnis – Selbstdarstellung – Akzeptanz in der Gesellschaft“.

Diese Erklärung wird das grundlegende Arbeitspapier für das AMI sein in den kommenden Jahren – nicht etwas, was Sie zu den Akten legen sollen, sondern etwas mit dem Sie arbeiten sollen, über das Sie nachdenken sollen, erweitern sollen, und in Ihrer täglichen Arbeit als katholische Soldaten anwenden sollen. Wir haben das ausführliche Protokoll der Rom-Konferenz nicht verteilt, aber haben sehr wohl die Rom-Erklärung in fünf Sprachen veröffentlicht und verteilen sie nun zusammen mit der Einladung zur diesjährigen Konferenz. Darüber hinaus haben wir sie als echtes AMI-Grundsatzpapier nachgedruckt, das Sie vor dem Konferenzraum am Informationsstand finden werden und welches wir Sie bitten möchten, vom Generalsekretariat in entsprechenden Stückzahlen zu bestellen. Ich bin davon überzeugt, dass nach eingehender Analyse die Ergebnisse unserer Arbeit zum Wohle der Laienarbeit überall in den Streitkräften unserer Mitgliedsstaaten verwendet werden können und sollten.

Wenn möglich, werden wir gegen Ende der Konferenz über eine AMI-Position bezüglich des Themas dieser Generalversammlung abstimmen, welches nicht nur durch das Generalsekretariat veröffentlicht wird, sondern auch in ihren jeweiligen Ländern veröffentlicht werden sollte.

Die Förderung des Laienapostolats innerhalb der Streitkräfte und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Militärkaplänen aller Dienstgrade mit den militärischen katholischen Laien sind wichtige Ziele des AMI und dieser Konferenz.

...

Ich freue mich, so viele Delegationen aus den verschiedenen Mit-

1. AMI-Konferenz in Rom 2000 und AMI-Konferenz 2001 in Erfurt

Die letzte Generalversammlung des Apostolat Militaire International (AMI) – die internationale Vereinigung der katholischen Militärvereinigungen aus mehr als 35 Ländern auf vier Kontinenten – versammelte sich in Rom/Italien im Oktober/November 2000, zum Ende des Heiligen Jahres und kurz vor der internationalen militärischen Pilgerfahrt zu diesem Ereignis zu der der Heilige Vater Militärs aus aller Welt eingeladen hatte. Wir müssen unseren italienischen Freunden, den Militärs und den Mitgliedern der PASFA unseren sehr großen Dank aussprechen für die ausgezeichnete Arbeit, die sie geleistet haben ohne jegliche Unterstützung der militärischen Religionsämter, aber mit Militärbehörden. (Die fehlende Unterstützung für die Laienarbeit von Seiten des italienischen Militärbischofs ist der Hauptgrund dafür, dass Italien, ein Gründungsmitglied des AMI, dieses Jahre zum ersten Mal an unserer Konferenz nicht teilnimmt. Wir werden mit Sicherheit eine Lösung für dieses Problem suchen). Die 14 teilnehmenden Delegationen kamen im Jahr 2000 aus:

Belgien, CELAM (Rat der lateinamerik. Bischöfe), Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kolumbien, den Niederlanden, Nigeria, Österreich, Portugal, den Philippinen, Schweiz und Spanien.

Das Hauptthema unserer Konferenz 2000 lautete: „Der katholische

Wie bereits in früheren Jahren bietet die AMI-Generalversammlung im Jahre 2001 dem Generalsekretär erneut eine äußerst willkommene Gelegenheit, aber auch eine Verpflichtung, Ihnen Informationen zu den Entwicklungen, Aktivitäten und besprochenen Themen bezüglich des Militär-apostolats in unseren Streitkräften zu geben. Der Präsident ist verantwortlich für die Darstellung der großen Richtlinien und Ziele für die Zukunft. Der Generalsekretär ist dafür verantwortlich aufzuzeigen, wie die tägliche Arbeit des AMI in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft betrieben werden könnte und sollte.

Ich möchte nun den Hintergrund darstellen, wie auch schon früher – wir sprechen AMI wie das französische Wort für Freund aus, *ami* – nicht nur, weil Französisch die ursprüngliche Sprache unserer Organisation ist, sondern auch weil dieses Gefühl der Freundschaft und des Kameradschaftsgeists in den Streitkräften und beim Gebet das wichtigste Bindeglied innerhalb des AMI und zwischen den Mitgliedern darstellt.

Am Anfang meines Berichtes möchte ich etwas sagen: Sie werden vielleicht den Eindruck gewinnen, dass ich mehr oder weniger Sachen wiederhole, die ich bereits in früheren Jahren gesagt habe. Sie haben Recht. Als ich noch die Reden für den inzwischen verstorbenen Verteidigungsminister Manfred Wörner geschrieben habe – eine Aufgabe, die ich über sechseinhalb Jahre für ihn und seinen Nachfolger ausübte – sagte er mir ganz am Anfang unserer

gliedsländern und assoziierten Ländern auf der diesjährigen Generalversammlung in Erfurt begrüßen zu können. Erfurt war lange Zeit eine Stadt im kommunistischen Teil Deutschlands. Wir bedauern es festzustellen, dass Indonesien, Kenia, Ghana, Irland, Italien und Ungarn, wie auch die päpstliche Schweizer Garde der diesjährigen Konferenz nicht beiwohnen können, aber wir verstehen, dass sie alle – außer der päpstlichen Schweizer Garde – ihre Absicht erklärt haben, in Zukunft wieder teilzunehmen. Bitte erlauben Sie mir, die 16 teilnehmenden Delegationen wieder zu nennen:

Belgien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Kolumbien, Lettland, den Niederlanden, Nigeria, Österreich, Portugal, den Philippinen, Schweiz, Slowakei und Spanien.

Und ich bin – sicherlich im Namen des Präsidenten, des Vorstandes und aller anwesenden oder abwesenden Mitgliedern – sehr erfreut, dass wir folgende Länder zum ersten Mal, bzw. nach langer Abwesenheit begrüßen können: Slowakei, Lettland, Bosnien und Herzegowina, Nigeria und Kanada.

Der AMI-Vorstand ist auf der Konferenz vertreten durch:

- AMI-Präsident General Ernest König
- AMI-Vizepräsident Brigadegeneral Dr. Kurt Landl
- AMI-Vizepräsident Vizeleutnant Leopold Ganster
- AMI-Generalsekretär Oberst Jürgen Bringmann
- AMI-Stellvertretender Generalsekretär Oberst Franz Thiele
- AMI-Stellvertretender Generalsekretär Oberstleutnant Ralf Wittkamp
- AMI-Geistlicher Beirat Msgr. Prof. Don Luis Martínez Fernández.

2. AMI-Apostolat und Laienarbeit in den Streitkräften

Lassen Sie mich nochmal sagen, dass ich absichtlich einige Begriffe jedes Jahr wiederhole – weil ich davon überzeugt bin, dass jeder katholischer Soldat sie in seinem Herzen tragen muss als wichtigen Teil der Information sowie als eine Art

Richtlinie für seine Handlungen im Engagement als Katholik innerhalb der Streitkräfte. Durch seine Aktivitäten fördert das AMI gegenseitiges Verständnis und Informationsaustausch in der ganzen Welt und leistet so einen aktiven Beitrag zur Integration und Solidarität. Regelmäßige Treffen der Delegationen aus verschiedenen Ländern bieten und schaffen ein Klima des Vertrauens und ein Netzwerk der persönlichen Beziehungen, die die Arbeit der katholischen Soldaten in den Streitkräften der einzelnen Länder und auf internationaler Ebene ermöglicht und verbessert.

In den vergangenen 36 Jahren ist unsere Erfahrung und Einfluss in allen diesen Bereichen gestiegen. So wie die AMI-Positionen und Aufgaben zunehmend bekannt werden, so stellen immer mehr Länder Aufnahmeanträge.

Das AMI bezieht seine Stärke von den Konzepten zu denen es sich verpflichtet und von den Vertretern seiner Organisation. Unser erstes Ziel muss daher die Aufnahme neuer Mitgliedsländer und die Intensivierung unserer Kontakte mit Beobachtern und Gastteilnehmern auf solch eine Weise sein, dass sie schließlich Vollmitglieder werden. Tatsächlich sollten alle Länder mit einem organisierten katholischen Militärkaplansamt Mitglieder des AMI sein. Und, immer in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Militärkaplansamt, sollte jedes Mitgliedsland seine eigene Organisation einrichten, um sicherzustellen, dass das Laienapostolat in den Streitkräften vertreten ist. Meiner Meinung nach bedeutet das in einer immer stärker entchristlichten Welt, dass Laien nicht nur die so genannte offizielle Kirche unterstützen müssen, sondern auch und zunehmend ein stabiler Pfeiler unserer Kirche sein müssen, oder anders gesagt, sie sind die Kirche. Eine solche Organisation sollte möglichst bestehen aus Soldaten aller Dienstgrade und Altersgruppen, die in den Streitkräften des jeweiligen Landes dienen.

Die Berufung zum Laienapostolat ist nicht neu und fand ihren Weg zu den Streitkräften nicht nur nach dem II. Vatikanum. Das Laienapostolat hat seine Wurzeln in der christlichen Berufung eines jeden Christen.

Daher war es nur logisch und

konsequent, dass das II. Vatikanum sich mit dem Laienapostolat beschäftigte und seine Ziele und Aufgaben detailliert festsetzte. Es wurde klar und deutlich darauf hingewiesen, dass Laien nicht nur das Recht sondern auch die Verpflichtung zum Apostolat haben.

Das II. Vatikanum erkennt, unter anderem, folgende Tätigkeitsbereiche als für uns relevant an:

- Junge Menschen müssen beim erwachsen und verantwortlich werden unterstützt werden,
- die soziale Umgebung (Arbeitsplatz, Zuhause, Freizeit), in der die Haltungen, Werte, Gesetze und Strukturen der Gemeinschaft zu finden sind, müssen im Geiste Christi geprägt sein,
- die internationale Zusammenarbeit muss gefördert werden, durch die wir viel voneinander lernen können.

Die Tätigkeitsberichte aus den verschiedenen Ländern, die wir gerade gehört haben, sollen auch Hilfe und neue Ideen in diesem Zusammenhang bieten. Doch genauso wichtig in diesem Bereich ist das persönliche Gespräch zwischen den Delegationen, was ich stark fördern möchte.

3. Bemerkungen zur Arbeit des AMI heute und in Zukunft

- Auch im vergangenen Jahr hat der Vorstand selbstverständlich die hier beschriebenen Aufgaben und Probleme angesprochen. Das geschah sowohl in der tagtäglichen Arbeit als auch in einer **Konferenz**, die im Februar 2001 in Wien gehalten wurde. Diese Treffen konzentrierten sich insbesondere darauf, wie die Kommunikation innerhalb des AMI verbessert werden kann, wie man neue Mitglieder anwerben kann, mit welchen Methoden die Kontakte zu unseren Militärbischöfen intensiviert werden können und auf die Vorbereitungen für die Generalversammlung. Dieses Jahr nutzten wir auch das Treffen in Wien zur näheren Beschäftigung mit der Konferenz in Rom und zur Vorbereitung der Druckversion unserer Erklärung in fünf Sprachen.
- Das Informationsjournal AMI TO ... war und wird weiterhin verwen-

det als Kommunikationsmedium durch das wir Kontakte zwischen Mitgliedsländern und mit dem Vorstand pflegen und intensivieren können, auch zwischen den Konferenzen. Die erste Ausgabe 2001 war die Einladung zu dieser Konferenz, die zweite Ausgabe halten Sie in Ihren Händen, einschließlich Programm und Teilnehmerliste der Konferenz, und die dritte Ausgabe wird hoffentlich per CD zum Schluss der Konferenz verteilt. Leider muss ich sagen, dass das Generalsekretariat keine Informationen von Mitgliedsländern erhalten hat, außer von Deutschland und Österreich, die im AMI TO... veröffentlicht hätten werden können. Bitte benutzen Sie dieses Medium, um andere AMI-Mitglieder über Ihre Aktivitäten zu informieren und um miteinander den Kontakt zu pflegen.

- Wir wollen immer noch die **AMI-Namens- und Adressenliste** aktualisieren, doch da unsere Arbeitskapazität begrenzt ist, haben wir das noch nicht geschafft. Auf jeden Fall werden alle Delegationen gebeten, alle notwendigen Informationen an OTL Wittkamp – d.h. Militärbischof, Generalvikar, Militärordinar, AMI-Kontaktperson/-stelle, usw. – zu übermitteln. Bitte geben Sie auch Telefon, Fax und E-Mail-Adresse an, da wir dieses Kommunikationsmedium zunehmend verwenden und dadurch an Zeit und Informationsdichte gewinnen.
- **ICO Konferenz:** Heute wie früher arbeiten wir intensiv mit der Conference of International Catholic Organisations (ICO) zusammen. Es wird weiterhin sehr wichtig sein, dass das AMI weiterhin allen ICOs klarmacht, dass wir den Militärdienst als einen Dienst für den Frieden, die Freiheit, die Sicherheit und für die Menschenrechte betrachten. Daher werden wir weiterhin zusammenarbeiten und haben erneut die Mitgliedschaft in der Ständigen Kommission beantragt, welche offiziell jetzt Kooperationskommission heißt. Während der diesjährigen Generalversammlung, die in Bangkok, Thailand vom 2. zum 9. Dezember 2001 gehalten wird zum Thema „Die Welt

ändert sich, die ICOs machen sich auf“, wird der neue Präsident auch für die nächsten 2 Jahre gewählt. Das AMI hat sich auch für diesen Posten beworben, da wir es als notwendig erachten, dass diese weltweite Konferenz sich nicht nur aufmacht, sondern auch in einer etwas anderen Richtung sich bewegt – und mit frischem Blut. Sie müssen wissen, dass es einige Vorbehalte gegenüber dem Militär gibt, besonders in Jugend-, Arbeiter-, und Frauenorganisationen. Der AMI-Präsident und der Generalsekretär werden teilnehmen, und die Philippinen werden höflich gebeten, auch einen Vertreter dorthin zu senden, da es einige Vorbehalte gibt, besonders unter Jugend-, Arbeiter-, und Frauenorganisationen. In den letzten zwei Jahren haben wir an zwei Ständigen Arbeitsgruppen der ICOs teilgenommen, nämlich „Wege zum Dritten Jahrtausend“ und „Unsere Verantwortung für das Dritte Zeitalter“. Wir haben auch einen Aufruf gegen Rassismus, der von einigen ICOs initiiert wurde, stark unterstützt.

- Ich möchte diese frühe Gelegenheit nutzen, um anzukündigen, dass die **AMI-Konferenz 2002 in Cartagena, Kolumbien** in der ersten Hälfte Oktober 2002 gehalten wird. Wir haben das Angebot unserer kolumbianischen Freunde angenommen, die wir im letzten Jahr in Rom gebeten hatten, diese Konferenz auszurichten, besonders mit der starken Überzeugung, dass AMI-Mitglieder, die sich politisch und militärisch in einer wirklich schwierigen Lage befinden, unsere Unterstützung benötigen. Das Thema der Konferenz wird diesen Tatbestand berücksichtigen müssen.
- **Informationen zur Finanzlage des AMI:** Der AMI-Etat 2000 umfasste 79.178,58 DM (Wechselkurs 1 US \$ ca. 2,20 DM). Das letzte Geschäftsjahr schloss mit einem Haben von 5.800,67 DM. Der Rechnungsprüfer prüfte unsere Bücher und bestätigte die ordnungsgemäße Führung des Etats und der Bücher. Einzelheiten finden Sie im Etat-überblick, den jede Delegierte ausgehändigt bekommt.

Neben den Geldern, die zur Un-

terstützung der Arbeit des Vorstands benötigt werden, d.h. für das Präsidialamt, das Generalsekretariat und den Geistlichen Beirat, mussten wir im Jahre 2000 hauptsächlich die Kosten für unsere Organisation und Vertretung bei der Generalversammlung in Rom tragen (was durch eine zusätzliche Summe von jeweils 5.000,00 DM von Deutschland und Österreich unterstützt wurde), für die ICO Konferenz, für die Bereitstellung von Unterstützung für unsere finanzschwachen AMI-Mitglieder am Anfang ihrer Zusammenarbeit und für die Entwicklung, den Druck und Versand der AMI TO... sowie allgemeine Informationen, wie z.B. unsere Sammlung von Erklärungen. Der Vatikan hat uns wiederum mit einer Summe von 6.000 US \$ aus der Pius XII. Stiftung unterstützt; zusätzlich zu ihren Mitgliedsbeiträgen haben Deutschland und Österreich mehr als 20.000 DM ausgegeben und haben damit, wie erwartet, die Kosten des Präsidialamts und des Generalsekretariats getragen.

Totengedenken

Wir werden während der Heiligen Messe am Donnerstag einen Gedenkgottesdienst für alle unsere verstorbenen Freunde halten. In diesem Jahr wird der deutsche Militärbischof, der die Messe zelebrieren wird, auch der Opfern der Terrorangriffe in der Vereinigten Staaten gedenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich alle Mitglieder bitten, den Generalsekretär im Falle des Todes eines unserer Freunde entsprechend zu informieren. Wir sollten es nicht zulassen, dass unsere Freunde, die mit uns für unser Militärpostolat gearbeitet haben, von unserer Gemeinschaft vergessen werden. Und wenn Sie möchten, dass die Namen in der Gedenkfeier benannt werden, reichen Sie sie bitte an mich weiter.

4. Schlussbemerkungen

Die internationale Zusammenarbeit innerhalb des Apostolat Militaire International (AMI), das heißt die internationale Vereinigung der katholischen Soldaten aus vielen Ländern und vier Erdteilen, ist wichtig für unsere Streitkräfte und für unsere Kir-

che. Weder Kirche noch Militärkaplansamt noch Militärdienst sind nationale Besitztümer oder Besonderheiten. Unsere Kirche ist eine globale Kirche und es gibt mittlerweile katholische Militärkaplansämter in mehr als 40 Ländern weltweit. Der Militärdienst ist, und wir sagen das immer wieder, ein Dienst zur Unterstützung der Sicherheit und Freiheit der Völker. Internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist daher unverzichtbar wenn nicht sogar

lebensnotwendig für katholische Soldaten. Ich bin der Meinung, dass wir diese Herausforderung annehmen müssen, auch in Zukunft. Wir müssen uns einsetzen für den Militärdienst aus katholischer Sicht und unsere Ansichten dazu verbreiten.

Als Generalsekretär möchte ich Ihnen allen danken, für Ihre Arbeit im und für das AML. Ich möchte auch meinen Dank aussprechen an die Militärbischöfe, die Generalvikare, und alle Militärkapläne, die unsere

Arbeit aktiv unterstützen als Geistliche Beiräte oder in ihren jeweiligen Funktionen. Ohne ihre Hilfe wäre unsere Arbeit nicht möglich – und wir wollen mit Sicherheit mit ihnen arbeiten und sie unterstützen.

Ich bin mir sicher, dass eine große Anzahl an Mitgliedern, Freunden und Förderer des AML weiterhin ihre wichtige Aufgabe innerhalb der Streitkräfte der verschiedenen Länder, in unserer Kirche und in der Gesellschaft leisten werden. □

Bericht des AML-Präsidenten

GENERAL ERNEST KÖNIG

Dieser Bericht umfasst die Zeit von November 2000 bis September 2001. Aus zeitökonomischen Gründen hatte ich den Generalsekretär gebeten, mit seinem Bericht zu beginnen, was eine weise Entscheidung war, denn ich kann mit allem, was er gesagt hatte, übereinstimmen.

Ich will die wichtigsten Punkte nochmal betonen. Für unsere zukünftige Arbeit müssen wir die sich zurückhaltenden Länder wieder integrieren. Ein besonderes Willkommen gilt unseren neuen Freunden aus Bosnien und Herzegowina, aus Kanada und aus Lettland.

Wir brauchen mindestens drei und wahrscheinlich vier Jahre bis unser Strategiepapier, auf das wir uns in Rom in November 2000 geeinigt haben, einsatzfähig ist. Darüber habe wir gestern entschieden. Der Generalsekretär erwähnte auch die „Organisation Internationale Catholique (OIC)“ im Zusammenhang mit der Absicht, unsere Zusammenarbeit zu intensivieren. Meiner persönlichen Meinung nach ist es notwendig, dass wir unsere Ideen vermitteln und andere Organisationen damit vertraut machen.

Die Herausforderung der Gegenwart und auch der Zukunft für unsere und andere Religionen ist das Desinteresse und die folglich Marginalisierung, trotz der Tatsache, dass wir die bessere Basis und Konzepte ha-

ben. Engagement ist die mögliche Antwort. – Wer sonst soll das machen, wenn nicht wir?

Wie von uns gestern entschieden, werden wir unser Projekt „Der Christliche Soldat im Dritten Jahrtausend“ durch ein Netz der Zusammenarbeit organisieren. Die Theorie muss vertieft werden, das Einsatzkonzept heißt vornehmlich Bildung. In den nationalen Streitkräften muss das Projekt mittels Einflussnahme umgesetzt werden. Das wird drei bis vier Jahre dauern.

Folglich wurden meine Aktivitäten auf dieses Unternehmen konzentriert. Zur Vertiefung des Inhalts und Erweiterung der Teilnahme wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Das Österreichische AKS wurde mit dem Inhalt unserer Erklärung durch Analysen vertraut gemacht; die Mitglieder begannen mit Fallstudien in Arbeitsgruppen. Details folgen.
- Im Mai 2001 hatte ich die Gelegenheit, den Bischöfen, Generalvikaren und hohen Vertretern aller Streitkräfte, die an der internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes teilnahmen, unsere Bemühungen vorzustellen.
- Wir hatten auch eine Art Testlauf zusammen mit unseren evangelischen Brüdern und anderen Religionen in unserem Land, was eine ziemlich motivierende Angelegenheit war.



- Kontakte mit Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und Kroatien bedürfen weitere Nachkontakarbeit.

Zusammenfassend muss ich sagen, dass ich überzeugt bin, dass wir handeln müssen, dass wir die Formulierung des Textes vorbereiten müssen als Grundlage für die weiteren Maßnahmen. Wer sonst soll das tun als wir?

Als Beitrag hierzu wird Generalmajor von Horn eins von drei Einsatzszenarien näher beschreiben, die friedenssichernde Operation. Verteidigung ist ein anderes, allerdings gegenwärtig mit einer geringeren Priorität. Mit dem dritten Szenario, Antiterrorereinsätze, werden wir uns im Laufe der Zeit beschäftigen. Wird das eine Kombination aus den zwei anderen Herausforderungen sein? □

„Ökumenische Zusammenarbeit und Zusammenarbeit zwischen den Religionen in den Streitkräften“

Sicht des Geistlichen Beirats des AML, Msgr. Dr. Luis Martínez Fernández

Unabhängig davon, dass in den Sitzungen dieser Generalversammlung alle Delegationen bei der Bearbeitung unseres Hauptthemas über die unterschiedlichen Bedeutungsinhalte nachdenken werden, die die ökumenische Zusammenarbeit zum einen unter den christlichen Kirchen und zum anderen die Zusammenarbeit mit den anderen Religionen haben können, möchte ich in meinem Vortrag – vor allem aus katholischer Sicht – die grundlegenden theologischen Aspekte dessen darlegen, was wir in den kommenden Tagen erarbeiten wollen.

Im Juni 1997 fand in Graz/Österreich die „Zweite Europäische Ökumenische Versammlung“ statt. Es nahmen 700 Delegierte der Europäischen Versammlung Protestantischer und Orthodoxer Kirchen (KEK) und der CCEE, der Bischöflichen Räte der katholischen Kirche in Europa teil. Außerdem nahmen, in einem erweiterten Rahmen, wenn auch ohne offizielle Funktion, an die 10.000 Angehörige der verschiedenen Kirchen teil, die sich aktiv an den Sitzungen beteiligten, allerdings ohne Stimmrecht.

Der Leitgedanke, unter dem man sich versammelt hatte, war kein anderer als das Wort aus dem Hochgebet Christi: „Alle sollen eins sein: Wie du, Vater in mir bist und ich in dir bin, sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaubt, dass du mich gesandt hast“ (Joh 17,21). Dies sollte der feste Grund für die Aussöhnung zwischen den verschiedenen christlichen Kirchen und Konfessionen sein bei der Suche nach der Einheit als „Gabe Gottes und Quell neuen Lebens“ durch Dialog und Gebet.

Gleichzeitig wollte die Versammlung der Notwendigkeit der Einheit Ausdruck verleihen, die die Völker Europas verspüren.

Schon in der ersten europäischen Versammlung in Basel (15.-21. Mai 1989) unter dem Thema „Frieden und Gerechtigkeit“, der Papst Johannes Paul II. eine aufrüttelnde päpstliche Botschaft gesandt hatte, in der er alle Kirchen zu Anstrengungen auf

dem Weg der Versöhnung aufforderte, war etwas wie eine Vorahnung dessen, was bald geschehen würde: Der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und der Aufbruch Europas zur politischen und soziologischen Einheit. Jene erste Versammlung, wie die spätere in Graz, forderte nachdrücklich die Aussöhnung des Menschen mit sich selbst, mit der Natur, mit dem Nächsten; Versöhnung zwischen den Völkern und Rassen, nicht zuletzt zwischen den Kirchen. Dabei soll nicht vergessen werden, dass in unserer Zeit, die den „Dialog für das Zusammenkommen“ propagiert, auch der Dialog zwischen den Religionen, also nicht nur zwischen den christlichen Bekenntnissen, das Ziel sein muss, ebenso wie der Dialog mit unserer kulturellen Realität, da nur dieser die Bereitschaft zur Annahme und Verbreitung der Botschaft des Evangeliums fördern kann.

So kann das Thema von Graz, an das wir erinnert haben, nach meiner Meinung vor allem Anregung bieten für den ersten Teil unseres Themas, die innerchristliche Ökumene.

Der zweite Teil unseres Themas, der Dialog zwischen den Religionen, wurde auch in beiden genannten Versammlungen behandelt. In der von Graz erinnerte man sich des Schmerzes, den die folgenden Haltungen in uns hervorrufen müssen:

- Der immer noch häufig anzutreffende Antisemitismus, obwohl man weiß, „dass Jesus Christus dem Fleisch nach Jude war, und dass unser Glaube ohne das Volk des Bundes unvorstellbar ist“ (Graz A 15),
- die Diskriminierung der Frauen, obwohl „Gott Mann und Frau gleich erschaffen hat, ohne ihre Unterschiede zu beachten, sondern ihre Einzigartigkeit hervorhebend, wie es im Galaterbrief 3,28 heißt (Graz A 16),
- der falsche Gedanke der Überlegenheit der europäischen Völker, der „zur Rechtfertigung der Herrschaft der europäischen Völker über die Völker der Erde beitrug



(...). Unsere Kirchen hatten (damals) nicht die Weitsicht oder die nötige Kraft, um die Zerstörung anderer Kulturen aufzuhalten, Völkermord zu verhindern, den Sklavenhandel zu bekämpfen (...). Vielmehr legitimierten sie die jeweiligen Machtstrukturen. Heute findet diese Überlegenheit der Europäer ihren Ausdruck darin, dass wir oft glauben, ein Anrecht auf die Reichtümer und Märkte anderer Kontinente zu haben, während wir gleichzeitig deren dringendste Probleme ignorieren und uns von den dortigen Bedürftigen abwenden“ (A 18).

Abgesehen von dem bereits Gesagten, wurde der Punkt der Zusammenarbeit unter den Religionen von katholischer Seite in einem gemeinsamen Dokument des Päpstlichen Rates für den Dialog unter den Religionen und der Kongregation für die Evangelisierung der Völker behandelt. Der Titel des Papiers lautet „Dialog und Verkündigung“, und es wurde 25 Jahre nach der Erklärung „Nostra aetate“ des II. Vatikanischen Konzils über die Beziehungen der Kirche zu den nicht christlichen Religionen veröffentlicht.

In diesem Sinne werde ich meinen kurzen Vortrag in zwei Teile gliedern, denen ein Nachwort folgt, wie Sie es von mir kennen:

I. Der ökumenische Dialog auf der Suche nach einer fruchtbaren Versöhnung auf dem Weg zur Einheit

Die Ökumene, jede Ökumene, ganz gleich, von welcher christlichen Bewegung sie ausgeht, muss von bestimmten Voraussetzungen geleitet sein, die die Gründung einer Kirche durch Christus anerkennen, einer

einzigsten Kirche, die in sich selbst ein Sakrament ist und ein Zeichen der Erlösung der Menschen durch den Willen des Vaters darstellt. Die Kirche ruht auf dem Fundament der Apostel unter der Autorität des Heiligen Petrus und wurde mit einigen sichtbaren Zeichen ausgestattet, von denen die Taufe dem Christen ein unauslöschliches Siegel der Zugehörigkeit zu den durch Christi Blut Geretteten verleiht, und die Eucharistie als das Zeichen der beständigen Einheit mit IHM, Zeichen der Liebe und der rettenden Vereinigung, denn „das Werk unserer Erlösung wiederholt sich, wenn immer auf dem Altar das Opfer des Kreuzes gefeiert wird, denn als unser Paschalamme ist Christus geopfert worden“ (1 Kor 5,7, Decreto Unitatis, 3). Dieser seiner Kirche versprach Jesus seinen Geist der zu Pfingsten ausgegossen wurde, um sie zu heiligen und damit „die Gläubigen Zugang zum Vater erhalten durch Christus in dem einen Geist“ (siehe Eph 2,18, UR 4).

Wir Christen gehen vom Bekenntnis eines gemeinsamen Glaubens im Geheimnis der Liebe Gottes, des dreieinigen, aus, leibhaftig geworden durch Jesus Christus, der uns durch seinen Tod und seine Auferstehung zu Söhnen Gottes, des Vaters machte und uns durch die Sendung des Heiligen Geistes in die Dynamik der Heiligen Dreifaltigkeit einführte.

Jesus selbst sah während seines Abschiedsmahles die menschliche Schwäche der Uneinigkeit voraus und betete – wie bereits zu Anfang erwähnt – zum Vater um die Einheit, die schon zu Zeiten der Apostel gefährdet war, wie wir aus einigen Stellen der Paulus-Briefe entnehmen können („Zunächst höre ich, dass es Spaltungen unter euch gibt, wenn ihr als Gemeinde zusammenkommt“ (1 Kor 11,18), „Ich bin erstaunt, dass ihr euch so schnell von dem abwendet, der euch durch die Gnade Christi berufen hat, und ihr euch einem neuen Evangelium zuwendet“ (Gal 1,6).) Als eine Art Hintergrund oder gemeinsamer Basis, von wo aus wir uns zu einem ebenfalls gemeinsamen Ziel, welches uns ökumenisch umfasst, aufmachen können, scheint es erforderlich, einige Prinzipien vorzustellen, in denen unser aller ehrliches Streben nach Einheit zusammentreffen könnte. Dabei sehe ich zu

diesem Zeitpunkt von dogmatischen Prinzipien ab, die allerdings in den letzten Jahren auch beachtlich fortgeschritten sind. Ein Gedanke des heiligen Paulus sollte dem vorangehen „... Gott versöhnte uns mit sich durch Christus und übertrug uns den Dienst der Versöhnung. Denn in Christus war Gott, der die Welt mit sich versöhnte...“ (2 Kor 5,18-19).

Es ist also nötig, dass alle Christen eine schlichte und ehrliche „Heilung der Erinnerung“ vornehmen; denn solange wir ständig dabei sind, die wechselweisen Verfehlungen wieder erstehen zu lassen oder zu bedenken, die in der Vergangenheit zur Trennung führten („wechselweise Anschuldigungen, Verurteilungen, Verfolgungen“ (Graz A 14) sowie Kirchenausschlüsse usw., tragen wir unbewusst dazu bei, das zu rechtfertigen, was uns trennte. In diesem Zusammenhang muss ich gestehen, dass mich die Haltung des Orthodoxen Patriarchen von Moskau betroffen gemacht hat, der unlängst die Vergebungsbitten des Papstes ausschlug und offenbar nicht in Lage war, mit ihm ein gemeinsames Vater-unser zu beten.

Gleichzeitig ist es erforderlich, dass wir den ehrlichen Versuch machen, unter Überwindung aller Vorurteile zu einer besseren gegenseitigen Kenntnis zu kommen, und zwar ohne Bekehrungsversuche und Schönfärberei, was einer so schwierigen und gleichzeitig so hoffnungsvollen Aufgabe nur abträglich sein könnte.

Die Zusammenarbeit in allen Feldern, in denen es heute notwendig ist, sollte ein weiterer von allen zu akzeptierender Punkt sein. Die christlichen Kirchen sollten ganz speziell zusammenarbeiten in der Verteidigung der Menschenrechte, bei der Förderung demokratischer Prozesse, beim Kampf gegen die Gewalt, speziell die gegen Frauen und Kinder in unseren Gesellschaftsordnungen. In gleichem Sinne sollte dort zusammengearbeitet werden, wo es um die Erleichterung des Loses derer geht, die auswandern müssen, die arbeitslos sind, der ledigen Mütter, der Jugendlichen ohne Wertorientierung.

In den letzten Jahren haben die interkonfessionellen Dialoge an Zahl und positiver Wirkung zugenommen. Wir können die Verheißung nicht übersehen, nach der Jesus immer

dort ist, wo sich Menschen in seinem Namen versammeln (Mt 18,20). Die bereits erwähnten ökumenischen Kongresse sind gute Beispiele für die Wirksamkeit dieses Dialogs, denn in seiner Folge haben die Delegierten – und sicher in voller Übereinstimmung mit allen den Kirchen, die sie entsandt haben – Verpflichtungen vorgestellt, über die ich später noch Einiges sagen werde.

Weitere Prinzipien, die für den Weg der Einheit unter den Kirchen unverzichtbare Basis sind und die an sich noch wichtiger als die bereits genannten Punkte sein sollten, sind die folgenden:

- Die Bekehrung der Herzen, die alle Kirchen zur Reue über all das führen muss, was bisher trennend war; Reue, die neben der „Heilung der Erinnerung“ den Weg zur Einheit frei macht; „Angesichts der Güte Gottes bekennen wir unsere Schuld gegenüber Gott und erbitten sein Erbarmen, aber wir bekennen auch unsere Schuld gegenüber dem Nächsten und gegenüber der Welt“ (Graz A 20). Natürlich sind wir uns dabei immer der Tatsache bewusst, dass Versöhnung kein Ersatz für Gerechtigkeit und Wahrheit ist.
- Auf dem Weg zur Bekehrung wissen wir Christen, dass wir vor Gott Sünder sind; wir wissen aber auch, dass der Geist, der gemäß der Verheißung Christi in der Kirche Gottes weht, uns zu ständiger Reue einlädt, wie es Paulus einmal ausführt: „Verachtest du etwa den Reichtum seiner Güte, Geduld und Langmut? Weißt du nicht, dass Gottes Güte dich zur Umkehr treibt?“ (Röm 2,4).
- In dem gemeinsamen Bewusstsein unserer Schwäche kommt dem Gebet eine besondere Rolle zu, denn „was für Menschen unmöglich ist, ist für Gott möglich“ (Lk 18,27).

II. Die Bedingungen und das Umfeld der interreligiösen Zusammenarbeit

Als grundlegendes Dokument dieses zweiten Teils meines Vortrags steht uns Katholiken vor allem die Erklärung „Nostra aetate“ (Erklärung über die Beziehungen der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen) des II. Vaticanums (Oktober

Drei Arbeitsgruppen – nach Sprachen Englisch, Spanisch, Deutsch eingerichtet – waren aufgefordert, über die Lage, Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten zur Ökumene in den Streitkräften zu beraten und ihre Überlegungen vorzutragen. Im Bild die spanisch-sprachige Arbeitsgruppe (v.l.): Oberstleutnant Gomez (Portugal), Msgr. Martinez (Geistl. Beirat des AMI, Spanien), Cpl. Dia Rojas (Kolumbien) und Kapitän zS Bittini (Spanien).



1965) vor Augen, neben anderen Aussagen der Päpste Paul VI. und Johannes Paul II. sowie das bereits erwähnte Dokument „Dialog und Verkündigung, Überlegungen und Orientierungen über den interreligiösen Dialog und die Verkündigung des Evangeliums“ das im Mai 1991 gemeinsam vom Präsidenten des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Kardinal Francis Arinze, und den Präfecten der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, Kardinal Josef Tomko, unterzeichnet wurde.

Die Erklärung „Nostra aetate“ erinnert an den gemeinsamen Ursprung der Menschheit und an ihr ebenso gemeinsames Ziel. Von den Religionen erwarten die Menschen Antworten auf die Rätsel, die ihr Herz bewegen und ängstigen: die eigene Natur, der Sinn des Lebens, das Wesen von gut und böse, der Sinn des Schmerzes und des Todes, das Geheimnis des endgültigen Schicksals. Das Dokument hebt auch die Rolle Israels als „auserwähltes Volk“ hervor, in dessen Schoß die Propheten des alten Bundes Christus ankündigten als den, der das zerstreute Volk Israel sammeln werde. Weitere Dokumente in diesem Sinne sind das Konzilsdekret „Ad gentes“, das bekräftigt, dass „der Heilige Geist ganz ohne Zweifel schon vor der Verherrlichung Christi in der Welt tätig war“ (Nr. 4) und in der Konstitution über die Kirche („Lumen gentium“, Nr. 16).

Bereits 1964 richtete Paul VI. ein Sekretariat für die Nichtchristen ein, das heute „Päpstlicher Rat für den Interreligiösen Dialog“ heißt. So konnte auch diese Dimension die gebotene Beachtung finden, eine Dimension, die sicher zuvor weniger Bedeutung in der katholischen Kirche gehabt hatte. Dieser Papst hatte

im Übrigen bereits in seiner ersten Enzyklika, „Ecclesiam suam“, einen erleuchtenden Gedanken aufgenommen: Gott, der in einem ständigen Dialog mit dem Menschen gestanden hat – seit seiner Erschaffung – und ihm das Heil angeboten hat, zeigt uns auf, dass wir nun unsererseits mit jedem Gläubigen in diesem Sinne im Dialog stehen müssen.

In gleichem Sinne sollen auch die mutigen Worte und Taten Johannes Pauls II. nicht übersehen werden, mit denen er seiner Sorge Ausdruck verlieh, z.B. in der Enzyklika „Redemptor hominis“, wo er anerkennt, dass „der Geist der Wahrheit auch außerhalb der Grenzen des sichtbaren mystischen Leibes agiert“ (Nr. 6), oder auch in der Enzyklika „Dominum et vivificantem“, in der er den Gedanken der universellen Aktion des Geistes entwickelt, auch außerhalb des sichtbaren Körpers der Kirche, wodurch die Existenz eines umfassenden Erlösungsplanes konstatiert wird.

Außerdem soll auch unter den Gesten dieses Papstes der Weltgebetstag für den Frieden nicht unerwähnt bleiben, der am 27.10.1986 unter Teilnahme von Vertretern anderer Religionen in Assisi stattfand, und seine anschließende Ansprache an die Kardinäle seiner Kurie. Bei diesem bedeutsamen Anlass hob er die Einheitlichkeit des Entstehens und des Ziels der Menschheit hervor, sowie auch den Gedanken der Kirchenväter über den „Samen des Wor-

tes“, der latent in allen Völkern der Menschheit vorhanden ist, die vor Christus bestanden haben oder die außerhalb der sichtbaren Kirche leben. In diesem Lichte greift der Papst den notwendigen Dialog und seine Umstände auf, einen Dialog, dem immer ein wahrer Geist der Umkehr vorausgehen muss.

Wie bereits vorher erwähnt, hat über diesen Gedanken der Beziehung und des Dialogs zwischen christlichen und anderen Religionen und Kulturen auch die zweite europäische Ökumenische Versammlung in Graz unter dem Thema „Versöhnung, Gabe Gottes und Quell neuen Lebens“ nachgedacht (Graz 97).

Die Ausgangsvoraussetzung ist die Güte Gottes, die sich allen Menschen mitteilen wollte und die schließlich die Fülle ihrer Liebe in dem Sohn Gottes, Jesus Christus, offenbarte.

Vor diesem Hintergrund dachte man in Graz über die Gründe nach, wegen derer die europäischen Christen mit anderen Kulturen und Religionen im Dialog sein müssen. Bereits auf der ersten Ökumenischen Versammlung in Basel (Mai 1989) hatte man festgestellt, dass der Wiederaufbau des europäischen Hauses ein Paradigma sein müsse für „den Wiederaufbau des einen Hauses aller Völker der Welt“ (Basel Nr. 89, Graz B 12), und gelangte so zu dem ziemlich logischen Schluss der „Notwendigkeit des Dialogs mit anderen Religionen und Kulturen und deren Sicht der

Welt“. Pluralität ist insofern das besondere Erbe des neuen Europa.

Graz geht vor allem auf die Beziehungen zum Judentum ein. Wie auch schon „Nostra aetate“ feststellt, „enthüllte ...“ Jesus von Nazareth, der als Jude in sein Volk hineingeboren wurde und in ihm lebte „uns Christen den Gott Israels, der immer zum Bund mit seinem Volke stand“. Juden und Christen haben gemeinsam das Wort Gottes im Alten Testament. Zwischen den Juden und uns gibt es eine engere Beziehung als zu anderen Religionen und Kulturen, trotz der europäischen Sünde des Völkermordes an den Juden, begangen durch die Nationalsozialisten, aber nicht ohne eine gewisse Mitwirkung – und sei durch Nichtstun – jener christlicher Kirchen, die sich dem Nationalsozialismus nicht widersetzen. Auch heute noch, trotz der schmerzvollen Erfahrungen, gibt es weiter antisemitisches und rassistisches Gedankengut (Graz B 13). Umso nötiger sind Haltungen und Taten, die Toleranz und Aussöhnung immer mehr und sichtbarer in den Mittelpunkt stellen.

Die Versammlung berührt auch die Beziehungen zum Islam, besonders in dem Bewusstsein, dass seine Kultur durch Jahrhunderte in Europa präsent war, und dass in etlichen unserer Völker Juden, Moslime und Christen in friedlicher und harmonischer Koexistenz neben einander lebten. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass es auch sehr viele Vorurteile gegeben hat, die auf manche schmerzvolle Erfahrungen miteinander zurückzuführen waren. Einerseits haben die Einfälle der Araber, Tartaren und Türken in unsere Länder lang andauernden Hass erzeugt, andererseits bewirkten die Kreuzzüge ähnliche Haltungen in den anderen Ländern. Im Krieg in Bosnien, den wir vor kurzem erlebten, trat viel von den zuvor genannten wechselseitigen geschichtlichen Belastungen als heute noch virulentes gefährliches Gemisch deutlich zutage.

Die institutionellen Beziehungen zwischen den Religionen bedürfen zu ihrem Zustandekommen gewisser Voraussetzungen, auf die die Christen nicht verzichten können, wie Menschenwürde und individuelle wie kollektive Freiheit der Religionsausübung, wie sie in der staatli-

chen Gesetzgebung garantiert sein sollten.

Von dieser Basis ausgehend sollten dann verschiedene Aktionen für die Gerechtigkeit und folglich gegen Armut, Marginalisierung und jede Form der Diskriminierung erfolgen. So könnte eine Annäherung an das erfolgen, was schon die Propheten des Alten Testaments und auch Jesus Christus forderten, die „Metanoia“, die Umkehr im Geiste, die hinführt „zu einer Gesellschaftsordnung, in der alle die gleichen Rechte haben und in Solidarität mit den Mitmenschen leben“ (Basel, Nr. 45). Diese neue Gesellschaft kann nur dann entstehen, wenn Ungerechtigkeit nicht toleriert wird, keine Feigheit ihr gegenüber oder stillschweigende Mitwirkung an ihr Platz greift und als Grundsatz anerkannt wird, dass „die Schwächsten weder Kraft noch Stimme haben, um ihre Würde und ihre Rechte zu verteidigen“ (Basel, Nr. 32).

Angesichts dieser Herausforderung wurden in Graz konkrete Missstände benannt, in denen die Kirchen eingreifen können und müssen, mit ihrer Stimme und mit ihren Aktivitäten, nicht nur in Feldern, in denen kirchliche oder nichtkirchliche NGO's aktiv sind, Aktionen, die immer dem Wohle der Armen, Kranken und Schwachen dienen müssen. Speziell wird auf den Skandal der Diskriminierung der Frauen hingewiesen, auf die Homosexuellen, die Heimatlosen und Flüchtlinge, ob sie aus den armen Ländern Osteuropas kommen, oder aus Lateinamerika oder aus der Dritten Welt, usw.

Die Versammlung in Graz widmete sich besonders dem Thema der sozialen Funktion des Eigentums. „Wenn wir auch daran glauben, dass die Marktwirtschaft besser ist als eine zentrale Planwirtschaft, so bedeutet dies jedoch in moralischer Hinsicht keinen Freibrief für die grenzenlose Bereicherung und einen hemmungslosen Konkurrenzkampf“ (Graz B 30). (An dieser Stelle sei die „Antiglobalisierungsbewegung“ erwähnt, auch wenn diese sicher nicht klar einstuft ist.)

In Graz dachte man auch darüber nach, wie Machtausübung geteilt werden könne, und über die Stärkung gewaltfreier Wege der Konfliktlösung. „Da das international Recht alle Formen der Aggression verbietet

und nur in engen Grenzen einen Präventivkrieg erlaubt, muss jede moralisch einwandfreie Politik darauf gerichtet sein zu erreichen, dass kein Staat für sich allein Krieg führen kann. Im Gegenzug müssen die regionalen und weltweiten kollektiven Sicherheitssysteme (UNO, NATO, OSZE, Europa-Rat) gestärkt und ihre Aufgaben in der Friedenssicherung und -förderung unterstrichen werden“ (Graz, B 35).

Schließlich widmet sich diese zweite interchristliche Konferenz der Frage der Verantwortlichkeit und neuer Anstrengungen im Bezug auf den Schutz der Umwelt, in dem Bewusstsein, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt „ein zweischneidiges Schwert ist und sowohl in den Ländern der freien Marktwirtschaft als auch in denen der Planwirtschaft ökologische Katastrophen verursacht hat“ (Graz B 42). In diesem Sinne haben die auf dem Klimagipfel in Rio de Janeiro 1992 verabschiedete Agenda 21 sowie auch das jüngere Protokoll von Kioto gefordert, dass Wissenschaft und Technik ihre Erfolge zum Schutz des Klimas zügeln müssen, auch wenn oft wirtschaftliche Interessen gerade der hoch entwickelten Industrienationen dem entgegen stehen.

Das Dokument von Graz schließt damit, dass es die Notwendigkeit unterstreicht, dass in unserer Zeit internationale Entscheidungen die Unzahl aktueller und dringlicher Probleme lösen helfen müssen.

Das Dokument verweist in diesem Zusammenhang u.a. auf die folgenden internationalen Konferenzen:

- Klimagipfel Rio de Janeiro 1992,
- Menschenrechtskonferenz in Wien 1993
- Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994
- Konferenz zu den Rechten der Frauen in Peking 1995
- Sozialgipfel in Kopenhagen 1995
- Konferenz zur Stadtentwicklung in Istanbul 1996

An allen diesen Konferenzen waren die christlichen Kirchen und Vertreter anderer Religionen beteiligt in dem Bestreben, bei den zu behandelnden Problemen auch ethischen Gesichtspunkten Gehör zu verschaffen.

Zum Abschluss dieses Teils meines Vortrags möchte ich es nicht ver-



säumen, auch die Gedanken anzusprechen, die der Papst dem Präsidenten der USA vortrug, als dieser am 23. Juli 2001 den Vatikan besuchte. Johannes Paul II. erinnerte Bush daran, dass nach wie vor große Unterschiede zwischen den reichen und armen Ländern bestehen und forderte ihn auf, diese armen Länder durch andauernde solidarische Maßnahmen zu fördern, unter anderem bei dem „G 7+1 Gipfel“ in Genua im vergangenen Juli. Insbesondere wies er auf folgende Punkte hin:

- Den Schuldenerlass für die ärmsten Länder,
- die Notwendigkeit, das Leben zu verteidigen, wozu auch
- der Verzicht auf die unmenschliche Todesstrafe gehört, die nach wie vor in einigen Staaten der großen amerikanischen Nation Anwendung findet, auf
- die unmoralischen Abtreibungsregeln, die in sehr vielen Ländern gelten,
- das dringend nötige Verbot der Versuche mit menschlichen Embryonen, sowie auf
- einen effektiven Schutz der Familie als der wichtigsten Zelle der Gesellschaft.

III. Nachwort

Ich komme zum Schluss, und ich gestehe, dass ich gespannt darauf bin, was wir hier in den nächsten Tagen erarbeiten werden; dabei bin ich davon überzeugt, dass der Geist uns dabei helfen wird, Formen der Zusammenarbeit mit allen christlichen Brüdern und den Anhängern anderer Bekenntnisse in unseren Streitkräften zu finden, indem wir uns das Wort des Apostels Paulus vor Augen halten: „Lebt als Kinder des Lichts! Das Licht bringt lauter Güte, Gerechtigkeit und Wahrheit hervor“ (Eph. 5,8-9).

Da ich selbst wenig Gelegenheit hatte, in den Streitkräften mit Anhängern anderer christlicher Bekenntnisse zu arbeiten – und erst recht nicht mit Angehörigen anderer Religionen – bleibe ich hier in einem eher theoretischen Rahmen. Ich möchte aber einen Kommentar heranziehen, den in ähnlichem Zusammenhang der da-

malige Pro-Präsident des Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog, Kardinal Francis Arinze, 1994 abgab. Er tat dies in dem Dokument „Die Haltung der Kirche gegenüber anderen Religionen und Orientierungen für den Dialog“ (AAS 76 (1984) 816-828). Er schrieb damals, der Dialog müsse immer gekennzeichnet sein von Aufmerksamkeit, Respekt und Hinwendung, und das unter guten oder schwierigen Rahmenbedingungen, und er müsse alle Aspekte – familiäre, soziale, erziehungsrelevante, künstlerische, wirtschaftliche und politische – einschließen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit muss sicher gedacht werden an die soziale Gerechtigkeit, an menschliche und moralische Werte, und an die Förderung von Frieden und Freiheit.

Auf jeden Fall wird der Dialog, der die Zusammenarbeit eröffnet und begleitet, mindestens drei Dimensionen haben müssen: Die des „Dialogs des Lebens“ – ausgedrückt in einem Zusammenleben in gutem Geiste und guter Nachbarschaft; die des „Dialogs der Werke“, ausgedrückt in gemeinsamen Aktionen mit Blick auf eine integrale und freiheitliche Entwicklung der Völker; und die des „Dialogs des theologischen Austausches und der religiösen Erfahrung“, durch den die reichen geistlichen Erfahrungen mitgeteilt und geteilt werden („Dialog und Verkündigung, Nr. 42“).

Nun denn, für jede Zusammenarbeit unter den Religionen gibt es etwas, auf das nicht verzichtet werden kann. Vor und bei jedem gemeinsamen Tun kann und soll Gott – der eine Gott aller Gläubigen – im Gebet angerufen werden, damit er den Geist und die Herzen erleuchte und bereite für das Auffinden immer neuer Wege gegenseitiger Liebe zur Erfüllung seiner unerforschlichen Ratschlüsse.



Bild oben: produktive Arbeit in der philippinischen Arbeitsgruppe. In der deutsch-österreichischen Gruppe scheint Nachdenklichkeit vorzuherrschen (Bild u.). Links vom österreichischen Militärgeneralvikar Rudolf Schütz die Ehefrau des GKS-Bundesvorsitzenden Oberst Klein und rechts die Ehefrau des AML-Generalsekretärs Oberst a.D. Bringmann.



Gedanken zur Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen in den Streitkräften

WERNER FREISTETTER

Während der Pause wurde ich gefragt, ob ich einen Vortrag eingereicht hatte. Das hatte ich in der Tat, habe mich aber entschieden, diesen zurückzuziehen, denn ich hatte ihn vor dem 11. September 2001 geschrieben. Die Rede, die ich nun vortragen werde, ist nicht eine komplett neue. Allerdings habe ich mich auf andere Aspekte konzentriert, weil ich der Meinung bin, dass sich seit diesem schrecklichen Ereignis die Lage grundlegend geändert hat. Es ist alles viel akuter, dringlicher und auch schwieriger geworden. Daher habe ich mich entschieden, meinen Ansatz zum vorgegebenen Thema – „Interkonfessionelle und ökumenische Zusammenarbeit in den Streitkräften“ zu ändern und meine Überlegungen der letzten paar Tage in einer weniger systematisch und notwendigerweise bruchstückhaften Form vorzutragen.

Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass einige Personen hier anwesend sind, die viel größere Erfahrung mit den Herausforderungen der interkonfessionellen Zusammenarbeit haben – Erfahrungen, die dadurch gewonnen wurden, dass diese Menschen tatsächlich in einer multikonfessionellen Umgebung lebten, wie in Nigeria oder in den Philippinen. Deshalb möchte ich die Sichtweisen, auf denen meine Überlegungen gründen, etwas qualifizieren.

Die erste Sichtweise ist eine mitteleuropäische – ich komme nämlich aus einem kleinen mitteleuropäischen Land. Die zweite Sichtweise ist eine katholische, insbesondere die Sichtweise eines katholischen Priesters. Und schließlich gibt es meine persönliche Sichtweise.

1. Dialog als Herausforderung

Zunächst möchte ich sagen, dass ich der Meinung bin, dass wir vor gemeinsamen Möglichkeiten, Gelegenheiten und Notwendigkeiten des interkonfessionellen und ökumenischen Dialogs stehen. Diese Heraus-

forderungen gehen alle Christen, Gläubigen, Kirchen und Religionen an. Beim Gespräch mit Soldaten auf Seminaren und Kursen ist mir aufgefallen, dass immer mehr Menschen in Europa Intoleranz, Hass, Spaltung, Fanatismus, und Rückständigkeit mit dem Begriff Religion assoziieren. Das ist sicherlich nicht, wie wir unseren Glauben sehen.

Für eine wachsende Anzahl von Menschen ist Religion allerdings etwas Gefährliches, etwas, was die Menschen gegeneinander aufbringt und tief gehende Spalten verursacht, Religionskriege, und so weiter. Sie glauben, dass Ereignisse wie die Inquisition oder Kreuzzüge das Wesen unseres Glaubens sind. Wir wissen, dass das nicht der Fall ist. Wir haben ein anderes Bild unserer Religion, wie auch von anderen Religionen.

Deshalb glaube ich, dass eine der ersten Herausforderungen, vor der wir als gläubige Menschen stehen, die Aufgabe ist, die menschliche Seite der Religion und der religiösen Glaubensrichtungen zu vertreten, der existentiellen Dimension, in der sich der Glaube realisiert. Das ist die erste und dringlichste Herausforderung, über die ich hier nachdenken möchte.

Die Nächste betrifft das Verhältnis zwischen Wahrheit, Achtung und Dialog. Für viele der Menschen, die ich vorhin erwähnte, ist die Religion einfach suspekt als ein System von Doktrinen, heiligen Schriften und solchen, die auf der Grundlage der göttlichen Offenbarung ruhen. Für sie basiert Toleranz auf einen relativistischen Ansatz, und wenn man sagt, „Mein Glaube ist die Wahrheit, Gott hat sich mir in Jesus Christus offenbart, und diese Wahrheit ist für alle Menschen“, dann schließt man die Möglichkeit der Toleranz aus. Dieses Konzept ist ziemlich kompliziert, denn es ist weit verbreitet und wird häufig von den Medien aufrechterhalten.

Meiner Erfahrung nach ist es schwierig, Gespräche mit Menschen zu haben, die eine solche Einstellung



haben. Auch in unserer Tradition ist das Verhältnis zwischen religiöser Wahrheit und Toleranz nicht immer klar definiert gewesen.

Ich kann hier nur für meine katholische Tradition sprechen, die bis zum 19. Jahrhundert vorherrschte und in der das Konzept, das nur die Wahrheit das Recht zu existieren hat. Diese Haltung wurde abgemildert nach den schrecklichen Erfahrungen der Religionskriege in Europa; diese wurden als eine solche Gefahr für das Gemeinwohl erkannt, dass die Toleranz eine Notwendigkeit wurde.

Die Wende kam mit dem II. Vatikanum. In der Erklärung zur Religionsfreiheit – „Dignitatis humanae“ – finden wir die Vorstellung, dass Rechte nicht eine Sache von Wahrheit oder Irrtum sind; statt dessen kommen Rechte und Freiheiten (wie die Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit und Glaubensfreiheit) von der Menschenwürde her. Dieses Konzept ist eines der Eckpfeiler für jede ökumenische oder interkonfessionelle Zusammenarbeit oder für einen solchen Dialog: hier haben wir es mit der Würde aller Menschen zu tun.

Doch, Wahrheit ist für uns nicht nur ein Konzept, ein Satz, ein Dogma. Obwohl es sehr wichtig für die Vitalität der Kirche oder einer Religion ist, dass die Konzepte geklärt werden und eine gemeinsame Wahrheit gefunden wird, betrachten wir die Wahrheit als eine Person – Jesus Christus, die Wahrheit, der Weg und das Leben. Das ist ein sehr viel dynamischeres Konzept der Wahrheit, sozusagen, als bloße Wörter und Vermutungen.

Ich bin der Meinung, dass Gläubige, christliche Soldaten, Kapläne und Laien in den Streitkräften hierfür stehen, tief verwurzelt in der Menschenwürde. Diese Würde wird jedem anvertraut, der Befehlsverantwortung trägt, jedem der Befehle erteilen kann, die befolgt werden müssen. Deshalb ist es so sehr wichtig, dass es eine religiöse Seelsorge in den Streitkräften gibt, weil das eine offizielle Anerkennung der inneren Sphäre von jeder Person ist, in der unser Glaube verwurzelt ist und wo jeder von uns existentiell wichtige Entscheidungen trifft bezüglich der moralischen Integrität, der religiösen Identität und des menschlichen Profils einer Person.

Außerdem habe ich den Eindruck gewonnen, dass vergangene und gegenwärtige humanistische Ansätze bezüglich der Menschenwürde der gleichen Krise gegenüberstehen wie die traditionellen Religionen. Unsere europäischen humanistischen Traditionen sind immer von einem sozialen Klima des Glaubens ernährt gewesen. Viele Menschen werden durch christliche Traditionen informiert. Ein quasi-religiöser Diskurs ist in der Aufklärung klar erkennbar.

Es ist unsere christliche Überzeugung, dass die Menschenwürde letztendlich ihre Wurzeln in der Transzendenz Gottes hat. Nur wenn Gott die Wurzel der Menschenwürde ist, wird es unmöglich sein, dass Menschen auf das Niveau von Werkzeugen innerhalb eines Systems der Mittel und Wege dieser Welt reduziert werden. Diese transzendente Bedeutung unserer gesamten Existenz ist die tatsächliche Basis für das Konzept der Menschenwürde und der unveräußerlichen Rechte. Das ist eines der wichtigsten Herausforderungen vor denen wir stehen, weil diese Würde auf vielfältiger Weise bedroht ist.

II. Religion und Gewalt

Nun möchte ich das Thema der Religion und Gewalt ansprechen. Dieses Thema wird oft unter Soldaten diskutiert.

Als Soldaten haben wir es mit der Fähigkeit zur Anwendung von organisierter körperlicher Gewalt eines mehr oder weniger intensiven Ausmaßes zu tun. Viele Menschen den-

ken, unsere Welt ist voller Gewalt – Töten, Verstümmelung usw. Und wir müssen zugeben, dass obwohl unser Konzept von Gewalt und Macht ethisch begründet ist, mit Regelungen und Einschränkungen, dieser andere Sicht trotzdem einige Wahrheiten beinhaltet. Das Militär hat die Fähigkeit Gewalt anzuwenden, sowohl potentiell als auch tatsächlich. Deshalb wäre ein Blick auf das Thema der Religion und Gewalt schon wertvoll.

In vielen Religionen und religiösen Erfahrungen spielt die Gewalt eine auffallende Rolle. In mythischen Darstellungen über den Ursprung des Universums gibt es Kämpfe gegen Chaos, gegen Schlangen und Drachen, Kämpfe zwischen Göttergenerationen, es gibt blutige Riten und Opferungen, selbst das Opfern von Menschen.

Es lohnt sich überhaupt nicht, das zu leugnen. Im Alten Testament finden wir auch Gewalt, und sogar „Heilige Kriege“. Selbst Gott erscheint manchmal gewalttätig. Persönlich bin ich immer hierüber froh gewesen, weil ich der Meinung bin, dass die Heiligen Schriften nicht lügen. Sie geben die Welt so wieder wie sie ist. Sie sehen die Gefahren und Verlockungen der Ungerechtigkeit und Gewalt und sie zeigen sehr deutlich auf, dass unsere Existenz keine unschuldige ist.

Das ist eine Hälfte der Beziehung zwischen Religion und Gewalt. Die andere Hälfte besteht natürlich darin, dass unsere Religion es uns ermöglicht, Gewalt zu überwinden, den Kreis der Rache und des Hasses zu durchbrechen. Gott führte die Gläubigen in eine Progression der Erlösung, die in Jesus Christus gipfelt, mit dem Ziel Gewalt durch Vergebung und Gnade zu überwinden. Wir können viel über die menschliche Natur und die Menschenwürde, die Herausforderungen, die Verlockungen und die Möglichkeiten für die Menschheit lernen, in dem wir die Breite der Erfahrung in unseren Heiligen Schriften und Traditionen, und auch jene von anderen Religionen, berücksichtigen.

III. Menschenwürde als Test

Als einer ersten Schlussfolgerung würde ich behaupten, dass eine entscheidende Frage für alle Religio-

nen darin besteht, den Test der Menschenwürde zu bestehen. Als Gläubige werden wir gefragt: „Liegt die Menschenwürde im Zentrum euer Doktrinen, Glauben und Handlungen?“ Für viele religiöse Traditionen mag das keine offenkundige Frage sein – einige Gläubige könnten sagen, dass Gott und seine Herrlichkeit im Zentrum ihrer jeweiligen Glaubensrichtungen sind. In einigen Religionssystemen könnte das sogar ein Dilemma verursachen. Doch nicht für Christen. Gott selbst hat bereits die Antwort auf diese Frage gegeben. Er wurde Mensch durch Christus. Mensch und Gott sind aufs innigste verbunden – Gott hat ein menschliches Gesicht, für die Ewigkeit. Er hat sich mit unserer menschlichen Natur identifiziert. Die Gebote Gott zu lieben und den Nächsten zu lieben sind tief und wesentlich miteinander verbunden. Man kann nicht Gott lieben, sagt der Apostel Paul, wenn man nicht seinen Nächsten liebt. Diese Sicht sollte auch ein Kernpunkt im Bereich der interkonfessionellen Zusammenarbeit und des entsprechenden Dialogs sein.

Vorher sprach ich über das relativistische Konzept der Wahrheit, bei der man erst zugeben muss, dass es keine absolute Wahrheit gibt bevor Toleranz beginnen kann. Ich denke allerdings, dass das Konzept der Toleranz auf der Grundlage der Menschenwürde viel weitreichender ist. Es ist eine viel anspruchsvollere und interessantere Aufgabe, die Toleranz auf die Achtung für eine andere Person zu bauen, auf sein Gewissen und sein existentielle Entscheidungen, als wenn man die Existenz der Wahrheit leugnet und dadurch das Problem zu eliminieren sucht. Für uns Christen ist dieses Konzept der Wahrheit sehr nahe dran an dem Konzept der Liebe.

IV. Woher Hass und Gewalt?

Nun komme ich zu einer Frage, die ich mir im Laufe der letzten Tage gestellt habe. Woher kommt der Hass und die Fähigkeit zu Gewalt, zum Töten von Unschuldigen? Ich erinnere mich an ein Erlebnis, dass ich im Mai während einer Konferenz in Belgrad hatte, die von der russischen Militärseelsorge zusammen mit der serbisch orthodoxen Kirche in Kosovo organisiert wurde. Ich war der ein-

zige nicht-orthodoxe Teilnehmer, außer dem Apostolischen Nuntius, der in Belgrad teilnahm unter der fehlerhaften Annahme, dass dort eine katholische Delegation sein würde. Eines ist mir während der Konferenz sehr aufgefallen: Die Unfähigkeit von manchen Vertretern einer Schwesterkirche, das furchtbare Leiden von anderen anerkennen zu können. Die vorherrschende Idee auf jeder Seite war, dass ihre eigene Seite am meisten gelitten hatte, dass sie die Opfer seien. Sie waren nicht in der Lage einzusehen, dass die andere Seite auch Leiden und Schaden erlitten hatte. Sie waren nicht in der Lage zu erkennen, dass die Gerechtigkeit nicht ausschließlich auf ihrer Seite war, sondern dass die andere Seite auch berechnete Forderungen hatte. Es schien so, als ob ihre Entbehrungen und Nöte so groß gewesen seien, dass keine andere Ungerechtigkeit und kein anderes Leid vergleichbar sein könnte. Also wurde die ihnen angetane Ungerechtigkeit so etwas wie ein „Absolutum“, und nahm sogar den Platz von Gott ein. Die unvermeidbare Schlussfolgerung dieser Haltung ist, dass jeder von der anderen Seite verantwortlich sein muss für diese Ungerechtigkeit und somit dafür zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Terroristen gehen sogar noch weiter: Es gibt keine Unschuldigen, deshalb kann jeder von der anderen Seite bestraft werden, als Instrument benutzt werden, als Geisel genommen werden, und getötet werden im Dienste der gerechten Sache, welches das einzige Bestimmungselement dieser Weltsicht ist. Ich hatte den Eindruck, dass diese Haltung selbst den Platz von Gott einnahm und jede Handlung legitimierte. Somit wurde die Achtung vor anderen ersetzt durch eine Hingabe zu einer so genannten gerechten Sache, ohne jegliche ethischen Schranken. Ein Terrorist mit dieser Denkweise wird sich notwendigerweise entmenslichen und erniedrigen, weil man andere nicht entmenslichen kann ohne sich selbst zu entmenslichen. Es gibt selbstverständlich Prozesse der Rationalisierung und Rechtfertigung, aber ich glaube, dass wir es sehr deutlich machen müssen, dass jede Revolutionsordnung, die auf solche Prinzipien gründet, zum Scheitern

verurteilt ist. So was kann keinen dauerhaften Frieden bringen

V. Gerechtigkeit und Frieden

Nun komme ich zum letzten Punkt. Auf der Rückseite der AMI Medaille gibt es eine lateinische Inschrift „Opus iustitiae pax“: Frieden ist die Aufgabe der Gerechtigkeit.

Ich bin der Meinung, dass Fragen der Gerechtigkeit und Frieden, Fragen einer gerechten politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Welt wichtige Themen sind in der interkonfessionellen und ökumenischen Zusammenarbeit. Wir können den gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Kontext in Fragen der Menschenrechte und Menschenwürde nicht vergessen. Wir sind alle von weltweiten Systemen abhängig, deshalb müssen christliche Soldaten ein großes Interesse an den Anforderungen und Herausforderungen der Gerechtigkeit und des Friedens auf globalem Niveau nehmen. Die Antworten, die jetzt auf die Terrorangriffe in den Vereinigten Staaten gegeben werden, müssen das Ungleichgewicht, die Ungleichheit und die Ungerechtigkeit auf globalem Niveau angehen. Wir können unseren Beruf als Soldaten nicht rechtfertigen, wenn wir dies nicht auch berücksichtigen. Das steht sehr deutlich geschrieben in dem Papier, das wir in Rom im letzten Jahr verfasst haben. Es ist typisch für katholisches Denken, dass es sich um ein Denken im weltweiten Kontext handelt – von Globalisierung zu sprechen. Ich bin der Meinung, dass die Kirche eine der besten Antworten auf die Herausforderung ist, auf die menschlichen und ethischen Anforderungen, die dieser Prozess mit sich bringt.

Wenn ich über das Selbstbild der christlichen Soldaten nachdenke, und darüber was in unserer Erklärung geschrieben steht, würde ich behaupten, dass es einen ethischen Imperativ gibt, nicht unähnlich dem kategorischen Imperativ, obwohl ich in ethischen Fragen kein Anhänger von Kant bin. Ich möchte diesen Imperativ für die Soldaten und Politikern unserer Zeit wie folgt formulieren: „Handle als Politiker oder Soldat immer so, dass deine Handlungen und der Geist deiner Handlungen zumindest kompatibel sind mit

einer gerechten internationalen Ordnung für alle Völker und Menschen oder zumindest die Schaffung einer solchen Ordnung fördert“. Die Herausforderungen vor denen wir stehen sind solcher Art, das eine globale Sicht notwendig ist, damit wir Soldaten werden können, die versuchen das Evangelium und die Lehre unserer Kirche umzusetzen. Das muss auch ein Thema für den interkonfessionellen Dialog sein. Wie sehen Religionen die Rolle des Soldats? Im Balkan, zum Beispiel, erlebten wir eine Verwirrung, eine Vermischung aus Nationalismus und Religion, in der die Nation fast die Insignien einer göttlichen Einheit annahm. Als Christen haben wir allerdings keinen Grund, auf andere mit Arroganz zu blicken, weil wir genau wissen, dass Entwicklungen in der Geschichte uns dorthin gebracht haben, wo wir heute sind. Wir haben auch nicht begonnen mit den Konzepten, die wir heute haben. Schreckliche Ereignisse sind geschehen im Namen Christus, doch unsere Geschichte ist auch eine Geschichte der Hoffnung. Das kann ein Beispiel geben, von der andere lernen können.

VI. Schlussfolgerungen

Nun zu meiner Schlussfolgerung. Es gibt ein interessantes Dokument, das der Päpstliche Rat für den Dialog unter den Religionen mit dem Titel „Dialog und Verkündigung“ herausgegeben hat und das Msgr. Martínez vorhin erwähnt hatte. Darin werden vier Arten des Dialogs dargestellt:

- (1) Der Dialog des Lebens, bei der die Menschen nach einem offenen Leben mit nachbarschaftlichen Geist streben in dem sie Freude und Leid teilen, ihre menschlichen Problemen und Sorgen;
- (2) der Dialog des Handelns, bei dem Christen und andere zusammenarbeiten für die ganzheitliche Entwicklung und Befreiung der Völker;
- (3) der Dialog des theologischen Austausches, bei der Spezialisten versuchen das Verständnis ihrer jeweiligen religiösen Erben zu vertiefen und die jeweiligen geistigen Werten zu schätzen;
- (4) der Dialog der religiösen Erfahrung, bei der Personen, die in ihrer eigenen religiösen Traditionen verwurzelt sind, ihre

geistlichen Reichtümer teilen, zum Beispiel beim Gebet, bei der Besinnung und Kontemplation, beim Glauben und bei den Wegen auf denen nach Gott oder dem Absoluten gesucht wird.

Diese vielgestaltige Realität des Dialogs muss auch in unseren Streitkräften umgesetzt werden. Deshalb möchte ich vorschlagen, dass die Arbeitsgruppen sich auf drei Fragenkomplexe konzentrieren. Der erste Komplex befasst sich mit der Lage, der zweite mit der Herausforderung

und der dritte mit der Handlung.

Beim ersten würde ich Fragen angehen, wie „Wie ist die Lage der Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und Religionen in unseren Streitkräften und unserem Land?“ Beim zweiten wäre sie „Was sind die Schwierigkeiten, Herausforderungen und Erfahrungen? Was sind die anspruchsvollen Probleme und Gelegenheiten? Wo würden Sie die Prioritäten setzen?“ Und beim dritten, praktischen Teil: „Welche Handlungen sollten unternommen werden, um Begegnung und Dialog

zu fördern?“

Ich habe nicht viel über die Formen der Dialoge gesprochen. Das wird in den Arbeitsgruppen erfolgen. Ich wollte mich auf einige wichtige Themen und Herausforderungen, über die wir sprechen müssen und für die wir Lösungen finden müssen angesichts der furchtbaren Ereignisse in der vorigen Woche, konzentrieren. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass einige meiner etwas bruchstückhaften Überlegungen Ihnen etwas nutzen können. □

BEITRAG DER GKS ZUM THEMA: „Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen in den Streitkräften“

REINHARD KLOß

Das Thema, welches über unserer diesjährigen AMI-Konferenz steht – Ökumene –, ist sehr vielschichtig und derzeit zumindest in Deutschland innerhalb der Gesellschaft aktuell.

Voraussetzung für eine zielführende Diskussion zu diesem Thema ist eine gleiche Interpretation der zugehörigen Begrifflichkeit. Wichtig erscheint uns dabei der Begriff Ökumenismus. Für uns gilt: Ökumenismus, der die wahre Einheit der Christen und Kirchen anstrebt, setzt Identität im eigenen Glauben und Bekennen voraus. Die Anerkennung des anderen Gläubigen begründet den notwendigen Respekt voreinander, ohne den die Suche nach Einheit und Wahrheit nicht zum Ziel führt. Der Respekt vor der Überzeugung des Anderen verbietet einseitiges Handeln und Überforderungen.

Das vorgegebene Thema in einem internationalen Rahmen, wie ihn das AMI darstellt, zu behandeln, erfordert eine Darstellung aus jeweils nationaler Sicht, da sich die Rahmenbedingungen für die Umsetzung, d.h. Realisierung der gesteckten Ziele, in den einzelnen Ländern deutlich unterscheiden.

Selbst innerhalb eines Landes unterscheidet sich, zumindest ist dies bei uns in Deutschland so, die Situation in der Gesellschaft von der in den Streitkräften. Innerhalb unserer Streitkräfte, um hier bereits einem Punkt meines Vortrages vorzugreifen, ist Ökumene, aber auch allgemein die

Zusammenarbeit zwischen den Religionen einfacher zu realisieren, als im zivilen Umfeld. Diese Zusammenarbeit wird innerhalb der deutschen Streitkräfte bereits heute in vielen Bereichen praktiziert.

Wie stellt sich die Ausgangslage innerhalb Deutschlands dar? 1987 vor der Wiedervereinigung bestand Deutschland zum großen Teil aus einer christlichen Bevölkerung, d.h. ca. 42% Protestanten und ca. 43% Katholiken. Deutschland ist gut ein Jahrzehnt nach der friedlichen Wiedervereinigung, die sich über die Grenzen zweier grundverschiedener Weltanschauungen, politischer Systeme und Verteidigungsbündnisse vollzogen hat, heute eine Nation, die sich aus 33 % römisch-katholischen, 33 % protestantischen und 25 % Bürgern ohne Bekenntnis zusammensetzt. Die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit stellt sich in der Praxis als realisiert dar; einzelne antisemitische Übergriffe tun dieser Feststellung keinen Abbruch.

Die Bundeswehr muss in diesem Umfeld als säkulare Institution akzeptiert werden, in der Christen beider Kirchen – gemeinsam mit Soldaten anderer Religionen (Moslems, Juden etc.) und Kameraden, die biographisch und kulturell ohne aktuellen Bezug zur dem Christentum typischen Tradition leben wollen, Dienst leisten.

Gehörten zu Beginn der Bundeswehr noch 95 % der Soldaten der römisch-katholischen und evangeli-

schen Kirche an, so unterteilt sie sich heute in 1/3 römisch-katholisch, 1/3 evangelisch und 1/3 ohne Religionszugehörigkeit. Dazu kommt, dass wir derzeit unter 310.000 Uniformträgern in der Bundeswehr mehr als 10.000 ausländischer Herkunft haben, die aus mehr als 80 Ländern stammen.

Eine Zusammenarbeit in der Ökumene und zwischen den Religionen ist deshalb schon aus pragmatischen Gründen innerhalb der Bundeswehr erforderlich und wird, wie bereits erwähnt, auch recht erfolgreich praktiziert.

Die insbesondere in den Auslandseinsätzen selbstverständlich gewordenen ökumenischen Gottesdienste, oder abwechselnd von katholischen und evangelischen Geistlichen gehaltenen Gottesdienste für alle Interessierten seien hier nur als ein Beispiel erwähnt.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat sich bereits mehrfach dieses Themenkomplexes angenommen und zuletzt in ihrem Positionspapier 2001 zum Thema „Innere Führung“ ausgeführt:

„Das Menschenbild des Grundgesetzes unterscheidet nicht nach Rasse und Hautfarbe, nicht nach Abstammung und Religion. Der Schutz der Menschenwürde ist das oberste Ziel der Politik und allen staatlichen Handelns. Die Soldaten der Bundeswehr gehen mit ethischen, kulturellen und religiösen Minderheiten sensibel um. Vorgesetzte informieren über Inhalte und Unterschiede anderer Religionen und stellen das Gemeinsame heraus. Im dienstlichen Alltag und in den Arbeitsabläufen wird, wo immer

möglich, auf Speisevorschriften, auf Gebetsgewohnheiten und auf spezielle Fasten- und Feiertage Rücksicht genommen. Kameradschaft verpflichtet zur Toleranz.“

Diese Forderungen umzusetzen erfordert ein sich bewusst Machen eines vielfältigen Spektrums an Einzelpunkten, die neben den im Positionspapier aufgezeigten daraus erwachsen, wie z.B. die seelsorgerische Betreuung Nicht- oder Andersgläubiger besonders im Einsatz. Die Einbeziehung von deren Familien in die Betreuung durch die Familienbetreuungsstellen aber auch die Information von Nichtchristen in die Grundgedanken des christlichen Glaubens

und das Hinführen von Nichtgläubigen zum christlichen Glauben und den damit verbundenen Wertvorstellungen sind Tätigkeitsfelder, die es zu bearbeiten gilt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Ökumene in der Bundeswehr ist nicht Gleichmacherei, sondern Dialog zwischen unterschiedlichen Glaubensrichtungen sowie Begegnung und Zusammenarbeit mit dem Ziel des gemeinsamen Erreichens gemeinsamer Ziele. Dies erfolgt in gegenseitigem Respekt und in der Akzeptanz des anderen in seinem jeweiligen Glauben.

Ausgehend von einer gemeinsamen Basis ist das Zusammenleben in

den Streitkräften, die seelsorgerische Betreuung aller Soldaten im Einsatz und auch die Betreuung der zu Haus gebliebenen Familien auszurichten. Hierbei sind die Priester in ihrer Arbeit durch die Laiengremien wo immer möglich zu unterstützen.

Es ist eine unserer größten Chancen als Soldat, für den Ausgleich zwischen den Religionen zu arbeiten, um im Herausstreichen unserer Gemeinsamkeiten zu verhindern, dass die Unterschiede zu Konflikt nährenden, unversöhnlichen und entzweien den Gegensätzen werden.

Wir als Militärs können zum Wegbereiter auf dem Weg zur Einheit der Kirchen werden. □

Anmerkungen zu den Konferenzthemen aus evangelischer Sicht

BRIGADIER PETER KLOCKO

„Der katholische Soldat zum Anfang des 3. Jahrtausends“

1. Ich bin der Meinung, dass wir Protestanten kein Problem mit dem Wort „katholisch“ haben, weil im Griechischen *katholikós* = *das Ganze, Allgemeine, mit allem befasst* ausdrückt, und die evangelischen Kirchen diesen Begriff im Apostelischen Glaubensbekenntnis auch benutzen. Trotzdem kann der Begriff „Der christliche Soldat“ eine breitere Spannweite bieten.

2. Ich versuche immer, Themen und Ausarbeitungen aus dem praktischen Blickwinkel des Soldaten, Offiziers und Kommandeurs zu betrachten, die Befehle erteilen müssen und tagtäglich Aufgaben unter besonderen Bedingungen zu erfüllen haben. Warum sage ich das?

Im Vortrag von Generalmajor von Horn (s.S. 81–90) haben wir gehört, dass wir als Soldaten und Offiziere, und besonders als Kommandeure, innerhalb eines Rahmens der Verantwortung und des Vertrauens handeln und arbeiten müssen. Deshalb weiß ich, dass ich praktikable Antworten zumindest für meine untergeordneten Soldaten geben muss, wenn ich will, dass sie mir vertrauen. Deswegen benötigen sie hilfreichen, nützlichen, praktikablen, verständlichen und machbaren Rat.

In dieser Hinsicht teile ich völlig die Aussage von General König,

nämlich dass das Konzept „Der katholische Soldat zum Anfang des Dritten Jahrtausends“ ein Strategiekonzept ist und dass es auch praktischer Richtlinien bedarf.

3. Ich bin mir sicher, dass es in anderen Kirchen auch Dokumente gibt, die neben dem Lukas-Evangelium, den paulinischen Briefen und den Dokumenten des II. Vatikanum zitiert werden können. Als Beispiel können Sie relevante Aussagen oder Beiträge in der evangelischen Kirche über die Anwendung von Macht und Gerechtigkeit auf der Grundlage der Autorität der Katechismen von Martin Luther finden.

Schlussfolgerung

Das Papier bietet eine ausgezeichnete Basis, mit der ich völlig übereinstimme und daher werde ich alles innerhalb der Vereinigung der evangelischen Soldaten, genannt AGES, unternehmen, damit sie an und mit diesem Papier arbeiten können, mit dem Ziel, dass wir in etwa einen halben Jahr vielleicht ein aktualisiertes Dokument vorstellen können oder zumindest ein Papier mit einigen zusätzlichen Bemerkungen zu diesen sehr wertvollen Richtlinien. Und ich werde mich auch bemühen, unseren österreichischen Militärbischof einzubinden, und zwar mit dem Ziel, dass unsere österreichische evangelische Kirche ihre Meinung zu diesem Konzept erklären soll.

Die ökumenische Bewegung / ökumenisches Christentum

Ich stimme mit den verschiedenen Aussagen der beteiligten Delegationen während dieser Konferenz völlig überein. Die ökumenische Bewegung und die Seelsorge des Militärpersonals sind, wie wir bereits gehört haben, ganz was anderes in den heutigen Streitkräften. Hierfür gibt es viele unterschiedliche Gründe. Aber lassen Sie mich noch den Unterschied zwischen den Notwendigkeiten und Möglichkeiten in Freiwilligen- oder in Wehrpflichtstreitkräften hinzufügen. Insgesamt bin ich der Meinung, dass wir alle unsere Probleme am besten lösen können, wenn wir dies gemeinsam tun. Daher gibt es in den Streitkräften schon lange eine pragmatische ökumenische Bewegung mit einer guten und erfolgreichen Tradition.

Aber ich halte es für nötig, eine Aktualisierung zu erreichen. Jetzt ist die richtige Zeit, mit dieser Zusammenarbeit auch in den höheren Rängen zu beginnen. Deshalb sollten wir einen Prozess initiieren, der zur nächsten Stufe führt. Ein deutscher Delegierter hat es gestern treffend gesagt: „Als Soldaten bereiten wir den Weg für die Einheit der Kirchen.“ Wann wird die Stabsitzung für dieses Projekt stattfinden? Wir sollten Zeitpunkt und Datum für die erste Planungskonferenz möglichst bald festsetzen.

Fortsetzung auf Seite 109, Sp. 1-2 u.

Verantwortliche Politik braucht ein moralisches Fundament

STAATSSSEKRETÄR KLAUS-GÜNTER BIEDERBICK

In der vergangenen Woche wurden wir auf dramatische und schreckliche Weise darauf hingewiesen, wie gefährdet der Friede in unserer Welt ist. Trotz bemerkenswerten integrativen Tendenzen sehen wir uns einer Vielzahl neuer Risiken gegenüber. Konflikte, Krisen und Terrorakte überschreiten die Grenzen und bedrohen uns alle.

Das unterstreicht die Erkenntnis, dass moderne Sicherheitspolitik umfassend verstanden werden muss. Ihre Instrumentarien müssen breit gefächert sein und einander zweckmäßig ergänzen. Krisenhaften Entwicklungen und Gefährdungen unserer Sicherheit müssen wir bereits dort entgegengetreten, wo sie entstehen und bevor sie sich ausbreiten.

Da der Nationalstaat damit überfordert ist, kann erfolgreiche Prävention und wirksames Krisenmanagement nur noch gemeinsam mit Verbündeten und Partnern geschehen. Streitkräfte sind sowohl bei der Krisenprävention als auch bei der Krisenbewältigung ein Instrument unter vielen, das im Gefüge einer verantwortungsvollen Politik seine besondere und zugleich neue Bedeutung hat. Neben der Vorbereitung der Landes- und Bündnisverteidigung sind Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im internationalen Rahmen zur Selbstverständlichkeit geworden.

So waren auch bereits weit über 80.000 deutsche Soldaten in den vergangenen zehn Jahren zur Frie-



denssicherung auf dem Balkan, in Somalia, Kambodscha, Ost-Timor und anderswo eingesetzt.

Gerade in den Balkan-Krisen haben wir gesehen, dass die Stärken verschiedener Organisationen wie Vereinte Nationen, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das Nordatlantische Bündnis oder die Europäische Union auf verschiedenen Ebenen liegen. Aus dem koordinierten Zusammenspiel aller sicherheitspolitischen Akteure ergeben sich beachtliche synergetische Effekte für die politische und militärische Krisenbewältigung.

Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit dieser Sicherheitsorganisationen zu steigern und ihre Koordination untereinander zu verbessern sind vordringliche Aufgaben für eine moderne Sicherheitspolitik.

doch man kann nur Erfolg haben, wenn die Hauptkräfte einem auch folgen. Darüber hinaus muss es immer eine Verbindung geben, es muss eine Kommunikationslinie geben und es muss der Willen vorhanden sein, die vorhandenen Mittel auch zu nutzen, um das Notwendige zu tun, wenn wir unser Ziele erreichen wollen.

Schließlich finde ich, dass es einen inneren Zusammenhang gibt zwischen beiden Themen, und das hält mich aufrecht und macht meine Arbeit innerhalb der Kirche wirklich lohnend.“ □

Auch und gerade in der Sicherheitspolitik gilt: Moral und Politik gehören zusammen: Verantwortliche Politik braucht ein moralisches Fundament und die Bindung an Werte. Umgekehrt braucht die Moral politische Instrumente, denn ohne den Willen und die Fähigkeit zum Handeln bleibt die Reklamation von Moral ergebnislos.

Wir haben uns daher verpflichtet, gemeinsam die Würde des Menschen zu achten und aktiv zu schützen und wir haben uns aufgegeben, dem Frieden in der Welt zu dienen. Die Charta der Vereinten Nationen ist hierfür der wesentliche Rahmen.

Christliche Lehre und abendländisches Politikverständnis sind keine Gegensätze. Beide streben nach einem gerechten Frieden. Und beide bauen auf den sittlich gefestigten und verantwortlich handelnden Menschen. Nirgendwo wird diese Übereinstimmung so deutlich wie in der Militärseelsorge. Der verantwortlich handelnde Christ und der Soldat in der Demokratie betonen beide die Würde des Einzelnen und seine Verantwortung für die Gemeinschaft. Beide finden Halt und Orientierung in der eigenen Kultur, aber beide empfinden auch Achtung und Respekt vor Menschen anderer Herkunft und Überzeugung.

Mutiges Eintreten für Recht und Freiheit, Verantwortung übernehmen für Frieden, Menschenwürde und Gerechtigkeit; diese Aufgaben stellen höchste Ansprüche an unsere Soldatinnen und Soldaten und können sie schnell in Grenzsituationen mit großen Gefährdungen und ethischen Fragestellungen bringen. Auf Dauer bestehen kann hier nur, wer an sittliche Werte gebunden ist. Patentrezepte helfen meist nicht weiter, denn jede Situation verlangt neue Antworten und Entscheidungen. Wer im christlichen Glauben verwurzelt ist, findet hier Halt und Orientierung.

Daher ist es die Aufgabe der politischen und militärischen Führung, aber auch der Militärgeistlichen vor Ort, den Soldaten hierfür Anleitung zu geben, sie zu einem verantwortlichen Handeln zu befähigen und eine Stütze zu sein im soldatischen Dienst. Ganz besonders die Unterstützung durch die Kirchen hat unseren Soldaten auch in schwierigen

Fortsetzung von Seite 108

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der Bedarf an strategischen und praktikablen Richtlinien für christliche Soldaten ist offensichtlich. Aber wir wissen, dass es neben militärischen auch ethische und moralische Fragen gibt, die von den Politikern und der Gesellschaft gelöst werden müssen. Viele dieser Fragen sind in unsere politische Gesellschaft eingebettet. (Ganz ehrlich gesagt hoffe ich, dass sie nicht in diesem eingebetteten Bett schlafen, während wir versuchen nach vorne zu kommen.) Voraustrupp zu sein, ist eine gute Sache,

Zeiten gut getan und Mut gemacht.

Ich bin dem Apostolat Militaire International außerordentlich dankbar, dass es sich seit nunmehr 36 Jahren verpflichtet sieht, das Verständnis vom soldatischen Dienst als eines Dienstes für den Weltfrieden weltweit zu entwickeln und zu vertiefen.

Die Aussagen der wegweisenden Erklärung von Rom vom November 2000 geben den Soldaten, den Militärseelsorgern und allen, die mit Militär und militärischen Einsätzen befasst sind, angesichts der neuen Herausforderungen und Bedrohungen eine fundierte und weiterführende Orientierungshilfe.

Die politische und militärische Führung in Deutschland misst der Militärseelsorge insgesamt, und ganz besonders ihrem Engagement bei der Begleitung der Einsatzkontingente eine sehr große Bedeutung bei.

Aus vielen Gesprächen mit unseren Soldaten weiß ich, wie wichtig die seelsorgerische Betreuung von allen Soldaten und ihren Angehörigen angesehen und wie sehr die Arbeit der Geistlichen vor Ort geschätzt wird. Und das auch von denen, die bislang nicht in besonders engen kirchlichen Bindungen gelebt haben.

Als protestantischer Christ möchte ich an dieser Stelle auch auf die

gute Zusammenarbeit der katholischen und evangelischen Militärseelsorge in der Bundeswehr und auf die vielfältigen ökumenischen Impulse hinweisen, die bei der gemeinsamen Arbeit unter den Soldaten entstehen.

In diesen Tagen, in denen sich Soldaten und Sicherheitspolitiker vor ganz neue Herausforderungen gestellt sehen, um den Frieden zu erhalten und dem Wohl aller Menschen zu dienen, ist die Arbeit des Apostolat Militaire International wichtiger denn je. Ich wünsche daher Ihrer Konferenz weiterhin einen guten, erfolgreichen Verlauf und freue mich auf den Austausch mit Ihnen. □

AMI steht für Solidarität über Grenzen hinweg

MINISTERPRÄSIDENT DR. BERNHARD VOGEL BEIM EMPFANG IN DER STAATSKANZLEI

Ich freue mich sehr, Sie heute hier in der Staatskanzlei Thüringen willkommen heißen zu können. Es ist das erste Mal, dass Sie – Mitglieder und Freunde des *Apostolat Militaire International* – in den jungen Ländern Deutschlands zusammengekommen sind; in jenem Teil Deutschlands, in dem mehr als vierzig Jahre lang die Kirche und das geistliche Leben an die Ränder der Gesellschaft gedrückt wurden. Und das galt besonders beim Militär.

Es war für die Soldaten der „Nationalen Volksarmee“ der ehemaligen DDR nicht möglich, ihren Glauben zu leben. Militärische Seelsorge fand nicht statt; Priester durften noch nicht einmal militärische Anlagen betreten. Die Tatsache, dass jetzt – auch in diesem Teil Deutschlands – Soldaten wieder frei ihre jeweiligen Glaubensrichtungen nachgehen können und ihren Glauben in das Leben eines Soldaten integrieren können, dass die militärische Seelsorge wieder stattfinden kann, und dass Sie als Soldaten und Christen aus aller Welt sich hier versammeln können, gibt Grund zur Freude, und das ist – besonders in diesen Tagen, zu einem Zeitpunkt in der wir es schwer haben, Freude zu finden – auch ein Zeichen der Hoffnung.

Was vor genau einer Woche in den Vereinigten Staaten, in New York und in Washington geschah, ist alarmierend und bedrückend. Unsere Gedanken in diesen Tagen sind

mit den Toten, den Verletzten, mit ihren Freunden und Angehörigen ...

Wir können heute bereits sagen, dass der letzte Dienstag (*Anm. d. Red.: 11. September*) die Welt verändert hat. Es hat noch nie einen Terrorangriff dieser Dimension gegeben. Die Terroristen zielten auf Amerika und trafen uns alle. Zusammen müssen wir uns dieser Herausforderung stellen, wir müssen entschlossen handeln gegen den internationalen Terrorismus – mit allen angemessenen Mitteln. Die letzten Tage haben gezeigt, wie groß das Mitgefühl und die Solidarität in der ganzen Welt sind. Allein hier haben sich bereits mehr als 2.000 Menschen in des Kondolenzbuch der Staatskanzlei Thüringen eingetragen.

Es ist beruhigend und ermutigend, dass die Terroristen sich verrechnet haben. Chaos ist nicht nach der Katastrophe ausgebrochen. Im Gegenteil: Die Entschlossenheit, sich zusammen gegen Hass und Terror zu stellen, die Entschlossenheit, gemeinsam den Frieden und die Würde zu verteidigen und Menschen vor Verletzung und Schaden zu schützen, wächst in den letzten Stunden und Tagen stetig. Das Gefühl der Zugehörigkeit kann in der ganzen Welt gespürt werden. Das AMI steht für eine Solidarität, die sich über Grenzen hinweg erstreckt, und daher bin ich mir sicher, dass dieses Gefühl der Zugehörigkeit die Generalversammlung hier in Erfurt prägen wird.

„Herr, wir sind Soldaten / mit verschiedenen Sprachen, mit verschiedenen Kulturen, / wir sind vereint in einem Glauben“, sind die Wörter mit denen das Gebet des AMI beginnt. Noch nie, seitdem der Warschauer Pakt vor zehn Jahren in Prag aufgelöst wurde, waren die Ideen und Konzepte des AMI zutreffender als heute: Soldaten aus mehr als 30 Ländern, vereint im christlichen Glauben, auch vereint in den Werten, die aus der jüdisch-christlichen Tradition erwachsen sind: Menschlichkeit, Menschenwürde, Freiheit.

Jene, die der Meinung waren, dass die Geschichte nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts ein Ende gefunden hätte, haben sich furchtbar geirrt. Die Ereignisse im Balkan haben uns das bereits gezeigt. Seit letzten Dienstag wissen wir, wie verletzlich und verwundbar der Frieden ist, selbst bei uns.

Wir brauchen Menschen, die bereit sind, für dieses Ziel aufrecht zu stehen, *„in dem sie der Sicherheit und Freiheit ihres eignen Volkes und der internationalen Gemeinschaft dienen, in dem sie Gewalt widerstreben und anderen helfen in Solidarität in jeder Form der Not und Gefahr.“* Das steht in der AMI-Erklärung die im letzten Jahr auf Generalversammlung in Rom verabschiedet wurde. Ich bin für diese Erklärung dankbar, denn durch diese Verpflichtung verdienen Sie unseren Respekt.

Und selbstverständlich sind Sie auch eine Vereinigung von Soldaten für Soldaten. Sie unterstützen unter

Präsidenten im Gespräch beim Empfang in der thüringischen Staatskanzlei: Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident Thüringen, und General Ernest König, AMI-Präsident; (l.) Manfred O. Ruge, Oberbürgermeister von Erfurt.

anderem die militärische Seelsorge mit ihren Fürsorgeaktivitäten. Das ist auch eine wichtige Aufgabe, und besonders jetzt.

Viele der hier vertretenen Länder entsenden Truppen zur Friedenssicherung und -sicherung in den Balkan. Besonders bei Einsätzen im Ausland kann man erkennen, wie wichtig die Seelsorge für Soldaten vor Ort und für ihre Familien zu Hause ist, um mit dem damit zusammenhängenden psychologischen Druck fertig zu werden. □



„Wer ist das, dass er sogar Sünden vergibt?“ (Lk 7,49)

Predigt des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr,
Dr. Walter Mixa, bei der AMI-Tagung, Erfurt 20. September 2001

Diese Frage ist nicht nur damals entscheidend gewesen, sondern hat für uns heute unerwartet eine ganz plötzliche Aktualität erfahren. In unserer sog. säkularisierten Gesellschaft ist während der letzten Jahre das Wort „Sünde“ peinlich vermieden worden. „Sünde“ schien der Vergangenheit anzugehören, da der heutige Mensch sein Leben selber in die Hand nimmt und selbst entscheiden kann, was gut und gerecht ist. Nicht zuletzt strebt er auch immer danach, dass es ihm auf dieser Welt möglichst gut geht und sein Leben möglichst lange zu währen hat.

Diese törichte Selbstüberschätzung hat vor etwas über einer Woche eine unerwartete Niederlage erfahren müssen. Keiner auf der ganzen Welt hatte damit gerechnet, dass die Symbole des heutigen Welthandelszentrums, die himmelragenden Türme in Manhattan, innerhalb weniger Minuten wie Kartenhäuser in sich zusammenbrechen würden. Keiner hatte die Wahnvorstellung, dass das militärische Zentrum der größten Weltmacht, das Pentagon, durch einen Terroranschlag stark zerstört werden würde.

Diese Anschläge, bei denen Tausende von Menschen umkamen, deren Tod bei den Angehörigen Verzweiflung, lang andauernde Trauer, ja schwerste Traumatisierung hervorruft, sind eine schwere Sünde, ein Vergehen gegen den Menschen mit seinem Lebensrecht. Alle, die diese Terroranschläge geplant haben, sind ebenfalls schwer sündig geworden!

Sind das aber die einzigen schweren Sünden? Stellen wir uns ganz kritisch die Frage, die öffentlich gar nicht ausgesprochen worden ist. Gibt es nicht auch Sünde durch das Verhalten von Menschen, die einem gnadenlosen Kapitalismus huldigen, die um Geld, Macht und Lebenslust wie um ein goldenes Kalb herumtanzen? Ist es nicht auch Sünde, wenn kleinere Volksgruppen, wie die Palästinenser, immer wieder neue Demütigungen erfahren und durch die Steigerung von Hass und Gewalt im gesamten Nahen Osten der Friede und der gerechte Ausgleich in weite Ferne gerückt zu sein scheint?

Bei ehrlicher Beantwortung all dieser Fragen gibt es wirklich schwere Sünden, d.h. schwerwiegende Verfehlungen gegen die Liebe zu Gott,

gegen die Verantwortung vor dem Nächsten und gegen eine friedliche Gestaltung unserer Welt.

Gott will den Krieg und das Unrecht nicht, Gott will nicht bestrafen, sondern will das Heil für einen jeden Menschen! Diese Tatsache der göttlichen Liebe zeigt Gott unüberbietbar in der Menschwerdung seines Sohnes, in der Bereitschaft des Sohnes Kreuz und Leid auf sich zu nehmen, aber auch im Sieg der Liebe Christi über alles Böse und über den Tod.

Im Evangelium spricht Jesus in ganz eindrücklicher Weise zu uns mehr noch durch sein Verhalten als durch sein Wort. Er, der Sündenlose, lässt sich von der stadtbekannten Sünderin nicht nur berühren, sondern er lässt sich von ihr Gutes tun, ohne sie schroff abzuweisen. Jesus verniedlicht die Sünden dieser Frau nicht, er weiß, dass sie schwere Sünden begangen hat, aber er gewährt ihr aus seinem liebenden Herzen vollkommene Verzeihung, weil sie sich mit Liebe und Reue an ihn wendet. Durch die Sündenvergebung in göttlicher Autorität schenkt er dieser zuinnerst belasteten Frau wahre Freiheit und eine neue Lebensperspektive, einen neuen Lebensanfang.

Für uns alle ist es in der Militärseelsorge eine ganz große Chance, dass wir in den gegenwärtigen Weltbeziehungen, in denen der Frieden



Die Katholischen Militärbischöfe für die deutsche Bundeswehr, Dr. Walter Mixa (l.), und für das österreichische Bundesheer, Mag. Christian Werner (r.), hier beim abschließenden Empfang des deutschen Militärbischofs für die AMI-Generalversammlung

bedroht ist, die Wirklichkeit der Sünde aufzeigen, aber noch viel mehr die Überwindung von Sünde und Ungerechtigkeit durch die Liebe Gottes in Jesus Christus.

Um auf die Terroranschläge einzugehen ist es fraglos, dass die Verantwortlichen für diese unglaublichen Taten aufgespürt und zur Ver-

einem kriegesischen Gegenschlag, der einzelne Länder und wiederum Tausende von unschuldigen Menschen vernichten und ausrotten könnte. Die Antwort kann und darf nie heißen: Gewalt muss mit Gegengewalt brutal bestraft werden. Die Antwort kann nur heißen: Weltweites Bemühen auch in wirtschaftlicher

antwortung gezogen werden. Diese Bemühung darf aber nicht gleichgesetzt werden mit

Hinsicht um einen gerechten Ausgleich zwischen Reich und Arm, zwischen der nördlichen und südlichen Erdhemisphäre. Die Antwort kann nur heißen: entschiedenes Bemühen in allen militärischen Bereichen, gerade auch im Nahen Osten mehr Frieden und gegenseitige Achtung durchzusetzen.

Diese Einsicht und die damit verbundene Gnade zu wahrer Umkehr wird uns ermöglicht, wenn wir die Aufforderung des Apostels Paulus an seinen Schüler Timotheus ernst nehmen (vgl. 1 Tim 4, 12-16). Wir alle müssen uns neu auf das Angebot der Liebe und des Friedens durch Gott in Jesus Christus einlassen. Wir alle müssen neu in prophetischer, d.h. in eindeutiger Weise eintreten für die Ehrfurcht vor Gott und vor den Menschen, um dadurch die Vergötzung von Kapital und Macht zu überwinden. Dieser Einsatz ist die einzige Möglichkeit, für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Überwindung von Hass und Feindseligkeit wirksam zu kämpfen. □

AMI-PRÄSIDENT UND -GENERALSEKRETÄR LEITEN CICO

Für die Würde des Menschen eintreten

Der Präsident des AMI, der Wiener General Ernest König, und sein Bonner Generalsekretär, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, haben im Dezember in Bangkok die Leitung der Konferenz der internationalen katholischen Organisationen (CICO) übernommen. Beiden geht es darum, für ein Bild des christlichen Soldaten zu werben, der die Menschenwürde beachtet, die Menschenrechte respektiert, um die ethischen Probleme und Grenzen seines Einsatzes weißt und seinen Dienst als Auftrag zum Schaffen von Frieden versteht. Der neue CICO-Generalsekretär Jürgen Bringmann erläuterte seine Vorstellungen zur Arbeit in dieser Organisation.

Ziele der CICO

Jede der 37 in der CICO zusammengeschlossenen Organisationen setzt sich im gesellschaftlichen und beruflichen Umfeld ihrer Mitglieder für christliche Werte ein. Viele sind berufsbezogene Standesorganisationen, die u.a. gesellschaftspolitisch tätig werden. Innerkirchlich vertreten sie weltweit rund 350 Millionen Katholiken. Gemeinsam ist allen der Einsatz für die Menschenwürde und die daraus folgenden Menschenrechte vom Beginn bis zum Ende seines Lebens. Das verbindet die Organisationen der „Ersten“ und der „Dritten“ Welt miteinander.

Schwerpunkthemen

Die CICO befasst sich mit dem Schuldenerlass für die ärmsten Länder. Der neue Präsident hat Umweltprobleme,

Arbeitslosigkeit, Migration, Abtreibung und Euthanasie in Bangkok als thematische Schwerpunkte benannt. Sehr wichtig wird für unsere Arbeit auch das Thema der Gewalt gegen Schwache sein, besonders gegen Frauen in vom Krieg bedrohten oder betroffenen Ländern.

Auch wird der Dialog der Religionen für CICO einen hohen Stellenwert haben. Allerdings wollen wir keine neuen Papiere produzieren, sondern den ökumenischen Dialog zwischen den Christen und die interreligiöse Verständigung zwischen den Weltreligionen praktizieren.

Rückwirkungen auf die GKS und das AMI

Wir wollen im CICO die Interessen katholischer Soldaten vertreten und für ein Verständnis des soldatischen Dienstes als Friedensdienst werben. Die Frage nach den ethischen Bedingungen und den Grenzen eines militärischen Einsatzes zu thematisieren ist gerade mit Blick auf Länder und Völker nötig, die Soldaten häufig nur als Gewalttäter und Unterdrücker erleben. Für das „Apostolat Militaire International“ ergibt sich die Chance, seine Sicht des soldatischen Dienstes auch in Ländern vorzustellen, die keine Militärseelsorge kennen: Eine Sicht des Soldaten, der sich nicht gegen Menschenwürde und Menschenrechte richtet und der seinen Dienst als Einsatz für Friede, Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit versteht. Ich bin überzeugt, davon wird die Basis unserer Verbände – also etwa GKS oder AKS Österreich – ebenso profitieren wie das Ansehen des Soldatenberufs auf übernationaler Ebene besser werden kann. (PS nach kompass 03/02)

FRÜHJAHRSVOLLVERSAMMLUNG DER DEUTSCHEN BISCHÖFE:

Mixa gegen Ausweitung des „Krieges gegen das Böse“

Der katholische Militärbischof Dr. Walter Mixa lehnt eine Ausweitung des „Krieges gegen das Böse“ strikt ab. Am Rande der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, die im Februar in Stuttgart stattfand, kritisierte Mixa zugleich die Sprache des amerikanischen Präsidenten George W. Bush, der auch von einem „Kreuzzug“ gegen den Terrorismus gesprochen hatte. Mit seinen Äußerungen polarisierte Bush.

Als Beispiel nannte der Eichstätter Bischof die Rede von der „Achse des Bösen“, die schon als Begriff „falsch und verfehlt“ sei. Für einen militärischen Einsatz etwa gegen Nordkorea, Iran oder den Irak sieht Mixa keinen Anlass. „Gewisse Vermutungen“ dürften nicht zur „Kriegstreiberei“ genutzt werden, die sowieso nur zu einer weiteren Eskalation der Gewalt führe. Eine solche Politik dürfe von der Bundesregierung nicht mitgetragen werden. Entsprechend will sich der Bischof auch in Gesprächen mit den Bundeswehr-Generälen einsetzen. So müsse auch gefragt werden, was passiere, wenn Einsätze „moralisch nicht mehr vertretbar“ seien.

Aufgabenzuwachs durch Auslandseinsätze und Familienpastoral: Militärbischof wirbt für mehr Personal

Für mehr Personal in der Militärseelsorge hat Bischof Walter Mixa bei seinen bischöflichen Amtsbrüdern geworben. Mixa legte dar, warum er eine Aufstockung der Zahl der Seelsorger von derzeit 85 auf 120 anstrebt. Hintergrund ist die zunehmende Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr: Einerseits werden dadurch immer mehr Militärpfarrer für durchschnittlich acht Monate von ihren Standorten abgezogen, gleichzeitig wollen sich die Seelsorger intensiver um die in Deutschland gebliebenen Soldatenfamilien kümmern. So wäre ein neues Aufgabenfeld die Familienseelsorge. Akademisch formuliert, wolle der Militärbischof den Angehörigen von Soldaten etwa bei der Beantwortung der

Frage helfen, ob es „durch die Auslandseinsätze in den Beziehungen der Soldaten Entwicklungsbrüche gegeben“ habe. Für diese Aufgabe will der Militärbischof deutlich mehr Laienseelsorgerinnen als bislang in die Militärseelsorge integrieren.

Doch um diese Pläne umzusetzen, muss Mixa zunächst noch einige Hürden aus dem Weg räumen. Zum einen ist in den bisherigen Staat-Kirche-Vereinbarungen der Einsatz von Gemeindereferenten noch nicht rechtlich geklärt – Priester sind als Militärgeistliche Bundesbeamte auf Zeit, Pastoralreferenten haben ein Angestellten-Verhältnis, bei dem der Bund den Bistümern die Personalkosten erstattet. Zum zweiten muss Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) erst noch einer höheren Zahl von Planstellen zustimmen, da

er sie – trotz eigener finanzieller Sorgen – bezahlen müsste, und zum dritten hat Mixa noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, wenn er die anderen Bischöfe trotz eigener Personalsorgen überzeugen will, mehr Seelsorge-Personal abzustellen.

Mixa warb bei den deutschen katholischen Bischöfen vor allem mit der „großen Chance zur Neuevangelisierung“. Bei der Bundeswehr kämen die Priester und Laientheologen mit Menschen in Kontakt, an die sie sonst nicht herankämen. Besonders seit dem 11. September.

Auch die evangelische Kirche strebt eine Aufstockung ihres Personals auf die von Mixa genannten 120 Stellen an. Letztlich, so heißt es in den zuständigen Dienststellen, ginge es um die Frage, „was uns unsere Soldaten wirklich wert sind“.

(PS/KNA)

WEHRBEAUFTRAGTENBERICHT 2001

Militärseelsorger verdienen Anerkennung und Unterstützung

Des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages würdigt die Arbeit der Militärseelsorge in der Bundeswehr

In seinem Jahresbericht 2001, der am 12. März 2002 in Berlin veröffentlicht wurde, sprach der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Dr. Willfried Penner, der Militärseelsorge seine Anerkennung aus. Soldaten beider Konfessionen, zunehmend auch konfessionslose Soldaten, wünschten die Begleitung durch die Militärseelsorge und das damit verbundene Gesprächsangebot. Der Betreuung der Soldaten im Rahmen der Auslandseinsätze der Bundeswehr komme nach Penner eine besondere Bedeutung zu und verdiene Unterstützung. Wörtlich heißt es im Jahresbericht 2001:

„Soldaten beider Konfessionen wünschen, dass sie in ihrem Dienst von der Militärseelsorge begleitet werden. Auch hat sich im Berichtsjahr wiederum die Feststellung bestätigt, dass konfessionslose Soldaten das Gespräch mit den Militärgeistlichen suchen. Im Auslandseinsatz stehen Soldaten in besonderem Maße vor Beziehungsproblemen zum Ehepart-

ner, zur Freundin und zum Freund, vor Nöten des Alltags sowie vor Fragen nach dem Inhalt und dem Sinn ihres Berufs, über die sie sprechen möchten. Die Militärseelsorge trägt hier zur Gesprächskultur in der Bundeswehr nicht unwesentlich bei. Anliegen der Soldaten ist, dass sich die evangelische und die katholische Militärseelsorge in Struktur und Organisation wenig unterscheiden und auch im Alltag – bei Wahrung der eigenen Glaubenssätze – ihre Aufgaben nach Möglichkeit gemeinsam durchführen. Die Einsätze der Soldaten in weit entfernten und kulturell fremden Regionen verlangt besondere Betreuung; die Vielzahl der Auslandseinsätze wiederum erschwert dies. Das muss in die Überlegungen zur Personallage der Militärgeistlichen einfließen. Unge störte Religionsausübung erfordert die Bereitstellung von Räumen, in denen die Soldaten in Ruhe ihren persönlichen Gedanken und Empfindungen nachgehen und an religiösen

Fortsetzung auf Seite 115, Sp. 3 u.

KURZMELDUNGEN AUS DER MILITÄRSEELSORGE:

Feier des Weltfriedenstages in den Regionen

Münster

Über 800 im Bistum Münster und der näheren Umgebung stationierte Soldaten und zivile Mitarbeiter aus den Streitkräften der Niederlande, Großbritanniens und aus Deutschland haben am Donnerstag (7. März) im Dom zu Münster an einem Gottesdienst aus Anlass des Weltfriedenstages 2002 teilgenommen. Bischof Reinhard Lettmann gedachte in seiner Predigt der in Afghanistan und bei einem Manöver in der Ostsee ums Leben gekommenen Soldaten.

Beim anschließenden Empfang der Militärseelsorge äußerte sich Bischof Lettmann zu den aktuellen Aufgaben der Militärseelsorge:

„Während lange Jahrzehnte hindurch die Sicherstellung der Landesverteidigung die Hauptaufgabe der Bundeswehr war, tritt zunehmend die Beteiligung an militärischen Einsät-

zen zur Sicherung des Friedens in anderen Ländern hinzu. Ich habe in der Predigt im Dom schon kurz darauf hingewiesen. Militärische Einheiten unterschiedlicher Größe werden in weit von der Heimat entfernten Regionen mit erheblich erschwerten Dienstbedingungen entsandt. Weder für die Bundesregierung noch für die beteiligten Soldaten und ihre Familien sind Dauer, Orte sowie der Gefährdungsgrad solcher Einsätze im Vorhinein bis ins Letzte kalkulierbar. Diese neue Situation hat Auswirkungen auf die Militärseelsorge. Alle Beteiligten fordern eine wirksame Militärseelsorge ein. Erwartet wird:

1. Die pastorale Begleitung aller einzelnen Kontingente,
2. verstärkte und zielgerichtete Seelsorge an den Familien in der Heimat,
3. Beteiligung an den umfangreichen

Vor- und Nachbereitungsprogrammen der Bundeswehr im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen,

4. die geistig-geistliche Auseinandersetzung mit Aufgaben und Herausforderungen bei kritischen Einsätzen.

Dabei hat unsere Militärseelsorge mit einem hohen Anteil konfessionell nicht gebundener Soldatinnen und Soldaten zu tun sowie mit einer wachsenden Zahl derer, die aus kirchenfernen Herkunftsmilieus kommen. Die Militärseelsorge muss sich angesichts dieser Herausforderung immer mehr als „evangelisierende“ Seelsorge verstehen. Alle erwarten Rat, Begleitung und Zuwendung seitens der Militärseelsorge. Ich danke allen in der Militärseelsorge Tätigen, dass sie sich diesen Herausforderungen stellen und wünsche Ihnen für Ihren Dienst Gottes Segen.“ □

Rendsburg und Schwerin

Anlässlich des Weltfriedenstages fanden im Bereich des Katholischen Leitenden Militärdekans Kiel am 26. und 27. Februar zwei Friedensgottesdienste in Rendsburg und Schwerin statt. Die Gottesdienste, die mit jeweils rund 200 Teilnehmern besucht waren, wurden von Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke aus Hamburg mit Militärgeistlichen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zelebriert. Die Kollekten in den Gottesdiensten wurden wieder für den deutsche CIMIC-Verband gehalten. Mit dem Ergebnis von mehr als 480 Euro werden von der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien Hilfsprojekte finanziert. Im letzten Jahr konnte auf diese Weise unter anderem die Instandsetzung einer Wasserleitung ermöglicht werden. Im Anschluß an die Gottesdienste fand eine Festveranstaltung (Foto u.) statt, in der Bernd Gärtner, Diplomtheologe aus Kiel, den Festvortrag hielt. □



Würzburg

Mit mehr als 500 Soldaten aus den nordbayerischen und angrenzenden Standorten in Baden-Württemberg hat am 31. Januar der Würzburger Weihbischof Helmut Bauer im Kiliansdom ein Pontifikalamt aus Anlass des Weltfriedenstages gefeiert. Friede sei nur dort möglich, „wo wir den Menschen in seiner von Gott gegebenen Würde sehen“, sagte Bauer in seiner Predigt. Friede beginne, dort, wo der Mensch geachtet werde. Der Weihbischof kritisierte zugleich die Bundestagsentscheidung zum Stammzellen-Import. Zu fragen sei, ob dieses Votum der Würde des Menschen gerecht werde. „Der Mensch hat in allen Phasen seines Lebens eine unantastbare Würde“, hob Bauer hervor. Eingeladen zum Gottesdienst, den Domorganist Paul Damjakob sowie das Herremusikkorps 12 musikalisch begleiteten, hatte der stellvertretende Katholische Leitende Militärdekan München, Hans Meyer. □

KOLUMBIEN:

Kirche verteilt Glaubensbücher an Soldaten und Polizisten

Der kolumbianische Militärbischof Alvaro Raul Jarro Tobos will eine halbe Million Glaubensbücher an die katholischen Soldaten und Polizisten des Landes verteilen. Wie das internationale katholische Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe in München bekannt gab, handelt es sich dabei um die spanische Übersetzung des vom Hilfswerk herausgegebenen Buches „Ich glaube. Kleiner Katholischer Katechismus“.

Noch in diesem Jahr werde das Hilfswerk die ersten 150.000 Exemplare des Glaubensbuchs liefern. „Ich glaube“ sei die Antwort von Kirche in Not auf weltweite Anfragen nach einer handlichen Einführung in den katholischen Glauben, heißt es in der Mitteilung. Bisher seien 1,3 Millionen Katechismen in 14 Spra-

chen erschienen. Weitere Übersetzungen sind nach Angaben von Kirche in Not in Vorbereitung. Wie Bischof Jarro sagte, solle das Glaubensbuch dabei helfen, die im Staatsdienst beschäftigten jungen Männer an die Kirche zu binden und ihnen das Wort Gottes und die christliche Ethik durch Kurse näher zu bringen. Durch die Verteilung der Katechismen unter Soldaten und Polizisten wolle man dort evangelisieren, wo es besonders nötig sei, um eine neue lebenswerte kolumbianische Gesellschaft aufzubauen.

Kolumbien befindet sich seit Jahrzehnten in der Dauerkrise. Das Militär, die Drogenkartelle sowie links- und rechtsgerichtete Guerillagruppen führen einen blutigen Bürgerkrieg, in dem allein zwischen 1989 und 2000 etwa 42.000 Menschen

starben. Seit Präsident Pastrana am 20. Februar mit der Billigung der internationalen Staatengemeinschaft den Friedensprozess mit der größten Guerilla-Gruppe im Land, der linksgerichteten FARC, abgebrochen hat, ist die Gewalt in Kolumbien noch einmal deutlich eskaliert. Die Rebellen reagierten auf das Eindringen von Regierungstruppen in die von der FARC beherrschte demilitarisierte Zone mit der Entführung der Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt und der Ermordung der Senatorin Martha Catalina Daniels. Bei der Parlamentswahl vom 10. März waren Anhänger des Präsidentschaftskandidaten Alvaro Uribe Velez besonders erfolgreich. Uribe tritt dafür ein, die Guerilla mit militärischen Mitteln rigoros zu bekämpfen.

Wie Bischof Jarro den Angaben zufolge sagte, werde die Kirche nicht müde, sich durch seelsorgerisches und soziales Engagement um die Opfer der Politik zu kümmern. Noch immer sei der Staat aufgrund der politischen Verwerfungen nicht in der Lage, dort Hilfe zu leisten, wo sie am meisten Not tue: in den ländlichen unterentwickelten Gebieten. Die Kirche bemühe sich um Ausgleich, obwohl noch immer auch Priester verschleppt oder getötet würden.

(KINOPH 13.03.2002)

Weltfriedenstag Hildesheim

Zahlreiche Vertreter von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei und dem zivilen Leben fanden sich am 7. Februar im Dom zu Hildesheim zu einem Pontifinalgottesdienst mit Orbischof Dr. Josef Homeyer, dem Katholischen Leitenden Militärdekan Hannover, Msgr. Heinz-Peter Miebach, dem Landesdekan der Polizeiseelsorge, Hermann Darpel, und zahlreichen weiteren Seelsorgern aus Militär-, Polizei- und Bundesgrenzschutzseelsorge, zusammen. (Foto.r.) □



SEMINARE DITTER LEBENSABSCHNITT

„Alt sein ist ein herrlich Ding, wenn man nicht verlernt hat, was anfangen heißt.“

Mit diesen Worten von Martin Buber lädt die GKS zu ihrem nächsten Seminar für katholische Ehepaare vor dem (Un-)Ruhestand ein. Diese Vorbereitung auf die Pensionierung findet in Kooperation mit der Katholischen Akademie Stapelfeld vom 12. bis 16. Juni im Kardinal-von-Galen-Haus statt.

Der Zeitpunkt des Ausscheidens eines Ehe-Partners aus dem Berufsleben stellt einen Wendepunkt im Leben dar. Es beginnt die „dritte Lebensphase“ mit all ihren Problemen, Ängsten aber auch Freuden, Hoffnungen und Chancen. Über neue Lebensperspektiven für den Einzelnen, aber auch für die gemeinsame, partnerschaftliche Zukunftsgestaltung wird in diesen Seminaren nachgedacht.

Wer mehr darüber wissen will (Termine, Programm, Kosten u.a.m.), wende sich bitte an Hans-Jürgen Mathias, Tel/Fax: 05908-1411 (Bereich Nord) oder an Volker Traßl, Tel: 08092-23684 (Bereich Süd) oder an die Geschäftsstelle der GKS in Bonn, Tel: 0228-638762, Fax: -638763, eMail: ONDILO-GKS-AMI@t-online.de

Fortsetzung von Seite 113 „Wehrbeauftragter“

Handlungen teilhaben können. Militärseelsorger sind in Selbsthilfegruppen wie zum Beispiel der Arbeitsgemeinschaft „Soldatenselbsthilfe gegen Sucht“ engagiert. Sie unterstützen die Familienbetreuung der im Ausland eingesetzten Soldaten. Die Evangelische und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung tragen in Freizeiteinrichtungen, den sogenannten Oasen, zur Betreuung der Soldaten im Auslandseinsatz bei. Dies alles verdient Anerkennung und Unterstützung.“ (KMBA)

Der vollständige Bericht des Wehrbeauftragten ist im Internet zu finden unter der Adresse

www.bundestag.de/gremien/145/index.html

STANDORT BAD NEUENHR-AHRWEILER

Nebenamtlicher Militärpfarrer für das Materialamt des Heeres verabschiedet

Dechant Josef Molzberger, Pfarrer in Mayschoß und Standortpfarrer im Nebenamt, wurde mit einem Gottesdienst und einer Feierstunde im Materialamt des Heeres (MatAH) in Bad Neuenahr aus der Katholischen Militärseelsorge verabschiedet. Im Gesellschaftsraum des Amtes war ein Altar aufgebaut und zu den Klängen des Bläserensembles des Heeresmusikkorps 300 aus Koblenz, sangen die Soldaten, Ehemalige und Familienangehörige Messgesänge. Bei dem feierlichen Abschiedsgottesdienst wurde Molzberger von seinen Mitbrüdern Josef Dohmen, stellvertretender Leitender katholischer Militärdekan Koblenz und Reinhard Müller, evangelischer Militärpfarrer am Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz begleitet.

Mit nun 70 Jahren trennte sich Molzberger von seinen ihm lieb gewordenen Soldaten und deren Familien als Standortpfarrer im Nebenamt. In der Militärseelsorge kannte der Dechant sich aus, war er doch nach seinen sieben Jahren als Kaplan, an verschiedenen Pfarrämtern, im Jahre 1965 direkt in den Dienst der Militärseelsorge eingerückt. Hier verbrachte er zwölf Jahre als Militärpfarrer in Sobernheim, die längste Zeit, die ein Geistlicher hauptamtlich leisten kann. Am 18. Januar 1973 wurde er zum Militärdekan berufen, so war es bei der Laudatio zu hören, als der Stellvertretende Leitende Katholische Militärdekan Koblenz, Militärdekan Josef Dohmen, den Weg seines Mitbruders nachzeichnete. Für seine Verdienste überreichte Dohmen, dem nun auscheidenden Militärpfarrer im Nebenamt, die Medaille der katholischen Militärseelsorge im Namen von Militärbischof Walter Mixa.

Auch als er am 1. September 1977 die Pfarrstelle in Mayschoß antrat, hatte das Soldatenleben Pfarrer Molzberger noch nicht losgelassen und so übernahm er bereits im Juli 1978 die Seelsorge und Betreuung der Soldaten und ihrer Familien als Militärpfarrer im Nebenamt für die Dienststelle des MatAH und für das Amt für Nachrichtenwesen der Bun-

deswehr (ANBw), seit rund drei Jahren auf der Grafschaft, in Gelsdorf beheimatet.

Dechant Molzberger war es auch, der das Laienapostolat Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), am Standort unterstützte und begleitete. Der Vorsitzende Stabsfeldwebel Hans-Joachim Oster würdigte die Verdienste des Pfarrers und erinnerte an die vielen Begegnungen und nicht zuletzt an die fröhlichen Treffen im Pfarrgarten in Mayschoß in dem sich die Kindern der Soldatenfamilien besonders wohl fühlten. Als Zeichen des Dankes überreichte der Vorsitzende die Plakette der GKS und für die Haushälterin Mechthild Schlaf gab es ein buntes Blumengebilde zum Dank für die stete Hilfsbereitschaft.

Für die Soldaten dankte der Leiter des MatAH, Brigadegeneral Richard Bulheller und erinnerte daran, dass die Militärseelsorge die Soldaten zum Diener des Friedens gemacht habe. Der General sieht die Arbeit der Militärseelsorge als wichtige Aufgabe an, die gerade heute bei den Einsätzen der Bundeswehr nicht mehr wegzudenken ist. Für fast einviertel Jahrhundert als Seelsorger am Standort, dankte General Bulheller im Namen aller Soldaten, die bei ihrem Militärpfarrer in persönlichen Gesprächen, in Gottesdiensten oder



Militärdekan Josef Dohmen (l.) und Dechant Josef Molzberger (r.) feiern gemeinsam den Abschiedsgottesdienst.

bei lebenskundlichen Unterrichten Beistand gefunden hätten. Das wollte Molzberger auch immer sein, kein Hobbysoldat, sondern der Militärpfarrer, zu dem man Vertrauen hat und mit allen Anliegen kommen kann. Dieses Vertrauen hat er über all die Jahre genossen und in seinem Dank an seine Soldaten, Ehemalige und Familien schloss er auch all seine evangelischen Mitbrüder ein, die ihn auf dem langen Weg am Standort begleitet haben. (Michael Wilke)

Das Erinnerungsfoto nach der Ehrung (v.l.n.r.): BrigGen Richard Bulheller, Haushälterin Mechthild Schlaf, Militärdekan Josef Dohmen, Dechant Josef Molzberger, GKS-Kreis-Vorsitzender Hans-Joachim Oster, ev. Militärpfarrer Reinhard Müller. (Fotos Ullrich)



STANDORT FREYUNG

Glocke klingt wieder durch die Kaserne



Wieder einen Glockenturm hat das Gebirgspanzer-aufklärungsbataillon 8 in seiner Kaserne am „Goldenen Steig“ in Freyung. Als im Mai 2001 festgestellt wurde, dass der im Jahre 1986 von der GKS gebaute Glockenturm einsturzgefährdet ist, entschloss man sich kurzerhand, diesen neu zu errichten. Schnell und unbürokratisch wurde von den verschiedensten Organisationen und Privatpersonen wie der Leiterin des Mannschaftsheimes Frau Mayerhofer, der Offiziers- und Unteroffiziersheimgesellschaft, sowie von verschiedenen Firmen Geld oder Material zur Verfügung gestellt.

Die Fertigstellung des Turmes übernahm im Herbst das Pionierbataillon 4 aus Bogen mit einem Pionierzug. Es dauerte nur knapp zwei Wochen bis der alte Turm abgerissen und aus 2,5 Festmetern Bauholz, 8qm selbstgebrannten Dachziegeln und ca. 8m Kupferdachrinne der Neue fertig gestellt war und unsere Glocke wieder ihren Dienst verrichten konnte.

Unter Beteiligung des gesamten Bataillons Ehrengästen aus Kirche, Politik und Wirtschaft sowie den „Sponsoren“ weihten die Militärseelsorger Msgr. Konrad Prinz als Hauptzelebrant, Leitender katholischer Militärdekan Reinhold Bartmann, die Militärpfarrer Siegfried May und Alfred Hable bei minus 15 Grad mit einem Festgottesdienstes den Glockenturm am 21. Dezember 2001 ein.

„Möge es ein Ort der Besinnung und ein Mahnmal des Friedens sein“ mahnte Msgr. Prinz während der Weihe. Die Glocke solle an den Frieden erinnern, meinte auch Militärdekan Bartmann bei seiner Ansprache. Ziel und Aufgabe sei gerade für uns Soldaten am Frieden in der Welt mitzuarbeiten. (Josef Wagmann)

Problem erkannt im Frühjahr, verwirklicht im Herbst, eingeweiht im Winter. Zur Fertigstellung des Glockenturms in der Freyunger Kaserne „Goldener Steig“ überreicht BtlKdr Oberstleutnant Jung dem Führer des Pionierzugs aus Bogen, HptFw Gerhartinger eine Dankurkunde; 2.v.l. Msgr. Konrad Prinz, r. außen HptFw Josef Wagmann, der Berichterstatter.

Bei Schnee und 15 Grad Kälte weihten am 21. Dezember die Geistlichen (v.l.) Militärpfarrer Siegfried May, Militärdekan Reinhold Bartmann, Msgr. Josef Prinz und Militärpfarrer Alfred Hable den Glockenturm ein.



Erhalten Sie den AUFTRAG regelmäßig? – Gibt es Probleme mit der Zustellung? – Stimmt Ihre Anschrift nicht, hat sich Ihre persönliche Situation (Umzug, Versetzung, Dienstgrad, Pensionierung ...) geändert? – Mitgliedern des Fördervereins der GKS (FGKS) wird AUFTRAG als Einzelexemplar ins Haus gesandt. – Schicken Sie den untenstehenden Abschnitt ausgefüllt im Fensterumschlag an die eingetragene Adresse

Bitte senden Sie die GKS-Zeitschrift AUFTRAG an die folgende Anschrift:

Name:

Vorname:

Dienstgrad/Titel:

Straße, HausNr.:
PLZ, Ort:

Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz
Postfach 37 68

51537 Waldbröl

Bitte ankreuzen: Ich bin

- ☐ Mitglied im FGKS
- ☐ möchte Mitglied im FGKS werden
- ☐ Vorsitzender im GKS-Kreis in
- ☐ Ansprechpartner der GKS in
- ☐ Mitglied im Sachausschuss

„Für Christus leisten wir Botschafterdienste“

Ehemaliger Militärbischof und Bamberger Altbischof
Dr. Elmar Maria Kredel vollendete das 80. Lebensjahr

Am Sonntag, dem 24. Februar 2002, vollendete der frühere Militärbischof, Erzbischof em. Dr. Elmar Maria Kredel sein 80. Lebensjahr. Die Feier anlässlich seines Geburtstages fand in Vierzehnheiligen statt. Der amtierende Katholische Militärbischof Dr. Walter Mixa, Bischof von Eichstätt, übermittelte die Glückwünsche der Militärseelsorge. Zwölf Jahre hatte Erzbischof Kredel das zusätzliche Amt des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr ausgeübt. Er übernahm es am 27. Mai 1978 – knapp ein Jahr nach seiner Weihe zum Bischof – von seinem Vorgänger Kardinal Dr. Franz Hengsbach, Bischof von Essen. Am 14. Februar 1991 gab Kredel das Brustkreuz des Militärbischofs an seinen Nachfolger Erzbischof DDr. Johannes Dyba, Bischof von Fulda, weiter. Kredel betonte während seiner Amtszeit als Militärbischof immer wieder, dass die Militärseelsorge Beiträge zur Gewissensbildung und zur ethischen Urteilsfindung der Soldaten und der Öffentlichkeit leisten müsse. Er war davon überzeugt, dass es zu den vornehmsten Aufgaben kirchlichen, ja des bischöflichen Amtes gehöre, die Einheit unter den Gläubigen zu wahren und zu festigen. Gemäß Kredel Wahlspruch: „PRO CHRISTO LEGATIONE FUNCIMUR – FÜR CHRISTUS LEISTEN WIR BOTSCHAFTERDIENSTE“, hat er den Soldaten und ihren Familien die frohe Botschaft verkündet.

In seinem Glückwunsch erinnerte Militärbischof Mixa daran, dass in Kredels Amtszeit die Nachrüstungsdebatte fiel, bei der schwierige ethische Fragen aufgeworfen wurden und wo der Erzbischof als oberster Hirte in der Kirche unter Soldaten in ganz besonderer Weise gefordert wurde. Er habe in dieser Zeit das Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel gegründet (1978), das bis zum heutigen Tage die Militärseelsorge in Fragen der Ethik berate. Auch wies Mixa darauf hin, dass die Päpstlichen Statuten, die die völkerrechtlich verbindliche Grundlage für die kath. Militärseelsorge in Deutschland bilden,

unter Kredels Leitung überarbeitet und in ihrer jetzigen Fassung am 1. Januar 1990 in Kraft gesetzt wurden. „Unsere Soldaten und alle, die Dich als Militärbischof wahrgenommen haben, sind Dir außerordentlich dankbar für Deinen Hirtendienst“, sagte Bischof Mixa.

Der Kommandierende General des II. (GE/US) Korps in Ulm, Generalmajor Karl-Heinz Lather, überbrachte die guten Wünsche des Bundesministers der Verteidigung, der ganzen Bundeswehr und insbesondere der katholischen Soldaten. Er machte noch einmal deutlich, dass Erzbischof Kredel die Soldaten in der Hoch- und Endzeit des Kalten Krieges seelsorglich begleitet habe, mit ihnen die Wiedervereinigung Deutschlands und noch im Amt den Beginn der Veränderung der sicherheitspolitischen Landschaft und konsequenterweise auch der Bundeswehr erlebte.

General Lather führte in seinem Grußwort dann noch aus, was (nicht nur) katholische Soldaten heute von ihren Militärseelsorgern erwarten. Dazu merkte er vier Punkte an:

- (1) „Der seelsorgerliche Einsatz im Einsatz hat für uns wegen der Sorge um die entsandten Soldaten höchste Priorität. Und ich darf sagen, wir sind sehr dankbar, dass beide Kirchen dies auch so beurteilen und danach handeln. Zu Hause bleiben die Familien.“
- (2) Seelsorge in Verbindung mit den Aktivitäten der Familienbetreuungszentren hat deshalb die nächsthöhere Bedeutung. Hier zeigt sich ein gewisses Dilemma; denn sind uns die Familien zu Hause oder die Soldaten im Einsatz lieber? Wichtig ist, so denke ich, zu erkennen, dass beides von eminenter Bedeutung ist. Kooperative Pastoral mit dem Ortsgemeinden mag hier ein Schlüssel zum Erfolg sein. Dazu braucht der Militärbischof die volle Unterstützung seiner diözesanen Mitbrüder, auch bei der verzugslosen Besetzung freier Militärpfarrerstellen – trotz Priestermangels.



- (3) Der dritte Teil ist der Lebenskundliche Unterricht für unsere Soldaten. Hier dürfen wir und die Geistlichen nicht müde werden, immer wieder neu den Kontakt zu suchen. Ich verstehe den Verdross manches Pfarrers, wenn er um seine Stunden werben muss, wo doch die Dienstvorschrift sie ihm qua Amt einräumt. Es gibt halt eine Menge von Aufträgen und, das ist auch zu sagen, leider viel Gleichgültigkeit und zunehmend Ungläubigkeit. Schon wegen der Letzteren dürfen wir aber unsere Pfarrer, Pfarrhelfer und Pastoralreferenten nicht aus der Pflicht lassen. Mehr als früher scheint Mission im Inneren angesagt.

- (4) Mein vierter Punkt betrifft wieder die Familien. Mehr als in den gesicherten Zeiten des Kalten Krieges bedürfen sie der geistigen Betreuung und Einbindung in den Gemeinden, schon vor dem Einsatz des Mannes oder der Frau. Alle Kreativität der Welt ist es wert, hier eingesetzt zu werden. Auch das wird wiederum nur in enger Kooperation mit den Ortsgemeinden erfolgreich sein. Es geht dabei um nicht weniger als das Vertrauen in die Gemeinschaft der Christen. Wir arbeiten daran, die Laien im ZdK, in der Zentralen Versammlung und das Institut für Ehe und Familie der Kath. Universität Eichstätt und, ich bin sicher, auch unsere Bischöfe. Ein weites, überaus wichtiges Feld.“ (PS/KMBA)

Ein Leben für Kirche und Gesellschaft

Zum 80. Geburtstag von KzS a.D. Norbert Maria Schütz



Geboren 20.04.1922 in Mainz. Abschluss der Höheren Handelsschule, 1941 bis 1945 Dienst in der Kriegsmarine, Kriegsgefangenschaft, nach kaufmännischem Volontariat Angestellter im Bundesarbeitsministerium, von 1956 bis 1981 Dienst in der Bundesmarine, zuletzt als Kapitän zur See, Referent auf Zeit im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in der Zentralstelle Pastoral. – So knapp kann eine Biographie ausfallen, hinter der sich ein erfülltes Leben verbirgt.

Norbert Maria Schütz – vielen bekannt als NMS – wird achtzig. Der hagere, asketisch wirkende katholische Christ und Seeoffizier – beides verkörpert er bis heute – ist ein Charakter, wie er selten zu finden ist. Seine christliche Grundhaltung, die aus einer sehr dichten Beziehung zur katholischen Kirche gewachsen ist, hat ihn durch Wind und Wellen geleitet! Was ihn bewundernswert macht: bis heute schaut er götig und mit warmherzigen Blick in die Welt. Aufrecht ist sein Gang, freundlich sein Wesen.

Von Jugend an

Im Dom zu Mainz getauft, feierte er vor 70 Jahren seinen Weißen Sonntag. Sein Vater war es, der ihn mit zur Sonntagsmesse nahm, wo er den Geruch von Weihrauch und Kerzen wohl sehr intensiv und nachhaltig aufnahm. Im Alter von 17 Jahren trat er der Katholischen Pfarrjugend der Jesuiten-Gemeinde Sankt Ignatius in Frankfurt bei. Zwei Jahre später war er Pfarrjugendführer, im Herbst

1940 bereits „Dekanatsjugendhelfer“. Damals ging es darum, kirchliche Jugendgruppen dem nationalsozialistischen Zugriff zu entziehen, sie nicht im Rahmen der Gleichschaltung vereinnahmen zu lassen. Um nicht wegen „verbotener Jugendarbeit“ verhaftet zu werden, meldete sich NMS freiwillig zur Kriegsmarine.

Treuer Sohn der Kirche und Gegner Hitlers

Offener Widerstand damals hätte bedeutet, sein junges Leben (18) wegzuerwerfen. Seinen Eid leistete er, wie er bekennt, mit „geistigem Vorbehalt“, nämlich nicht für die Nazis, wohl aber für das Vaterland. Wie zu erwarten, war dieses ambivalente Verhalten in der Praxis äußerst schwierig. So wurde er zur Marine-Bord-Flak nach Oslo versetzt, bei der Soldaten verwendet wurden, „die vom Standpunkt der Wehrmacht als nicht ganz zuverlässig galten“. Als politisch denkender Mensch konnte er bei seiner Überzeugung dem „Verführer“ und Reichskanzler nicht folgen. Er nutzte bei einem Heimaturlaub im Sommer 1942 die Beziehung zu seinem Diözesanbischof Antonius Hilfrich (Limburg) und zum Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, um sich Beistand zu holen und sich seiner Haltung zu versichern. NMS hat durchgehalten und ist sich treugeblieben, was etliche Zeitzeugen belegt haben. – In Oslo sollte er auch die Frau finden, mit der er bis heute sein Leben teilt. Eine stabile, harmonische Ehe, aus der vier Kinder hervorgegangen sind. Cäcilia Schütz: „Die volle Harmonie in allen Glaubens- und Lebensfragen begründete unseren späteren Lebensbund.“

Als Vorgesetzter war er geschätzt wegen seiner Standhaftigkeit und ausgeprägten Fürsorge für seine Untergebenen. In der Gefangenschaft setzte er sich dafür ein, dass die Kameraden seelsorgerlich betreut werden konnten.

Zurück in der Heimat wurde er bereits 1946 von seinem Diözesanbischof gebeten, sich für die staatsbürgerliche Bildung der katholischen Jugend einzusetzen.

Christ in der Bundeswehr – Soldat in der Kirche

1957 trat NMS in die Bundeswehr ein. Als Soldat und Offizier der neuen deutschen Armee setzte er sich von Anfang an für die Verwirklichung der Inneren Führung ein. Er engagierte sich nunmehr als „Staatsbürger in Uniform“ für die „Armee in der Demokratie“, indem er als Öffentlichkeitsarbeiter mithalf, die Streitkräfte in die Gesellschaft zu integrieren. Er initiierte Informationsveranstaltungen und moderierte Seminare für kirchlich orientierte Menschen beider christlichen Konfessionen. Als Marineadjutant des ersten Militärbischofs sorgte er dafür, dass kirchliche Amtsträger Verständnis für die Anliegen der Soldaten entwickeln konnten. Für sein Engagement als Staatsbürger wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen, als Laie in der Militärseelsorge erhielt er den päpstlichen Sylvesterorden.

Schütz war dabei, als junge religiös eingestellte Offiziere den Königsteiner Offizierkreis gründeten (1961), er stand Pate, als die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (1970) aus der Taufe gehoben wurde, bekleidete das Amt des Sprechers des GKS-Kreises in der Bundeshauptstadt Bonn 10 Jahre lang und übernahm Verantwortung im Bundesvorstand. So vertrat er zur Zeit der sicherheits- und friedenspolitischen Debatte die Position katholischer Soldaten offensiv und in vorderster Diskussionsfront. Bis heute ist er Mitglied im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ und dort von den inzwischen wesentlich jüngeren Mitgliedern geschätzter Berater.

80 – 70 – 60

Nun kann Norbert M. Schütz seinen 80. Geburtstag feiern. Er blickt auf ein erfülltes, religiös orientiertes Leben zurück und erinnert sich an seine Erste Heilige Kommunion vor 70 Jahren. 60 Jahre hat er sich vorbildlich als Laie in der Kirche und als Christ in den Streitkräften bewährt. Respekt und Anerkennung, Glückwunsch und ein herzliches Vergelt's Gott! (Helmut Jermer)

Ministerialrat Dr. Hans Achim Groß (65), bis Ende 2001 Vorstand der Katholischen Soldatenseelsorge in Berlin, wurde von Papst Johannes Paul II. zum „Ritter des Ordens des Heiligen Papstes Silvester“ ernannt. Bei einem Gottesdienst in der St. Michaelskapelle im Katholischen Militärbischofsamt überreichte Militärbischof Walter Mixa, Bischof von Eichstätt, Hans Achim Groß den Orden und die Urkunde.

Dr. Groß hat sich besondere Verdienste erworben in seinem Engagement in der Katholischen Militärseelsorge, wo er maßgeblich an der Errichtung der Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – mitgewirkt hat. Ebenso hat er die Finanzverwaltung der Kurie des Katholischen Militärbischofs neu geordnet. Dr. Groß ist ein überzeugter Katholik von solider Gläubigkeit, der bei allen, die ihn kennen, in hohem Ansehen steht. Er hat nie Zweifel an seiner kirchlichen Einstellung aufkommen lassen. Seinem gelebten Christsein in Familie und Beruf verleiht er nicht zuletzt dadurch Ausdruck, dass er sich im organisierten Laienapostolat (Kirchenvorstand) seiner Heimatgemeinde in Meckenheim tatkräftig engagiert. Dr. Hans Achim Groß ist verheiratet, hat 7 Kinder und 4 Enkelkinder. (KMBA)

Oberstabsbootsmann a.D. Günter Thyé wurde am 1. Februar 2002 bei einem Empfang im Katholischen

Militärbischofsamt in Berlin von Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut mit der Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge ausgezeichnet. In der Laudatio hieß es, Thyé habe sich in langen Jahren große Verdienste um GKS und AMI erworben. Insbesondere habe er intensiv, sicher auch kritisch, die ihm übertragenen Aufgaben wahrgenommen und dafür unermüdlich gearbeitet. Neben seiner Arbeit auf örtlicher Ebene im GKS-Kreis und Pfarrgemeinderat Flensburg resp. Glücksburg war er von 1973-1993 Vorsitzender der GKS im Bereich See, viele Jahre stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS, von 1991-1996 Vizepräsident des Apostolat Militaire International und in den Jahren 1997-2001 Mitglied im Generalsekretariat des AMI.

Neben der normalen ehrenamtlichen Arbeit in diesen Gremien sei es ihm immer ein Anliegen gewesen, so MGW Wakenhut, eine angemessene Vertretung der Dienstgradgruppe Unteroffiziere im organisierten Laienapostolat der „Kirche unter Soldaten“ zu gewährleisten, die Bedeutung der (eigenständigen) Laienarbeit darzustellen und zu verwirklichen, die Außendarstellung und Werbung der Gremien, besonders des AMI, zu verbessern und zu intensivieren die (historischen) und weiter tragenden Quellen der Arbeit in GKS und AMI im Bewußtsein zu halten und weiter zu geben. (KMBA)

Willy Trost, Oberstleutnant a.D., vollendet am 6. April 2002 sein 70. Lebensjahr. Trost war in seiner aktiven Dienstzeit engagiert im organisierten Laienapostolat der Katholischen Militärseelsorge, war Vorsitzender der Zentralen Versammlung, Vorsitzender der GKS im Wehrbereich III (1972/73) und Bundesvorsitzender der GKS in den Jahren 1986/87. Heute ist Trost publizistisch als Redakteur der Zeitschrift „Seniorengruß“ und als Vorsitzender des Fördervereins „Radio Campanile“ tätig. Herzliche Glück- und Segenswünsche, ad multos annos. (PS)

Prälat Peter Prassel (51), von 1985 bis 1996 Militärgeistlicher, zuletzt als Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA in Bonn, übernimmt die Leitung des katholischen Auslandssekretariats. Nach seinem Ausscheiden aus der Militärseelsorge wechselte der Trierer Diözesanpriester in die Ausländerseelsorge und war gleichzeitig Sekretär der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für Migrationsfragen. Das Auslandssekretariat der DBK betreut weltweit etwa 170 Auslandsgemeinden und wird tätig im Auftrag aller deutschsprachigen Diözesen Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Südtirols, Luxemburgs und der Diözese Lüttich. Diese Auslandsgemeinden kümmern sich um im Ausland lebende deutschsprachige Katholiken und, etwa auf den spanischen Ferieninseln, um Touristen.

Buchbesprechungen

Spiritualität

P. Eligius Heinzmann: die heilige Messe feiern und verstehen. Bernardus-Verlag Langwarden, 2001. 124 S. mit zahlreichen s/w-Abbildungen.

Das Gewohnte und Alltägliche ist nicht unbedingt auch im Wortlaut „selbstverständlich“. Dies gilt auch für die zentrale Feier der katholischen Kirche, die Eucharistie. Deshalb ist der Titel des Buches von Zisterzienser-Pater Eligius Heinzmann gleichsam Programm. Seine Erläuterungen machen zunächst mit Aufbau und Struktur der Feier bekannt. Anschließend wird jeder Teil in seinen Einzelheiten dargestellt. Dabei unterstreichen die gewählten Zeichnungen das Wesentliche.

Das Kapitel der Eröffnung der Eucharistiefeier behandelt den Einzug, die Begrüßung, das allgemeine Schuldbekenntnis, das

Kyrie, das Gloria und das Tagesgebet als Einführung und Vorbereitung der Messfeier. Dabei werden auch einzelne Elemente wie z.B. die Kniebeuge, der Altarkuss, das Kreuzzeichen und die Formen der Begrüßung erläutert. Beim allgemeinen Schuldbekenntnis wird auf die Form, die Anfänge des Confiteors sowie seinen Aufbau und Inhalt eingegangen. Danach folgen andere Formen des Bußaktes und das Gloria. Auch das Tagesgebet wird in seine Einzelteile zerlegt und eine entsprechende Begründung gegeben.

Nach gleichem Muster wird der Wortgottesdienst mit Lesung und Zwischengesang, Evangelium und Predigt, Glaubensbekenntnis und Fürbitten aufgeschlossen.

Auch die Eucharistiefeier mit Gabenbereitung und ihre Entwicklung zur heutigen Form einschließlich der zugehörigen Gebete, des Einsatzes des Weihrauchs sowie mit dem Eucharistischen Hochgebet sind sehr

verständlich dargestellt. Es schließen sich weitere Abschnitte zur näheren Erläuterung der einzelnen Rituale bei der Eucharistiefeier an, die in theologische Überlegungen münden.

Im Abschnitt der Kommunion wird ihr Verständnis angesprochen. Es wird u.a. auch eingegangen auf das Agnus Dei, die Häufigkeit des Kommunionempfangs, die Kelchkommunion, das Nüchternheitsgebot und was die Kommunion im Gläubigen bewirkt.

Zur Entlassung wird die Segenspendung in ihrem Verständnis und ihrer Form beschrieben.

Das Buch schließt mit einer Kurzdarstellung des Kirchenjahres sowie einem Literaturverzeichnis. Leider macht sich bei einer gezielten Suche das fehlende Inhaltsverzeichnis lästig bemerkbar. Das vorliegende Buch ist sowohl für interessierte Gläubige als auch zur Weiterbildung von Katechet(inn)en gut geeignet. (bt)

Sicherheitspolitik und Friedensethik

Hartmut Bühl / Eberhard Stammer (Hrsg.): *Streit um den Frieden. Diskussion um Macht und Moral* – Bernard & Graefe Verlag, Bonn 2001, 315 Seiten.

Die öffentliche Diskussion in Deutschland prägte in den achtziger Jahren der Streit um den Frieden. Auslöser dafür war der so genannte „NATO-Doppelbeschluss“ von 1979. Auf dieser Basis sollten die veralteten Pershing I-Raketen der US-Armee durch die Pershing II-Systeme mit einem nuklearen Gefechtskopf ersetzt werden. Dafür waren auch 24 Startrampen in der alten Bundesrepublik Deutschland vorgesehen, die frühestens ab Ende 1983 stationiert werden sollten. Dieser Modernisierungsplan war gekoppelt mit einem Rüstungskontrollangebot an die UdSSR mit dem Ziel, eine Vereinbarung über die Begrenzung sowohl von sowjetischen als auch amerikanischen landgestützten, weitreichenden Waffensystemen unter dem Prinzip der Gleichheit zu erreichen.

Die öffentliche Auseinandersetzung entzündete sich nun an der Frage, ob die Strategie der Abschreckung oder aber eine einseitige Abrüstung den Frieden sichern oder gefährden könnte. Diese Diskussion hatte zur Folge, dass es zu einer ethischen Bewertung militärischer Systeme und damit zu einem Konflikt zwischen Macht und Moral kam. Die „Friedensbewegung“ hatte mit einer weit gespannten Angstkampagne den Menschen in Deutschland mit Unterstützung von Medien eingeredet, dass die Abschreckungsstrategie der NATO einen Atomkrieg auslösen könnte. Sie konnte durch Massendemonstrationen und eine Unzahl von Protestresolutionen eine breite Stimmung des „Widerstands“ erreichen. Getragen wurde diese Protestbewegung durch prominente Intellektuelle, das linke Lager einschließlich großer Teile der SPD und weiter Kreise des deutschen Protestantismus. Letzteres zeigte sich damals auch durch die Friedensdemonstrationen auf den evangelischen Kirchentagen.

Diese Einstellung und dieses Verhalten waren jedoch nicht die gemeinsame Grundüberzeugung der evangelischen Kirche. Deswegen wurde es notwendig, eine christliche Gegenargumentation öffentlich zu entwickeln, die auf andere Weise der christlichen Verantwortung für den Frieden gerecht werden sollte. Deshalb regte 1980 der damalige Direktor der Evangelischen Akademie in Bad Boll, Dr. Eberhard Müller, die Gründung des überparteilichen „Arbeitskreises Sicherung des Friedens“ an. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte auch der Herausgeber dieses Buches, Eberhard Stammer. Er wurde 1915 geboren und ist Theologe sowie Publizist.

Diese Vereinigung evangelischer Laien und Theologen konnte durch engagierte Beiträge in der öffentlichen und vor allem in der kirchlichen Diskussion maßgebliche Akzente setzen. In dem vom Arbeitskreis von 1981–1999 regelmäßig heraus gegebenen „Briefdienst“ kamen namhafte Autoren aus Politik, Wirtschaft, den Kirchen und aus dem militärischen Bereich zu Wort. „Ihre Artikel sind ein aufschlussreicher Beitrag zu einem bewegten und bewegenden Abschnitt

unserer Zeitgeschichte“, schreibt der Herausgeber, dem man nur beipflichten kann. Nach der Einstellung des „Briefdienstes“ auf Grund der veränderten finanziellen Bedingungen regte die Redaktion an, die wichtigsten Texte in Buchform wiederzugeben.

Eberhard Stammer und sein Mitautor Hartmut Bühl – geb. 1940, Oberst a. D. und selbst Autor verschiedener Beiträge im „Briefdienst“ – haben nach einem Vorwort das Buch in drei Abschnitte gegliedert:

- I. Die Diskussion um die Nachrüstung (1979–1988)
- II. Auf dem Weg in eine neue Zeit (1988–1993)
- III. Das Ringen um die neue Verantwortung Deutschlands für den Weltfrieden (1993–1999)

Alle Abschnitte werden zunächst eingeleitet durch einen Blick auf das politische Umfeld des jeweiligen Zeitraums. Es folgen dann ausgewählte Briefdienst-Texte zu unterschiedlichen Themengruppen aus den Bereichen Ethik und Sicherheitspolitik. Ergänzt werden sie jeweils durch eine Auswahl von Dokumenten aus der Kirche und Politik.

In einem Nachwort würdigt der Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, treffend das Wirken des „Arbeitskreises Sicherung des Friedens“: „Wenn man heute die Veröffentlichungen des Briefdienstes noch einmal liest, dann stellt man fest, dass sie nichts von ihrer Aussagekraft für die Gegenwart und wohl auch für die Zukunft eingebüßt haben. Obwohl sich heute viele Fragen anders stellen, neue Aspekte einer Sicherheitspolitik in einer sich wandelnden Welt hinzugekommen sind, wird man sich aber doch der Tatsache bewusst, dass der „Briefdienst“ eine Lücke hinterlassen hat.“

Dem kann man aus eigener Erfahrung nur beipflichten. Das Buch hilft Soldaten wie zivilen Lesern sicherheitspolitische Entscheidungen der letzten zwanzig Jahre auch unter ethischen Gesichtspunkten einzuordnen. (bt)

Militärseelsorge

Gröger, Roman Hans; Ham, Claudia; Sammer, Alfred: *Zwischen Himmel und Erde. Militärseelsorge in Österreich*. Verlag Styria, Graz – Wien – Köln, 2001; 240 Seiten, zahlr. Farb- und s/w-Fotos.

Das vorliegende Werk befasst sich mit der Geschichte der Militärseelsorge Österreichs. Die Autoren haben es im Auftrag des Militärordinariats in Zusammenarbeit mit dem Heeresgeschichtlichen Museum und dem Österreichischen Staatsarchiv herausgegeben. Es umfasst fünf Teile:

- (1) Claudia Ham untersucht die Militärseelsorge von ihren im Dunkeln liegenden Anfängen bis zur Liquidierung des Apostolischen Feldordinariats im Jahre 1918. Wobei sie auch die nichtkatholischen Konfessionen und anderen Religionsgemeinschaften im multikulturellen Vielvölkerstaat der k.u.k. Monarchie nicht ausspart.
- (2) Roman-Hans Gröger gibt eine detaillierte Übersicht über die Militärseelsorge in Österreich von ihrer Wiedererrichtung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Er beginnt mit den Militärseelsorgern, die sich am Ende des Ersten Weltkrieges um die Kriegsgefangenen kümmerten, beschreibt den Übergang von der Monarchie zur Republik, stellt die Organisation der Militärseelsorge zwischen 1918 und 1938 dar und schließlich nach der Überleitung in die Deutsche Wehrmacht vermittelt er einen Eindruck von der Tätigkeit österreichischer Militärseelsorger im Zweiten Weltkrieg.

- (3) Alfred Sammer untersucht die heutige kath. Militärseelsorge im Bundesheer der Zweiten Republik Errichtung 1959 über die Ära der Feldvikare Kardinal Franz König (1959–69) und Franz Zak (1969–86), über Militärbischof Alfred Kostecky (1986–94) bis zur heutigen Zeit unter Militärbischof Mag. Christian Werner mit den Herausforderungen der Soldaten im Dienst der Vereinten Nationen. Eingeschlossen in diesen Teil ist eine kurze Beschreibung des organisierten Laienapostolats in den österreichischen Streitkräften, das – wie in der deutschen Bundeswehr – aus den beiden Säulen Verband (Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten AKS) und Militärpfarrgemeinderat besteht.
- (4) In einem kürzeren vierten Teil stellt Julius Hannak die evangelische Militärseelsorge in der Zweiten Republik dar.
- (5) Es schließt sich ein umfangreicher Anlageenteil an, in dem Übersichten, Tabellen, Statuten der Militärseelsorge, Listen und Kurzbiographien von leitenden Militärgeistlichen aus den verschiedenen Epochen oder auch die Bestimmungen für den Lebenskundlichen Unterricht untergebracht sind. Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis schließt das Werk ab.

Die Geschichte der Militärseelsorge Österreichs macht deutlich, dass die Kirche den Auftrag Jesu Christi, den Menschen das Evangelium in ihrer besonderen Situation und unter den spezifischen Bedingungen der Zeit, des Ortes, der Kultur und der geschichtlichen Epoche zu verkünden, immer ernst genommen hat. Gerade die Seelsorge an den Soldaten mit ihren Höhen und Tiefen zeigt dies deutlich. Wobei auch die in der Kirche handelnden Personen nicht frei sind von den irdischen, zeitlichen, politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Militärbischof Christian Werner schreibt dazu im Vorwort des Buches: „Gerade die Militärseelsorger erfahren dies sehr intensiv. Sie verwirklichen ihren Dienst mitten ‘in der Welt’, in einer Welt nämlich, in der Menschen in besonderer Weise mit den bedrohten und gefährdeten, den immer ambivalenteren Seiten unserer Existenz leben, die jeden Menschen vor die unabwendbare Entscheidung zwischen Gut und Böse führen. Es stellen sich somit in der Militärseelsorge Schicksalsfragen der Menschheit: das Verhältnis von Macht und Recht, die Bändigung von Aggression und Gewalt, die Bereitschaft zum Schutz und zur Verteidigung lebenswichtiger Güter einer Gemeinschaft, die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden; und es stellen sich letzte existenzielle Fragen der Menschen: ... nach dem Gewissen und der Würde des Menschen und nach Gott und seinem Wirken in unserer Welt.“ (PS)

Termine · Termine · Termine

- 15.04. Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum
- 18.04. Weltfriedenstag in Trier
- 19.04. Sitzung SA S+F in Bonn, St. Winfried
- 22.-24.04. AK KLMD Glücksburg/Kiel
- 26.-28.04. AK KLMD Koblenz in Lorscheid bei Trier
- 29.04. Sitzung EA in Bonn, Albertinum
- 03.-04.05. Frühjahrs-VV ZdK mit Delegiertentreffen AGKOD am 02.05.
- 06.-08.05. Hauptagung der GKMD in Fulda
- 06.-08.05. Fußwallfahrt der Soldaten aus Bayern nach Altötting
- 07.05. Weltfriedenstag in Aachen
- 15.05. Weltfriedenstag in Augsburg
- 22.-28.05. 44. Intern. Soldatenwallfahrt nach Lourdes
- 29.05. Mitgliederversammlung der KAS in Berlin
- 03.06. Sitzung SA S+F in Bonn, Albertinum
- 06.-08.06. AK KLMD Erfurt /WB III) in Hoheneichen bei Dresden
- 12.-16.06. Seminar 3. Lebensabschnitt für den Nordbereich in Cloppenburg-Stapelfeld
- 14.-16.06. Sitzung BV GKS in Ulm/Dornstadt
- 27.06-02.07. Soldatenwallfahrt auf dem Jakobusweg in Spanien
- 05. - 07.07. WB-Konferenz WB III in Mülheim/Ruhr
- 21.07-04.08. Weltjugendtag in Totonto/Kanada
- 26.08. Sitzung EA in Bonn, Albertinum
- 28.08. Weltfriedenstag in Mühlhausen
- 05.09. Weltfriedenstag in Berlin

- 09.09. Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum
- 15.-22.09. 42. WdB in Rolduc bei Sterkrade (NL)
- 14.-16.09. Vorkonferenz
- 16.-18.09. ZV
- 18.-21.09. BuKonf GKS
- FGKS-Mitgliedervers. während BuKonf
- 27.-29.09. AK KLMD Sigmaringen in Leutkirch/Allgäu
- 10.-12.10. AK KLMD Erfurt (WB II) mit Familien Ort noch offen
- 11.-13.10. AK KLMD Glücksburg/Kiel in Travemünde
- 11.-12.10. AGKOD-Mitgliederversammlung in Bad Honnef
- 21.-25.10. 47. Gesamtkonferenz der Militärgeistlichen und Pastoralreferenten auf Schloss Hirschberg bei Eichstätt
- 25.-26.10. Konstituierung AK Bereich Ausland in Rolduc/NL
- 25.-27.10. AK KLMD Köln-Wahn in Günne Möhnesee
- 28.10. Sitzung SA S+F in Bonn, Albertinum
- 22.-24.11. AK KLMD Hannover in Worpshausen
- 09.12. Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum
- 22.-23.11. Herbst-VV ZdK mit Delegiertentreffen AGKOD am 21.11.

2003

- 28.04.-02.05. 9.GKS-Akademie Oberst Helmut Korn im Bonifatiushaus Fulda
- 28.05.-01.06. Ökumenischer Kirchentag Berlin „Ihr sollt ein Segen sein“
- 13.-20.09. 43. WdB Schloss Hirschberg/Beilngries

Verwendete Abkürzungen: AGKOD – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, AK KLMD– Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., AMI – Apostolat Militaire International, BuKonf – Bundeskonferenz, BV GKS – Bundesvorstand der GKS, EA – Exekutivsausschuss, GKMD – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, MGV – Militärgeneralvikar, SA InFü – Sachausschuss „Innere Führung“, SA S+F – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, SA KI – Sachausschuss „Konzeption und Information“, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, ZV – Zentrale Versammlung, VV ZdK – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken



Auf SIE kommt es an!
FRAUEN in Osteuropa

Pfingstkollekte 19. Mai 2002
Spendenkonto 94 • Liga-Bank • BLZ 750 903 00 • www.renovabis.de

Auf SIE kommt es an!
FRAUEN in Osteuropa

Auf SIE kommt es an!
FRAUEN in Osteuropa

Renovabis

Kardinal-Döpfner-Haus
Domberg 27 • 85354 Freising
Fon 0 81 61/53 09-47
Fax 0 81 61/53 09-44
E-Mail info@renovabis.de
www.renovabis.de



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Oberleutnant Marco Schauff (MS), Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl, Tel: 02291-900461, Fax: 02291-911637 oder 02295-1044 (bt), e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.